63. Jahrgang / Heft 2 / April 2015 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Michael Epkenhans
Der Erste Weltkrieg – Jahrestagsgedenken, neue Forschungen und Debatten einhundert Jahre nach seinem Beginn

Isabelle Davion
Polen und die Tschechoslowakei im Völkerbund

Jens van Scherpenberg
Hjalmar Schacht, Enrico Mattei und Bayerns Anschluss an das Ölzeitalter

Knut Borchardt
Eine Alternative zu Brünings Sparkurs? Zu Paul Köppens Erfindung französischer Kreditangebote

Roman Köster
Anmerkungen zu einer neuen Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik in der Großen Depression

André Postert und Rainer Orth
Franz von Papen an Adolf Hitler Briefe im Sommer 1934

DE GRUYTER OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

2
15

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler, Alan E. Steinweis
und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Thomas Schlemmer, Elke Seefried
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Jürgen Zarusky
Assistenz: Renate Bihl

63. Jahrgang Heft 2 April 2015

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
Fax 0 89/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar, open access bis einschließlich 2009
http://vfz.ifz-muenchen.de

Impressum

© 2015 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Offenlegung der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse gem. § 7a Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2 Ziff. 3 des Berliner Pressegesetzes: Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Margret, Studienrätin i.R., Berlin; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Berlin; Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan / Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Ella Anita, Rentnerin, Berlin; Cram, Berit, Greifswald; Cram-Gomez, Susanne, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexico); Cram-Heydrich, Kurt, Angestellter, Mexico DF (Mexico); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Fund, Dr. Sven, Berlin; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunternehmer, Würzburg; Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Berlin; Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Dr. Clara-Eugenie, Oberstudienrätin i.R., Reppenstedt; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Anzeigenverwaltung: Heiko Schulze, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264,
E-mail: anzeigen@degruyter.com
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 12,80/Ausland: € 16,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz und Druck: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising.

Inhalt

Große Bücher – Große Erträge?
Michael Epkenhans
Der Erste Weltkrieg – Jahrestagsgedenken, neue Forschungen und Debatten einhundert Jahre nach seinem Beginn. . . . . 135 **Aufsätze**

Lerneffekte in Genf?
Isabelle Davion
Das System der kollektiven Sicherheit im Praxistest 167
Polen und die Tschechoslowakei im Völkerbund

Der Zauberer, der Pirat und die sieben Schwestern
Jens van Scherpenberg
Hjalmar Schacht, Enrico Mattei und Bayerns Anschluss an das Ölzeitalter 181

Was steht in den Quellen?
Knut Borchardt
Eine Alternative zu Brünings Sparkurs? . . . . . 229 **Diskussionen**
Zu Paul Köppens Erfindung französischer Kreditangebote

Brüning und kein Ende?
Roman Köster
Keine Zwangslagen? 241
Anmerkungen zu einer neuen Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik in der Großen Depression

Grenzenloser Opportunismus?
André Postert und Rainer Orth
Franz von Papen an Adolf Hitler . . . . . 259 **Dokumentation**
Briefe im Sommer 1934

Neunte Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (7. bis 11. September 2015) . . . . . **289** **Notiz**

291 **VfZ online**

293 **Rezensionen online**

301 **Abstracts**

303 **Autoren**

Der einhundertste Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs wurde von einer Debatte von überraschender Wucht begleitet. Im Fokus stand einmal mehr die Frage nach der Verantwortung für seine Auslösung und vor allem die Antwort, die Christopher Clark mit seinem monumentalen Werk „Die Schlafwandler" darauf gegeben hat. Doch das Echo des Zentenariums war noch viel breiter: Eine Fülle von Veranstaltungen, weitere schwergewichtige Studien und geschichtspolitische Debatten um das deutsche Selbstverständnis. Michael Epkenhans, Leitender Wissenschaftler des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, nimmt eine kritische Sichtung der intellektuellen Erträge des Gedenkjahres 2014 vor.

Michael Epkenhans

Der Erste Weltkrieg – Jahrestagsgedenken, neue Forschungen und Debatten einhundert Jahre nach seinem Beginn

I.

Vor gar nicht allzu langer Zeit konnte man noch den Eindruck haben, als ob Politiker und große Teile der Öffentlichkeit den einhundertsten Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs am liebsten hätten ignorieren wollen. Was, so eine übliche Frage, gäbe es denn bei einem Krieg zu „feiern", der im kollektiven Gedächtnis der Deutschen im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg kaum noch präsent sei? Und, falls doch: Würden die Alliierten diesen Jahrestag – Freundschaft hin oder her – nicht nutzen, einmal mehr das Bild des „hässlichen" Deutschen zu zeichnen, der für – fast – alle Katastrophen des 20. Jahrhunderts verantwortlich gewesen sei? Manche Artikel in ausländischen Zeitungen, zumal der englischen Yellow Press, und Äußerungen von Hinterbänklern in ausländischen Parlamenten, die auf sich aufmerksam machen wollten, schienen diese Befürchtungen zu bestätigen. Die von vielen als befremdlich empfundenen Vorbereitungen verbündeter Regierungen zu aufwändigen Großveranstaltungen, die sich, dem Verlauf des Krieges folgend, über Jahre hinziehen sollten, ließen Kritiker von Gedenkveranstaltungen ebenfalls nichts Gutes erahnen. Einmal mehr, so die Sorge, sollte den Deutschen womöglich ihre fatale Rolle in der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts als Spiegel vorgehalten werden.

Das unverkennbare „Wegducken" vieler politisch Verantwortlicher im Vorfeld des Jahrestags korrespondierte mit einer erstaunlichen „Ruhe" unter den Historikern. Nach einhundert Jahren intensiver Forschungen, die durch die zahlreichen Arbeiten von Fritz Fischer[1] einen neuen und, bei allen Kontroversen, fruchtbaren

[1] Vgl. Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979; ders., Der Stellenwert des Ersten Weltkriegs in der Kontinuitätsproblematik der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift 229 (1979), S. 25–53; ders.,

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0009

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schub erhalten hatten, schien es nichts oder allenfalls nur wenig Neues zu diskutieren zu geben. Bei allen Differenzierungen im Einzelnen herrschte im Hinblick auf die für viele so wichtige Frage der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges in den großen „Meistererzählungen" der 1990er-Jahre von Hans-Ulrich Wehler[2] und Heinrich August Winkler[3], Klaus Hildebrand[4] und Thomas Nipperdey[5] ein weitreichender Konsens über die *besondere* Verantwortung des Deutschen Reiches. Dies schloss Unterschiede sowohl hinsichtlich der Gewichtung der Motive als auch des Anteils der anderen europäischen Mächte nicht aus. „Von einer Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg", so Winkler, „lässt sich nicht sprechen, wohl aber von einer Hauptschuld. Ohne deutsche Rückendeckung hätte Österreich-Ungarn Serbien nicht den Krieg erklären können."[6] Und Nipperdey, der die andere Seite des Spektrums repräsentiert, hatte kurz zuvor geschrieben:

> „Die deutsche Regierung hat, entgegen langlebigen deutschen Legenden, ihren erheblichen Anteil am Kriegsausbruch gehabt. Ihre Planungen und Aktionen haben, vom ‚Blankoscheck' angefangen, das Kriegsrisiko von vornherein einkalkuliert und insoweit schon objektiv die Zuspitzung der Krise zum Krieg mitbewirkt. Aus der Möglichkeit, wenn es sie denn gab, die Krise durch Vermittlung friedlich zu lösen, ist auch wegen des Verhaltens der deutschen Regierung nichts geworden. Sodann gilt, gegen kurzlebigere nationalkritische Legenden: Die Reichsleitung ist nicht der alleinige Urheber des Weltkriegs gewesen, nicht auch der Hauptverantwortliche. Die russische Mobilmachung ist so entscheidend wie der Blankoscheck. Im deutschen Fall, wie in den Fällen der andern, greifen Schuld und Verhängnis ineinander. […] Der Krieg kam, weil alle oder einige am Frieden verzweifelten, nicht weil alle oder einige zum Krieg unter allen Umständen entschlossen waren."[7]

Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, hrsg. von Gregor Schöllgen, Darmstadt 1991, S. 25–67; ders., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–18, Düsseldorf 1961, neuaufgelegt: Königstein 1979; ders., Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher, Reinbek 1983; ders., Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911–1914, Königstein ²1978.

[2] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, München 1995, S. 1152–1168.

[3] Vgl. Heinrich August Winkler, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bonn 2000, S. 329–377.

[4] Vgl. Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995, S. 302–379. Vgl. auch ders., „Staatskunst und Kriegshandwerk". Akteure und System der europäischen Staatenwelt vor 1914, in: Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente, hrsg. von Hans Ehlert, Michael Epkenhans und Gerhard Groß, Paderborn ²2007, S. 21–43.

[5] Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 683–699 u. S. 758–876.

[6] Winkler, Deutsche Geschichte, S. 332.

[7] Nipperdey, Deutsche Geschichte, Bd. II, S. 695–697.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Anlass zu neuen Kontroversen, die bis ins Persönliche gingen, waren diese Unterschiede in der Gewichtung aber nicht mehr[8]. Die wachsende zeitliche Distanz zum Geschehen spielte dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Viele jüngere Historiker übernahmen – je nachdem welchen historiografischen Ansatz sie vertraten – im Tenor die Sichtweise der einen oder der anderen „Meistererzählung", soweit sie sich mit der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges oder auch dessen Ausbruch beschäftigten. „Wenngleich die deutsche und die österreichisch-ungarische Politik einer defensiven Grundhaltung entsprangen", hieß es beispielsweise in Sönke Neitzels 2002 erschienener Studie über den „Kriegsausbruch", „trugen sie doch die Hauptverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Gewiss darf die Rolle der anderen Mächte, insbesondere diejenige Russlands, nicht außer Acht gelassen werden. Tatsache bleibt jedoch," so sein Résumé, „dass Berlin und Wien gleichermaßen zum Krieg drängten."[9] Es gibt vermutlich keinen Historiker – ob alt oder jung und welcher „Schule" er angehörte –, der diese Formulierungen zu diesem Zeitpunkt oder auch bis zum Erscheinen von Clarks Buch nicht unterschrieben hätte. Ohnehin interessierten inzwischen ganz andere Fragen als die nach der „Kriegsschuld". Hunderte Bücher und Aufsätze waren dazu inzwischen geschrieben, jede Quelle dreimal umgedreht und neu bewertet sowie zahllose Konferenzen veranstaltet worden. Am Ende hing die Antwort doch davon ab, wie der eine oder andere Historiker dieses oder jenes Schriftstück interpretierte und in den Gesamtkontext einbettete. Selbst das Tagebuch Kurt Riezlers, des Sekretärs von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, verlor angesichts der editorischen Probleme, mit denen es behaftet war, aber auch der Ambivalenz der Äußerungen, zunehmend sein Gewicht als das entscheidende Beweisstück bei der Erklärung der deutschen Politik im Sommer 1914.

Viel spannender und erkenntnisreicher waren daher auch jene Studien, die sich wie die Arbeiten von Friedrich Kießling[10], Stephen Schröder[11] und Stefan

[8] Zum Gang der Forschung vgl. das Schlusskapitel in: Gerd Krumeich, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014, S. 183–203, sowie Klaus Große Kracht, Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiographische Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs, http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/kriegsschuldfrage-und-zeithistorische-forschung-deutschland [letzter Zugriff 18. 11. 2014] mit jeweils weiteren Verweisen.

[9] Sönke Neitzel, Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900–1914, Zürich 2002, S. 197. Im Wortlaut ähnlich vgl. ders., Weltkrieg und Revolution 1914–1918/19, Berlin 2008, S. 24.

[10] Vgl. Friedrich Kießling, Gegen den „großen Krieg"? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002.

[11] Vgl. Stephen Schröder, Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Göttingen 2006.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schmidt[12], Günther Kronenbitter[13], Dominik Geppert[14] und Andreas Rose[15] aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit der Vorgeschichte des Krieges befassten. Während Kießling in einer mustergültigen vergleichenden Studie das Paradigma vom „unvermeidlichen Krieg" kritisch hinterfragte, indem er zu Recht auf die von vielen unterschätzten Bemühungen um Entspannung in den internationalen Beziehungen hinwies, arbeitete Schröder auf der Grundlage neuer Akten am Beispiel der englisch-russischen Verhandlungen über eine Marinekonvention im Frühjahr 1914 ausführlich deren Folgen für die Politik des Kanzlers in diesen Monaten heraus. So sehr diese Verhandlungen jedoch das Misstrauen gegenüber England verstärkt hätten, eine „ursächliche Bedeutung im Sinne eines kausal wesentlichen Umstands", so das Fazit seiner äußerst differenziert begründeten Analyse, „ohne den die deutsche Politik im Juli 1914 nicht gedacht werden kann, hatten die Marinegespräche nicht"[16]. Schmidt wiederum befasste sich auf der Grundlage der französischen Akten ausführlich mit der Bedeutung des Kurswechsels in der französischen Außen- und Militärpolitik unter Präsident Raymond Poincaré für die internationalen Beziehungen vor und in der „Juli"-Krise. Obgleich, so sein überzeugendes Résumé, das Verhalten Poincarés und des französischen Botschafters in St. Petersburg

> „die Chancen für ein politisches Arrangement der Großmächte beträchtlich minderten, galt ihr Handeln in der Julikrise nicht primär der militärischen Eskalation oder gar ausgreifenden Ambitionen, die nur durch den Einsatz militärischer Machtmittel zu erreichen waren, sondern einem unterhalb der Schwelle des Krieges durch machtpolitische Pression und militärische Demonstration errungenen politischen Erfolg"[17].

Bei einem Scheitern dieser Strategie, die manche Parallelen mit der des Reichskanzler aufwies, sei aber auch der französische Präsident bereit gewesen, „den Großen Krieg in Europa zu führen, um den Rang Frankreichs im internationalen Staatensystem zu behaupten und den russischen Bundesgenossen nicht zu verlieren"[18]. Kronenbitter wiederum arbeitete den lange vernachlässigten österreichischen Anteil an dem Geschehen im Juli 1914 heraus. Geppert machte deutlich, dass, bei allen Spannungen, die die jahrelangen Pressefehden mit angeheizt hatten, die unmittelbare Vorkriegszeit hingegen, zumindest soweit es sich um die veröffentlichte Meinung gehandelt habe, eine Zeit „ungewöhnlicher Harmonie

[12] Vgl. Stefan Schmidt, Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, München 2009.
[13] Vgl. Günther Kronenbitter, „Krieg im Frieden". Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914, München 2003.
[14] Vgl. Dominik Geppert, Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912), München 2007.
[15] Vgl. Andreas Rose, Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, München 2011.
[16] Schröder, Marinekonvention, S. 690.
[17] Schmidt, Frankreichs Außenpolitik, S. 356.
[18] Ebenda.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Friedfertigkeit“[19] gewesen sei. Rose wiederum versuchte mit seiner Analyse, die gängigen Deutungen des deutsch-englischen Antagonismus infrage zu stellen. Indem er die am Erhalt des Empire und der Bewahrung der eigenen Vormachtstellung sich orientierenden Interessen der verantwortlichen englischen Politiker herausstrich, versuchte er zugleich, die Beschwörung der deutschen Gefahr durch Weltmachtstreben und Flottenbau auf die Funktion eines Vehikels zu reduzieren, mit dessen Hilfe ganz andere Ziele erreicht werden sollten. England, so das Fazit, war demnach gar nicht so selbstlos am Erhalt des Friedens interessiert, wie es viele Deutungen suggerierten, und das Deutsche Reich im Grunde nur ein imaginierter, nicht aber ein tatsächlich als Bedrohung empfundener Rivale.

Die Arbeit von Sean McMeekin[20], die Russland die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch zuzuschieben versuchte, wurde in Deutschland hingegen kaum wahrgenommen, nachdem sie zuvor bereits unter ausländischen Historikern auf teils massive Kritik gestoßen war.

Symptomatisch für das bei allen Differenzen unaufgeregte Nebeneinander unterschiedlicher Ansätze und Deutungen war die vom Deutschen Historischen Institut in London im Herbst 2012 veranstaltete Tagung, in der die Fischer-Kontroverse und der weitere Gang der Forschung nach 50 Jahren neu in den Blick genommen wurden[21].

Aus deutscher Sicht hat Konrad Canis, einer der besten Kenner deutscher und österreichischer Quellen, schließlich 2011 im letzten Band seiner Trilogie der deutschen Außenpolitik seit 1870 – also vor dem Erscheinen von Christopher Clarks „Schlafwandlern“ – noch einmal den „Weg in den Abgrund“, so der Titel seines Werkes, nachgezeichnet[22]. Er ließ dabei keinen Zweifel daran, dass die Reichsleitung mit ihrem „Blankoscheck“ bewusst das Risiko eingegangen sei, „aus dem lokalisierten Krieg gegen Serbien den großen hervorgehen sehen zu müssen“[23]. Für dieses Verhalten hat Canis aber Verständnis. Darin unterscheidet sich seine Studie entscheidend von manch anderer, die sich zur Erklärung dessen, was im Juli 1914 geschah, auf die in Anlehnung an Kurt Riezler einst von Andreas Hillgruber[24] entwickelte Strategie des „kalkulierten Risikos“ stützt.

[19] Geppert, Pressekriege, S. 27.

[20] Vgl. Sean McMeekin, The Russian Origins of the First World War, Cambridge 2012; vgl. auch die Kritik von einem der besten Kenner der russischen Vorkriegs- und Kriegspolitik, Keith Neilson, The Trial Continues: New Dimensions in the Study of the First World War, in: English Historical Review 79 (2014), S. 655–658.

[21] Vgl. Annika Mombauer, The Fischer Controversy Fifty Years On, Conference Report, German Historical Institute London Bulletin, Vol 34, No. 1 (May 2012), S. 169–175, http://www.ghil.ac.uk/fileadmin/redaktion/dokumente/bulletin/GHIL%20Bulletin%2034,1/GHIL%20Bulletin%2034%20(2012),1%20-%20169%20-%20Conference%20Reports%20-%20Fischer%20Controversy.pdf [18. 11. 2014]. Die Beiträge sind inzwischen teilweise in der April-Ausgabe des Journal of Contemporary History 48 (2013) veröffentlicht worden.

[22] Vgl. Konrad Canis, Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914, Paderborn 2011.

[23] Ebenda, S. 658.

[24] Vgl. Andreas Hillgruber, Riezlers Theorie des kalkulierten Risikos und Bethmann Hollwegs politische Konzeption in der Julikrise 1914, in: Historische Zeitschrift 202 (1966), S. 333–351.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> „Die Erfahrungen und Zukunftserwartungen der Handelnden wiesen ihnen den Weg, angesichts der vielfältigen Bedrohungen und Hemmnisse dieses Wagnis einzugehen. Angebote, den Status quo mit einem Neutralitäts- oder Nichtangriffspakt sicherzustellen, hatten die Rivalen seit 1909 konstant zurückgewiesen. Kriege waren nicht geächtet. Sie waren ein legitimes Mittel des Kampfes der Mächte um Sicherheit, Geltung, Macht, Einfluß und Ressourcen, vor allem wenn, wie 1914, eine existentielle Bedrohung vorhanden war oder sich abzeichnete oder berechnet wurde."[25]

Die deutsche Verantwortung zu betonen, heißt für ihn aber auch, den Anteil vor allem der russischen Regierung an dem Ausbruch des Krieges nicht aus dem Blick zu verlieren: „Rußland hat", so seine dezidierte These, „dem großen Krieg den Weg eröffnet, als es Serbien beisprang, weil es sein eigenes Interesse auf dem Balkan auch mit Blick auf das Fernziel gebot. Es war allerdings" – und dieser Nachsatz enthält eine erhebliche Akzentverschiebung hinsichtlich der Verantwortung für das weitere Geschehen – „ein Eroberungsziel, das nicht aus Interesse der Sicherheit legitim war wie die österreichisch-deutsche Intention."[26] Aufgeregt hat diese These, die sich vollkommen innerhalb des bisherigen Deutungsspektrums bewegte, niemanden. Warum auch? Die Verantwortung für einen Krieg, der einhundert Jahre zurückliegt, nach Prüfung der Thesen wie bisher zu gewichten oder sie, im Anschluss an Canis, neu zu verteilen, ist weder ein Grund, in tiefen nationalen Selbstzweifeln sich zu grämen oder mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger nun den anderen ihre „Sünden" vorzuhalten. Die Begegnung von François Mitterand und Helmut Kohl auf dem Schlachtfeld von Verdun hatte zudem bereits 1984 die Versöhnung über den Gräbern symbolträchtig in Szene gesetzt, was einige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen wäre. Der Erste Weltkrieg, so wurde hier deutlich, war kein Anlass mehr, nach einem Schuldigen für den Tod von Millionen zu suchen, sondern eine Mahnung, gemeinsam eine Wiederholung zu verhindern.

II.

Angesichts des hier grob umrissenen Forschungsstandes wie auch im Hinblick auf die öffentliche Verschiebung der Akzente im Umgang mit dem Ersten Weltkrieg erscheint es angebracht, die Diskussionen des vergangenen Jahres näher zu betrachten. Wer den Gang der Debatten in der Öffentlichkeit, in der Politik und unter Historikern seit dem Herbst 2013 Revue passieren lässt, der ist erstaunt über dreierlei Entwicklungen: Zunächst einmal ist hier die große Bandbreite von Veranstaltungen auf bundesweiter, regionaler und lokaler Ebene zu nennen, die an den Krieg erinnerten – Ausstellungen, Theateraufführungen, Lesungen und Vorträge thematisierten den Krieg landauf, landab in unerwarteter Breite und Tiefe. Selbst in Kleinstädten und Dörfern gedachten Bürgermeister der Opfer, die

[25] Canis, Abgrund, S. 684.
[26] Ebenda, S. 685.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Krieg in ihrem jeweiligen Ort gefordert hatte. Begleitet wurde dies von einer ebenfalls kaum noch überschaubaren Zahl in- und ausländischer Dokumentationen und Spielfilme. Auch wenn nicht jede Ausstellung, Theaterinszenierung oder Verfilmung die „Massen" ansprach, so haben sie doch alle eines bewirkt: Sie haben die Öffentlichkeit neugierig gemacht, sich mit einer Zeit zu erfassen, die in der Erinnerung selbst der Älteren kaum noch präsent war. Internetportale wie *Europeana*[27] regten dazu an, sich mit der Geschichte der eigenen Familie zu beschäftigen und diese in dem wechselvollen Geschehen des 20. Jahrhunderts neu zu verorten. Gelegentlich geäußerte Kritik an verkürzten, verzerrten oder auch verkitschten Formen der Darstellung ist – bei aller Berechtigung im Einzelnen – insofern unnötig beckmesserisch.

Auffällig war – zweitens – auch die Reaktion der Politik. Nach anfänglichem Schweigen und Ausweichen „stellte" sie sich erstaunlich engagiert dem Thema. In Reden, Podiumsdiskussionen und Leitartikeln, im Rahmen einer Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag sowie verschiedener Treffen europäischer Staatsmänner auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges im Westen Europas – dem umkämpften Hartmannsweilerkopf im Elsass, der von deutschen Einheiten zerstörten Stadt Löwen, in Mons, wo deutsche und englische Truppen erstmals aufeinandergetroffen waren, oder in Nieuwpoort, wo der deutsche Vormarsch in Flandern durch Fluten des eigenen Landes von belgischen Soldaten aufgehalten werden konnte – gedachte sie der Opfer. Zugleich thematisierten Außenminister Frank-Walter Steinmeier[28] und Bundeskanzlerin Angela Merkel[29], Bundestagspräsident Norbert Lammert[30] und Bundespräsident Joachim Gauck[31] mit großer Ernsthaftigkeit und Nachdenklichkeit das, so Steinmeier, „Versagen der Diplomatie" und die Lehren, die aus der Geschichte zu ziehen seien. Der Versuch, durch die – und dies ist eine der bitteren Ironien des Gedenkjahres – Analogie zwischen den Krisen der Vor-Weltkriegszeit und der Ukraine-Krise des Jahres 2014 den russischen Präsidenten an den Verhandlungstisch zu bringen und einer möglichen militärischen Eskalation die Spitze zu nehmen, war unverkennbar. Genauso unverkennbar war allerdings auch das Bemühen, bei aller Betonung der Rolle der anderen europäischen Mächte in der "Julikrise" 1914, die besondere deutsche Verantwortung nicht zu verschweigen. „Die Krise," so der Bundestagspräsident,

[27] Europeana 1914–1918, http://www.europeana1914–1918.eu/de [15.1.2015].

[28] Bundesaußenminister Steinmeier bei einer Veranstaltung im Auswärtigen Amt am 28.1.2014, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/ 140128-Rede_BM_Podiumsdiskussion_1.WK.html [8.11.2014].

[29] Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Nieuwpoort am 28.10.2014, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2014/10/2014–10-28-merkel-ypern.html [18.11.2014].

[30] Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert im Deutschen Bundestag, 3.7.2014, http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001/286046 [9.11.2014].

[31] Siehe u.a. die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck in Lüttich am 4.8.2014, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/08/140804-Gedenken-Luettich.html [9.11.2014].

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> „die sich im Juli 1914 zuspitzte, bleibt ein Lehrstück politisch unverantwortlichen Handelns! Statt Deeskalation anzustreben wurde der Sprung ins Ungewisse gesucht, ebenso kalkuliert wie kopflos. Dem Kaiserreich und dem deutschen Militär fällt dafür ein hohes Maß an Verantwortung zu. Der brutale Angriff auf das neutrale Belgien war völkerrechtswidrig, die Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung mit willkürlichen Hinrichtungen und Massenerschießungen ein Verbrechen. Die Zerstörungen von Städten und Kulturdenkmälern, die militärisch sinnlose, barbarische Beschießung der Kathedrale von Reims oder das Niederbrennen der Universitätsbibliothek von Löwen: sie sind beschämend und unentschuldbar."[32]

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble schließlich, verantwortlich für die Ausgabe von Briefmarken, stellte Ende August – vertreten durch Steffen Kampeter, Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium – im symbolträchtigen Friedenssaal des Osnabrücker Rathauses eine Briefmarke vor, die die übergreifende politische Botschaft der Bundesregierung unter Verwendung eines entsprechenden Plakats von Käthe Kollwitz aus dem Jahre 1924 in wenigen Worten auf den Punkt brachte: „Nie wieder Krieg!" Dass diese Botschaft allerdings nicht als ein Bekenntnis zu einem radikalen, kompromisslosen Pazifismus verstanden werden sollte, hatten sowohl Bundespräsident Gauck als auch Bundestagspräsident Lammert in ihren jeweiligen Reden klar gemacht. „Wir sind", so erklärte Bundespräsident Gauck unter Hinweis auf die aktuellen Krisen in der Welt während der Gedenkfeier in Lüttich, dessen schnelle Eroberung im Sommer 1914 eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren des „Schlieffenplans" war,

> „deshalb als Repräsentanten so vieler Länder heute nicht nur im Gedenken vereint, wir stehen hier auch als Zeugen des größten politischen, kulturellen und moralischen Erfolgs des alten Europa: Frieden und Versöhnung sind möglich. Aus einem Kontinent fortwährender Feindschaft und immer neuer Kriege ist ein Kontinent des Friedens geworden. Solche Zeugschaft sollte uns aber auch daran erinnern, dass wir gemeinsam eine Verantwortung haben für die Welt. Wir können nicht gleichgültig bleiben, wenn Menschenrechte missachtet werden, wenn Gewalt angedroht oder ausgeübt wird. Wir müssen aktiv eintreten für Freiheit und Recht, für Aufklärung, für Toleranz, für Gerechtigkeit und Humanität."[33]

Damit knüpfte er an Gedanken an, die Bundestagspräsident Lammert zuvor formuliert hatte. Unter Hinweis darauf, dass die Schaffung einer „Parlamentsarmee" eine der Lehren sei, die die Deutschen nach zwei Weltkriegen aus ihrer Geschichte gezogen hätten, hatte er betont:

[32] Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert im Deutschen Bundestag, 3. 7. 2014, http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001/286046.

[33] Rede von Bundespräsident Gauck in Lüttich, 4. 8. 2014, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/08/140804-Gedenken-Luettich.html.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Vor 100 Jahren führte die machtbesessene Forderung nach dem ‚Platz an der Sonne' in die Katastrophe. Heute nimmt Deutschland die von der Staatengemeinschaft eingeforderte und sichtbar gewachsene Rolle unseres Landes in der Welt aus Verantwortung für Frieden, Freiheit und Mensch[en]rechte zögernd und mit erkennbarer Zurückhaltung wahr, eingebunden in ein Bündnis- und Sicherheitssystem befreundeter Staaten, das wir offensichtlich weiter brauchen."[34]

Inwieweit diese Lehren tatsächlich Eingang in eine von der Mehrheit akzeptierte Politik finden werden, bleibt abzuwarten. Erstaunlich sind diese Bekenntnisse angesichts der Wirkungsmacht des Ersten wie auch des Zweiten Weltkrieges dennoch allemal.

Auch die Historiker haben – drittens – schließlich ihren Beitrag zum Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges geleistet. Neuerscheinungen oder wieder aufgelegte, manchmal nur notdürftig überarbeitete Bücher in- und ausländischer Historiker und Publizisten füllten innerhalb kurzer Zeit die Regale der Buchhandlungen. Aus politik-, wirtschafts- und sozialgeschichtlicher, ideen-, mentalitäts- und alltagsgeschichtlicher Perspektive versuchten diese, sich dem Ersten Weltkrieg zu nähern. Detailstudien zu vernachlässigten Themen gingen dabei Hand in Hand mit Monografien, die das Geschehen – einem allgemeinen Trend im Zeitalter der Globalisierung folgend – auf hunderten von Seiten aus globaler Perspektive betrachten und dieses in das 20. Jahrhundert insgesamt einordneten.

Viele Bücher können sich tatsächlich „sehen lassen", ob sie nun die lange vernachlässigte Alltags- und Kulturgeschichte oder die Gesamtgeschichte des Ersten Weltkrieges behandeln oder einfach nur Bildbegleitbände zu Fernsehdokumentationen[35] oder Ausstellungen[36] sind. Vor allem die Synthesen, die das Geschehen aus globaler Perspektive betrachten und die die bisherigen nationalen Narrative ergänzen, ohne sie freilich überflüssig zu machen, sind aufgrund der Breite des Spektrums, das sie behandeln, inhaltlich und methodisch ein großer Fortschritt. Dass manche Studie der Versuchung nicht widerstehen konnte, jüngere oder auch gegenwärtige Krisen mit Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des Ersten Weltkrieges zu verknüpfen, war zu erwarten. Hier wird man es dem Leser überlassen müssen, sich ein eigenes Urteil über gelungene, nachdenkenswerte oder auch unzulässige Vergleiche zu bilden. Wer – in der Tradition des jüngst verstorbenen Bielefelder Historikers Hans-Ulrich Wehler – der Geschichtswissenschaft wie der Althistoriker Theodor Mommsen auch eine „Pflicht zur politischen Pädagogik" zuzubilligen bereit ist, wird derartige Vergleiche als anregend empfinden. Wer hingegen die Aufgabe des Historikers ganz im Rankeschen Sinne allein darin sieht, die Vergangenheit so zu beschreiben, „wie sie eigentlich gewesen ist", der

[34] Rede von Bundestagspräsident Lammert, 3. 7. 2014, http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001/286046.
[35] Vgl. Guido Knopp, Der Erste Weltkrieg. Die Bilanz in Bildern, Berlin 2014.
[36] Als Beispiel aus österreichischer Sicht vgl. Hans Magenschab, Der Große Krieg. Österreich im Ersten Weltkrieg, Innsbruck 2013.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wird Analogien zwischen gestern und heute eher als störend empfinden, so suggestiv manche Vergleiche auch sein mögen.

Das Dilemma bei den „Lehren" aus der Geschichte freilich ist, welche man zieht. Über das „Versagen der Diplomatie" vor einhundert Jahren nachzudenken und daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen, kann nicht falsch sein, wenn man darunter den Anstoß versteht, mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten. Schwieriger wird es aber dann, wenn es darum geht, den Blick in die Vergangenheit zu nutzen, um heute Europa- oder gar wieder Weltpolitik zu machen. Regelrecht unsäglich wird es jedoch, wenn das Gedenkjahr, wie in den serbischen Teilen Bosniens oder Serbien selbst geschehen, zum Anlass genommen wird, Denkmäler für den Attentäter von Sarajevo, Gavrilo Princip, zu errichten, der schließlich die Brandfackel an das Pulverfass setzte, um einmal mehr vermeintlich berechtigte historische Gebietsansprüche zu legitimieren.

Historiker haben aber nicht nur Bücher geschrieben, auf die es im Einzelnen noch einzugehen gilt, sondern sie haben auch miteinander gestritten. Leider, ist man aus der Rückschau geneigt zu sagen. Dass es bei der Deutung historischer Ereignisse und Entwicklungen nicht *die* eine „Wahrheit" gibt, ist eine Binsenweisheit. Diskussionen fördern daher das Verstehen und dienen dem Erkenntnisfortschritt. Was wüssten wir beispielsweise über den Alltag während des Krieges, die Rolle der Intellektuellen oder auch die globalen Auswirkungen des Geschehens in Europa, wenn nicht manche Kollegen schon vor Jahrzehnten mutig über den Tellerrand hinausgeschaut, neue Fragen formuliert und Antworten angeboten hätten, die über die klassische Politik- und Militärgeschichte hinausgegangen sind? Doch was vernünftig erscheint – der Streit in der Sache im Interesse des Erkenntnisfortschritts -, muss nicht immer vernünftig ablaufen. Wer aus der Rückschau auf manche Debatte blickt, der kann nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Süffisant und nicht ohne Häme hielten manche Kollegen jenen, deren Meinung sie nicht teilten, zweifellos ärgerliche kleine Fehler in der Darstellung vor, um sie vor der eigentlichen Auseinandersetzung mit ihren Thesen bloßzustellen. Dabei vergaßen sie freilich nur allzu gerne, dass diesbezüglich eigentlich jeder Historiker trotz größter Sorgfalt im Glashaus sitzt und gut beraten ist, nicht unnötig mit Steinen zu schmeißen[37]. Die Vorwürfe, unfähig oder auch unwillig zu sein, dazuzulernen auf der einen, die des politisch motivierten Revisionismus auf der anderen Seite hielten sich bald die Waage. Schnell fühlte man sich an die dunkelsten Zeiten der „Fischer-Kontroverse" erinnert. Auch damals überlagerten sachfremde Argumente von Anfang an die angesichts neu zugänglicher Quellen zweifellos notwendige Diskussion über die deutsche Politik vor und nach 1914. Nach dem Zweiten Weltkrieg auch noch in hohem Maße für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs verantwortlich gemacht zu werden, schien vielen damals jedoch unerträglich. Dies galt umso mehr, als der englische Premierminister David Lloyd George mit seiner These vom allgemeinen „Hineinschlittern" bereits in

[37] Vgl. Andreas Rose, Ein neuer Streit um die Deutungshoheit? Neuere Literatur zu den Kriegsursachen von 1914, in: http://www.hsozkult.de/hfn/publicationreview/id/rezbuecher-21344 [16.11.2014].

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den 1920er-Jahren implizit eine Revision des in Versailles festgeschriebenen und hierzulande meist als grobes Unrecht empfundenen Alleinschuldvorwurfs an die Adresse Deutschlands vorgenommen und damit zugleich den Weg zur Versöhnung zu ebnen versucht hatte. In die gleiche Richtung zielte auch die bemerkenswerte Vereinbarung einer deutsch-französischen Historikerkommission von 1951. „Die Dokumente erlauben es nicht," so hieß es darin ausdrücklich,

> „im Jahre 1914 irgendeiner Regierung oder einem Volk den bewußten Willen zu einem europäischen Kriege zuzuschreiben. Das gegenseitige Mißtrauen war auf den höchsten Grad gestiegen, und in den leitenden Kreisen herrschte der Glaube, der Krieg sei unvermeidbar; jeder schrieb dem anderen Angriffsabsichten zu, jeder nahm die Gefahr eines Krieges hin, und eine Gewähr für die Sicherheit wurde nur in einem Bündnissystem und ständiger Aufrüstung gesehen."[38]

Doch die von Fischer zwischenzeitlich entdeckten Dokumente zeichneten ein anderes Bild. Auch wenn Fischer der Reichsleitung keineswegs die Alleinschuld aufbürdete, sondern explizit konstatierte, „daß die Regierungen der beteiligten europäischen Mächte in der einen wie der anderen Weise und in sehr abgestufter Form an der Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges teilhaben"[39], so hatte er mit seiner These von der *größeren* Verantwortung des Reiches für das Geschehen doch ein Tabu gebrochen. Damit wurde, wie Gerhard Ritter, einer der schärfsten Kritiker Fischers, in seiner Rezension von dessen „Griff nach der Weltmacht" konstatierte,

> „ein erster Gipfel erreicht in der politisch-historischen Modeströmung unserer Tage: in der Selbstverdunkelung deutschen Geschichtsbewußtseins, das seit der Katastrophe von 1945 die frühere Selbstvergötterung verdrängt hat und nun immer einseitiger sich durchzusetzen scheint. Nach meiner Überzeugung wird sich das nicht weniger verhängnisvoll auswirken als der Überpatriotismus von ehedem. So vermag ich", so sein theatralisches Fazit, „das Buch nicht ohne tiefe Traurigkeit aus der Hand zu legen: Traurigkeit und Sorge im Blick auf die kommende Generation."[40]

Die „68er" und deren radikale Infragestellung alter „Wahrheiten" haben Ritters Befürchtungen aus der Sicht der konservativen Vertreter der Zunft, aber auch ähnlich denkender Kreise in Politik und Gesellschaft zweifellos bestätigt. Bereits die darauf folgende Generation hat – sine ira et studio und gestützt auf neue Quellen – jedoch ein differenziertes Bild der Innen- und Außenpolitik zu zeich-

[38] Romain Faure, Vom internationalen zum historiographischen Konflikt. Der Erste Weltkrieg in der Deutsch-Französischen Schulbuchkommission, zit. nach http://www.gei.de/fileadmin/gei.de/pdf/publikationen/Bulletin/Bulletin_11/EB_11_03_Faure.pdf [16.11.2014].

[39] Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 97.

[40] Gerhard Ritter, Eine neue Kriegsschuldthese? Zu Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht", in: Historische Zeitschrift 194 (1962), S. 658.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nen begonnen. Dieses Bild, das Licht und Schatten bei der Darstellung des Kaiserreichs im Allgemeinen und der Analyse der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges im Besonderen insgesamt gerechter zu verteilen versuchte, abschätzig als „Fischer light“[41] zu bezeichnen, da es an der größeren Verantwortung der Reichsleitung in der „Juli“-Krise nicht rüttelte, ignoriert die Sorgfalt der vorgelegten Forschungen und die Überzeugungskraft der einschlägigen Dokumente.

Gleichwohl, die Verve, mit der jüngere Historiker ein halbes Jahrhundert nach der unseligen Fischer-Kontroverse dessen Thesen öffentlich als irrig bezeichneten und sich dabei der Zustimmung großer Teile der Öffentlichkeit wie auch der Zunft sicher sein konnten, hätte Ritter große Freude bereitet. Anlass dafür war das Erscheinen der deutschen Ausgabe von Christopher Clarks Buch „Die Schlafwandler“[42] im Herbst 2013. „Der Kriegsausbruch von 1914“, so heißt es in diesem Buch, das sich in Windeseile zu einem Bestseller entwickelte,

> „ist kein Agatha-Christie-Thriller, an dessen Ende wir den Schuldigen im Konservatorium über einen Leichnam gebeugt auf frischer Tat ertappen. In dieser Geschichte gibt es keine Tatwaffe als unwiderlegbaren Beweis, oder genauer: Es gibt sie in der Hand jedes einzelnen wichtigen Akteurs. So gesehen war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen. […] [D]ie Deutschen waren nicht die einzigen Imperialisten, geschweige denn die einzigen, die unter einer Art Paranoia litten. Die Krise, die im Jahr 1914 zum Krieg führte, war die Frucht einer gemeinsamen politischen Kultur. Aber sie war darüber hinaus multipolar und wahrhaft interaktiv – genau das macht sie zu dem komplexesten Ereignis der Moderne, und eben deshalb geht die Diskussion um den Ursprung des Ersten Weltkriegs weiter, selbst ein Jahrhundert nach den tödlichen Schüssen Gavrilo Princips an der Franz-Joseph-Straße.“[43]

Auch wenn Clark, und dies gilt es angesichts des weiteren Verlaufs der Debatte festzuhalten, ausdrücklich die von manchem bald bestrittenen Verdienste Fischers hervorhob, übten diese Äußerungen geradezu eine magische Wirkung auf die breite Öffentlichkeit und einen Teil der Zunft aus. Den Makel des ewigen Störenfrieds oder gar den des „Sonderweglers“, den viele, warum auch immer, schon lange als unerträglich empfunden hatten, war man als Deutscher nun scheinbar endlich los. Anders sind die Massenaufläufe bei Clarks Lesungen, Vorträgen und Diskussionen nicht zu erklären. Wer dabei gegenteilige Positionen vertrat, musste damit rechnen, als unbelehrbarer „Altlinker“ und Nestbeschmutzer beschimpft zu werden.

[41] So Berthold Seewald, Der neue Streit um die Kriegsschuld von 1914, in: Die Welt vom 31.1.2014, zit. nach http://www.welt.de/geschichte/article124141530/Der-neue-Streit-um-die-Kriegsschuld-von-1914.html [16.11.2014].

[42] Vgl. Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.

[43] Ebenda, S. 716 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Damit einher ging das Bestreben, auch in der Geschichtswissenschaft einem Paradigmenwechsel den Weg zu ebnen. „Das Deutsche Reich war nicht ‚schuld' am Ersten Weltkrieg", hieß es apodiktisch in einem von vier jüngeren Historikern – von denen mancher kurz zuvor noch ganz anders argumentiert hatte – im Januar 2014 veröffentlichten programmatisch klingenden Artikel in der *Welt* über den „Beginn vieler Schrecken"[44]. Damit sollte das Verhalten der Reichsleitung 1914 zwar nicht in Gänze relativiert werden, aber die „Schuld" wurde nun grundlegend neu verteilt. Damit einher ging der Versuch, die Vertreter von „Fischer light" auch aus politisch-moralischer Sicht als unbelehrbare Ewiggestrige darzustellen. „Die neuen historischen Erkenntnisse", so hieß es unter Hinweis auf Clarks „Schlafwandler", das seit Erscheinen der deutschen Übersetzung in immer breiteren Kreisen als neue Orientierungsmarke bei der Deutung der furchtbaren deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts betrachtet wurde,

> „gefallen einigen nicht, weil sie im Widerspruch zu lieb gewonnenen Selbst- und Feindbildern stehen. In England und Frankreich würden viele gern an der Schwarz-Weiß-Version eines ‚gerechten Krieges' festhalten, in dem Liberalismus gegen Militarismus, Demokratie gegen Autokratie und nationale Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft standen. Umgekehrt haben wir uns in Deutschland einen negativen Exzeptionalismus angewöhnt: das Gefühl, heute besonders gut dazustehen, weil wir in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders schlecht gewesen seien."

Um deutlich zu machen, wie eng Deutung der Vergangenheit und gegenwärtige Politik zusammenhingen, hieß es anschließend: „Die deutsche Selbstbezogenheit ist kontraproduktiv. Denn vor allem macht die gegenwärtige Krise klar, dass ein Europa scheitert, das auf historischen Fiktionen beruht. Falsche Lehren aus der Vergangenheit könnten sich als fatal für das europäische Projekt erweisen."

Dies waren in Ton und Inhalt überraschende und in der eigentlichen Sache kaum weiterführende Äußerungen. Sie spiegelten aber, dies sei der Fairness halber betont, Gedanken wider, die auch Herfried Münkler und andere Autoren aussprachen, welche zu Beginn des Gedenkjahres mit Neuerscheinungen auf den Markt kamen und – von den Medien teils angetrieben, teils diese aber auch selber nutzend – eine sich immer schneller drehende Debatte entfachten. Es war daher nur eine Frage der Zeit, wann die Angegriffenen reagieren würden. Volker Ullrich, Schüler von Egmont Zechlin, einem der schärfsten Kritiker Fischers, wies zu Recht daraufhin, dass Fischer nie von einer Alleinschuld Deutschlands gesprochen habe, noch bestritt er, dass einige von Fischers Thesen – allen voran die von

[44] Dominik Geppert/Sönke Neitzel/Cora Stephan/Thomas Weber, Der Beginn vieler Schrecken. Warum die Vorstellung von der friedensstiftenden Wirkung der europäischen Einigung, insofern sie das Nationale überwindet, auf falschen Prämissen beruht. Ein Beitrag zur Schulddebatte 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs 1914, in: Die Welt vom 3.1.2014, zit. nach http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article123489102/Der-Beginn-vieler-Schrecken.html [16.11.2014].

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Bedeutung des ominösen „Kriegsrats vom Dezember 1912" – in Teilen überspitzt gewesen und dementsprechend schon lange von der Forschung korrigiert worden seien. Umso heftiger glaubte er daher gegen den Subtext Front machen zu können, den er hinter allem vermutete: den Versuch konservativer Historiker, die Deutungshoheit über die deutsche Geschichte zurückzugewinnen und damit – ganz im Einklang mit Teilen der politischen Klasse und des historisch interessierten Bürgertums – endlich das zu werden, was Nipperdey einst als „gemeineuropäisch normal" bezeichnet hat[45]. Die folgerichtige Stilisierung Fischers und seiner Schüler zum „Popanz", wie in den 1960er-Jahren, diene, so Ullrich, nur einem Ziel, der lange überfälligen Stärkung des deutschen Gewichts in Europa und in der Welt: „Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem schuld gewesen", hatte Herfried Münkler, ebenfalls einer der schärfsten Kritiker Fischers, in einem Interview in der „Süddeutschen Zeitung" behauptet. Und in der Einleitung zu seinem ohne Zweifel großen Buch über den „Großen Krieg" hieß es unter Hinweis auf das „Syndrom von Ängsten und Befürchtungen" – der Angst der Franzosen vor „Marginalisierung", der der Russen vor „Einflussverlust", der Angst der Österreicher vor dem Verlust des Großmachtstatus, Niedergangsängste der Engländer und der „Einkreisungsobsession" der Deutschen –, das die Entscheidungen der Politiker und Militärs in Europa vor 1914 beeinflusst habe, folgerichtig: „Der Macht in der Mitte des Kontinents kam in dieser Situation eine besondere Verantwortung zu, und vor dieser Aufgabe hat Deutschland versagt. Dieses Scheitern", und darin liegt der Zusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart,

> „verlangt unsere Aufmerksamkeit umso mehr, als Deutschland nach 1990 wieder zu einer Großmacht in der Mitte Europas aufgestiegen ist und sich viele der Herausforderungen aus der Zeit vor 1914 erneut stellen – mit der freilich zentralen Differenz, dass an die Stelle des damaligen Mächtekonzerts ein zuverlässiges Bündnis- und Sicherheitssystem getreten ist und die Militärs längst nicht über eine ähnliche Machtfülle verfügen wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts."[46]

Der weitere Verlauf dieser Debatte war damit vorgezeichnet. So als ob es die ganze Forschung der letzten zwanzig, dreißig Jahre, die sich ausführlich mit der Frage der deutschen *Verantwortung*, nicht der deutschen *Schuld*, den Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen 1914/18 und 1939/45 sowie der – seit der berühmten Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 – unbestrittenen Notwendigkeit, für das furchtbare Geschehen durch Erinnern Verantwortung zu übernehmen, nicht gegeben hätte, wurde plötzlich in einer Weise über „Kriegsschuld" und Vergangenheitsbewältigung geredet, wie man es eigentlich

[45] Volker Ullrich, Nun schlittern sie wieder. Mit Clark gegen Fischer: Deutschlands Konservative sehen Kaiser und Reich in der Kriegsschuldfrage endlich rehabilitiert, in: DIE ZEIT vom 24. 1. 2014, http://www.zeit.de/2014/04/erster-weltkrieg-clark-fischer [16. 11. 2014].

[46] Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918, Berlin 2013, S. 24.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nicht erwartet hätte[47]. Historiker, die wie Andreas Wirsching bisher als „unverdächtig" galten und die jenseits des immer lauteren Gepolters behutsam nach Erklärungen für die durch Clark ausgelöste Debatte suchten, vor dessen unübersehbarer Instrumentalisierung aus innenpolitischen Gründen warnten und darauf hinwiesen, dass gerade die offenkundig gewordenen „Missverständnisse" bei der Rezeption von Clarks Buch es notwendig erscheinen ließen, dass „auch weiterhin von der schwierigen, durch Gewalt, Vernichtung und auch Schuld geprägten deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Rede sein" müsse, mussten sich manche Beschimpfung gefallen lassen[48]. „Hier offenbart sich," so die noch am gleichen Tag veröffentlichte Replik von Cora Stephan, die mit zu den Autoren der umstrittenen Januarerklärung gehörte, „wohl in Entgegensetzung zu einer vermuteten ‚Nationalapologetik', ein verklemmter ‚negativer Nationalismus', der an deutscher Selbstbezichtigung festhält, ein illiberaler Geist, dem alles suspekt ist, was den irgendwann einmal erreichten ‚Errungenschaften' der Erkenntnis widerspricht."[49]

Gemäßigte Stimmen wie die Jost Dülffers oder Friedrich Kießlings, beides intime Kenner der Vorkriegszeit gerade auch aus internationaler Perspektive, gingen dabei im allgemeinen Getöse – leider – unter[50].

Die zwischenzeitliche Überlagerung des Gedenkens an den Ersten Weltkrieg durch die Erinnerung an den Fall der Mauer, einem unbestritten positiv besetzten Ereignis der deutschen Geschichte, hat in der Zunft – zumindest vorerst – Ruhe einkehren lassen. Wirklich interessant ist inzwischen ohnehin nur noch die „Aufarbeitung" des Weltkriegsgedenkens 2014 aus der Perspektive des Historikers, ist diese inzwischen doch bereits ebenfalls ein Stück Zeitgeschichte.

[47] Ein Beispiel hierfür ist der Schlagabtausch zwischen Heinrich August Winkler, Gerd Krumeich und Dominik Geppert in der ZEIT bzw. der Süddeutschen Zeitung vom August/September 2014.

[48] Andreas Wirsching, Schlafwandler und Selbstmitleid. Christopher Clarks Buch über die Julikrise von 1914 wird in Deutschland vielfach instrumentalisiert. Der Erfolg der „Schlafwandler" hierzulande sagt viel aus: über die Befindlichkeiten der Deutschen, in: Süddeutsche Zeitung vom 27.7.2014, http://www.sueddeutsche.de/politik/ausbruch-des-ersten-weltkrieges-schlafwandler-und-selbstmitleid-1.2047555 [16.11.2014].

[49] Cora Stephan, Die ewigen Schuldgefühle der Deutschen. Warum Christopher Clarks Buch „Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" so erfolgreich ist und warum das einigen Historikern in Deutschland nicht gefällt, in: Die Welt vom 27.7.2014, http://www.welt.de/debatte/kommentare/article130616109/Die-ewigen-Schuldgefuehle-der-Deutschen.html [16.11.2014].

[50] Vgl. Jost Dülffer, Die geplante Erinnerung. Der Historikerboom um den Ersten Weltkrieg, in: Osteuropa 64 (2014), S. 351–367, sowie Friedrich Kießling, Nationale Nabelschau. Die Debatte um die Schuld am Ersten Weltkrieg ist ein Rückfall. Ohne das kaiserliche Deutschland in seiner Verantwortung zu entlasten, kann man feststellen: 1914 hatte es die Welt mit einer Globalisierungskrise zu tun – wie heute auch, in: Süddeutsche Zeitung vom 7.9.2014, http://www.sueddeutsche.de/politik/schuldkontroverse-um-ersten-weltkrieg-nationale-nabelschau-1.2113221 [16.11.2014].

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III.

Worin also liegt jenseits der öffentlichen Debatten der wissenschaftliche „Ertrag" dessen, was im Verlauf des letzten und diesen Jahres vorgelegt worden ist? Auch wenn mancher Leser oder Fernsehzuschauer dies subjektiv anders empfunden haben mag, nüchtern betrachtet ist – diesbezüglich sei auch auf die Ausführungen zu Beginn hingewiesen – der Erkenntnisgewinn geringer, als es nach außen hin scheint. „Die große Leistung der vieldiskutierten aktuellen Arbeiten von Christopher Clark, aber auch von Herfried Münkler oder Jörn Leonhard […] liegt", so hat Friedrich Kießling zu Recht betont, „gerade nicht darin, neue Erkenntnisse zur Frage nach der deutschen Schuld geliefert zu haben. Alle in den vergangenen Wochen und Monaten diskutierten Positionen in dieser Frage wären längst anderswo nachzulesen gewesen – wenn man es denn gewollt hätte." Deren Leistung bestehe vielmehr darin, „die Vielgestaltigkeit der neueren Forschung zur Vorgeschichte des Krieges in ihre großen Synthesen eingebracht und sie damit einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt zu haben"[51].

Dieses zu konstatieren, heißt nicht, dass es nicht doch auch für den Historiker neue Erkenntnisse gegeben hat. Und diese hat zweifellos als eines der wenigen das von vielen so gelobte, von anderen missverstandene, von manchen aus ganz anderen Gründen instrumentalisierte und von wieder anderen aufgrund anderer Überzeugungen abgelehnte Buch von Christopher Clark geliefert. Im Gegensatz zu vielen Historikern und Publizisten, die aus Anlass des Gedenkjahres mit kleineren oder größeren Synthesen hervorgetreten sind, hat er tatsächlich neue Quellen zu finden versucht und nicht, was keineswegs ehrenrührig ist, nur die bisherige Forschung gesichtet, gewertet und aus anderem Blickwinkel verdichtet. Die quellenmäßige Grundlage seiner voluminösen Studie ist jedenfalls sehr beeindruckend. Darüber hinaus unterscheidet sich Clarks Studie von denen anderer auch dadurch, dass sie aus europäischer Perspektive außerordentlich breit – auf insgesamt ca. 300 Seiten – die gesamte Vorkriegszeit in den Blick nimmt, um dann das Geschehen im Juli 1914 im Rahmen einer fast minutiösen Schilderung auf weiteren 230 Seiten erklären zu können. Abgesehen von Gerd Krumeich[52], der insgesamt drei Bücher zum Thema „Juli"-Krise und Erster Weltkrieg vorgelegt hat, handeln alle anderen die Vorgeschichte und die „Juli"-Krise selbst in kleinerem Rahmen ab. Da in diesen Studien der Fokus auf dem Kriegsgeschehen insgesamt liegt, ist dies allerdings auch verständlich.

Das Neue an Clark ist jedoch nicht allein die europäische Perspektive, sondern auch die ganz andere Leitfrage, mit der er sich im Unterschied zu den anderen Studien dem Geschehen widmet: Wie im Titel suggeriert, geht es ihm um Erklärungen dafür, „wie" und „warum" es zu der Katastrophe hatte kommen können. Damit einher geht eine wichtige Akzentverschiebung bei der Darstellung. Sie

[51] Ebenda.

[52] Vgl. Gerd Krumeich, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014; ders., Die 101 wichtigsten Fragen – Der Erste Weltkrieg, München 2014; ders./Gerhard Hirschfeld, Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2013.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

setzt weder, wie so manches bisherige Narrativ, mit dem Jahr 1890 ein, also mit Bismarcks Entlassung und den sich daran anschließenden Veränderungen in den Bündniskonstellationen, nach dem Scharnierjahr 1897/98, als das Deutsche Reich ostentativ von der Kontinental- zur Weltpolitik überging, oder dem Jahr 1911, als die Berliner Regierung Frankreich mit einem Kanonenboot unter Druck setzte und Italien im Windschatten dieses Ereignisses mit seinem Angriff auf die Überreste des Osmanischen Reiches in Nordafrika zu dessen Liquidation aufrief. Nein: Allein mit der gleich zu Beginn detailliert geschilderten Ermordung des serbischen Königspaares im Jahre 1903 durch eine Gruppe von Offizieren, zu denen auch der spätere Chef des Geheimdienstes gehörte, lenkt Clark erstmals verstärkt den Blick in jene Region, in der die Katastrophe des Jahres 1914 ihren Ausgang nahm: den Balkan. Zugleich aber lässt er – und diese These durchzieht seine Darstellung wie ein roter Faden – den Balkanstaat als einen „failed state" erscheinen, dessen Rolle wie auch die seiner Unterstützer – Russland und Frankreich – bei der Ermöglichung der Katastrophe neu bewertet werden müsse. Kenntnisreich beschreibt Clark zunächst die inneren Verhältnisse in Serbien, dessen Geheimdienstchef die Attentäter von Sarajevo mit Pistolen und Bomben ausrüstete. Kennzeichnend waren interne Machtkämpfe, die nicht abebben wollten, und der Wille, mit Gewalt jener Idee zum Durchbruch zu verhelfen, die alle irgendwie einte: der Idee eines Großserbischen Reiches. „Das Vermächtnis der serbischen Geschichte und insbesondere die Entwicklung des Königreichs seit 1903", so Clark, „lasteten im Sommer 1914 schwer auf Belgrad. Das Staatswesen war immer noch eine junge und zerbrechliche Demokratie, bei dem die zivilen Entscheidungsträger in der Defensive waren."[53] Daran ist zweifellos viel Wahres, aber daraus erklärt sich auch die besondere Brisanz der Lage. Denn in Serbien gab es wichtige Kräfte, die darauf drängten, als neues „Piemont" nach dem Sieg über das zerfallende Osmanische Reich nun den Blick nach Norden zu lenken und der gleichfalls morschen Donaumonarchie, diesem „Reich ohne Eigenschaften" – so Clark –, den Todesstoß zu versetzen. Doch diese war sich über die Gefahr, die aus dem Süden drohte, bewusst. Während der Balkankriege 1912/13 hatte der große europäische Konflikt, den manche in Wien zu riskieren bereit waren, noch einmal verhindert werden können; 1914 dann nicht mehr. Befürworter eines friedlichen Ausgleichs auch auf dem Balkan und eines unnachgiebigen Kriegskurses hielten sich dort allerdings bis zuletzt die Waage. Es gab sogar, so Clark, „bescheidene, hoffnungsvolle Indikatoren, dass Österreich-Ungarn und Serbien im Laufe der Zeit durchaus lernen könnten, als gute Nachbarn miteinander zu leben"[54].

Um zu erklären, warum der österreichisch-serbische Konflikt, der nach dem Attentat auf den Thronfolger unvermeidlich war, ein so großes explosives Potenzial hatte, seziert Clark dann die europäische Politik seit 1887. Warum 1887? In diesem Jahr zerbrach das Dreikaiserbündnis, das die konservativen Kaiserreiche Deutschland, Russland und Österreich miteinander verbunden hatte, endgültig,

[53] Clark, Schlafwandler, S. 98.
[54] Ebenda, S. 165.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die „Polarisierung Europas“ nahm ihren Lauf. Das, was folgt, ist einerseits „klassische“ Diplomatiegeschichte auf hohem Niveau, andererseits aber auch die Beschreibung der gesellschaftlichen und ökonomischen Triebkräfte, die dieser Entwicklung ihre besondere Dynamik und Brisanz verliehen. Darin verwoben sind sehr lesbare Porträtskizzen der wichtigsten Akteure der Zeit, auch wenn man manche Charakterisierungen nicht teilen mag. Gleichwohl, indem er dem Leser die wichtigsten Entscheidungsträger vorstellt, zeigt er, dass es letztlich Menschen waren, die 1914 entschieden. Und diese hatten eben „Stärken“ und „Schwächen“, waren geprägt durch ihre Herkunft, hatten im Verlauf ihres Lebens eigene Vorstellungen von Politik entwickelt, die sie intern und nach außen vertreten wollten oder mussten. Auch die Eitelkeiten und Obsessionen mancher Akteure, deren Rivalitäten untereinander, vor allem aber deren mal mehr, mal weniger ausgeprägte Unfähigkeit, vernünftige Entscheidungen zu treffen, diese mit anderen abzustimmen und dann nach außen zu kommunizieren, sollten nicht vergessen werden. Einer der Schlüssel für die widersprüchlichen Entscheidungsprozesse im Juli 1914 ist sicherlich hierin zu verorten.

Immer wieder bürstet Clark in diesen Abschnitten bisherige Interpretationen gegen den Strich: Deutlich erkennbar ist seine Sympathie für den „imperialen Nachzügler: Deutschland“, den die anderen Mächte – zu Unrecht, wie er meint – von der Verteilung der Welt fernhalten wollten[55]. Das Flottenbauprogramm kritisiert er daher genauso wenig wie die deutsche Marokkopolitik. „Die Deutschen hatten allen Grund zu der Annahme, dass man sie nicht ernst nehmen würde, wenn sie sich nicht eine starke Seestreitkraft verschafften“[56], erklärt er apodiktisch. Auch der Wandel der europäischen Konstellation nach der Jahrhundertwende bedeutete seiner Meinung keineswegs, dass die Zukunft „vorherbestimmt“ war. „Der große Wendepunkt von 1904 bis 1907 erklärt unter anderem die Entstehung der *Strukturen*, innerhalb derer ein Kontinentalkrieg möglich wurde. Aber er kann nicht die konkreten Gründe erklären, weshalb es zu diesem Konflikt kam.“[57] Gleichermaßen groß ist sein Verständnis für die Donaumonarchie, die allen Grund hatte, ihre Existenz nicht von einem aggressiven Nachbarn und hinter diesem stehenden Großmächten infrage stellen zu lassen. Wenig Verständnis hat Clark konsequenterweise für das unterschiedlich motivierte französische und russische Vorgehen auf dem Balkan in diesen Jahren. Dies habe den Konflikt unnötig geschürt und damit die fragile Balance der Machtblöcke ins Wanken gebracht, um die Mittelmächte aus innen- und außenpolitischen sowie militärischen Gründen über den Balkan unter Druck zu setzen. Mit der Unterstützung eines „failed state“ schufen sie für den Fall eines großen europäischen Krieges eine neue Front, die die Erfolgschancen erheblich verbesserte. Nicht nur Deutschland, sondern auch Österreich wären dann einem tödlichen Zweifrontenkriegsszenario ausgesetzt gewesen.

[55] Vgl. ebenda, S. 194–208.
[56] Ebenda, S. 204; zur Marokkopolitik vgl. ebenda, S. 271–284.
[57] Ebenda, S. 227.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Clark ist freilich zu klug, um einem historischen Determinismus das Wort zu reden. Zu Recht betont er am Ende dieser Ausführungen, die zu lesen allein aufgrund seiner lebendigen Schilderungen von Personen und Ereignissen – ganz in der Tradition der essayistischen historischen Erzählung – ein Genuss ist, die Unwahrscheinlichkeit eines Krieges im Sommer 1914 trotz der zumindest zeitweilig gefährlichen Aufladung der Spannungen zwischen den Großmächten während der Balkankriege 1912/13. Doch genau diese Unwahrscheinlichkeit, und darin liegt seiner Meinung nach das Paradoxe der Situation, war es, die diesen Krieg so wahrscheinlich machte: Zum einen seien die Bündnisse eben nicht so fest gewesen, dass sich alle auf ihre Partner hätten verlassen können und daher in der heraufziehenden Krise glaubten „fest" bleiben zu müssen, um nicht alleine da zu stehen. Zum anderen habe gerade die Entspannung der Jahre 1914 die Hauptakteure dazu verführt, „die mit ihren Interventionen verbundenen Risiken zu unterschätzen"[58].

Im Großen und Ganzen wird man Clark hier zustimmen können, auch wenn er die von der Forschung sehr gut herausgearbeiteten Ziele der deutschen Welt- und Flottenpolitik und deren Auswirkungen auf die Nachbarn, allen voran Großbritannien, insgesamt etwas unterschätzt. Keine Frage, die anderen Mächte hatten ihre Interessen und verfolgten sie wie Frankreich in Marokko oder Russland zunächst in Fernost, dann, nach der Niederlage von 1905, verstärkt auf dem Balkan genauso energisch wie die Regierung in Berlin. Gleichermaßen sahen die Verantwortlichen in London gar keinen Anlass, einem Rivalen, der einem offenkundig das Messer an die Kehle setzte, irgendwelche Konzessionen zu machen. Nicht ohne Resignation, aber doch sehr selbstkritisch hatte Reichskanzler Bethmann Hollweg am 30. Juli 1912, also zwei Jahre vor der Katastrophe, dem deutschen Botschafter in St. Petersburg zu erklären versucht, warum die anderen Mächte Deutschland nicht liebten: „Dafür sind wir zu stark, zu sehr Parvenu, überhaupt zu eklig."[59] Ein Jahr später hieß es in einem Brief an den Leipziger Historiker Karl Lamprecht: „Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzu viel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirkt, die Gewalt niemals erhalten kann. […] Wir sind noch nicht soweit."[60]

Doch genau in dieser Unruhe und der unverhohlenen Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt, die der Kanzler hier beklagte und die Clark aus Sicht des Rezensenten unterschätzt, lag das Problem der anderen Mächte. Im Gegensatz zur Bismarck-Ära, wo die deutsche Politik berechenbar erschien, erweckte sie seit 1897/98 den Eindruck, das internationale System revolutionieren zu wollen. Da mochte der Kanzler noch so oft das Gegenteil behaupten und als Person diesbezüglich sogar glaubwürdig erscheinen, die öffentliche Diskussion über seine Ab-

[58] Ebenda, S. 471.
[59] Bethmann Hollweg an Pourtalès, 30. 7. 1912, zit. nach Klaus Hildebrand, Reich – Großmacht – Nation. Betrachtungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945, München 1995, S. 13.
[60] Bethmann Hollweg an Lamprecht, 21. 6. 1913, zit. nach ebenda, S. 14.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lösung durch einen offensiven Exponenten der Welt- und Flottenpolitik, Großadmiral Alfred von Tirpitz, in den Jahren 1912–1914, stärkte nicht gerade das Vertrauen in die Beständigkeit deutscher Politik. Umgekehrt gilt aber auch – und darauf weisen Clark und die anderen neuen Studien zurecht hin –, dass durch das von Paris gedeckte russische Agieren auf dem Balkan 1912/13 wie auch durch Greys Verhalten nach dem Bekanntwerden der englisch-russischen Verhandlungen über eine Marinekonvention im Mai 1914 das Vertrauenskapital, das sich bei der Lösung der „Adria"-Krise 1912 oder im Laufe der Verhandlungen über die Beilegung kolonialer Streitfragen angesammelt hatte, schnell aufgezehrt war. Das Treffen zwischen dem Zaren und Wilhelm II. im Sommer 1912 mochte äußerlich noch so harmonisch verlaufen sein, bald danach fragte sich der Kanzler doch, ob es sich wirklich lohne, neue Bäume auf seinem Gut nahe der Oder zu pflanzen, da die russischen Armeen doch bald vor Berlin stehen würden.

Dieses Gefühl fehlender „Sicherheit" verleitete natürlich dazu, diese verstärkt zu suchen, und sei es präventiv. Die Neigung dazu war in Deutschland, allein aufgrund der Mittellage, von jeher besonders stark ausgeprägt. Über die Gefahren, die aus diesem Gefühl der Bedrohung heraus resultierten, gaben sich die anderen Staatsmänner und militärischen Planer zu wenig Rechenschaft. Im Gegenteil, auch sie rüsteten, und selbst wenn sie, wie Clark ausdrücklich betont, ungeachtet aller Reden über einen Krieg diesen zu keinem Zeitpunkt planten, so schränkten sie doch zunehmend die „Optionen" ein, die die Verantwortlichen in Berlin bei der Verteidigung der aus ihrer Sicht legitimen Interessen zu haben glaubten[61].

Spätestens hier wird deutlich, wie wichtig „Vertrauen[62]" oder – umgekehrt – wie gefährlich der Verlust von Vertrauen für die internationalen Beziehungen ist. Das Problem des „Vertrauens" ist für die Arbeit von Jörn Leonhard der eigentliche Schlüssel zur Erklärung dessen, was schließlich in die Krise und dann in die Katastrophe mündete. Warum dieses Vertrauen verlorenging, zeichnet er im Rahmen der Beschreibung der „Erbschaften" wie auch der „Inkubation des Krieges" differenziert nach. Dabei wird zunächst einmal mehr deutlich, dass die strukturellen Ursachen des Ersten Weltkrieges keineswegs in den vielfältigen Umbrüchen, Beschleunigungen und Deutungskrisen des 19. Jahrhunderts zu sehen sind. Auch die Entwicklung seit der Jahrhundertwende habe den Krieg keineswegs unausweichlich gemacht, so sehr das bisherige Ordnungsmodell der Machtbalancen aufgrund der Veränderungsdynamik unter Druck geraten sei. Auch die unleugbare Bedeutung imperialistischer, nationalistischer und militaristischer Strömungen in allen Ländern Europas reiche nicht aus, um das Geschehen im Juli 1914 zu erklären. Gleiches gelte für die vielen Krisen, die Verfestigung der Blöcke oder die Tendenz der Militärs aller Staaten, zunehmend in „scheinbar alternativlosen Szenarien" zu denken. Auf die Grenzen dieser Faktoren zur Erklärung des Geschehens hinzuweisen, bedeutet für Leonhard aber nicht, nicht doch „deutliche Krisenfaktoren" zu benennen, „die einen Krieg wahrscheinlicher machten

[61] Clark, Schlafwandler, S. 457.

[62] Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 125.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und bei vielen Zeitgenossen die subjektive Gewöhnung an den Gedanken eines großen Krieges verstärkten“[63]. Der wichtigste dieser Faktoren sei die Lage auf dem Balkan gewesen. Dort hätten sich mehrere „Risiken“ überlagert und gegenseitig verstärkt, „die in anderen potenziellen Konfliktregionen nur isoliert auftraten“[64]. Dieser Deutung kann man uneingeschränkt zustimmen. Auch alle anderen Gesamtdarstellungen, die die Vorgeschichte in ähnlicher Weise beschreiben, lassen keinen Zweifel daran, dass der Weg in den Krieg ungeachtet aller Konflikte und Krisen vor 1914, überschäumender Propaganda, markiger Sprüche, zumal des Kaisers, und unzähliger Paraden, die in allen Staaten demonstrieren sollten, dass die Regierungen im Ernstfall auch über ein scharfes Schwert zur Durchsetzung ihrer Interessen verfügten, bis zuletzt keineswegs vorgezeichnet war.

IV.

Umso mehr gilt es daher zu fragen, warum die „Juli“-Krise, die sich doch von den vielen vorangegangenen – den Marokkokrisen 1905/06 und 1911, der bosnischen Annexionskrise 1908/09 oder auch der Adriakrise von 1912/13 – strukturell nicht unterschied, dann doch in den Ersten Weltkrieg führte. Einfach, dies sei hier vorweg gesagt, macht sich keiner der aktuellen Autoren seine Antwort auf dieses seit einem Jahrhundert mit vielen Emotionen belastete Thema. Alle zeichnen die Interessen der beteiligten Mächte und deren Verhalten in den unterschiedlichen Phasen der Krise sorgfältig nach. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Frage nach den Ursachen und dem Ausmaß der *Verantwortung*, nicht nach der *Kriegsschuld*. Auch Annika Mombauer verwendet diesen belasteten Begriff in ihrer komprimierten, sehr lesenswerten Darstellung der „Julikrise“[65], anders als von manchem Rezensenten[66] behauptet, ausdrücklich nicht. Von grobschlächtigen, unausgewogenen Urteilen ist dabei bei keinem die Rede, auch bei Mombauer nicht. Gleichwohl kommen sie zu unterschiedlichen Bewertungen – je nachdem, welche Quellen sie am Ende für überzeugender und für die Deutung des Gesamtgeschehens für ausschlaggebend halten. Etwas befremdlich, aber dies liegt an dem gelegentlich „schnoddrigen“ Ton, der im Übrigen die ganze Darstellung durchzieht, erscheint lediglich die Darstellung von Jörg Friedrich[67].

Clark zeichnet das ganze Geschehen – von den Schüssen auf dem Appelkai in Sarajevo bis hin zur Verkündung der Mobilmachung in einer Kosakensiedlung im Altai – in seinen ganzen Verästelungen nach. Eine seiner zentralen Grundannahmen, und dabei rekurriert er auch immer wieder auf den Kosovo-Krieg von 1999 oder die amerikanischen Reaktionen auf die Anschläge vom September 2001, ist die Berechtigung des österreichischen Verlangens nach „Satisfaktion“. Die Weige-

[63] Ebenda, S. 81.
[64] Ebenda.
[65] Vgl. Annika Mombauer, Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014, S. 14 f. u. S. 119–121.
[66] Vgl. Andreas Rose, Annika Mombauer: Die Julikrise, http://www.sehepunkte.de/2014/07/24636.html [16. 1. 2015].
[67] Vgl. Jörg Friedrich, 14/18. Der Weg nach Versailles, Berlin 2014.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rung des Zarenreichs, diese zuzugestehen, wiegt für ihn mindestens ebenso schwer, wie die Überlegung Bethmann Hollwegs, die von den Militärs unterstellte Bereitschaft Russlands zum Krieg in einer Frage zu testen, in der es aus Berliner Perspektive „weder aus moralisch-rechtlicher noch aus sicherheitspolitischer Sicht“[68] eine Rechtfertigung für eine russische Intervention gab. Dieser „Test“ ging am Ende schief, da die russische Regierung mit Unterstützung der französischen bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine Zuspitzung der Krise zuließ, anstatt die Deeskalation zu suchen und Serbien, wegen des begangenen Unrechts, in die Schranken zu weisen. Mit dieser Deutung bewegt sich Clark ganz auf der Linie von Schmidt, dessen Thesen er aber aus meiner Sicht „überzieht“, soweit es sich um die Haltung der französischen Regierung handelt, vor allem aber der von McMeekin. Nicht ganz so zugespitzt wie in seiner ersten Studie hat dieser in seinem auch auf Deutsch erschienenen Buch „Juli 1914. Der Countdown in den Krieg“[69] bei aller Berücksichtigung des deutschen und des österreichischen Anteils dem russischen Außenminister Sergej Sasonow ein sehr hohes Maß an Verantwortung zuzuschreiben versucht. Dieser habe schon früh vom Ultimatum gewusst, sich eine dementsprechende Strategie zurecht gelegt, seit dem 24. Juli dann massiv im Einklang mit den Militärs auf die Mobilmachung gedrängt und damit schließlich den Krieg unausweichlich gemacht[70]. Ob McMeekins – und daran anschließend Clarks – Interpretationen des innerrussischen Entscheidungsprozesses, vor allem in den Tagen nach der Überreichung des Ultimatums, einer sorgfältigen Überprüfung standhalten, wird sich noch zeigen müssen. Bedeutende Kenner der russischen Politik wie auch der Armee haben daran ihre Zweifel angemeldet. Russland, so hat es vielmehr Ronald Bobroff jüngst in nachdenkenswerter Weise formuliert, sei weder in den Krieg hineingestolpert, noch habe es diesen zur Erreichung eigener Ziele geschickt in die Wege geleitet. Die getroffenen militärischen Vorbereitungen, die zumindest aus der Sicht der Politiker bis zuletzt den Krieg keineswegs unausweichlich gemacht hätten, sollten vielmehr Stärke demonstrieren und dazu beitragen, aus der diplomatischen Zwickmühle, in der sich das Zarenreich 1914 befunden habe, herauszukommen[71].

Neu ist hingegen die Deutung der englischen Außenpolitik durch Clark. Insbesondere der englische Außenminister Sir Edward Grey erscheint nun nicht mehr als der einzige Diplomat, der gleichsam ohne eigene Interessen bis zuletzt den Frieden zu erhalten versucht habe. Gebannt von der Sorge um den Schutz des Empire gegen russische Ambitionen habe er von Anfang an eine doppelbödige Politik betrieben. „In seinen Reaktionen auf die Krise“, so Clark und in ähnlicher Weise auch McMeekin, „ordnete Grey seine Auffassung von der österreichisch-serbischen Auseinandersetzung den höheren Imperativen der Entente unter, was

[68] Clark, Schlafwandler, S. 537.

[69] Vgl. Sean McMeekin, Juli 1914. Der Countdown in den Krieg, Berlin 2014.

[70] Vgl. ebenda, S. 487–489.

[71] Vgl. Ronald P. Bobroff, War accepted but unsought: Russia's growing militancy and the July Crisis, 1914, in: The Outbreak of the First World War. Structure, Politics, and Decision-Making, hrsg. von Jack S. Levy und John A. Vasquez, Cambridge 2014, S. 227–251.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

im Grunde hieß, stillschweigend die russische Linie zu unterstützen."[72] Die Quellen, die Clark heranzieht, können allerdings auch anders interpretiert werden, und so wird man es der in Arbeit befindlichen Biografie von Thomas Otte, einem intimen Kenner der britischen Politik vor 1914, überlassen müssen, ob dieser Befund zutrifft.

Für diese Verschiebung der Verantwortung, die hier deutlich wird, ist Clark von vielen „gelobt", von anderen aber auch heftig kritisiert worden. Letzteres nicht zu Unrecht, denn so ausführlich und gelegentlich mit einer „gewissen" Süffisanz er sich der Entente widmet, so knapp beschreibt er das Handeln der Akteure in Berlin und Wien. Es war daher auch nicht weiter erstaunlich, dass diejenigen, die ihn missverstehen wollten, ihn missverstanden, und dass seine Kritiker ihm deswegen Versäumnisse vorwarfen. Mit seiner Schlussformel, dass alle „Protagonisten von 1914 Schlafwandler – wachsam, aber blind, von Albträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräuel zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten", gewesen seien, lieferte er der einen wie der anderen Seite zusätzlich Munition. Wie einst Fischer mit dem von ihm stammenden Titel „Griff nach der Weltmacht" Geister gerufen hatte, die er nicht mehr los wurde, hatte auch Clark hiermit eine Beschreibung gewählt, die die entscheidende Antwort nach dem „Warum" verweigerte, obwohl sie diese – zumindest nach dem Duktus seiner Darstellung – eben doch gab, so sehr er diesen Schluss auch von sich zu weisen versuchte: Allen voran Serbien und dann die dieses – zu Unrecht – stützenden Mächte seien für die Katastrophe von 1914 verantwortlich.

Gegen Clarks Topos von den „Schlafwandlern" wendet sich daher dezidiert Leonhard. Die handelnden Akteure seien „wach und in vieler Hinsicht übersensibilisiert" gewesen. Es sei auch nicht so gewesen, „dass es bei den militärischen Spezialisten kein Wissen um den Charakter eines modernen Krieges gegeben hätte"[73]. Systematisch lotet er dann den Grad der Verantwortlichkeiten aus. „Mit seiner Politik bis zum 23. Juli, Druck auf die Wiener Regierung auszuüben, um die gegebene Situation auszunutzen und mit den Serben abzurechnen, kam Deutschland ohne Zweifel eine besondere Verantwortung in der Julikrise zu."[74] Aber auch die anderen Mächte hätten ihren Anteil am Geschehen. Doch Leonhard analysiert nicht einfach die verschiedenen Stufen der Eskalation, sondern fragt auch nach dem Scheitern der Deeskalation, die in allen vorangegangenen Krisen funktioniert hatte. Hier sieht er die Schlüssel eindeutig in den Händen der Reichsleitung bzw. des britischen Kabinetts. Erstere habe es aber dieses Mal „darauf ankommen" lassen zu testen, „wie weit Russland gehen würde und ob es zum Krieg letztlich bereit war oder nicht", ohne wirklich die „russisch-französische Bereitschaft zu erkennen, die Balkankrise zum Anlass für einen großen Konflikt zu machen"[75]. Englands Haltung wiederum sei zu lange „zu unklar" geblieben und habe „immer wieder widerstreitende Hoffnungen" auf „eine britische Neutralität bei den Re-

[72] Clark, Schlafwandler, S. 633.
[73] Leonhard, Die Büchse der Pandora, S. 118.
[74] Ebenda, S. 95.
[75] Ebenda, S. 119.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gierungen in Berlin und Wien oder eine Intervention in Paris und St. Petersburg" genährt. Einlinige Erklärungen der Motive und Aktionen der wichtigsten Entscheidungsträger in den europäischen Hauptstädten reichen Leonhard nicht aus. Ihr Vorgehen werde erst verständlich, wenn man andere Faktoren mit einbezieht, die aus der jeweiligen Sicht die Handlungsspielräume verengt hätten. Dazu zählt er die verschiedenen Krisen, die zwar durch Kompromisse beigelegt hätten werden können. Doch Kompromisse seien aus der Sicht mancher Akteure eben auch mit durchaus schmerzlichen Einbußen an Prestige verbunden gewesen. Russland wie auch Österreich hätten daher 1914 keinerlei Neigung mehr verspürt, erneut nachzugeben. Weitere Faktoren sind „das Missverhältnis zwischen Kriegsszenarien und Kriegsplanungen einerseits und Kriegsvorbereitungen sowie Kriegszielen andererseits." Auch ein „asymmetrisches Risikomanagement" und „gegenseitige Fehlwahrnehmungen" hätten die Krise verschärft. Entscheidend sei aber der Verlust an Vertrauen gewesen. Vertrauen versteht Leonhard dabei als Teil einer rationalen Strategie, die einen „Austausch zwischen Akteuren" zulasse, „der die Eigenlogik von gegenseitigen Unterstellungen und Fehlwahrnehmungen durchbricht." Die Ursache dafür sieht er darin, dass vielen Verantwortlichen 1914 die möglichen Folgen eines einmal ausgebrochenen Krieges geringer erschienen seien als das Risiko, „durch eine deeskalierte Krise einen internationalen Ansehensverlust zu erleiden. Vor diesem Hintergrund fehlte es an Vertrauen, weil die meisten Akteure fürchteten, man könne die Vertrauensvorleistung als Ausdruck einer geschwächten Position deuten."[76] So kompliziert dies klingt, daran ist viel Wahres.

Im Vergleich zu allen anderen Deutungen, die sich auf eher „konventionellen" Bahnen bewegen, erscheint mir Leonhards Darstellung von der ganzen Argumentation her auch die überzeugendste zu sein. Dahinter fällt auch die Deutung Münklers zurück: Sie beschreibt den vermeintlichen Zwang zum Präventivkrieg, den viele in Deutschland verspürt hätten, bewertet die Präventivkriegspläne aber politisch als ebenso defensiv wie die Joseph Joffres oder des englischen First Sealord, Admiral John Fisher, im Jahre 1904. Dabei unterschätzt Münkler jedoch, dass die spezifische Neigung zum Präventivkrieg und, vor allem, die strukturellen Möglichkeiten, diesen intern durchzusetzen, im Kaiserreich ungleich höher waren als in Frankreich oder England. Wie viele andere Historiker verteilt auch Münkler die Verantwortung relativ gleichmäßig unter den Mächten. „Für die Entscheidungen des Juli 1914 war insgesamt also ausschlaggebend, dass nicht nur Deutschland den Österreichern und Russland den Serben, sondern auch Frankreich den Russen einen 'Blankoscheck' ausgestellt hat."[77] Der Schlüssel zum Krieg liegt für ihn wie auch für McMeekin oder bereits Canis jedoch in Russland.

> „Hätte man dort auf die Mobilmachung und Kriegserklärung verzichtet, so wäre es nur zu einem Dritten Balkankrieg gekommen, den Österreich-Ungarn aller Voraussicht nach gewonnen hätte. Bei der politischen Ausgestaltung des Sieges hätten die europäischen Großmächte dann ein gewichtiges Wort mitgesprochen.

[76] Ebenda, S. 125.
[77] Münkler, Der Große Krieg, S. 100.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> [...] Die Triple Entente hätte sich bei einem solchen Ausgang der Krise vermutlich gelockert, weil die Russen zu dem Ergebnis gekommen wären, dass ihr politisches Ziel, im östlichen Mittelmeer zu einer erstrangigen Macht aufzusteigen, auf diesem Weg nicht zu erreichen war."[78]

Diese kontrafaktischen Gedankenspiele wie auch die an anderer Stelle formulierten Thesen über den Zusammenhang von Geopolitik, deutschem Machtstreben und der Weigerung der Nachbarn, diesem angemessen zu entsprechen[79], sind aus der Sicht eines Politikwissenschaftlers sicherlich interessant. Sie spiegeln zudem genau jenes Szenario wider, das die Reichsleitung ansteuerte, das aber nach Lage der Dinge mit hohen, nicht kalkulierbaren Risiken behaftet war. Viele Verantwortliche waren sich darüber auch durchaus im Klaren. So berichtete der Leiter des Nachrichtenbureaus des Reichsmarineamts nach Gesprächen im Auswärtigen Amt bereits am 21. Juli 1914, also dem Tag, als die eigentlichen Gespräche zwischen dem französischen Präsidenten und der russischen Regierung in St. Petersburg begannen, und zwei Tage vor Überreichung des der Reichsleitung ja in großen Zügen bekannten Ultimatums an Serbien:

> „Wie ich gelegentlich privater Unterhaltung im A.A. feststellen konnte, ist man dort keineswegs an *allen* Stellen der Ansicht, daß es Österreich möglich wäre, ohne russischen Widerspruch eine serbische Gebietsabtretung zu erreichen. Ich begegnete bei einem älteren Diplomaten und Balkankenner der ausgesprochenen Überzeugung, daß 1) wenn Österreich eine serbische Gebietsabtretung verlangen werde, dies den Krieg mit Rußland bedeute, daß aber 2) Österreich der russischen ‚Vermittlung' gegenüber bestimmt zurückweichen werde, und daß schließlich 3) wenn es doch zu einem Kriege zwischen Dreibund und Entente aus diesem Anlaß käme, England *nicht* zurückhalten vielmehr auf Seiten der Entente teilnehmen werde."[80]

Äußerungen wie diese sind es schließlich, die Gerd Krumeich, Gerhard Hirschfeld und Annika Mombauer, aber auch Oliver Janz[81] – und der Autor würde sich diesen anschließen wollen – veranlasst haben, den deutschen Anteil doch höher einzuschätzen, als Clark und McMeekin, Canis oder Münkler dies tun. Aber: anders als von manchem Kritiker aus durchsichtigen Gründen gelegentlich unterstellt[82], bestreiten sie deren Anteil ja auch nicht. „Das Deutsche Reich hatte sich selber in eine Sackgasse manövriert, aus der es nicht mehr herausfand, aber si-

[78] Ebenda, S. 101.
[79] Vgl. dazu die Ausführungen in: Ebenda, S. 23 f., und passim.
[80] Janson an Capelle, 21. 7. 1914, in: Bundesarchiv, RM 3/10398.
[81] Vgl. Oliver Janz, 14 – Der große Krieg, Frankfurt a. M. 2013.
[82] Beispiele hierfür sind die im Ton wie auch in der Sache unangemessenen Rezensionen von Rose zu Mombauers Buch: Die Julikrise 1914, in: http://www.sehepunkte.de/2014/07/24636.html [18. 11. 2014], sowie dessen Sammelrezension: Ein neuer Streit um die Deutungshoheit? Neuere Literatur zu den Kriegsursachen von 1914, in: http://www.hsozkult.de/hfn/publicationreview/id/rezbuecher-21344 [16. 11. 2014].

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

cherlich war es nicht allein verantwortlich für die Eskalation der Krise", heißt es beispielsweise in der Gesamtdarstellung von Hirschfeld und Krumeich[83]. Und bei Annika Mombauer ist zu lesen: „Am Ende [waren] alle Regierungen der Großmächte für die Eskalation der Krise verantwortlich, einige mehr (Österreich-Ungarn und Deutschland), einige weniger (Russland und Frankreich) – und vergleichsweise am wenigsten Großbritannien."[84]

V.

So unterschiedlich am Ende die Deutungen der „Juli"-Krise sind, so groß sind letztlich die Übereinstimmungen in den Gesamtdarstellungen des Krieges, ob sie diesen wie Hirschfeld und Krumeich sowie Rauchensteiner nun eher aus nationaler oder wie Leonhard, Münkler und Janz aus globaler Perspektive betrachten. Eine besondere Ausnahme ist hier, allein aufgrund ihrer Anlage, die „Cambridge History of the First World War". Keine Frage: Nach Jahrzehnten von Nationalgeschichten ist, zumal im Zeitalter der Globalisierung, beim „Fachmann" wie auch beim allgemeinen Publikum das Bedürfnis groß zu erfahren, welche Formen und Folgen der Erste Weltkrieg denn außerhalb des eigenen Landes gehabt hat. Die globalen Studien bieten hier viele und zumeist auch überzeugende Antworten an, wenngleich, dem jeweiligen Umfang geschuldet, in unterschiedlicher Dichte und Tiefe. Leonhards „Büchse der Pandora" überragt dabei bei weitem mit 1157 Seiten Friedrichs „14/18" (1071 Seiten), Münklers „Großen Krieg (923 Seiten) oder Janz' „14" (415 Seiten).

Der größte Wurf ist wie auch schon hinsichtlich der Darstellung der Vorgeschichte des Krieges bzw. der „Juli"-Krise Leonhards „Büchse der Pandora". Der Titel macht deutlich, um was es ihm geht. Wie einst in der griechischen Sagenwelt Pandora mit ihrer Büchse habe der Erste Weltkrieg das Unheil über das 20. Jahrhundert gebracht. Folglich stehen der Charakter des Krieges, dessen Auswirkungen auf multiethnische Gesellschaften und dessen Folgen für den weiteren Verlauf des Jahrhunderts im Mittelpunkt der Darstellung. Ungeheuer belesen und quellennah, differenziert und treffsicher im Urteil, beschreibt er entlang der Kriegsjahre Ereignisse und Entwicklungen aus globaler Perspektive. Politik und Gesellschaft, das Geschehen an den Fronten und in der Heimat, aber auch „Körper und Nerven", „Die Ungleichzeitigkeit der Räume" oder „Die wirtschaftliche und monetäre Tektonik des Krieges" gehören zu den Themen, die er mit viel Fingerspitzengefühl selbst für kleine Details beleuchtet. Ganz dem Stand der Forschung entsprechend macht er deutlich, dass der Krieg, ungeachtet der Niederlage an der Marne im Herbst 1914, fast bis zum Schluss nicht entschieden war – eine Tatsache, die dann allerdings – Stichwort: „Im Felde unbesiegt" – eine schwere Hypothek für die Republik sein sollte. Verantwortlich dafür, dass der Krieg erst 1918 entschieden wurde, war die ungeheure Entgrenzung der Gewalt. Diese Entgrenzung hatte ihre Ursache, wie Leonhard in den jeweiligen „Jahreskapiteln"

[83] Hirschfeld/Krumeich, Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 47.
[84] Mombauer, Julikrise, S. 120 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

überzeugend herausarbeitet, in dem Versuch, ungeachtet aller Warnungen eines Alfred Graf von Schlieffen vor dem „Krieg der Zukunft" und dessen Schrecken, noch einmal Krieg nach den „Regeln" des 19. Jahrhunderts zu führen. Den unvermeidlichen Spagat zwischen Erwartungen und Erfahrungen vermochten weder die verantwortlichen Militärs und Politiker noch die „kleinen" Soldaten" an der Front oder die Angehörigen in der Heimat wirklich zu bewältigen. Die zunehmende Radikalisierung der Kriegs-, aber auch der Nachkriegsgesellschaften hat hier eine ihrer Ursachen. Doch so sehr sich die Gesellschaften europaweit auch radikalisierten, so sehr hielten sie letztlich dennoch relativ lange zusammen, zumindest wenn es sich um national homogene Gesellschaften wie die des Kaiserreichs und Frankreichs handelte, obwohl es auch hier zu erheblichen Spannungen kam. Entscheidend für diese Stabilität war allerdings, wie die Lasten verteilt oder welche Zugeständnisse an bisher ausgegrenzte Teile der Gesellschaft gemacht wurden. Ganz anders war die Situation jedoch in Staaten mit multiethnischen Gesellschaften wie dem Zarenreich, der Habsburgermonarchie und dem Osmanischen Reich. Aufgrund politischer, nationaler, ethnischer und sozialer Konflikte bereits vor 1914 nur bedingt stabil, setzte der Krieg diese einem sich stetig beschleunigenden Zersetzungsprozess aus. Das Dilemma – und damit sei auf die dritte große Linie von Leonhards Darstellung, die Folgen des Krieges, verwiesen – dieses Endes der großen multinationalen Imperien war freilich, dass deren „Ersatz" durch Nationalstaaten zumindest vorläufig keine Lösung war. Die großen Zwangsmigrationen seit 1918 sind dafür ein bitterer Beleg. Vorbildlich sind auch die letzten drei Kapitel: „Ausgänge", „Gedächtnisse" und „Hypotheken". Hier beschreibt er in beeindruckender Weise die Dynamik und das Ausmaß jener „Gewaltträume", die der Krieg geöffnet hatte. In den Nachfolgestaaten der Imperien, die im Laufe des Krieges zerfallen waren, aber auch in Mitteleuropa und selbst in den Vereinigten Staaten brachen entlang politischer und sozialer, ethnischer und nationaler Trennlinien Konflikte aus, die manchmal teilweise, häufig aber auch gar nicht eingehegt werden konnten und die bis heute andauern. Beckmesserisch mag man hier und da eine Lücke finden; dass, was Leonhard hier geleistet hat, nachzumachen, dürfte schwer fallen.

Aber auch Münklers „Der Große Krieg" ist ein großer Wurf. Auf fast 600 Seiten behandelt er viele Themen, die auch bei Leonhard zu finden sind. Gleichwohl, seine Perspektive ist nicht die des Historikers, sondern die des Politikwissenschaftlers. Das ist legitim und zweifellos erkenntnisfördernd. Für ihn ist der „große Krieg" ein „Laboratorium" und ein „Brutkasten" zugleich[85]. All das, was in den folgenden Jahrzehnten entwickelt worden sei – Technologien, Strategien, Ideologien –, habe in diesem seine Ursache. Das ist nicht neu; neu hingegen ist der Ansatz, von dem aus er diese Entwicklungen beurteilen will. Dezidiert will er nicht mehr die Ursachen deutscher Hybris in den Mittelpunkt stellen. Als Politikwissenschaftler, der sogenannten Realistischen Schule der Internationalen Politik verpflichtet, betrachtet er die Analyse des Geschehens vielmehr als „ein Lehrstück der Politik […], in dem das Zusammenspiel von Angst und Unbedachtheit, Hoch-

[85] Münkler, Der Große Krieg, S. 9.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mut und grenzenlosem Selbstvertrauen analysiert werden kann, das auf einen Weg führte, auf dem schließlich keine Umkehr mehr möglich schien“[86]. Vor diesem Hintergrund ist der Fluchtpunkt seiner Darstellung auch nicht das Ende des Krieges, sondern die Gegenwart, wie u. a. sein Vergleich zwischen dem heutigen China und dem wilhelminischen Reich zeigt[87]. Für Darstellung und Analyse bedeutet dies, dass Münkler immer wieder nach den „Optionen“ fragt, die den politisch und militärisch Verantwortlichen zur Verfügung standen. Damit will er erklären, warum diese so und nicht anders gehandelt haben, wie sie es in konkreten Situationen taten[88]. Dieser Ansatz erklärt zugleich, warum er sich für „Lernprozesse“ und „Geopolitik“ besonders interessiert.

Unterm Strich sind die Analysen Münklers spannend zu lesen und nachdenkenswert – ob man seine Urteile teilen mag oder nicht. Auffallend ist allerdings, dass Münkler sich, so sehr er über den deutschen und europäischen Tellerrand gelegentlich hinausschaut, in erster Linie auf die europäischen Ausmaße und Folgen des Krieges konzentriert. Dichter als Leonhard nimmt er zugleich das politische und militärische Geschehen in den Blick mit zum Teil beeindruckender Detailkenntnis. Sein Schluss ist, wie nicht anders zu erwarten, politikwissenschaftlich gefärbt. Der Abschnitt „Das heutige China in der Position des wilhelminischen Deutschland“[89] ist dafür ein gutes Beispiel. Gleiches gilt für die darauf folgenden Kapitel über „Fatalismusfallen, Lernblockaden oder politische Psychotherapie“[90] bzw. den Schlussabschnitt „Der Erste Weltkrieg als Herrschaft der Paradoxien“[91]. Durchaus meisterhaft beschreibt er hier noch einmal aus verschiedenen Perspektiven ein Phänomen, das bereits manchem Zeitgenossen, vor allem aber uns Nachgeborenen als paradox erscheinen mag: auch Sieger – ob es sich nun um Staaten, gesellschaftliche Schichten oder ökonomische Systeme handelt – können letztlich Verlierer sein. Der Verlust der Bedeutung Europas, der Niedergang des Bürgertums und die temporäre Konservierung der Geschlechterrollen, aber auch die Wandlung des Staates klassischer Prägung zum modernen Interventionsstaat mit all seinen positiven und negativen Aspekten sowie der technische Fortschritt, der, wie die Motorisierung des Krieges bzw. dessen Verlagerung unter Wasser und in die Luft belegen, auch ungeheuere Folgen haben konnte, sind Facetten dieses Bildes.

Im Gegensatz zu Münkler ist Janz[92] wieder ganz Historiker. Er verzichtet daher auf Anleihen in der Politikwissenschaft. Stärker als Münkler nimmt er tatsächlich das globale Geschehen in den Blick, beschreibt eindrücklich die Auswirkungen des Krieges auf afrikanische oder asiatische Gesellschaften. Ansonsten ähnelt seine Studie in vielem der von Leonhard, als dessen „kleine“ Ausgabe sie – mit Verlaub – bezeichnet werden kann. Wie Leonhard geht es ihm zunächst um den Cha-

[86] Ebenda, S. 14.
[87] Vgl. ebenda, S. 773–776.
[88] Ebenda, S. 15.
[89] Vgl. ebenda, S. 773–776.
[90] Vgl. ebenda, S. 776–783.
[91] Vgl. ebenda, S. 783–797.
[92] Vgl. Janz, 14 – Der große Krieg.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rakter des Krieges, vor allem in Europa. Aber, wie gesagt, auch die globale Dimension ist ein zentraler Aspekt seiner Darstellung. Hier weiß er, zumal für den deutschen Leser, viel Neues über Entwicklungen in fernen Teilen der Welt zu berichten. Seine Ausführungen über die Praxis der Rekrutierung in den französischen Kolonien in Afrika mit allen damit verbundenen Konflikten sind ebenso lehrreich wie seine Reflexionen über die Lernprozesse von Angehörigen indischer Regimenter, die im Namen der Krone auf dem westlichen Kriegsschauplatz kämpften. Hervorzuheben sind schließlich auch Janz' Ausführungen zur Periodisierung des Krieges. Anders als Leonhard, der bis ins 17. Jahrhundert zurückgeht, um Entwicklung und Dynamik des Staatensystems erklären zu können, beginnt Janz vergleichsweise konventionell im Zeitalter des Imperialismus. Hinsichtlich des Endpunkts liegen beide jedoch nahe beieinander mit ihrer Entscheidung, die Mitte der 1920er-Jahre zum Fluchtpunkt zu nehmen. Gegenüber der These des inneren Zusammenhangs von Ersten und Zweitem Weltkrieg, dem sogenannten Zweiten Dreißigjährigen Krieg, haben beide, so verführerisch diese These auf den ersten Blick sein mag, erhebliche Vorbehalte. Auch wenn Janz' Buch nicht das Niveau von Leonhards Studie erreicht, so ist es trotz gelegentlich nicht ganz überzeugender Deutungen allemal ein Gewinn.

So groß der besondere Reiz dieser globalen Studien ist, auch die anderen sind nicht nur gleichermaßen lesenwert, sondern auch ebenso reich an neuen Erkenntnissen, ganz abgesehen davon, dass es eine hohe Kunst ist, ein komplexes Geschehen stark verdichtet darzustellen. Die Gesamtdarstellung von Hirschfeld und Krumeich ist unverkennbar darauf angelegt, von einem möglichst breiten Publikum rezipiert zu werden. In zehn Kapiteln beschreiben die Autoren im Anschluss an die Darstellung der Vorgeschichte und der „Juli"-Krise einerseits das Geschehen an den Fronten. Andererseits beleuchten sie aber auch schlaglichtartig Entwicklung und Folgen der Kriegspropaganda, den Alltag an der Heimatfront, die Industrialisierung des Krieges sowie militärische Niederlage, Revolution und Friedensschluss. In einem sehr lesenswerten Kapitel „Nach dem Krieg" setzen sie sich mit den vielschichtigen Folgen des Krieges auseinander. Besondere Kennzeichen dieses Bandes sind jedoch nicht nur die kompakten inhaltlichen Beschreibungen und Analysen, sondern vor allem die zahlreichen Abbildungen und klug ausgewählten Quellentexte. Damit bringen sie Geschichte aus vielerlei Perspektiven zum Sprechen, so subjektiv die Auswahl gelegentlich auch erscheinen mag.

Hinter diese Studie fällt Friedrichs[93] Darstellung in jeder Hinsicht zurück. Sicher, sie ist, wenn man den Stil mag, gut lesbar, nicht zuletzt, weil die Dramaturgie den Leser mit interessanten Detailstudien, Schlachtenbeschreibungen und biografischen Skizzen zu „fesseln" versucht. Hinzu kommt allerdings eine zumindest den Historiker störende, aber auch in anderen Werken Friedrichs bereits zu findende Neigung zu Wortspielen und Vergleichen, die befremden.

So unverkennbar die pädagogische Funktion dieses Buches also ist, so unübersehbar ist der Charakter einer klassischen „Gelehrtenstudie" von Manfried Rau-

[93] Vgl. Friedrich, 14/18.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

chensteiners Buch „Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie“. Ganz neu ist sie nicht, denn die erste, freilich im Umfang kürzere Ausgabe ist bereits vor zwanzig Jahren erschienen[94]. Über weite Strecken greift Rauchensteiner auf dieses Buch zurück. Dennoch: an wichtigen Stellen setzt er neue Akzente – ob es sich nun um die Rolle des greisen Kaisers handelt, den er erheblich kritischer einschätzt als zuvor, die bereits während des Krieges angesichts der hohen Desertionsraten heftig diskutierte Frage der Loyalität der Nationalitäten oder die immer dramatischere Lage im Innern.

Ein äußerst lesenswertes Werk ist auch die Detailstudie von Ernst Piper „Nacht über Europa“[95]. Auf annähernd 500 Seiten schreibt er eine beeindruckende „Kulturgeschichte des Krieges“. Ausführlich geht er dabei dem Zerreißen der Netzwerke zwischen den Intellektuellen Europas, die zuvor so stolz auf ihre Briefwechsel, ihre gegenseitigen Besuche und gemeinsamen Forschungen waren, den „Akademischen Schützengräben“, wie er die Propagandaschlachten nennt, die bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn das Getöse an den wirklichen Fronten begleiteten, oder den „Ideen von 1917“ – das heißt dem im Nachhinein als furchtbar sich erweisende Zerbrechen des „Burgfriedens“ durch die Spaltung der Sozialdemokratie – sowie den Folgen des Krieges für die politische Kultur nach. Selbst der weniger kundige Leser wird das Buch nach der Lektüre nachdenklich aus der Hand legen, da es einmal mehr die Irrungen und Wirrungen der deutschen Geschichte, an denen viele „Geistesgrößen“ nicht unbeteiligt waren, offenbart.

VI.

Was also gilt es aus der Rückschau als „Lehren“ mitzunehmen? Zunächst einmal, jetzt, wo der „Pulverdampf“, für den zweifellos auch der „Medienrummel“ mitverantwortlich war, verraucht ist, sollten die Historiker sich auf das Parkett sachlicher Diskussionen zurückbegeben. Unsachliche Kritik hemmt nur den Erkenntnisprozess. So groß zudem gerade in Deutschland aus guten Gründen die Pflicht des Historikers ist, zur Aufklärung beizutragen; das Politisieren sollten sie anderen überlassen. Dies ist nicht ihr primäre und auch nicht ihre sekundäre Aufgabe. „Gewinnen“ können sie dabei am Ende ohnehin nichts, da jedes „Lager“ die Ratschläge anders deutet.

Clarks Buch, wie immer man auch zu ihm stehen mag, hat zunächst deutlich gezeigt, wie fruchtbar das Feld einer wirklich vergleichenden Forschung zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges ist. Daran gilt es anzuknüpfen, denn die Lücken sind unverkennbar. Eine derartige vergleichende Geschichte macht aber nur Sinn, wenn sie ins Globale erweitert wird. Leonhard, Münkler und Janz haben hier aus deutscher Perspektive unterschiedlich große „Bausteine“ geliefert. Ein transnationaler Blick ist gleichwohl ein Desiderat.

[94] Vgl. Manfried Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Wien 1994.

[95] Vgl. Ernst Piper, Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges, Berlin 2013.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auch was die „leidige" Frage nach der Verantwortung für den Krieg betrifft, scheint mir noch nicht alles gesagt. Keine Frage: der emotional und historisch so belastete Begriff der „Kriegsschuld" sollte endlich aus dem Vokabular der Historiker bei der Interpretation der „Juli"-Krise verschwinden. Dies gilt aber auch für den von Clark eingeführten Begriff der „Schlafwandler" – Bethmann Hollweg und Leopold Berchtold, Poincaré, Sasonow und Grey wussten im Juli 1914 genau, was sie taten oder was sie eben nicht taten. Angesichts der zahlreichen Studien aus deutscher oder anderer Feder führt auch kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass viele alte Interpretationen heute nicht mehr tragen. Doch selbst wenn die meisten von uns inzwischen anders gewichten, die ja sehr gut belegte Risikostrategie von Reichsleitung und österreichischer Regierung bleibt ein Schlüssel zur Erklärung der Katastrophe des Jahres 1914. Jost Dülffers Bild von den „Pokerspielern"[96] verwendend, geht kein Weg daran vorbei, dass es am Ende vor allem die Reichsleitung war, die sich „verzockt" hatte. „Die Direktion", so gestand Reichskanzler Bethmann Hollweg in der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 30. Juli 1914 etwas hilflos wirkend ein, „ist verloren und der Stein ins Rollen geraten."[97] Der Fehler, nie eine wirklich alternative Strategie entwickelt zu haben, rächte sich nun mit fatalen Konsequenzen.

[96] Jost Dülffer, Die geplante Erinnerung. Der Historikerboom um den Ersten Weltkrieg, http://www.eurozine.com/articles/2014–05-14-dulffer-de.html [15. 1. 2015].

[97] Zit. nach dem Protokoll der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 30. 7. 1914, in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Bd. 2, Berlin [2]1922, S. 178.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der 1919 ins Leben gerufene Völkerbund hat keine gute Presse. Sein Scheitern in den 1930er Jahren überschattet auch die Frühphase seiner Geschichte, die durchaus vielversprechend war. Namentlich die sogenannten Nachfolgestaaten wie Polen, Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei nutzten die Genfer Bühne mit großem Geschick, um ihren nationalen Anliegen Gehör zu verschaffen, wie die französische Historikerin Isabelle Davion zeigen kann. Der Erfolg blieb nicht aus, die Nachfolgestaaten fanden sogar in den besonders strittigen Minderheitenfragen einen gemeinsamen Nenner; allerdings nur so lange, wie der Völkerbund im Spannungsfeld rivalisierender Großmachtinteressen funktionsfähig blieb.

Isabelle Davion

Das System der kollektiven Sicherheit im Praxistest

Polen und die Tschechoslowakei im Völkerbund

Das Konzept der kollektiven Sicherheit strebt die Verständigung zwischen politischen Gegnern an, indem es den Dialog in ein Netz internationaler Verpflichtungen integriert. Für die Folgestaaten – jene „neuen" Länder in Ostmitteleuropa, die aus den Friedensverträgen von 1919 und der Erbmasse der multinationalen Reiche hervorgegangen waren – schien dieses völlig neue System letztlich weniger Sicherheit zu versprechen als die traditionelle Diplomatie, die vorsah, sich mithilfe klar definierter bilateraler Allianzen vor Feinden zu schützen. Es ist freilich bekannt, dass beide Formen der Diplomatie – die neue und die klassische – von der Friedenskonferenz bis zum Ende der 1930er Jahre koexistiert haben, wobei erstere immer weniger Erfolg hatte. In diesem allgemeinen Rahmen hatte der Völkerbund jedoch einen eigenen Stellenwert in der europäischen Politik: Er war in besonderem Maße *der* Ort, wo kollektive Sicherheit praktiziert wurde – war es doch die Institution des Völkerbunds, die das frühere „Europäische Konzert" ersetzte[1].

Das Misstrauen ostmitteleuropäischer Staaten mag auf den ersten Blick paradox erscheinen: Hatten nicht gerade diese Staaten zu den großen Gewinnern der Prinzipien, die Wilsons 14 Punkten zugrunde lagen, gehört – insbesondere des Rechts auf Selbstbestimmung (*self-determination*)? Konnten sie nicht von dem „gerechten und dauerhaften Frieden" profitieren, den die Friedensverträge schaffen sollten? Dies stimmt sicherlich, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Staaten gleichzeitig der Ansicht waren, das System der kollektiven Sicherheit sei ihnen 1919 aufgenötigt worden: Der Preis, den sie hatten zahlen müssen, war der Minderheitenschutzvertrag, zu dessen Unterzeichnung man sie gezwungen hatte. Dieser Schutzvertrag, der auch als „Kleiner Versailler Vertrag" bezeichnet wird, garantierte allen Bürgern der Folgestaaten die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte und schützte Minderheiten, die unter die Aufsicht des Völkerbunds

[1] Zur Entwicklung des internationalen Systems vgl. insgesamt George-Henri Soutou, L'Europe de 1815 à nos jours, Paris 2007, S. 181–210.

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0010

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gestellt wurden, vor jeder Art von Diskriminierung[2]. Dieser Vertrag war ein Oktroi, und zwar nur für die neuen Staaten, was ihnen den unangenehmen Eindruck vermittelte, dass man ihnen nicht traute und ihre Gründung deshalb an besondere Bedingungen band. Aus diesem Blickwinkel war Ostmitteleuropa von einer grundlegenden Ambiguität des neuen internationalen Systems geprägt. Dieses beruhte auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Risiken eines europäischen Kriegs mindern sollte. Doch dieses Recht ist schwer zu definieren: Ab welchem Moment individualisiert sich ein Volk? Die Schwierigkeiten waren umso größer, als das Recht nur partiell Gültigkeit hatte: Es galt nicht für die Deutschen, nur die ostmitteleuropäischen Staaten wurden auf die Anwendung des Minderheitenschutzvertrags verpflichtet.

Die ostmitteleuropäischen Staaten lernten bald, mit der kollektiven Sicherheit, so wie sie im Völkerbund praktiziert wurde, umzugehen. Sie passten sich diesem System an und eigneten es sich schließlich gänzlich an: Seine grundlegenden Prinzipien wurden von ihnen zurechtgebogen, um sie in den Dienst ihrer Staatsraison zu stellen. Die großen Mächte mussten so erkennen, dass dieser „schöpferische", am Ende ruinöse Umgang mit der neuen Diplomatie nicht ihr Privileg war, auch wenn sie es gewesen waren, die derartige Praktiken ins Leben gerufen hatten. Auf diese Weise sollte das System von Versailles bald zersetzt sein.

Nationale Streitigkeiten in Genf: Das polnisch-tschechoslowakische Beispiel

Der Völkerbund, der am 10. Januar 1920 seine Tätigkeit aufnahm, bot den Folgestaaten, die ihr diplomatisches Gewicht erst noch austesten mussten, einen Ort der Anerkennung, ja der Legitimität, gegenüber den Großmächten. In diesem Sinne ist von dem tschechoslowakischen Außenminister Edvard Beneš gesagt worden, dass er „Genf wie eine Kolonie annektiert hat"[3]. In den ersten Jahren, nachdem die ostmitteleuropäischen Staaten ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, war ihr Patriotismus besonders dünnhäutig, und die neue internationale Bühne des Völkerbunds bildete einen Resonanzboden, der die nationalen Antagonismen verstärkte – so beispielsweise im Fall der polnisch-tschechoslowakischen Spannungen, die hier im Zentrum der Betrachtung stehen sollen.

[2] Die Artikel 1 bis 8 formulieren in direkter Kontinuität zu den Wilsonschen Prinzipien Grundrechte. Wenngleich der Vertrag keinerlei kulturelle Minderheiten schützt, so garantiert er doch die Gleichheit individueller Rechte, den Gebrauch der Muttersprache und die Vereinigungsfreiheit. Allerdings unterliegen die Minderheiten der Pflicht, die Staatssprache zu erlernen. Die drei folgenden Artikel beinhalten Vorschläge für eine sehr begrenzte Autonomie, so etwa die Pflicht, dort, wo es einen bedeutenden Bevölkerungsanteil einer bestimmten Sprachgruppe gibt, Grundschulunterricht in der jeweiligen Sprache anzubieten. Der letzte Artikel unterstellt die Beachtung sämtlicher im Vertrag formulierter Grundsätze der Autorität des Völkerbunds. Vgl. http://www.versailler-vertrag.de/vv1.htm [letzter Zugriff 27. 1. 2015].

[3] Georges Suarez, Briand. Sa vie – son oeuvre avec son journal et de nombreux documents inédits, Bd. 5: 1918–1923, Paris 1952, S. 52.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Satzung des Völkerbunds gab dem Rat und der Versammlung weitgehende Kompetenzen, um Streitigkeiten jeder Art beizulegen; so landete die Frage der polnisch-tschechoslowakischen Grenze, die eigentlich von der Botschafterkonferenz in Paris behandelt wurde, in Genf. Die Polen hofften dort, nach dem Verlust des Raums Teschen einen Grenzverlauf erwirken zu können, der in der Karpatenregion von Javorina, das den Tschechoslowaken zugeteilt worden war, ihren Interessen entgegenkam[4]. Javorina ist eine kleine Gemeinde von 450 Einwohnern am Nordhang der Hohen Tatra, die Polen aus wirtschaftlichen und touristischen Gründen beanspruchte. Auch wenn die tschechische Regierung betonte, es handele sich um eine vollendete Tatsache – es gebe keinerlei Grund zurückzugeben, was die Botschafter ihr zugesprochen hatten –, so erwuchs ihr Interesse doch vor allem aus strategischen Überlegungen: Der Generalstab legte Wert darauf, den höchsten Gipfel der Region besetzt zu halten[5].

Um zu verhindern, dass der Völkerbund zur politischen Arena wurde, drängte Frankreich mit Erfolg darauf, dass die Javorina-Frage von den Völkerbundsthemen des Herbstes 1922 ausgeklammert und an eine Ad-hoc-Kommission überwiesen wurde. 1924 kam der Problemkomplex wieder auf die Tagesordnung, er wurde jedoch in Paris erneut unterschätzt: „Es fiel schwer, sich auf die Argumente zu konzentrieren, die von den Regierungen vorgetragen wurden. Auf der Suche nach einem Kompromiss unterstrich man, dass es sich lediglich um 450 lebende Seelen in einer entlegenen Bergregion handele. Der Fall wurde mit der vollkommensten Gleichgültigkeit und der abgrundtiefsten Langeweile behandelt."[6] Das Resultat sah dementsprechend aus: Auch der Völkerbund empfahl, der alten Grenze zwischen Ungarn und dem österreichischen Galizien entlang der Linie des Gebirgskamms zu folgen und die Gemeinde Javorina bei der Tschechoslowakei zu belassen.

Wie noch gezeigt werden soll, war es ein wesentliches Ziel der ostmitteleuropäischen Regierungen, im Rat des Völkerbunds, seinem Exekutivorgan, einen Sitz zu erhalten. Der Rat hatte neben fünf – seit März 1920 vier – ständigen Mitgliedern vier nichtständige Sitze, die von der Versammlung gewählt wurden[7]. Ohne die Beteiligung der USA war der Völkerbund eine „europäisierte" Institution, er verlor deshalb insbesondere für Großbritannien, aber auch für die anderen Mitgliedstaa-

[4] Angemerkt sei, dass in sämtlichen Fragen „die Hoffnung, von der Botschafterkonferenz Entscheidungen zu erhalten, die nicht den Vorschlägen des Rats entsprachen, weitgehend enttäuscht wurde". Vgl. Stanisław Sierpowski, La Société des Nations et le règlement des conflits frontaliers de 1920 à 1924, in: Christian Baechler/Carole Fink (Hrsg.), The Establishment of European Frontiers after the Two World Wars, Berlin 1996, S. 55–69.

[5] Service Historique de la Défense, Château de Vincennes [Archiv des Verteidigungsministeriums] (künftig: SHD), Armée de Terre, 7N3105, Bericht Nr. 1372 des General Niessel vom 25. 6. 1921.

[6] Ebenda.

[7] Die Basisinstitution des Völkerbunds war die Völkerbundsversammlung, die Delegationen aller Mitgliedstaaten umfasste und im Frühjahr und Herbst tagte. Unter den weiteren Institutionen ist der Generalsekretär – Sir Eric Drummond – hervorzuheben, dessen Bedeutung vor allem daher rührte, dass sein Posten permanent besetzt war.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ten, erheblich an Attraktivität[8]. Dennoch wurden im Völkerbund durchaus schwerwiegende Probleme verhandelt, insbesondere für die ostmitteleuropäischen Staaten: In dem Bestreben, ihren Rang zu konsolidieren und ihrer Sichtbarkeit auf der internationalen Bühne Nachdruck zu verleihen, waren sie um aktive Teilnahme am Völkerbund bemüht.

Namentlich die Frage ihrer Wahl in den Völkerbundsrat war von zentraler Bedeutung. Der Rat war schließlich das höchste Gremium des Völkerbunds – eine Art Konzert der Nationen in verkleinerter Form. Großbritannien freilich hatte wenig Interesse dafür, ob Slawen oder Rumänen im Rat vertreten waren oder nicht. Die Briten betrachteten alles mit Misstrauen, was geeignet war, den französischen Positionen in Genf entgegenzukommen. Anders die Franzosen: Die ostmitteleuropäischen Länder, die strategisch zwischen Deutschland und dem bolschewistischen Russland lagen, sollten ein Netzwerk französischer Allianzen bilden und so den französischen Sicherheitsinteressen dienen. Bei der Konsolidierung in Ostmitteleuropa war die französische Delegation beim Völkerbund also vor allem betroffen[9].

Die Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Rat entwickelte sich nicht zufällig zu einem bedeutsamen Streitpunkt. Seit 1920 hatte die Tschechoslowakei einen solchen Sitz im Rat inne, und Beneš trat als treuer Hüter des Geists der Entente und des Systems der kollektiven Sicherheit auf[10]. Polen forderte angesichts seines demographischen Gewichts im Vergleich zu anderen ostmitteleuropäischen Staaten und angesichts der Anzahl von Fällen, die Polen betrafen und vom Rat behandelt wurden, einen eigenen Sitz[11]. Die Länder der kleinen Entente – Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei – hatten bereits beschlossen, mit Polen einen gemeinsamen Delegierten zu bestimmen. Dessen Wahl war für Polen von einiger Bedeutung: Es ging darum, einen Delegierten zu entsenden, der jede Frage blockieren sollte, die den Status Ost-Galiziens[12] betraf. Seit 1922 hatte Warschau bei möglichen Partnern in dieser Sache sondiert, doch nur Rumä-

[8] „Ohne eine Verpflichtung der USA auf die Grundsätze des Völkerbundsvertrags hatte der Völkerbund weitaus weniger Attraktivität für Großbritannien und die europäischen Alliierten." Vgl. George W. Egerton, The League of Nations: An Outline History 1920–1946, in: The League of Nations 1920–1946. Organization and accomplishments; a retrospective of the first organization for the establishment of world peace, New York 1996, S. 24–29.

[9] „Ein weiteres Mal waren die Engländer anderer Meinung, und die polnischen Angelegenheiten störten ganz erheblich die unverzichtbare Verständigung der beiden Großen im Völkerbund." Marie-Renée Mouton, La Société des Nations et les intérêts de la France (1920–1924), Bern u. a. 1995, S. 157.

[10] Vgl. Ministère français des affaires étrangères, Documents Diplomatiques Français (DDF) 1920, Bd. 3: 24. September 1920–15. Januar 1921, Frankfurt a. M. 2002, Dok. 249, Telegramm Nr. 6852 von Peretti de la Rocca, Directeur des Affaires politiques et commerciales, 29. 11. 1920.

[11] Archives du Ministère français des Affaires étrangères [Archiv des französischen Außenministeriums] (künftig: MAE), série: Europe 1918–1940, sous-série: Tchécoslovaquie, Bd. 127, zusammenfassende Note des Quai d'Orsay von 1924.

[12] Westukrainische Region, die Polen mit dem Versprechen der Autonomie eingegliedert worden war.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nien hatte versprochen, die polnische Position bedingungslos zu unterstützen[13]. Da aber die Kandidatur des Rumänen Ion Constantin Brătianu zurückgestellt wurde, bevorzugte es die polnische Delegation fortan, alleine zu kämpfen, anstatt für Jugoslawen oder Tschechoslowaken zu stimmen[14]. Frankreich versuchte, der polnischen Regierung klar zu machen, dass ihre Ratskandidatur verfrüht war, und dies umso mehr, als abzusehen war, dass ihr die große Popularität von Beneš in die Quere kommen würde. Die polnischen Forderungen waren im Gegenzug sehr präzise: Erstens wollte Polen sich nur dann mit Beneš verbünden, wenn dieser zusagen würde, „im Rat jene Fragen, die Polen betreffen, nur in Übereinstimmung mit den polnischen Interessen und nach vorheriger Rücksprache mit der polnischen Regierung zu behandeln"[15]. Zweitens sollte diese Verpflichtung mit Frankreich abgesprochen werden, das als Garant fungieren sollte.

Im Sommer 1923 testete Warschau durch seinen außerordentlichen Gesandten in Prag, Érasme Piltz, unterschiedliche Kombinationen aus: Es schlug ein Prinzip vor, nach dem der Sitz zwischen der Kleinen Entente und Polen rotieren sollte – „unter der Bedingung, dass am Beginn dieser Rotation ein polnischer Delegierter steht"[16]. Dann versuchte es, die polnische Stimme an die Tschechoslowakei zu verkaufen, um im Gegenzug eine einvernehmliche Lösung der Javorina-Frage zu erwirken[17]. Beides schlug fehl. Nach dieser doppelten Niederlage wandte sich die polnische Regierung erneut an Frankreich, das sie „der größten Parteilichkeit für die Tschechoslowakei" beschuldigte[18]. Paris wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass Polen „absolut nicht für Herrn Beneš" stimmen könne[19] und einen gewichtigen Gegenkandidaten aufstellen werde: Ignacy Jan Paderewski, der 1919 Ministerpräsident und Außenminister gewesen war. Graf Zamoyski, der Repräsentant Polens in Paris, forderte die Unterstützung der französischen Delegation: Frankreich befand sich im Verzug bei der parlamentarischen Billigung eines Kredits von 400 Millionen an Polen, eine französische Unterstützung in Genf könne einen „Ausgleich" hierfür bilden.

Als der Völkerbund im Herbst wieder zusammentrat, war die Lage Rumäniens am schwierigsten, musste es doch nun für die eine oder andere Seite Partei ergreifen. Am 12. September 1923 speiste Beneš mit Konstanty Skirmunt, um diesen davon zu überzeugen, dass die Tschechoslowakei die besseren Chancen habe, bei der Wahl die nötigen Stimmen hinter sich zu vereinigen. Kurz zuvor hatte er in diesem Sinne mit dem französischen Delegierten Gabriel Hanotaux gesprochen, der ihn jedoch bat, „sich mit Polen und mit den anderen Staaten der kleinen En-

[13] MAE, Roumanie, Bl. 83, Brief Nr. 152 von Barante, 21. 9. 1922.
[14] MAE, série: SDN, sous-série: Secrétariat général, Bd. 2159, Bl. 39, Telegramm von Barante, Warschau, 6. 9. 1922.
[15] MAE, SDN, Sec. Gén., Bd. 2159, Bl. 43, vertrauliches Telegramm von Barante, 21. 9. 1922.
[16] MAE, sous-série: URSS, Bd. 300, Bl. 35, Brief von Peretti, 1. 8. 1923. Étienne Peretti de la Rocca ist „directeur politique adjoint du Quai d'Orsay".
[17] MAE, sous-série: Tchécoslovaquie, Bd. 60, Bl. 90, Brief von Peretti, 10. 8. 1923.
[18] MAE, Tchécoslovaquie, Bd. 60, Bl. 109, Brief Nr. 148 von Barante, 23. 8. 1923.
[19] MAE, sous-série: Pologne, Bd. 74, Bl. 72, Besuch Érasme Piltz bei Perettis, 10. 8. 1923.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tente zu arrangieren“[20], und der es außerdem ablehnte, unter den südamerikanischen Delegationen für die tschechische Kandidatur zu werben[21]. Die französische Delegation weigerte sich, Partei zu ergreifen, und erklärte logischer Weise, ihre Unterstützung gehöre demjenigen unter den ostmitteleuropäischen Alliierten, dem es gelänge, die anderen hinter sich zu versammeln. Ministerpräsident Raymond Poincaré versuchte von Paris aus, seine Truppen zur Ordnung zu rufen: „Eine Konkurrenzsituation Polens und der Tschechoslowakei hätte vor der Versammlung die negativsten Auswirkungen und würde die Erfolgschancen beider Staaten, jeweils für sich genommen, erheblich senken – zum Nutzen Dritter.“[22]

Ein letzter Versöhnungsversuch wurde gemacht: Der erste Delegierte sollte Rumäne oder Jugoslawe sein, Polen müsse aber akzeptieren, dass nach dem Rotationsprinzip ein Tschechoslowake folgen werde[23]. Doch auch dieser Versuch endete am 12. September mit einem Misserfolg, teilweise auch wegen des Javorina-Streits, der voll zum Tragen kam. Derweil konnte sich der französische Delegierte in den Genfer Fluren nur wiederholen: Er werde jenen Kandidaten unterstützen, der einstimmig aufgestellt werde. Es sei die Sache Prags und Warschaus, zueinander zu finden. Am 16. September 1923 entdeckte Hanotaux in Genfer Zeitungen die Meldung, dass beide Länder zur Wahl antreten würden. Der polnische Delegierte unterlag – eine erneute Demütigung Polens nach Teschen und Javorina, für die Beneš verantwortlich gemacht wurde.

Das System der kollektiven Sicherheit vermehrte dennoch die Möglichkeiten zum Dialog

Seit 1924 standen die Zeichen der Zeit auf Aussöhnung und Dialog – in Genf wie auch anderswo, zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten wie auch zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Entwicklung resultierte aus zwei Faktoren, die beide eng mit der Institution des Völkerbunds zusammenhingen. Zum einen brachte die Frage nach der Erweiterung des Völkerbundsrats die ostmitteleuropäischen Delegationen dazu, trotz allem zusammenzuarbeiten. Zum anderen, und dies war noch wichtiger, bot ihnen der Völkerbund die Möglichkeit, über den nationalen Kontext hinauszudenken, der, wie gezeigt, bei diesen Ländern, die von den nationalen Kämpfen der letzten Jahre noch stark mitgenommen waren, alles andere dominieren konnte. Keine der Delegationen praktizierte im Völker-

[20] MAE, série: Papiers d’agents (P.A.), sous-série: Gabriel Hanotaux, Bd. 48, Bl. 77, Telegramme Nr. 24–26 von Hanotaux, 11. 9. 1923.

[21] „Es ist ohne Frage Herr Beneš, für den ein Erfolg am wahrscheinlichsten ist, und seine Kandidatur macht in der Versammlung Fortschritte. Er fühlt jedoch, dass die unbedingt erforderlichen südamerikanischen Stimmen ihm ohne unsere Unterstützung nicht sicher sind. Das ist einer der Gründe, warum er uns momentan häufig aufsucht.“ MAE, P.A., Gabriel Hanotaux, Bd. 48, Bl. 100, Telegramme Nr. 38–40, 13. 9. 1923.

[22] MAE, SDN, Sec. Gén., Bd. 120, Bl. 63, Telegramm Nr. 47 von Poincaré an Prag und Warschau, 12. 7. 1923.

[23] MAE, série: P.A., sous-série: Gabriel Hanotaux, Bd. 48, Bl. 77, Telegramme Nr. 38–40 von Hanotaux, 13. 9. 1923.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bund eine Parallel-Diplomatie, aber er war ein Ort, an dem mehr oder weniger inoffizielle Kontakte gepflegt werden konnten. Dies wurde von allen Delegationen genutzt: So ist bekannt, dass 1931 ein japanischer Offizier, Oberst Kobayashi Nishi, dem Chef der französischen Delegation, René Massigli, eine militärische Allianz vorschlug – und dies obwohl Japan in der Mandschurei als Aggressor galt. Das Angebot wurde abgelehnt, jedoch nicht ohne einiges Bedauern. In jedem Fall waren die Verhandlungsspielräume der Regierungen in Genf größer, weil sie hier nicht unter dem unmittelbaren Druck der öffentlichen Meinung und öffentlicher Emotionen agierten.

Die Tschechoslowakei und Polen hatten selbst auf dem Höhepunkt ihrer Streitigkeiten über einen Sitz im Völkerbund stets ein gemeinsames Interesse. Dieses bestand darin, die Minderheitenfrage nicht zum Thema der kollektiven Sicherheit werden zu lassen. Auch für Rumänien stellte dies einen sensiblen Bereich dar, den es um jeden Preis selbst regeln wollte; Rumänien war im übrigen der Staat gewesen, der sich am meisten gesträubt hatte, den Minderheitenschutzvertrag zu unterzeichnen, und der die Verpflichtungen am heftigsten ablehnte, die er gezwungen worden war einzugehen[24]. Sogar Prag, das großen Wert darauf gelegt hatte, den Vertrag ohne Komplikationen zu unterzeichnen, hielt sich nicht an dessen Bestimmungen, wurden doch im Herbst 1920 Angehörige der ungarischen Minderheit des Landes verwiesen[25]. Und „die Lage der nationalen Minderheiten in Polen war weit davon entfernt, den Prinzipien gleicher Rechte und gleicher Behandlung zu entsprechen – wie es übrigens auch in zahlreichen anderen Staaten mit Minderheiten der Fall war. Die Schaffung internationaler Verpflichtungen in diesem Bereich war Ausdruck des Willens der internationalen Gemeinschaft zur Demokratie, und sie bedeutete eine Ausdehnung der allgemeinen demokratischen Prinzipien, die zum Erbe der Französischen Revolution gehörten.“[26]

[24] Rumänien war indes nicht der einzige Staat! Erinnert sei nur an die Beschwerden, die Ignacy Paderewski und Roman Dmowski am 16. 6. 1919 der Konferenz vorlegten und die insbesondere die Sonderrechte der deutschen Minderheit zum Thema hatten. Vgl. Janusz Zarnowski, Le système de Protection des minorités et la Pologne, in: Pierre Aycoberry/Jean-Paul Bled/Istvan Hunyadi (Hrsg.), Les conséquences des traités de paix de 1919–1920 en Europe centrale et sud-orientale, Straßburg 1987, S. 191–200.

[25] MAE, Hongrie, Bd. 63, Bl. 3, Brief des ungarischen Außenministers an M. Fouchet, französischer Hochkommissar in Budapest, 18. 11. 1920. Zu den staatlichen, nationalen und territorialen Schwierigkeiten, die mit der Gründung des tschechoslowakischen Staates verbunden waren, vgl. Étienne Boisserie, Les Slovaques face à „l’hypothèque hongroise“. Éléments sur l’autonomisme et le tchécoslovaquisme (1918–1945), in: François Boulet/Balázs Ablonczy, Les traités de paix de 1919–1920 et l’Europe au XXe siècle, 2007, S. 247–260.

[26] Zarnowski, Le système de Protection, in: Aycoberry/ Bled/ Hunyadi (Hrsg.), Conséquences, S. 200. Eine Beschwerde hatte freilich nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie von einer großen Macht unterstützt wurde. Zum Verhältnis zwischen „kollektiver Sicherheit“ und dem „Weiterbestehen des traditionellen Europäischen Konzerts“ vgl. Georges-Henri Soutou, L’ordre européen de Versailles à Locarno, in: Claude Carlier/George-Henri Soutou (Hrsg.), 1918–1925, comment faire la paix?, Paris 2001, S. 301–331.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Minderheitenschutz blieb freilich Sache der einzelnen souveränen Staaten, denn der Völkerbund wachte nur über seine Anwendung. Er griff lediglich als hohe moralische Autorität ein, wenn ihm ein Vertragsverstoß zur Kenntnis gebracht wurde[27]. Nach zahlreichen Anrufungen, insbesondere durch Beneš und Paderewski im Jahr 1919, wurden die Modalitäten für die Einreichung einer Klage so restriktiv wie nur möglich festgeschrieben: Allein Ratsmitglieder hatten fortan das Recht, die Verletzung des Minderheitenschutzvertrags anzuzeigen, und allein der Rat konnte – einstimmig – ein Eingreifen des Völkerbunds beschließen. Deshalb war es für die ostmitteleuropäischen Staaten ja so wichtig, dort einen Sitz zu erhalten!

Das komplexe Anrufungsverfahren bewirkte eher eine Entdramatisierung eventueller Probleme, indem diese heiklen Fragen vom Bereich des Politischen in den der internationalen juristischen Prozeduren verlegt wurden: Entweder entschied der Generalsekretär über die Berechtigung der Klage, ehe sie dem Rat zugeleitet wurde, oder der Rat entschied unmittelbar selbst. Ein Anliegen aller Folgestaaten war es, die Verliermächte des Ersten Weltkriegs daran zu hindern, die Frage ihrer Minderheiten außerhalb ihrer nationalen Grenzen aufzuwerfen: die Sudeten- und Schlesiendeutschen und die ungarische Minderheit in Transsilvanien. Im Frühjahr 1921 erarbeiteten die polnische und tschechoslowakische Delegation gemeinsam einen Entwurf, der die Prozedur weiter modifizieren und weiter erschweren sollte: „Petitionen von Minderheiten, die von Privatpersonen ausgehen, müssen dem betroffenen Staat zur Kenntnis gebracht werden, damit dieser innerhalb von zwei Monaten Gelegenheit zur Kommentierung hat, ehe das Dokument an die Ratsmitglieder ausgeteilt wird.“[28] Dieser Entwurf wurde am 27. Juni 1921 vom Rat gebilligt und trat sofort in Kraft. Angesichts dieses Erfolgs setzten beide Staaten ihre Zusammenarbeit in Bezug auf die Interpretation des Minderheitenschutzvertrags und die Zulässigkeit von Petitionen fort – immer mit dem Ziel, sich im Fall eventueller Klagen noch etwas weiter abzusichern[29]. Während die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Regierungen 1923 stark abgekühlt waren, unterstützten sich die beiden Delegationen in Genf hinsichtlich des Minderheitenschutzvertrags und schlugen dem Rat gemeinsam zwei neue Änderungen vor: Die Petitionen durften nicht den Abbruch politischer Bindungen zwischen der Minderheit und dem souveränen Staat fordern, und die Kommentierungsfrist von zwei Monaten konnte verlängert werden. Diese Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbunds war umso bemerkenswerter, als man in Warschau die Minderheitenfrage nutzte, um Beneš anzugreifen: Im Oktober 1923 häuften sich die Beschwerden der polnischen Regierung gegen die „Tschechisierung“ der polnischen Minderheit in Teschen: Ihre Kirchen würden zugunsten der Hussiten konfisziert, den Polen würden Grundschulen verwehrt, obwohl diese vom Minderheitenschutzvertrag vorgesehen seien.

[27] MAE, Sec. gén., Bd. 432, Note vom 31. 3. 1920.
[28] MAE, Sec. gén., Bd. 432, Bl. 236–237, Note Polens vom 3. 6. und Note der Tschechoslowakei vom 4. 6. 1921.
[29] MAE, Sec. gén., Bd. 432, Minorités 1919–1925.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die polnisch-tschechoslowakische Entspannung in Genf beruhte also auf einem gemeinsamen Interesse – die revisionistischen Mächte daran zu hindern, ihre Minderheiten zum internationalen Konfliktthema zu machen – und lebte von einer stillschweigenden Übereinkunft: Welche Grenzstreitigkeiten und territorialen Ansprüche auch immer laut wurden, das wechselseitige Minderheitenproblem durfte in Genf nicht thematisiert werden. Der tschechische Staatspräsident Tomáš Garrigue Masaryk formulierte dies folgendermaßen, als er von den Polen in der Tschechoslowakei, die mehrheitlich in Teschen oder in der ländlichen Umgebung von Teschen lebten, sprach: „Ganz allgemein muss festgehalten werden, dass diese Minderheitenfrage, ja dass jede ethnische Frage ein ganz besonderes Problem darstellt, das sehr spezielle Aspekte umfasst und auf eigene Weise studiert und gelöst werden muss."[30] Es ist somit ein Prozess der Differenzierung festzustellen: zwischen den gegenseitigen Angriffen in der polnischen und tschechischen Presse vor Ort und dem Schweigen, das in Genf über die gleichen Minderheiten gewahrt wurde.

Neben der Minderheitenfrage konnten auch die großen internationalen Probleme, die im Völkerbund debattiert wurden, die Zusammenarbeit fördern. Dies gilt beispielsweise für die Verhandlungen während der Versammlung des Jahres 1924 über das Zweite Genfer Protokoll „über die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten", wobei Beneš einer der Berichterstatter war. Die große Innovation dieses Protokolls, das auch „Protokoll Herriot" genannt wird, beruhte in der Verpflichtung auf Schiedsverfahren – eine Schlichtung des Rats abzulehnen, konnte als Aggression verstanden werden – und in der Möglichkeit zu militärischen Sanktionen, die mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden konnten und nicht mehr, wie bislang, einstimmig empfohlen wurden[31]. Hinzu kam die Verpflichtung aller unterzeichnenden Staaten, an einer großen Abrüstungskonferenz teilzunehmen – es ging um das Zusammenspiel von „Schlichtung, Sicherheit, Abrüstung". Der Text wurde am 1. Oktober 1924 im Plenum diskutiert und am nächsten Tag von rund zehn Staaten ratifiziert, darunter Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei – allerdings unter Vorbehalt, da „die Beistandspflicht auf das beschränkt war, was der betroffene Staat im Moment der Aggression als richtig und möglich betrachtete"[32]. Die Regierungsübernahme durch die Konservativen in Großbritannien bedeutete das Ende des Protokolls, es wurde vom neuen britischen Premierminister Austen Chamberlain zusammen mit Italien zum Scheitern gebracht[33].

[30] Thomáš Garrigue Masaryk, Les Slaves après la guerre, Prag 1923, S. 27.

[31] Streitsachen mussten dem Ständigen Internationalen Gerichtshof oder einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Staaten, die es ablehnten, sich diesem Verfahren zu unterwerfen oder die gerichtliche Entscheidung zu akzeptieren, galten im Kriegsfall als Aggressor. Vgl. Georges-Henry Soutou u. a., Histoire de la diplomatie française, Bd. 2: De 1815 à nos jours, Paris 2007, S. 318–346.

[32] Nicolae Iordache, La Petite Entente et l'Europe, Institut Universitaire des Hautes études internationales Nr. 52, Genf 1977, S. 75.

[33] Vgl. Antoine Fleury, Coudenhove-Kalergi, la Société des Nations et l'URSS, in: Georges-Henri Soutou u. a. (Hrsg.), L'URSS et l'Europe dans les années 20, Paris 2000, S. 9–24.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Unter den großen internationalen Themenkomplexen war ohne Zweifel die Frage eines Beitritts der Verliererstaaten von 1918 zum Völkerbund diejenige, welche die Staaten Ostmitteleuropas am engsten zusammenschweißte. Eine entsprechende Erweiterung des Rats hätte bedeutet, diesen als revisionistisch geltenden Staaten eine internationale Bühne zu bieten und juristische Instrumente zur Umsetzung ihrer gefährlichen Ziele zur Verfügung zu stellen. Im September 1922, als während der Herbstversammlung über den Beitritt Ungarns diskutiert wurde, funktionierte die Zusammenarbeit hervorragend: Die ostmitteleuropäischen Staaten, die bereits durch den gerade abgeschlossenen Vertrag von Rapallo alarmiert waren, stimmten sich ab. Sie wollten einen Beitritt Ungarns nur dann zulassen, wenn der Völkerbund den juristischen und internationalen Charakter der ungarischen Selbstverpflichtung anerkennen würde, auf eine Wiedereinsetzung der Habsburger zu verzichten[34]. Sie reagierten somit im Rahmen des Systems der kollektiven Sicherheit und wendeten die neuen Prinzipien an, um mit den Entwicklungen im internationalen System umzugehen. Frankreich war der erste Staat, der mit Genugtuung feststellte, dass das System der kollektiven Sicherheit funktionierte: „Alle politischen Fragen, die auf der Tagesordnung der nächsten Völkerbundsversammlung stehen und die für die auf der Konferenz vertretenen Staaten von Bedeutung sind, wurden diskutiert. Es konnte eine vollkommene Übereinkunft der unterschiedlichen Standpunkte erreicht werden und die Beschlüsse wurden hinsichtlich der zu befolgenden Taktik und zur Lösung diverser Probleme gefasst."[35]

Seit 1923 stellte sich auch die Frage eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund immer dringlicher. In Osteuropa wurde dieses Thema – wenngleich es nicht unerwartet kam – kühl aufgenommen: Am wenigsten eindeutig war wie immer die Haltung Prags, das vorschlug, auf eine kategorische Ablehnung zu verzichten und stattdessen den deutschen Beitritt an alle Bedingungen zu binden, die die Alliierten für sinnvoll hielten[36]. Die Verhandlungen zu Stresemanns Memorandum und die Unterzeichnung der Verträge von Locarno schweißten die Delegationen aus Ostmitteleuropa endgültig zusammen. Auf der außerordentlichen Sitzung vom 8. März 1926, auf der ein ständiger Ratssitz für Deutschland neu geschaffen werden sollte, weigerte sich Polen, dem deutschen Beitritt zuzustimmen, wenn es selbst im Gegenzug keine ständige Vertretung erhalten sollte. Dabei wurde es einhellig durch die Kleine Entente unterstützt, die allerdings darauf bedacht war, den eigenen Sitz zu behalten – in der Hoffnung, dass hiervon beide Seiten profitieren würden[37]. Auf diese Weise plädierten diese Staaten für eine neue Form der Erweiterung des Rates, der – hätte man nur das Deutsche Reich aufgenommen – Gefahr gelaufen wäre, mehr und mehr nach dem Vorbild des „Europäischen Konzerts"

[34] MAE, Tchécoslovaquie, Bd. 67, Bl. 180, Telegramm Nr. 101 von Couget, 29. 8. 1922.
[35] Ebenda, Bl. 196, Telegramm Nr. 182 von Clément-Simon, 7. 9. 1922.
[36] Beneš schlug unter anderem vor, das System der Garantien für Minderheiten auf die Lausitzer Sorben auszudehnen. MAE, Sec. Gén., Bd. 49, Bl. 47, Telegramm Nr. 249 von Couget, 6. 11. 1920.
[37] MAE, Sec. Gén., Bd. 119, Bl. 220, Telegramm Nr. 57 von Grenard an Belgrad, 9. 2. 1926.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Vorkriegszeit zu funktionieren[38]. Sie forderten somit mehr kollektive Sicherheit.

Schließlich wurde die Zahl der ständigen Mitglieder des Völkerbundsrats im Mai 1926 um Deutschland auf fünf erweitert, und die Zahl der zeitweisen Mitglieder von sechs auf neun, von denen drei, darunter Polen[39] und Rumänien, mit einem erneuerbaren dreijährigen Mandat gewählt wurden. Beneš hatte zunächst auf eine Kandidatur verzichtet, um Rumänien und Polen nicht zu schaden – ein Verhaltensmuster aus einer längst vergangenen Epoche –, wurde dann aber für ein Jahr gewählt. Nach all diesem Taktieren war man in Frankreich zwar erschöpft, aber zufrieden: „Immerhin war es möglich, Polen und zwei Staaten der Kleinen Entente im gleichen Rat unterzubringen, ohne dass unter ihnen Bitterkeit fortbestanden hätte."[40]

Die Genfer Bühne in den 1930er Jahren: das missbrauchte System der kollektiven Sicherheit

Seit 1926 waren Polen und die Kleine Entente – hier vor allem die Tschechoslowakei – dauernd im Völkerbundsrat vertreten. 1929 initiierte Aristide Briand wöchentlich stattfindende Arbeitsfrühstücke mit Vertretern Frankreichs, Polens und der Kleinen Entente, um alle aktuellen wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Themen durchzusprechen[41] – was von deutscher Seite nicht ohne Missfallen zur Kenntnis genommen wurde[42]. Die deutsche Präsenz im Völkerbund hatte somit zur Folge, dass sich die ostmitteleuropäischen Staaten ihrer gemeinsamen Interessen und Ziele noch bewusster wurden: Es ging ihnen darum, das System der kollektiven Sicherheit nicht zum Instrument für eine Revision der Friedensverträge werden zu lassen.

Der Minderheitenschutzvertrag bot schon bald Anlass, die Tragfähigkeit der anti-deutschen Solidarität zu testen. Unter den ostmitteleuropäischen Delegationen zeichneten sich zwei unterschiedliche Positionen zu diesem Thema ab: Die

[38] Masaryk äußerte gegenüber dem Daily Express: „Was Polen heute erreicht hat, darauf hofft die Tschechoslowakei morgen." In: MAE, Sec. Gén., Bd. 119, Bl. 245, britischer Pressespiegel zur französischen Politik, 1. 3. 1926.

[39] Polen wurde mit 45 Stimmen gewählt, die absolute Mehrheit hätte bei 25 von 49 Stimmen gelegen. MAE, Sec. Gén., Bd. 114, Zusammensetzung und Erneuerung des Rats, April 1926 – September 1927.

[40] Ebenda.

[41] MAE, Pologne, Bd. 78. Bl. 144, Telegramm Nr. 398 von Laroche, 20. 9. 1929.

[42] Im Mai 1932 erfuhr die deutsche Presse von den regelmäßigen Kontakten zwischen Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei beim Völkerbund. Der Warschauer Korrespondent des Berliner Tageblatts empfahl den beiden slawischen Nachbarn, sich Deutschland zuzuwenden. Frankreich werde früher oder später sein „wahres Gesicht" zeigen und der polnisch-französischen Allianz den Rücken kehren. Die Formulierung vom „wahren Gesicht Frankreichs" wurde von der Kattowitzer Zeitung, dem Organ der deutschen Minderheit im polnischen Teil Schlesiens, am 10. 5. 1932 aufgegriffen. MAE, Pologne Bd. 373, Bl. 183, Telegramm Nr. 108 des Quai d'Orsay an Charles-Roux, 9. 5. 1932, und Bl. 184, Telegramm von Laroche, 10. 5. 1932.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eine zielte auf eine Generalisierung des Systems, das heißt seine Verpflichtungen hätten auch für die großen Mächte – darunter die Weimarer Republik – gegolten; dies hätte die Schutzauflagen für die ostmitteleuropäischen Staaten akzeptabler gemacht. Die andere Position strebte ganz im Gegenteil an, die Vorgaben des Vertrags ganz fallen zu lassen. 1929 war es Deutschland, das die Diskussion wieder anstieß, indem es den Minderheitenschutzvertrag erneut auf die Tagesordnung setzte. Der polnische Delegierte August Zaleski ergriff die Gelegenheit – nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung –, um eine Erweiterung des Vertrags auf alle europäischen Mächte zu fordern, was nicht nur Deutschland in Verlegenheit brachte! Die polnische Taktik funktionierte, denn dadurch wurden alle weiteren Diskussionen hinfällig. Ab 1933 lebte der Streit über die Minderheiten freilich in noch heftigerer Form wieder auf.

1932 übernahm Oberst Józef Beck das polnische Außenressort. Angesichts der als unwürdig empfundenen Behandlung der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei verschärfte sich unter seiner Amtsführung der Ton der polnischen Diplomatie und der Regierungspresse gegenüber der Tschechoslowakei immer mehr. Solche Angriffe des polnischen Regimes waren an sich nichts Neues, aber ihre Heftigkeit, insbesondere seit 1934, trug zweifelsohne zur Schwächung der Tschechoslowakei bei, noch bevor Deutschland sich des Themas bemächtigte. Die französische Regierung schaute zu, sie wusste nicht, wie sie reagieren sollte. Sie schwankte zwischen einer Bagatellisierung des Konflikts und der Furcht, ihn durch eine Intervention zu verschärfen.

Beck beklagte das „Problem" der polnischen Minderheit zunächst in der Presse. 1934 waren die Kampagnen bereits ziemlich heftig: „Die Zeit der Possen ist vorbei. Die Beziehungen zwischen Prag und Warschau haben sich deshalb verschlechtert, weil gewisse tschechische Milieus versucht haben, eine Vernichtungspolitik gegenüber loyalen – aber polnischen – Bürgern durchzusetzen", schrieb die Gazeta Polska am 14. April[43]. Der Oberst legte dann noch einmal nach: „Von Entspannung zwischen Prag und Warschau kann überhaupt keine Rede sein, solange sich das Schicksal der schlesischen Polen jenseits der Olsa nicht verbessert hat."[44] Darüber hinaus bestand die Taktik darin, die polnische Minderheit in Teschen in Unruhe zu versetzen – denn Beck war fest entschlossen, diese Region wiederzuerlangen: Es ging im Wesentlichen darum, nationalistische Demonstrationen zu organisieren, in Teschen ebenso wie in Warschau, in denen eine bessere Behandlung der Polen gefordert wurde. Es floss zudem auch Geld an polnische Organisationen in Teschen, und es gab Ausbürgerungen von polnischen Bürgern

[43] SHD, Armée de Terre, 7N3028, Polnischer Pressespiegel, April 1934. Die Regierungspresse argumentierte: Wenn die Region Teschen tschechisch sei, weil sie seit 600 Jahren zur Böhmischen Krone gehört habe, dann müsse Lothringen Deutschland zustehen. MAE, SDN, Sec. Gén., Bd. 526, Bl. 81, Telegramm Nr. 439 des Geschäftsträgers in Warschau Seguin, 29.4.1934.

[44] Joseph Beck, Dernier rapport. Politique polonaise 1926–1939, Neuchâtel 1951, S. 10.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tschechischer Herkunft als Antwort auf Verhaftungen von polnischen Aufwieglern[45].

Aber wie war es möglich, Unruhe innerhalb der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei zu stiften, ohne eine Intervention des Völkerbunds zu provozieren? Die polnische Regierung hatte beschlossen, mit dem internationalen Schutzsystem von Genf zu brechen[46]. Polen unterzeichnete im Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit Hitlerdeutschland: Oberst Beck erlag fortan der Verblendung, er könne Minderheitenprobleme im bilateralen Verkehr mit Berlin regeln und benötige diesbezüglich keinen internationalen Schutz mehr. Auf Befehl aus Berlin erfolgten übrigens seit Januar 1934 keine Klagen deutscher Minderheitenorganisationen mehr, die bis dahin regelmäßig vorgebracht worden waren[47]. Sich in Sicherheit wiegend distanzierte sich Oberst Beck am 13. September 1934 während der 15. Völkerbundsversammlung von dem Vertrag von 1919. Wegen der Ungleichheit, die er zwischen den Staaten herstelle, sei dieser eine „Monstrosität"[48]. Beck nutzte dabei die Aufregung, die der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund verursachte. Aus der damit einhergehenden Befürchtung heraus, es könne eine Flut von Beschwerden von in Polen lebenden Weißrussen und Ukrainern geben, erklärte Beck, die in Polen lebenden Minderheiten seien von nun an durch die nationale Verfassung geschützt – „so lange, bis die Verpflichtungen [des Minderheitenschutzvertrags] auf alle Mitgliedstaaten des Völkerbunds ausgeweitet seien"[49]. Es handelte sich somit um einen offiziellen Bruch, ohne dass dabei freilich der Vertrag von 1919 als solcher in Frage gestellt wurde. Beck agierte, als stünde er an der Spitze einer unabhängigen Großmacht – in Polen wurde er nach seiner Rückkehr übrigens triumphal empfangen – und bereitete nun die eigentliche Offensive gegen die Tschechoslowakei vor[50]. Seiner Auffassung nach schränkte der Völkerbund die Souveränität Polens ein: Nachdem Beck 1934 die volle

[45] Vgl. Isabelle Davion, Varsovie et les tentatives de reconstruction du système européen de 1933 à 1938, in: Dies./Jerzy/Kłoczowski/Georges-Henri Soutou (Hrsg.), La Pologne dans le système européen du partage à l'élargissement (XVIIIe – XXIe siècles), Paris 2007, S. 147–165.

[46] Zwischen 1921 und 1928 wurden nur rund 300 Klagen zu Minderheitenfragen an das Sekretariat des Völkerbunds gerichtet; etwa die Hälfte davon wurde als zulässig betrachtet. Lediglich wenige Staaten wollten bis zum Den Haager Gerichtshof gehen: „Das System hatte [somit] bereits seine Effizienz verloren, als Polen [1934] beschloss, sich davon zu befreien." Marie-Renée Mouton, La SDN et la protection des minorités nationales en Europe, in: Relations Internationales 75 (1993), S. 315–328, Zitat S. 325.

[47] Vgl. Zarnowski, Le système de Protection, in: Aycoberry/Bled/Hunyadi (Hrsg.), Conséquences.

[48] DDF, 1. Serie 1932–1935, Bd. 7: 27. Juli -31. Oktober 1934, Paris 1979, Dok. 314, S. 461, Telegramm Nr. 895 von Laroche, 14. 9. 1934.

[49] „Da bislang ein allgemeines und für alle Staaten gleiches System noch aussteht, sieht sich meine Regierung gezwungen, von heute an jede Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen abzulehnen, was die Kontrolle der Anwendung des aktuellen Systems durch Polen anbelangt." Jules Laroche, La Pologne de Pilsudski: souvenirs d'une ambassade, 1926–1935, Paris 1953, S. 178.

[50] Zum – freilich vorläufigen – Ende des Streits um Teschen im Herbst 1938 vgl. Isabelle Davion, Mon voisin, cet ennemi. La politique de sécurité française face aux relations polonotchécoslovaques entre 1919 et 1939, Brüssel u. a. 2009, S. 389–445.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Handlungsfreiheit wiedererlangt hatte, ging er dazu über, in Minderheitenfragen direkt bei der tschechoslowakischen Regierung zu intervenieren. Sein Triumph – der freilich von sehr kurzer Dauer blieb – war die Rückgewinnung des Olsagebiets infolge des Münchner Abkommens vom Oktober 1938.

Wenngleich die ostmitteleuropäischen Staaten anfangs davon überzeugt werden mussten, dass die kollektive Sicherheit ihnen in hohem Maße nutzen würde, passten sie sich dem neuen System schnell an. Der Völkerbund bot ihnen die Möglichkeit, das neue internationale System für ihre Zwecke zu nutzen und einen legitimen Platz darin zu finden. Es war daher durchaus logisch, dass Polen dem Beispiel der Großmächte folgte, als diese begannen, das System der kollektiven Sicherheit für nationale Interessen zu missbrauchen: Deutschland forderte 1932 Gleichberechtigung, um das Recht auf Wiederbewaffnung zu erhalten. Zwei Jahre später forderte auch Polen die juristische Gleichstellung, um sich vom Minderheitenschutzvertrag zu befreien. Es war ein Schlag für den Völkerbund: Wenngleich keine andere Delegation der Initiative von Oberst Beck folgte, so war doch festzustellen, dass die ohnehin schon beschränkte Anzahl von Petitionen zu Minderheitenfragen von 19 im Jahr 1935 auf vier im Jahr 1939 sank[51]. Der Völkerbund war nicht mehr in der Lage, den Minderheiten effektiven Schutz zu gewähren.

Aus dem Französischen übersetzt von Eva Oberloskamp

[51] Vgl. Mouton, La SDN et la protection des minorités nationales en Europe.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Enrico Mattei und Hjalmar Schacht gehören zu den schillerndsten Figuren der europäischen Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Der italienische „Erdöl-Korsar" und der deutschnationale Finanzjongleur mit dem Ruf eines Zauberers hatten auf den ersten Blick wenig gemeinsam – hier der christdemokratische Kämpfer gegen den Faschismus, dort der ehemalige Bankier Hitlers. Doch sie einte nach 1949 die Überzeugung, Italien und die Bundesrepublik müssten eigene wirtschaftspolitische Akzente setzen, um insbesondere der Dominanz der Vereinigten Staaten etwas entgegensetzen zu können. Zu einem zentralen Feld der Auseinandersetzung entwickelte sich seit den späten 1950er Jahren die Ölpolitik, wobei Süddeutschland als Markt immer stärker in den Blick geriet. Jens van Scherpenberg zeichnet diesen Konflikt nach und fügt der Frühgeschichte des Erdölzeitalters der Bundesrepublik auf der Basis neuer Quellen ebenso neue Akzente hinzu wie der Biographie von Hjalmar Schacht.

Jens van Scherpenberg

Hjalmar Schacht, Enrico Mattei und Bayerns Anschluss an das Ölzeitalter

1. Bekannte und verkannte Väter des Erfolgs

Als am 2. Dezember 1963 in Großmehring bei Ingolstadt die Shell AG die erste große Raffinerie auf bayerischem Boden in Betrieb nahm, fand auch Bayern Anschluss an das Ölzeitalter. Mit der Versorgung des Raffineriestandorts Ingolstadt durch mehrere, aus unterschiedlichen Quellen gespeiste Pipelines wurde das Öl buchstäblich zum Treibstoff der Industrialisierung Bayerns, das sich von einem der ärmsten zu einem der reichsten Bundesländer mausern sollte.

Der Wettlauf der Ölkonzerne nach Bayern, ausgelöst durch den Vorstoß des von Enrico Mattei geleiteten staatlichen italienischen Energiekonzerns ENI *(Ente Nazionale Idrocarburi)* auf den süddeutschen Markt im Frühjahr 1959 und befeuert durch den bayerischen Wirtschaftsminister Otto Schedl (CSU), ist seitdem wissenschaftlich und publizistisch mehrfach nachgezeichnet worden[1]. Bislang nicht erforscht ist dagegen die bedeutende Rolle, die der ehemalige Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht dabei spielte, obwohl das baye-

[1] Vgl. Stephan Deutinger, Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie". Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Die Erschließung des Landes 1949–1973, München 2001, S. 33–118, und Thomas Schlemmer, Industriemoderne in der Provinz. Die Region Ingolstadt zwischen Neubeginn, Boom und Krise 1945 bis 1975, München 2009; vgl. auch Hermann Bößenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weiß-blauen Wirtschaft, München 1972, S. 34–50. Zu Schedl vgl. die unveröffentlichte Zulassungsarbeit von Stefanie Lerch, Dr. Otto Schedl und die Energiepolitik in Bayern (1957–1966), München 1997, die den Nachlass von Schedl hinsichtlich dieses Themas umfassend auswertete.

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0011

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

risch-italienische Ölgeschäft für den über 80-Jährigen den Höhepunkt seiner bemerkenswerten Nachkriegskarriere bildete. Der umfangreiche private Aktenbestand Schachts über seine Tätigkeit für Mattei und die ENI, der für diesen Beitrag erstmals ausgewertet wurde[2], erlaubt es zum einen, Motive und Genese sowie den wenig erfolgreichen Verlauf des ENI-Engagements im Freistaat detailliert herauszuarbeiten. Zum anderen bieten diese Dokumente tiefe Einblicke in die enge, fast freundschaftliche Beziehung, die sich zwischen Enrico Mattei und Hjalmar Schacht seit ihrem ersten Treffen 1957 entwickelte[3].

Schacht war für den Präsidenten der ENI nicht nur Kontaktmann zur Bayerischen Staatsregierung. Ihn verband mit Mattei über mehrere Jahre ein besonderes Vertrauensverhältnis, das auf einer gemeinsamen Überzeugung basierte: Der internationale Ölmarkt sei das zentrale Instrument anglo-amerikanischer Wirtschaftsdominanz, aus der sich die Bundesrepublik und Italien durch eine eigenständige Politik zu lösen hätten.

2. Zwei Wege, ein Ziel: nationale Wirtschaftsentwicklung gegen die wirtschaftliche Übermacht der Westmächte

Die Lebenswege von Schacht und dem 29 Jahre jüngeren Enrico Mattei verliefen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges denkbar unterschiedlich. Und doch mündeten sie in den 1950er Jahren in eine gemeinsame nationalistisch-antikolonialistische und insoweit auch gegen die westlichen Siegermächte gerichtete Weltsicht, in der beide sich bereits bei ihren ersten Begegnungen als geistesverwandt erkannten.

Hjalmar Schacht war bei Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens 1950 73 Jahre alt. Er hatte als Bankier im Kaiserreich, als Reichsbankpräsident in der Weimarer Republik, schließlich erneut als Reichsbankpräsident und Minister unter Hitler bereits eine aufsehenerregende Karriere hinter sich, über die schon viel geschrieben worden ist[4]. Seine letzten Lebensjahre zwischen 1950 und 1970 lie-

[2] Mein Dank gilt Frau Cordula Schacht, Bernau/Chiemsee, für die vertrauensvolle Gewährung umfassender Einsichtnahme in den umfangreichen, gut geordneten Bestand der in ihrem Privatbesitz befindlichen Akten ihres Vaters Hjalmar Schacht. Der Aktenbestand Schachts wird im folgenden zitiert als: Schacht-Akten; die einzelnen Fundstellen werden mit der Rückenbeschriftung des betreffenden Ordners (z. B.: ENI) zitiert, die einzelnen Dokumente, in den Ordnern überwiegend chronologisch abgelegt, mit ihrer Art (z. B. Brief, Memorandum, Aktennotiz), Autor/Absender, ggf. Empfänger, und ihrem Datum. Die Dokumente sind, soweit nicht anders vermerkt, auf Deutsch abgefasst. Fremdsprachige Zitate wurden übersetzt, wörtliche Zitate folgen der Rechtschreibung des Originals. Besonderer Dank gebührt zudem Prof. Dr. Knut Borchardt für die Durchsicht und die hilfreichen Kommentare zu einer ersten ausführlicheren Fassung dieses Aufsatzes.

[3] In den Akten Schachts finden sich allein 44 Briefe an Enrico Mattei und 24 Briefe Matteis an Schacht (nicht gerechnet Telegramme und Fernschreiben). Die Korrespondenz zwischen beiden erstreckte sich über fast genau fünf Jahre, vom 22. 10. 1957 bis zum 23. 10. 1962, mit einem Schwerpunkt zwischen 1959 und 1961. Auch persönlich trafen sie in dieser Zeit viele Male zusammen.

[4] Vgl. zuletzt u. a. Christopher Kopper, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München 2006, hier zit. nach der Taschenbuchausgabe München 2010, Frédéric Clavert, Hjalmar Schacht, financier et diplomate (1930–1950), Brüssel 2009, und John

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gen dagegen noch weitgehend im Dunkeln[5]. Nach seinem Freispruch im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher trat er bereits 1948 wieder mit seiner „Abrechnung mit Hitler" an die Öffentlichkeit. 1949 folgte die Broschüre „Mehr Geld, mehr Kapital, mehr Arbeit", mit der er sich als finanz- und wirtschaftspolitischer Experte zurückmeldete[6]. Es folgte eine Reihe von Auslandsreisen als Berater von Regierungen in Asien und im Nahen Osten sowie eine neue Geschäftstätigkeit als Privatbankier[7].

Schachts Rat war in Indonesien und Syrien, die erst kurz zuvor die Unabhängigkeit erlangt hatten, ebenso willkommen wie im Iran und in Ägypten, wo neu an die Macht gekommene nationalistische Regierungen ihr Land westlicher Dominanz entziehen wollten[8]. Er konnte sich auf seine durch Krieg und Diktatur kaum geschmälerte Reputation stützen, die ihm vor allem seine Währungs- und Außenhandelspolitik in den 1930er Jahren eingebracht hatte.

Seine Reisen in diese vier Länder unternahm Schacht zwar ohne offizielle Unterstützung durch die Bundesregierung, er konnte sich aber auf das Interesse der deutschen Industrie verlassen und sich als Vermittler anbieten. Im westlichen Ausland, dessen Presse seine weiteren Schritte noch immer aufmerksam verfolgte[9], galt denn auch die Exportförderung als ein wesentlicher Zweck seiner Reisen[10].

Auf Einladung der indonesischen Regierung, die schon im März 1950 durch ihren Deutschland-erfahrenen Wirtschaftsminister Oswald Pangeran mit ihm Kontakt aufgenommen hatte[11], prüfte Schacht von Juli bis Oktober 1951 vor Ort die wirtschafts- und finanzpolitischen Reformerfordernisse des Landes und empfahl unter anderem eine Öffnung für ausländisches Kapital bei strikter staatlicher Kontrolle der nationalen Ressourcen[12].

Weitz, Hitler's Banker: Hjalmar Horace Greeley Schacht, Boston 1997, auf deutsch erschienen als: Hitlers Bankier – Hjalmar Schacht, München 1998.

[5] Über die ersten Nachkriegsjahre gab Schacht noch selbst in seinen Erinnerungen Auskunft; vgl. Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

[6] Vgl. Hjalmar Schacht, Abrechnung mit Hitler, Hamburg 1948; ders., Mehr Geld, mehr Kapital, mehr Arbeit, Bleckede 1949.

[7] Anfang 1953 nahm das von ihm zusammen mit zwei Partnern, Hermann Penn und Waldemar Ludwig, gegründete Bankhaus Schacht & Co in Düsseldorf seine Geschäfte auf. Ludwig war Schacht als ehemaliger Reichsbankdirektor vertraut, Penn dürfte er aus dessen Tätigkeit als Direktor der Bank der Deutschen Arbeit in der NS-Zeit gekannt haben.

[8] Zu den Reisen Anfang der 1950er Jahre liegt in den Schacht-Akten umfangreiches Material vor, das für diese Untersuchung nur punktuell ausgewertet wurde.

[9] So finden sich allein im Archiv der New York Times für den Zeitraum von Mitte September 1950 bis zum März 1964 insgesamt 45 Artikel über Schacht und weitere 33, in denen er erwähnt wird.

[10] Vgl. „W. German Trade Drive. Bid in Middle East and North Africa. Aims to Develop New Industries in Persia. Dr. Schacht's Efforts to Promote Trade", in: Financial Times vom 25. 9. 1952, S. 1.

[11] Vgl. Der Spiegel vom 2. 3. 1950: „Komfort".

[12] Vgl. Der Spiegel vom 16. 1. 1952: „Typisches Fiebertemperament"; vgl. auch Hjalmar Schachts Artikel „Chancen einer Zukunft für Indonesien" in derselben Ausgabe des Nachrichtenma-

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Noch in Indonesien war Schacht im Sommer 1951 von der iranischen Regierung kontaktiert worden. Diese wollte seinen Rat zur Bewältigung der schwierigen Finanzlage, in die das Land geraten war.

Aus Protest gegen die für den Iran extrem ungünstige Regelung zur Beteiligung des Landes an den Gewinnen der britischen Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) hatte das iranische Parlament zum 1. Mai 1951 per Gesetz die iranische Ölindustrie verstaatlicht[13]. Großbritannien reagierte darauf mit scharfen Sanktionen: einem Ölexportembargo und der Beschlagnahme aller Konten des Iran bei britischen Banken. Diese Maßnahmen führten in den folgenden Jahren zu einer schweren Wirtschaftskrise.

In dieser Situation reiste Schacht vom 10. bis 15. September 1952 nach Teheran und erörterte in mehreren, offenbar von gegenseitiger Wertschätzung geprägten Gesprächen mit Ministerpräsident Mohammad Mossadegh[14] und dem Gouverneur der Bank Melli, Mohammed Nassiri, Möglichkeiten, um die erheblichen Währungs- und Finanzprobleme zu überwinden. In seinen Memoiren schrieb Schacht:

> „Ich konnte nicht umhin, den moralischen Anspruch anzuerkennen, den Mossadeq in dieser Frage verfocht, und bedaure noch jetzt auf das lebhafteste, daß es die westliche Diplomatie nicht verstanden hat, durch eine gewisse Nachgiebigkeit das persische Ölproblem einer Lösung zuzuführen. Die Beherrschung der persischen Ölindustrie durch das Ausland ist etwas, was das persische Volk niemals wieder anerkennen wird, ganz einerlei, welches das Schicksal Mossadeqs sein wird."[15]

Noch im September machte Schacht sich erneut auf den Weg in den Nahen Osten, um das am 23. Juli 1952 durch Putsch an die Macht gekommene ägyptische Militärregime unter General Nagib zu beraten. Und Mitte Dezember 1952 folgte eine Reise nach Syrien, dessen mit dem ägyptischen Offiziersregime sympathisierende Regierung ihrerseits Schachts Rat für eine eigenständige Wirtschafts- und Währungspolitik suchte[16].

Enrico Mattei, der charismatische, politisch ambitionierte Gründungspräsident des staatlichen italienischen Öl- und Gasunternehmens ENI, hatte eine zentrale Bedeutung nicht nur für die Entwicklung der ENI selbst und der Staatswirtschaft im Italien der Nachkriegszeit. Von ihm gingen auch entscheidende Initiativen aus, die in den 1950er Jahren noch stark oligopolistischen Strukturen des internationalen Ölgeschäfts aufzubrechen. Seine Rolle in Wirtschaft und Poli-

gazins, der auf seinem am 9. 10. 1951 vorgelegten Bericht an die indonesische Regierung beruht. Auszüge aus dem Bericht veröffentlichte Schacht auch in: 76 Jahre, S. 675–681.

[13] Für einen guten Überblick vgl. Daniel Yergin, The Prize. The Epic Quest for Oil, Money, and Power, New York 1991, Kap. 21: „The Postwar Petroleum Order", S. 409 ff.

[14] Vgl. „Schacht Sees Premier Again", in: New York Times vom 13. 9. 1952, S. 3; Schacht, 76 Jahre, S. 669 f.

[15] Ebenda, S. 670.

[16] Vgl. dazu den Spiegel-Bericht „Ein Mann steht draußen" vom 14. 1. 1953, S. 14: „Bankier Dr. Hjalmar Schacht traf in Damaskus ein. Das syrische Pfund stieg. Finanz-Medizinmann Schacht genießt im Nahen Osten geradezu mystische Verehrung".

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tik ist vor allem in der italienischen Literatur von ehemaligen Mitarbeitern Matteis wie von Historikern eingehend – und bis heute kontrovers – untersucht worden[17].

Mattei war als führendes Mitglied der christdemokratischen *Resistenza* und auf Grund seiner unternehmerischen Erfahrungen von der ersten italienischen Nachkriegsregierung mit der Leitung der staatlichen Ölgesellschaft AGIP *(Agenzia Generale Italiana del Petrolio)* betraut worden. Sein Auftrag lautete ursprünglich, das Unternehmen als „Einrichtung der faschistischen Autarkiepolitik“[18] aufzulösen beziehungsweise zu privatisieren. Mattei versuchte dagegen, über die AGIP eine eigene italienische Ölindustrie gegen die marktbeherrschenden angloamerikanischen Ölkonzerne aufzubauen. Er setzte zunächst gegen großen innenpolitischen wie amerikanischen Widerstand das Monopol der AGIP auf die Erdgasförderung in der Poebene durch. Die von ihm 1949 öffentlichkeitswirksam inszenierte Entdeckung eines Ölvorkommens bei Cortemaggiore verschaffte Mattei schließlich das politische Gewicht, um gegen die Befürworter einer Privatisierung des ganzen Sektors die Gründung einer staatlichen Holding für die Öl- und Gasförderung sowie -verarbeitung voranzutreiben[19]. Unterstützt wurde er dabei von der im Norden verwurzelten, eher progressiven, Strömung der regierenden *Democrazia Cristiana* (DC)[20]. Als deren Repräsentant sah Finanzminister Ezio Vanoni in einem solchen Projekt die Chance, „den amerikanischen Gesellschaften den Krieg zu erklären“ und daraus „den Kern einer großen Staatswirtschaft werden zu lassen“[21]. Die Gegner Matteis fanden sich vor allem in der sizilianischen DC, die kaum *Resistenza*-Erfahrung hatte, dafür um so mehr von der frühen Befreiung der Insel durch alliierte Truppen im Sommer 1943 geprägt war. Dazu gehörten Don Luigi Sturzo[22], der Gründer der DC-Vorläuferpartei *Partito Popolare Italiano*, der 1946 aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrt war, und sein Gefolgsmann Mario Scelba. Trotz aller Widerstände wurde Anfang 1953 das Gesetz zur Gründung der ENI

[17] Vgl. dazu u. a. Paul H. Frankel, Mattei: Oil and Power Politics, New York 1966; Marcello Colitti, Energia e sviluppo in Italia. La vicenda di Enrico Mattei, Bari 1979; Italo Pietra, Mattei. La Pecora Nera, Mailand 1987; Yergin, The Prize, Kap. 25, S. 499 ff.; Leonardo Maugeri, L’arma del petrolio. Questione petrolifera globale, guerra fredda e politica italiana nella vicenda di Enrico Mattei, Florenz 1994; Nico Perrone, Enrico Mattei, Bologna 2001; Giovanni Buccianti, Enrico Mattei. Assalto al Potere Petrolifero Mondiale, Mailand 2005. Maugeri (2000 –2011 leitender ENI-Manager) verteidigt einerseits die oligopolistische Ölordnung der 1950er Jahre gegen Mattei, versucht andererseits, diesen für die proamerikanische Fraktion der italienischen Politik zu vereinnahmen, indem er seine späte Annäherung an die US-Regierung und die US-Ölgesellschaften betont. Perrone und Buccianti teilen eher Matteis Standpunkt der nationalen Wirtschaftsautonomie. Vor allem die Bücher von Maugeri und Perrone enthalten ausführliche Auswertungen einschlägiger amerikanischer und britischer Archivbestände, die im folgenden, soweit nötig, aus diesen Sekundärquellen zitiert werden.

[18] So die anfängliche Sichtweise von Italiens Ministerpräsidenten De Gasperi, zit. nach Perrone, Mattei, S. 49.

[19] Vgl. ausführlich Colitti, Energia e sviluppo, S. 108 ff., und Perrone, Mattei, S. 33 ff.

[20] Vgl. ebenda, S. 46 f.

[21] Ebenda, S. 49.

[22] Vgl. Colitti, Energia e sviluppo, S. 135 f. u. S. 141 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

als *ente pubblica*, als staatliche Einrichtung öffentlichen Rechts[23], verabschiedet, die künftig das Dach für die AGIP und eine wachsende Zahl weiterer Unternehmen bilden sollte[24].

Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, dass Mattei Sympathie für die nahezu gleichzeitige Verstaatlichung der AIOC-Ressourcen im Iran hatte. Notgedrungen hielt sich aber auch die AGIP trotz attraktiver Lieferangebote der iranischen Regierung[25] an das von der AIOC mit allen rechtlichen Mitteln durchgesetzte Ölembargo, da sie ihre damals wichtigste Raffinerie in Porto Marghera bei Venedig zusammen mit der AIOC betrieb und mit AIOC-Öl speiste. Während der Verhandlungen über die Bildung des Iran-Konsortiums nach Mossadeghs Sturz im August 1953 sah sich Mattei daher durchaus legitimiert, auch für die ENI eine Beteiligung zu fordern. Die führenden westlichen Mächte machten die Zusammensetzung des neuen Konsortiums jedoch unter sich aus[26]. Neben den großen sieben angloamerikanischen Ölgesellschaften[27], von Mattei als Kartell der *sette sorelle*, der sieben Schwestern, bezeichnet, war nur noch die Compagnie Française des Pétroles (CFP) mit 6 Prozent beteiligt. Yergin schreibt dazu: „Allgemeine Ansicht war es, dass Mattei nicht in das Konsortium aufgenommen werden konnte, da andernfalls die belgische Gesellschaft Petrofina an die Tür klopfen würde und auch diverse deutsche Ölgesellschaften und wer weiß wer noch alles?"[28]

Mattei hatte vor allem an der CFP Maß genommen, im Einklang mit dem politischen Anspruch Italiens auf gleichen außenpolitischen Rang mit Frankreich zumindest im Mittelmeerraum[29]. Sein Scheitern im Iran war ihm Grund genug, künftig die *sette sorelle* durch eigenständige Akquisition von Konzessionen und Bezugsquellen herauszufordern[30].

Dabei kam ihm entgegen, dass mit der Dekolonialisierung in Nordafrika und darüber hinaus, immer mehr Länder wachsendes Interesse an einem von den

[23] Als „ente pubblica" unterlag die ENI nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung, sondern diente den vom Staat in ihrem Statut festgelegten gesamtwirtschaftlichen Aufgaben. In der Praxis agierte die ENI unter Mattei aber als eigenständiges Unternehmen, das sich selbst finanzierte und als Muttergesellschaft zahlreicher betriebswirtschaftlich bilanzierender Firmen fungierte. Daher wird in dieser Untersuchung vereinfacht von der ENI als Konzern bzw. Unternehmen gesprochen, obwohl sie erst 1992 mit ihrer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zu einem Unternehmen im privatrechtlichen Sinn wurde.

[24] Vgl. dazu Charles R. Dechert, Ente Nazionale Idrocarburi. Profile of a State Corporation, Leiden 1963. Decherts Studie bietet eine ausgezeichnete Übersicht über Struktur und Organisation des ENI-Konzerns in dem hier behandelten Zeitraum.

[25] Vgl. „Persian Oil Offers to Italian Firms", in: Financial Times vom 17. 7. 1952, S. 5.

[26] Vgl. Yergin, The Prize, S. 503.

[27] Dies waren: Socal (später: Chevron), Standard Oil of New Jersey (Esso), Gulf Oil Co., Socony (später: Mobil Oil Co.), Texaco, AIOC (mit der Gründung des Iran-Konsortiums in British Petroleum – BP – umbenannt), Royal Dutch Shell.

[28] Yergin, The Prize, S. 504.

[29] Vgl. dazu Patrick Lafond, Le tier-mondisme italien de Mattei, MEFRIM (Mélanges de l'École Française de Rome. Italie et Mediterranée) 122 (2010), H. 1, S. 161–195.

[30] Vgl. Maugeri, L'arma del petrolio, S. 91 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

alten Kolonialmächten (und der neuen Weltmacht USA) unabhängigen wirtschaftlichen Partner bei der Erschließung ihrer Ölressourcen hatten[31].

Die erste Gelegenheit bot sich Mattei in Ägypten. Dort waren schon in den 1930er Jahren bedeutsame Öllagerstätten am Golf von Suez gefunden worden, so dass Mattei sich begründete Hoffnungen auf eine erfolgreiche Exploration machen konnte. Er traf sich 1954 mit dem Führer des Militärregimes, Gamal Abdel Nasser, und vereinbarte zunächst ein Engagement im Downstream-Bereich, das sich mit einer bereits 1955 in Betrieb genommenen Raffinerie bei Kairo und einer Pipeline, die sie von Suez aus speiste, sehr erfolgreich entwickelte. Daraufhin konnte noch 1955 ein Abkommen über Bohrkonzessionen geschlossen werden, das erstmals vom 50/50-Prinzip abwich[32]. Und die Signale standen im Gefolge der Suezkrise von 1956 weiter auf Grün: Mattei half Ägypten mit stillschweigender Unterstützung der italienischen Regierung trotz heftiger Proteste von Briten und Franzosen, italienisches Personal für den Betrieb des Suezkanals als Ersatz für die von den beiden Kolonialmächten abgezogenen Kräfte zu gewinnen[33].

Im Oktober 1956 traf Mattei dann mit dem Iran eine Vereinbarung über eigene Konzessionen außerhalb des Gebiets des Iran-Konsortiums[34], die im August 1957 vom iranischen Parlament ratifiziert wurde. Der italienische Spitzenmanager konnte dabei auf die große Unzufriedenheit in der iranischen Führung mit der vom Iran-Konsortium verfügten 50/50-Regelung für die Beteiligung des Landes an den Fördergewinnen bauen.

Ähnlich wie zuvor mit Ägypten vereinbarte Mattei ein Joint Venture mit je 50 Prozent Beteiligung zwischen ENI und der staatlichen NIOC, bei dem das Explorationsrisiko vollständig von der ENI getragen wurde und 50 Prozent der Gewinne aus der Ölförderung dem Joint Venture, die anderen 50 Prozent dem iranischen Staat zufließen sollten. Faktisch war damit eine 75/25-Teilung des Gewinns zugunsten des Förderlands Iran gegeben.

Hatte das vorherige Abkommen mit Ägypten noch wenig Aufmerksamkeit erzielt, trat Mattei im Iran in direkte Konkurrenz zu den großen Ölgesellschaften

[31] Diese antikolonialistische Wahlverwandtschaft wird am Beispiel Marokko, mit dessen Regierung Mattei 1957 erste Kontakte aufnahm, u. a. von Bruna Bagnato, Petrolio e Politica. Mattei in Marocco, Florenz 2004, sehr eingehend analysiert.

[32] Die Vereinbarung mit Ägypten sah ein Joint Venture vor, das als Compagnie Orientale des Pétroles d'Égypte (COPE) gegründet wurde, zunächst mit 51 % Kontrollmehrheit der ENI, 49 % für ägyptische Gesellschaften. Die Aufteilung der Gewinne wird in einer späteren Pressemitteilung der ENI über die „Formula Mattei" mit 70/30 beschrieben. Vgl. Comunicato stampa sulla costituzione della Cope egiziana con la spiegazione della „formula Mattei", 11. 2. 1957, http://www.eni.com/it_IT/azienda/storia/documenti/documenti/formula_Mattei.pdf [letzter Zugriff 6. 12. 2013]. 1961 wurde die Beteiligung an der COPE auf 50/50 umgestellt; vgl. Alberto Tonini, Il sogno proibito. Mattei, il petrolio arabo e le ‚sette sorelle', Florenz 2003, S. 81.

[33] Vgl. ebenda, S. 73 ff.

[34] Vgl. Lettera di Enrico Mattei allo scià di Persia Reza Pahlavi all'indomani dell'accordo per le ricerche petrolifere di Eni in Iran, 13. 10. 1956, http://www.eni.com/it_IT/azienda/storia/documenti/Mattei_allo_scia.pdf [6. 12. 2013].

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

des Iran-Konsortiums. Er machte damit wahr, wovor ein Esso-Memorandum scharf gewarnt hatte:

> „Wenn wir jemals in irgendeinem Land zugeben, dass eine gleiche Aufteilung weniger als ‚fair' ist, dann wird uns in jedem Land der Boden unter den Füßen weggezogen. [...] ‚50/50' ist eine gute Position, die keine Verteidigung braucht und die schwer anzugreifen ist; ‚55/45' oder ‚60/40' fänden keinen solchen Anklang und könnten allenfalls Nachhutgefechte in einem Rückzug ohne Halten sein."[35]

Deshalb zog Mattei ab jetzt scharfen Widerstand der *sette sorelle* und ihrer Mutterländer auf sich. Ende 1957 scheiterte ein bereits ausgehandeltes vielversprechendes Explorationsabkommen der ENI mit Libyen im letzten Moment aufgrund einer massiven amerikanischen Intervention bei König Idris. Stattdessen kamen dort elf amerikanische und zwei britische Gesellschaften zum Zuge[36]. Durch diese demütigende Machtdemonstration sah sich Mattei erst recht in seinem Kurs bestärkt: Im Interesse Italiens und seines Energiebedarfs „müssen wir unseren Platz an der Sonne finden, nicht mit Gewalt, sondern durch Zusammenarbeit"[37].

Durch günstigere Abkommen mit den Förderländern das Monopol der großen Ölgesellschaften über deren Ressourcen zu brechen, war allerdings nur der erste Schritt. Ihm musste eine ertragreiche wirtschaftliche Nutzung der Konzessionen folgen. Mattei begann daher, nach ausländischen Kapitalquellen und Absatzmärkten außerhalb des Ölkartells und seiner Mutterländer zu suchen. Westdeutschland bot sich hier als natürlicher Partner an. Sollte Mattei darüber mit seinen ägyptischen oder iranischen Geschäftspartnern gesprochen haben, wäre es naheliegend, dass diese ihn auf Schacht aufmerksam machten[38].

---

[35] Zit. nach Yergin, The Prize, S. 448.

[36] Seiner Verbitterung wegen des gescheiterten Libyen-Abkommens gab Mattei erstmals Anfang 1958 öffentlich in einem Interview mit dem Italien-Korrespondenten der New York Times, Paul Hoffmann, Ausdruck, das die Times zum Anlass nahm, ihn mitsamt seinen unternehmerischen Initiativen zugleich in einem ausführlichen Artikel der Öffentlichkeit als „einen der mächtigsten Männer Italiens" vorzustellen; vgl. „Oil Emperor of Italy Enrico Mattei", in: New York Times vom 6. 1. 1958, S. 5, und „U.S. Oil Concerns Assailed by Italian", in: Ebenda, S. 1, u. S. 4.

[37] „Abbiamo bisogno di trovare il nostro posto al sole, non con la forza, ma con la collaborazione", zit. nach Enrico Mattei, Il ruolo dell'industria petrolifera italiana, Rede zur Eröffnung des ersten akademischen Jahres der ENI-Hochschule „Scuola di studi superiori sugli idrocarburi" am 11. 1. 1958, in: Enrico Mattei, Scritti e discorsi. Raccolta integrale dall'archivio storico ENI, mit einem Vorwort von Paolo Mieli, E-Book, Mailand 2012, auch zit. bei Perrone, Mattei, S, 83.

[38] Perrone, Mattei, S. 132, erwähnt im Kontext der späteren Bayernpläne ohne Quellenangabe: „La collaborazione di Hjalmar H.G. Schacht – ministro dell'Economia del Reich durante il nazismo – fu utile a Mattei nei contatti in Germania; *lo era già stata nell'affare di Teheran* („Die Mitwirkung von Hjalmar H.G. Schacht – Reichswirtschaftsminister in der Nazizeit – war nützlich für Mattei in seinen Kontakten in Deutschland; *sie war es bereits in der Sache mit Teheran gewesen.*") Hervorhebung durch den Autor. Schachts Tochter Cordula wies demgegenüber den Autor auf die sehr freundschaftlichen Beziehungen Schachts zu General Nagib hin.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

3. Eine Geschäfts-Freundschaft entsteht

Stellt man die Auslandsaktivitäten von Schacht und Mattei zwischen 1953 und 1957 gegenüber, so scheint Mattei geografisch auf den Spuren Schachts gereist zu sein, erst ins Ägypten der nationalistischen Offiziere, dann in den Iran. Aber auch in der Sache gab es eine klare Übereinstimmung. Schacht, der sich noch in den 1930er Jahren um der außenpolitischen Gleichrangigkeit des deutschen Reichs mit den großen westeuropäischen Kolonialmächten willen für die Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien ausgesprochen hatte, wurde nun, da das Kolonialzeitalter zu Ende ging, zum Ratgeber von Staaten, die ihre Unabhängigkeit gegen die westeuropäischen Kolonialmächte zu festigen suchten. In ihren Entwicklungsbedürfnissen sah er eine Chance für die Bundesrepublik zur Rückkehr auf den Weltmarkt[39].

Auch für den antifaschistischen Widerstandskämpfer Mattei war Italiens Status als Nicht-Mehr-Kolonialmacht ein Wettbewerbsvorteil gegenüber Briten und Franzosen im Nahen Osten und in Afrika. Schacht und Mattei stimmten darin überein, dass ihre Länder wirtschaftlich in die Lage versetzt werden müssten, sich der „angloamerikanisch-französischen Dominanz" zu erwehren und wieder eine angemessene Position unter den europäischen Mächten zu gewinnen. Die Voraussetzungen für eine Verständigung waren mithin gut[40].

Wie aber kamen die Beiden zusammen? Die Initiative ging von Mattei aus, den Schacht bis dahin ebenso wenig wie die ENI kannte. In Schachts Akten datiert die erste indirekte Kontaktaufnahme vom 25. September 1957[41]. Sie erfolgte durch Matteis Mittelsmann Vittorio Ghitti, der Schacht die Bitte Matteis übermittelte, ihn „pour importantes demarches financieres"[42] zu treffen. Diese erste persönliche Zusammenkunft von Schacht und Mattei fand kurz darauf am 29. September 1957 in Meran statt, wo Schacht sich privat aufhielt. Er vermerkte dazu in einer kurzen Aktennotiz:

> „Durch Vermittlung des Herrn Ghitti wandte sich der Vorsitzende der ENI [...], Herr Enrico Mattei, an mich wegen einer Besprechung. [...] Ich stellte anheim, mich am Sonntag, den 29.9. in Meran zu treffen. Die Unterhaltung fand abends im Hotel Bristol in Meran statt. Herr Mattei berichtete mir über die erstaunliche

[39] Vgl. dazu Schacht, Mehr Geld, insbes. S. 107 ff. u. S. 115 f.

[40] Laut Perrone, Mattei, S. 118, sah Mattei Italien und die Bundesrepublik Deutschland als natürliche Gewinner des Einflussverlustes der beiden Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich.

[41] Schacht-Akten/ENI, Fernschreiben (FS) Ghitti an Schacht, 25. 9. 1957, 19:45 Uhr. Da Schacht kein Italienisch sprach, war zunächst Französisch die bevorzugte Korrespondenzsprache.

[42] „Für wichtige finanzielle Vorhaben". Aus dem hiermit eingeleiteten Fernschreibenwechsel der folgenden Tage (Schacht-Akten/ENI, FS Schacht an Ghitti, 26. 9. 57, 9:45; FS Schacht an Ghitti, 26. 9. 57, 10:40; FS Ghitti an Schacht, 26. 9. 57, 19:40; FS Schacht an Ghitti 27. 9. 57, 9:40) geht nicht hervor, dass Schacht mit Ghitti zuvor näher bekannt war. Auch ist nicht zu erschließen, warum die Kontaktaufnahme Matteis mit Schacht über Ghitti erfolgte. Dieser war offenbar als freier Agent für große italienische Unternehmen tätig.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> Entwicklung seiner Unternehmungen und wünschte eine Zusammenarbeit mit den Deutschen in der persischen Ölfrage. Ich teilte ihm mit, dass ich die Angelegenheit prüfen und darauf zurückkommen würde. Herr Mattei war von seinem Finanzdirektor, Herrn Pisarri, begleitet."[43]

Dem Vorgang beigefügt findet sich ein Zeitungsausschnitt aus dem „Journal de Genève" vom 9. August1957 mit einem längeren Artikel über „Enrico Mattei l'hérétique des pétroles". Darin wurden ausführlich das jüngste Ölabkommen Matteis mit dem Iran und die heftige Kritik der großen Ölgesellschaften daran erläutert.

So wenig Schacht bis zu diesem Treffen über Mattei und die ENI wusste – über den Iran, Ägypten und die politischen Rahmenbedingungen des internationalen Ölgeschäfts dürften sich die beiden sofort verständigt haben.

Schon vor seinem Treffen mit Mattei hatte sich Schacht über seinen Meraner Bekannten, den ehemaligen Industriellen August Westen, um Informationen über seinen Gesprächspartner und dessen Unternehmen bemüht[44]. Westen übersandte ihm daraufhin unter anderem eine Auskunft des römischen Anwaltes Giangaleazzo Bettoni vom 15. Oktober 1957, in der es heißt: „Mattei ist nicht nur formell Präsident, sondern auch richtig die Seele des Unternehmens." Auch über die Probleme seines künftigen Geschäftspartners wurde Schacht informiert, mit Anmerkungen zu den politischen Konflikten um den ENI-Präsidenten und seinen Monopolanspruch in Italien, seinen begrenzten inländischen Erdöl- und Erdgas-Ressourcen und seinem Interesse, sich ausländische Quellen zu erschließen: Somaliland, Ägypten, Iran; all das sei kostspielig. Bettoni folgerte, „dass etwaige Auslandsbeteiligungen in der Form finanziellen Beistands nicht unerwünscht sein könnten"[45].

Tatsächlich ging es in Matteis erstem Gespräch mit Schacht konkret zunächst um eine Kreditaufnahme der ENI mit deutschen Banken. Am 22. Oktober schrieb Schacht an Mattei unter Bezug auf das Gespräch vom 29. September, es bestehe Interesse bei seinen „amis" an einem solchen Kreditgeschäft, nötig sei jedoch „eine etwas detailliertere Beschreibung Ihrer Wünsche und Absichten, nach Gegenständen und in Zahlen, bezüglich einer deutschen Kooperation mit Ihnen"[46].

Als aber ENI-Finanzdirektor Pisarri am 20. November 1957 zu Schacht kam[47], um die erbetenen Einzelheiten zu besprechen, war das zunächst anvisierte Kredit-

[43] Aktennotiz Schacht vom 1. 10. 1957, in: Schacht-Akten/ENI.

[44] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Westen vom 26. 9. 1957.

[45] Schacht-Akten/ENI, Anlage zum Brief Westen an Schacht vom 3. 10. 1957.

[46] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 22. 10. 1957.

[47] Als Begleiter Pisarris wurde „Professore" Marcantonio genannt; es dürfte sich um Arnaldo Marcantonio gehandelt haben, Professor an der Bocconi-Universität in Mailand und als Finanzexperte in verschiedenen Funktionen in der italienischen Staatsindustrie tätig. Marcantonio fungierte bei diesem Gespräch und auch im weiteren Verlauf von Schachts Tätigkeit für die ENI immer wieder als Übersetzer in Besprechungen sowie in der deutschsprachigen Korrespondenz mit Schacht, es sei denn Schacht und Mattei legten Wert auf direkten Austausch (auf Französisch) ohne Dritte.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

projekt kein Thema mehr. Pisarri überbrachte Schacht einen Brief Matteis, in dem dieser ihm mitteilte, dass das am 29. September mit ihm diskutierte Irangeschäft geplatzt sei. Er fügte jedoch hinzu: „Es bestehen jedoch andere interessante Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen uns und ich behalte mir vor, Sie darüber zu unterrichten, sobald sie definiert und besser präzisiert sind."[48] Und zu diesen „weiteren interessanten Möglichkeiten der Zusammenarbeit" konnte Pisarri auch gleich einige Auskünfte geben, wie einem dreiseitigen Memorandum Schachts zu diesem Gespräch zu entnehmen ist[49]. Er sprach drei Felder möglicher Kooperationen der ENI mit deutschen Partnern an:

1. Eine Zusammenarbeit bei der Petroleum-Verwertung, auf Basis der verfügbaren Ressourcen und Förderung der ENI (zu der Zeit vor allem in Ägypten/Sinai); auch sei die ENI an der Erschließung weiterer Quellen innerhalb und außerhalb Italiens interessiert, möglichst unter deutscher Beteiligung. Schacht äußerte sich dazu grundsätzlich positiv, merkte aber an, er sehe nicht, „welche (deutschen) Interessenten im Augenblick dafür infrage kämen. Auch würde die deutsche Regierung in dieser ganzen Politik einen erheblichen Einfluss nehmen."
2. Das Interesse der ENI, auf dem deutschen Markt größere Mengen Heizöl (über 100.000 t) abzusetzen. Schacht bemerkte, dies sei im Moment schwierig, allenfalls Dieselöl ließe sich absetzen.
3. Ein Kredit für die ENI über acht bis zehn Jahre in Höhe von 20 bis 40 Mio. $.

Noch Ende November 1957 wurde ein erstes konkretes Projekt in die Wege geleitet, ein deutscher Kredit an die ENI zur Finanzierung umfangreicher Ausrüstungskäufe in der Bundesrepublik über 20 Mio. DM mit 15 Monaten Laufzeit unter Konsortialführung der Schacht-Bank und maßgeblicher Beteiligung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, der Bayerischen Vereinsbank, der Bayerischen Staatsbank und der Dresdner Bank[50]. Da Schacht um die Sensibilität dieses Geschäfts wusste, hatte er sich bei einem alten Mitarbeiter aus Reichsbankzeiten rückversichert. In einem Brief der Schacht-Bank an den Vorstand der Hypobank vom 12. April 1958 heißt es: „Im übrigen hatte unser Dr. Schacht gestern Gelegenheit, die grundsätzliche Frage mit dem Präsidenten der Bundesbank, Herrn Blessing, zu besprechen, der sofort erklärte, dass er gegen eine solche Kreditgewährung seinerseits gar nichts einzuwenden hätte, dass ein solches Geschäft vielmehr der Tendenz der Bundesbank durchaus entgegenkäme."[51] Dieser Hinweis mag durchaus hilfreich gewesen sein, um letzte Vorbehalte der baye-

[48] Schacht-Akten/ENI, Brief Mattei an Schacht vom 19.11.1957.

[49] Schacht-Akten/ENI, Memorandum Schacht, 20.11.1957; das Memorandum diente der Information seiner Bank-Partner Hermann Penn und Waldemar Ludwig.

[50] Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (Hypobank) nahm dabei für die bayerischen Banken die Federführung ein, Verhandlungspartner für Schacht bei der Hypobank waren Direktor Hemmer und Vorstandsmitglied Dr. Kurt Schrempf.

[51] Schacht-Akten/ENI, Brief des Bankhauses Schacht & Co an den Vorstand der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank vom 12.4.1958. Karl Blessing war seit Ende der 1920er Jahre Mitarbeiter Schachts in der Reichsbank und von 1937 bis zu seiner Entlassung gemeinsam mit Schacht im Januar 1939 Mitglied des Reichsbankdirektoriums.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rischen Banken auszuräumen, so dass der Kredit im Juni 1958 bereitgestellt wurde.

Nach erfolgreichem Abschluss dieses ersten Kreditgeschäfts mit der ENI wurde Schacht von sich aus erneut initiativ, wobei er explizit Bezug auf das Gespräch mit Pisarri am 20. November 1957 nahm. In einem Brief bot er Mattei am 7. September 1958 an, für die ENI einen neuen Kredit über 40 bis 80 Mio. DM mit nun fünfjähriger Laufzeit zu beschaffen. Er nannte dafür nicht nur die günstigen Zinssätze als Grund. Das zweite Motiv, das Schacht anführte, lässt den größeren Zusammenhang aufscheinen, in dem er seine Geschäftsbeziehung zur ENI sah und in dem er sich offenbar mit Mattei einig wusste:

> „Der andere Grund ist, dass ich den lebhaftesten Wunsch habe, die italienisch-deutsche finanzielle Zusammenarbeit zu intensivieren. Unsere beiden Länder haben gleiche Interessen in so vieler Hinsicht, dass eine gemeinsame Anstrengung unsere wirtschaftliche Position gegenüber der totalen Amerikanisierung der Weltwirtschaft wesentlich stärken wird."[52]

In einem persönlich gehaltenen Brief griff Mattei das Kreditangebot Schachts zwar zunächst nicht auf, da kein akuter Finanzbedarf der ENI bestehe. Sobald es passend erscheine, sich wieder dem deutschen Markt zuzuwenden, werde er Schacht dies aber durch Pisarri wissen lassen[53]. Und als dieser im Auftrag Matteis bald darauf, am 12. Dezember 1958, zu Schacht nach München kam, ging es um weit mehr als einen Kredit. Nach der Unterredung mit Pisarri schrieb Schacht an Mattei in fast konspirativem Ton:

> „Herr Pisarri sprach im Verlauf unseres Gesprächs einen anderen Punkt an, der Sie interessiere, das ist der Absatz von Öl in Deutschland. Ich teile Ihre Auffassung, lieber Herr Mattei, dass diese Frage von höchster Bedeutung ist. Die italienischen Interessen sind auf diesem Gebiet dieselben wie die deutschen. Aber die Sache ist, wie Sie wissen, sehr delikat. Der Einfluss der großen amerikanischen Ölgesellschaften auf die Regierung in Bonn ist beträchtlich und die großen deutschen Banken unterhalten sehr gute Beziehungen zu diesen Gesellschaften. Wenn Sie daher eine Diskussion über dieses Problem fortsetzen wollen, möchte ich eine mündliche Unterhaltung vorschlagen."[54]

Das Zitat zeigt die „strategische" Ebene der Verständigung zwischen Schacht und Mattei. Beide sahen ein Engagement der ENI auf dem westdeutschen Ölmarkt als wichtigen Schritt auf dem Weg zu größerer wirtschaftlicher Autonomie beider Länder. Es zeigt aber auch, dass sich Schacht der Tatsache bewusst war, dass eine solche Autonomiepolitik in der Bundesrepublik keineswegs den gleichen hohen Stellenwert besaß wie in Italien.

[52] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 7. 9. 1958.
[53] Schacht-Akten/ENI, Brief Mattei an Schacht vom 18. 9. 1958.
[54] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 16. 12. 1958.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mattei griff Schachts Vorschlag eines Gesprächs in einer wiederum sehr persönlichen Antwort auf[55], und sie trafen sich am 10. März 1959 am römischen Sitz der ENI. Schacht notierte dazu, dass Mattei „mich über sein italienisch-schweizerisches Pipe-Line-Unternehmen unterrichtete und interessante Vorschläge für Deutschland daran anschloss. Er versprach mir, die dahingehenden Unterlagen mir zuzuschicken."[56]

Das Ergebnis ihres Gesprächs bestätigte er Mattei brieflich gleich nach seiner Rückkehr: „Das Projekt einer Verlängerung der italienisch-schweizerischen Pipeline nach Bayern hinein interessiert mich außerordentlich." Er werde nach Empfang der von Mattei angebotenen Unterlagen, einer Plankarte und eines deutschsprachigen Exposés, „die Angelegenheit bei den maßgeblichen bayerischen Stellen in zunächst unverbindlicher Weise zur Sprache bringen." Er hoffe, „dass die Angelegenheit auf Interesse sowohl bei der Regierung wie insbesondere auch bei den industriellen Großkonsumenten stoßen wird"[57].

Schon nach seinem Gespräch mit Pisarri im Dezember 1958 hatte Schacht begonnen, sich mit der für ihn neuen Pipeline-Materie zu befassen. Es war ihm zu Ohren gekommen, dass es in der Bayerischen Staatsregierung noch unbestimmte Überlegungen zur Gründung einer Experten-Gruppe für eine Öl-Pipeline nach Bayern gab, was er bei seinem Rom-Besuch auch so an Mattei weitergab[58].

Währenddessen liefen die Verhandlungen über einen neuen Kredit für die ENI über 30 Mio. DM bei einer Laufzeit von 18 Monaten weiter, den ein Bankenkonsortium unter Führung von Schachts Bank und der Hypobank als größtem Kreditgeber bereitstellte[59]. Zur Vertragsunterzeichnung werde Enrico Mattei selbst nach München kommen, so zunächst die Sprachregelung für die Öffentlichkeit. Tatsächlich aber diente sein Besuch den sehr viel weiterreichenden Plänen der ENI in Bayern.

4. Ein Exklusivangebot im Wettbewerb

Für das Projekt der ENI, Süddeutschland als Absatzmarkt für Erdöl zu erschließen, war in Bayern der Boden bestens bereitet. Allerdings sollten sich sehr bald die unterschiedlichen Interessenlagen beider Seiten geltend machen.

Für den bayerischer Wirtschaftsminister Otto Schedl war die Energiepolitik das zentrale Instrument einer eigenständigen, bisherige Wettbewerbsnachteile aus-

[55] Schacht-Akten/ENI, Brief Mattei an Schacht vom 26. 1. 1959.

[56] „Vermerk, betr. Italienische Kontakte", in: Schacht-Akten/ENI, Aktennotiz Schacht vom 12. 3. 1959. An dem Gespräch mit Mattei nahm auch der für die Pipeline-Planung der ENI zuständige Generaldirektor der ENI-Tochtergesellschaft SNAM (Società Nazionale Metanodotti), Camillo d'Amelio, teil, wie sich aus der folgenden Korrespondenz ergibt.

[57] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Schacht an Mattei vom 12. 3. 1959.

[58] Von diesen Plänen hatte Wirtschaftsminister Schedl auf eine gezielte Nachfrage hin erstmals am 12. 3. 1959 im Haushaltsausschuss des Landtages berichtet; danach erschienen auch erste Presseberichte dazu. Vgl. Lerch, Schedl, S. 70.

[59] Der Kredit-Vorgang (Verhandlungen und Abwicklung des Kredits einschließlich Provisionsregelungen) ist in den Schacht-Akten/ENI ausführlich dokumentiert.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gleichenden Standortpolitik des Freistaats[60]. In seinem Bemühen, Bayern mit preisgünstigerer Energie zu versorgen, hatte er sich bislang bei den Ölgesellschaften eine Abfuhr geholt, die gut an der Belieferung Bayerns mit Mineralölprodukten über Schiene und Landstraße verdienten. Hier waren die Transportkosten variabel, entsprechend der aktuell nachgefragten Liefermenge[61]. Die Versorgung der Industriegebiete entlang des Rheins mit Pipelines von den Ölhäfen Wilhelmshaven und Rotterdam hatte gerade erst begonnen, das Pipeline-Projekt von Marseille ins Oberrheintal[62] steckte noch im frühen Planungsstadium. Am Oberrhein gab es bereits den Absatzmarkt, der die nur bei dauerhaft hoher Auslastung rentablen Investitionen einer Pipeline rechtfertigte und auf den daher auch Matteis Pipeline-Pläne zunächst gezielt hatten. In Bayern hingegen sollte nach Schedls Vorstellungen billiges Öl durch die dadurch indizierte industrielle Entwicklung erst seinen eigenen Absatzmarkt schaffen. In dieser Situation kam die von Schacht vorgetragene ENI-Initiative Schedl gerade recht.

Anfang April 1959 erhielt Schacht die erbetenen Unterlagen zu den Pipeline- und Raffinerie-Planungen der ENI für Bayern[63]. Das Memorandum skizzierte auf der Basis einer ersten Wirtschaftlichkeitsberechnung eine Pipeline vom neu zu bauenden Tiefwasser-Ölterminal bei Genua über Mailand ins schweizerische Aigle, wobei der sich im Bau befindliche Straßentunnel am Großen Sankt Bernhard-Pass genutzt werden sollte. Von dort sollte die Trasse weiterführen nach Olten und sich dort in einen Ast nach Offenburg[64] und einen in den Münchner Raum verzweigen. Insgesamt sollte die auf eine Kapazität von jährlich 12 Mio. t ausgelegte Pipeline vier Raffinerien speisen: Ferrera-Erbognone, Aigle, Offenburg und München.

Für die ENI als Newcomer lag im Aufbau eines verbrauchsnahen Downstream-Bereichs eine besondere Chance[65], die wegen der hohen Kosten aber auch ein großes Risiko barg. Ursprünglich hatte Mattei daher wohl versucht, die großen Ölgesellschaften, vor allem Standard Oil (Esso) und Shell, dafür zu gewinnen,

[60] Vgl. Schlemmer, Industriemoderne in der Provinz, S. 202.

[61] In diesem Sinne argumentierten auch die betroffenen Erzeugungs- und Transportunternehmen gegenüber dem Bayerischen Wirtschaftsminister; vgl. Lerch, Schedl, S. 37–42.

[62] Anfang 1959 ging die Nord-West-Pipeline von Wilhelmshaven nach Köln in Betrieb, ein Jahr später die Rotterdam-Rhein-Pipeline von Rotterdam nach Köln (1964 nach Frankfurt verlängert); 1958 schließlich begann die konkrete Planung einer Pipeline von Marseille nach Südwestdeutschland; vgl. Lerch, Schedl, S. 44–49.

[63] Promemoria betreff einer Erdölleitung Genua – Deutschland (o.D.), in: Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960. Aus Schachts Korrespondenz ergibt sich, dass ihm das Memorandum einige Tage vor dem 9. 4. 1959 zugegangen sein muss.

[64] Auch Mattei setzte zunächst auf die vorrangige Bedeutung der oberrheinischen Industriegebiete als Absatzmarkt.

[65] Vgl. Maugeri, L'arma del petrolio, S. 238 f. In den Planungen der Mineralölwirtschaft begann sich erst allmählich der Ansatz durchzusetzen, vom Produkttransport aus fördergebietsnahen Raffinerien in die Ansiedlung von Raffinerien in den Verbrauchszentren überzugehen, die durch Rohöl-Pipelines versorgt wurden, um so das schnelle Wachstum und die Differenzierung des Verbrauchs an Mineralölprodukten besser und preisgünstiger bedienen zu können. Vgl. Manfred Horn, Die Energiepolitik der Bundesregierung von 1958 bis 1972, Berlin 1977, S. 40; Schlemmer, Industriemoderne in der Provinz, S. 204 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihm zu Vorzugspreisen Öl nach Genua zu liefern und die Produkte seiner in Süddeutschland zu errichtenden Raffinerie für ihre Vertriebsnetze abzunehmen. Darauf ließen sich die Gesellschaften aber nicht ein, um ihre dominierende Marktstellung nicht zu gefährden[66].

Schacht konnte mit dem Memorandum in der Hand nun erste Schritte tun, um der ENI den angestrebten Startvorteil in Bayern zu sichern. Dazu nutzte er, wie von Mattei erhofft[67], seine Beziehungen. Um den Kontakt zwischen Mattei und Schedl einzufädeln, hatte er sich zunächst telefonisch mit Josef Müller, dem Gründungsvorsitzenden der CSU, in Verbindung gesetzt. Mit dem „Ochsensepp" verband ihn seit der gemeinsamen Haft in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Dachau und dem Zug der Sonderhäftlinge von Dachau nach Südtirol eine Duzfreundschaft. Müller hatte ihn in diesem Telefongespräch offenbar darauf hingewiesen, dass der richtige Ansprechpartner in der Staatsregierung Otto Barbarino sei, Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Finanzen. Aber auch Müller konnte einiges berichten, das für Schacht neu war. So schrieb er am 9. April 1959 an Mattei, „dass die Pipeline-Frage innerhalb der Bayerischen Regierung seit längerer Zeit erörtert wird. Man ist dabei, eine Studienkommission einzusetzen, die die verschiedenen Möglichkeiten prüfen soll."[68] Er habe erfahren,

> „dass ein sehr beachtlicher Antrag[69] vorliegt für eine Pipeline von Venedig nach München. Ferner wird die Frage geprüft, ob nicht der Anschluss an die projektierte Pipeline Marseille/Karlsruhe zweckmässig wäre. Durch alle diese Pläne ermuntert, haben nun auch die grossen amerikanischen Gesellschaften sich dem Problem der billigeren Ölversorgung Bayerns durch eine Pipeline zugewandt. Es ist also anzunehmen, dass hier eine sehr scharfe technische und kaufmännische Prüfung stattfinden wird. Die Anregung der Pipeline Aigle/München wird mit dem gleichen Interesse verfolgt wie die übrigen Projekte. Es scheint mir deshalb notwendig, dass Sie sobald als möglich 1 oder 2 deutschsprechende Ingenieure bereitstellen, die in der Lage sind, das Projekt Aigle/München mit den erforderlichen detaillierten Unterlagen und Begründungen auseinanderzusetzen."[70]

Damit antizipierte Schacht bereits früh wesentliche Schwachstellen und Bedrohungen des ENI-Projekts, die im Verlauf deutlich hervortraten.

Nachdem er am 20. April ein weiteres Mal mit Mattei in Rom gesprochen hatte, bat Schacht schließlich den ihm bislang nicht bekannten Otto Barbarino unter

[66] Vgl. hierzu Perrone, Mattei, S. 84 f., und Maugeri, L'arma del petrolio, S. 239 f.
[67] Vgl. Buccianti, Enrico Mattei, S. 14 f.
[68] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Schacht an Mattei vom 9. 4. 1959.
[69] Hierbei handelte es sich um den Plan einer Gruppe um den italienischen Industriellen Marco Barnabò, der die Errichtung einer Pipeline unter Nutzung der Trasse einer geplanten alpenquerenden Autobahn von Venedig über Österreich nach Bayern vorsah; vgl. Lerch, Schedl, S. 86 ff.
[70] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Schacht an Mattei vom 9. 4. 1959.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Berufung auf seine Freundschaft mit Müller um ein Gespräch[71]. Nach der Unterredung am 9. Mai 1959 im Finanzministerium informierte er Mattei ausführlich über den neuen Sachstand und seine Beobachtungen[72]. Über die beiden wichtigsten Akteure in der Staatsregierung schrieb er:

> „Barbarino ist die treibende Kraft in der Bayerischen Regierung für eine billigere Ölversorgung der bayerischen Wirtschaft mittels einer Ölleitung. Der zuständige Minister ist dagegen der Wirtschaftsminister Schedl, der ursprünglich nicht sehr für die Idee eingenommen war, inzwischen aber durch Herrn Barbarino überzeugt worden ist."[73]

Weiter berichtete Schacht:

> „Das Wichtigste aus der Unterhaltung mit Barbarino war, dass keinerlei ernsthaftes Projekt von anderer Seite der Bayerischen Regierung vorliegt. Die Österreicher haben zwar gelegentlich über das Projekt Triest-München gesprochen, doch ist ihr Interesse inzwischen offensichtlich erlahmt. [...]
> Der Grund, dass zwar das Interesse an einer Ölleitung jetzt dringend ist, andererseits aber kein festes Programm vorliegt, hat auch dazu geführt, dass das von mir bereits früher Ihnen gegenüber erwähnte Experten-Komitee noch nicht berufen worden ist. [...] Das Experten-Komitee wird zusammentreten, sobald ein ausgearbeitetes Ölleitungsprojekt vorliegt. Es liegt zurzeit, wie gesagt, überhaupt keines vor. Das ENI-Projekt steht also im Augenblick konkurrenzlos da und sollte so schnell wie möglich offiziell vorgelegt werden."

Entscheidend sei daher, drängte Schacht,

> „dass jetzt so rasch wie möglich ein detailliertes Projekt unterbreitet werden muss. Es war auch aus der Unterhaltung mit Herrn Barbarino ersichtlich, dass die grossen internationalen Ölgesellschaften sich mit der Ölversorgung Bayerns dauernd beschäftigen. Irgendein bestimmtes Projekt ist aber bisher nicht vorhanden, so dass die ENI zum mindesten einen zeitlichen Vorsprung hat."

Am 20. Mai 1959 kam es schließlich in München zum ersten Treffen von Schedl und Mattei[74], dem in den nächsten Wochen zwei weitere Begegnungen folgten. Bereits vom 7. bis 10. Juni unternahm eine bayerische Delegation unter Schedls

[71] Ebenda, Brief Schacht an Barbarino vom 5. 5. 1959.
[72] Ebenda, Brief Schacht an Mattei vom 11. 5. 1959.
[73] Bei Lerch, Schedl, S. 49 ff., findet sich aus der Auswertung des Schedl-Nachlasses keine direkte Bestätigung dieser Aussage. Doch das von ihr dokumentierte anfänglich starke Interesse Schedls am Ausbau Regensburgs als wichtigem Ölumschlagplatz, zu Lande per Bahn wie zu Wasser über die Donau, passt zumindest zu der zitierten Aussage Schachts.
[74] Zum Teilnehmerkreis der Besprechung vom 20.5. vgl. Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Schacht an Ghitti vom 25. 5. 1959. Über die Besprechung bei Schedl gibt es in Schachts Akten keine Aufzeichnung.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Führung auf Einladung Matteis eine Informationsreise zur ENI-Zentrale in San Donato Milanese, zum Petrochemiekomplex der ENI-Gesellschaft Azienda Nazionale Idrogenazione Combustibili (ANIC) in Ravenna sowie in Untergruppen zu wichtigen ENI-Betrieben in Venedig, Florenz und Gela (Sizilien) mit Abschlussbesprechungen am ENI-Sitz in Rom[75]. Am 7. Juli 1959 traf sich Schedl erneut mit Mattei, diesmal in Wien, um sich über den Stand der Planungen für Bayern zu informieren.

Unterdessen kam auch die Gründung der Studiengruppe voran, die die verschiedenen Alternativen für eine preisgünstigere Ölversorgung Bayerns prüfen sollte. Schacht berichtete Mattei am 19. Juni 1959 unter Bezug auf vorhergehende Besprechungen mit Schedl und Barbarino zunächst eingehend über die als „Transalpin e.V." firmierende Gruppe[76]. Ihre Gründung sei

> „in erster Linie erfolgt, um dem Wirtschaftsminister die nötige Publizität und Rückendeckung in der Öffentlichkeit zu beschaffen. Dieser Verein umfasst viel zu viele Personen, um die technische und wirtschaftliche Prüfung des ENI-Projektes vorzunehmen. Er umfasst auch mehr dissentierende Interessen, als für die Förderung des ENI-Projektes erwünscht sein kann. [...] Das Bestreben muss daher dahin gehen, dem Verein die Aufgaben der allgemeinen Propaganda für die Ölleitung von Genua anzuvertrauen sowie die Erweckung des Interesses der bayerischen Industrie und anderer Interessentenkreise für das Ölleitungsprojekt. [...] Dagegen sollte die technische und wirtschaftliche Prüfung des ENI-Projekts wenigen Experten anvertraut werden, die die beiden Ministerien für die Mitarbeit berufen sollen."[77]

Was die Finanzierung angehe, werde Schedl auf Schachts Empfehlung Dr. Schrempf von der Hypobank hinzuziehen. Und: „Da bei diesen künftigen Erörterungen die Interessen der ENI eine erhebliche Rolle spielen, stelle ich mich ebenfalls gerne zur Verfügung, wenn Sie dies wünschen und Herrn Minister Schedl gegenüber aussprechen sollten."

Dann aber formulierte Schacht sechs Fragen, auf die sich Mattei vor seinem nächsten Gespräch mit Schedl vorbereiten solle – Fragen, die bereits an einige zentrale Schwächen des ENI-Projekts rührten:

> „1.) Wieweit ist die Wegführung der Ölleitung von Aigle bis München gesichert?
> 2.) Besteht Aussicht auf die Weggenehmigung durch die Schweizer Kantone?
> 3.) Wird es notwendig sein, seitens der italienischen und deutschen Regierung auf die Schweiz hinsichtlich der Wegführung Einfluss zu nehmen?

[75] Schacht-Akten/Südpetrol 1.1.1959–30.6.1960, Programm der Bayerischen Ministerial-Abordnung.

[76] Die formelle Gründung fand am Donnerstag, 4.6.1959 im Bayerischen Wirtschaftsministerium statt, die konstituierende Mitgliederversammlung des Transalpin e.V. am 10.6. Vgl. Lerch, Schedl, S. 71 f.

[77] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 19.6.1959 (5 S.).

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

4.) Wird für den Bau der Ölleitung eine eigene Gesellschaft gegründet und in welchem Verhältnis der Beteiligten?
5.) Wird für die Raffinerie eine eigene Gesellschaft errichtet und in welchem Verhältnis der Beteiligten?
6.) Welches Verhältnis zwischen eigenem und Anleihekapital nehmen Sie für die Ölleitung und für die Raffinerie in Aussicht?“[78]

Allein die drei ersten Fragen beziehen sich auf die Trassenführung, die später zum entscheidenden Verzögerungsfaktor für das ENI-Projekt wurde. Schacht lenkte in seinem Brief aber auch Matteis Aufmerksamkeit auf den sensiblen politischen Kontext des Projekts:

„In Ihrer bevorstehenden Unterhaltung mit Herrn Minister Schedl werden Sie voraussichtlich auf seinen Wunsch stossen, Gegensätzlichkeiten mit den amerikanischen Ölgesellschaften zu vermeiden. Dieser Wunsch entspringt einer gewissen politischen Besorgnis, die aus dem Bestreben herrührt, mit den in Bonn einflussreichen Petroleum-Interessenten nicht in Konflikt zu kommen. Wenn diesem Bestreben des Ministers zu weit nachgegeben wird, so fürchte ich, dass das zu einer Hinausschiebung der Entscheidung über das ENI-Projekt und zur Verschleppung bei den Vorbereitungen führen wird. Dies muss aber unter allen Umständen im Interesse der bayerischen Wirtschaft vermieden werden. Es würde deshalb meines Erachtens richtig sein, wenn Sie Herrn Minister Schedl überzeugen könnten, dass ein vorzeitiger Kontakt mit den amerikanischen Interessenten nicht im bayerischen Interesse liegt und dass eine Erörterung mit den amerikanischen Interessenten erst dann erfolgen sollte, wenn das bayerische Interesse nach erfolgter Prüfung des ENI-Projekts festgelegt ist.“[79]

Schachts Empfehlung, Mattei möge Schedl von einer vorzeitigen Erörterung der konkurrierenden Pipelinepläne der amerikanischen Ölgesellschaften abhalten, erscheint rückblickend geradezu naiv. Denn gerade an diesem Punkt unterschied sich das Interesse der ENI, sich auf einem wichtigen Absatzmarkt mit politischer Unterstützung gegen die großen Ölgesellschaften durchzusetzen, radikal von dem konkreten bayerischen Interesse an einem möglichst schnellen Zugang zu preisgünstiger Energie durch eine heimische, von wo und wem auch immer per Pipeline günstig mit Rohöl versorgte Raffineriebasis.

Um diesem Ziel näher zu kommen und zugleich das Interesse Matteis wach zu halten, nährte Schedl bewusst die ENI-Erwartungen hinsichtlich einer politischen Unterstützung. Dies geschah auch offenbar in seinem Gespräch mit Mattei am 7. Juli 1959 in Wien, über das Mattei Schacht brieflich durch seinen Mitarbeiter Camillo d’Amelio unterrichten ließ: Das Gespräch mit Schedl sei „zufriedenstel-

[78] Ebenda.
[79] Ebenda.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lend" verlaufen[80]. Schedl habe Mattei gegenüber die Zustimmung der Staatsregierung zum ENI-Projekt versichert und die Bedeutung des „Transalpin"-Studienvereins als gering bewertet, „da dieser Verein keinen technischen, sondern einen politisch-propagandistischen Charakter habe". In München sollten eine oder zwei Gesellschaften für Bau und Betrieb von Ölleitung und Raffinerie gebildet werden, mit 50 Prozent deutscher Beteiligung, 50 Prozent Anteil für die ENI. Weiter schrieb d'Amelio: „Die bayerische Regierung ist bereit, die Aktien dieser Gesellschaft zu garantieren" – eine „Garantie", mit der Schedl mehrfach „gewunken" hatte, die aber nie bindend ausgesprochen wurde[81]. Schedl habe zugesagt, sich mit dem Schweizerischen Generalkonsul wegen der Durchgangsrechte in Verbindung zu setzen sowie den Ankauf der erforderlichen Grundstücke in Bayern zu unterstützen. Die Bundesregierung werde von ihm über das ENI-Projekt informiert. Von „einer eventuellen Beteiligung amerikanischer Gesellschaften und anderer diesbezüglicher Initiativen" sollte erst „nach Beendigung der in den obigen Punkten angegebenen Anfangsphase gesprochen werden"[82]. Die Versicherungen Schedls ermutigten Mattei, seine Planung voranzutreiben. Er erhoffte sich von der Staatsregierung nicht nur eine finanzielle Entlastung seines Unternehmens, sondern auch einen herausgehobenen Status für sein Projekt. Damit wuchs, wie von Schedl erhofft, auch der Wettbewerbsdruck auf die anderen Ölgesellschaften.

Nach der Wiener Besprechung zwischen Mattei und Schedl trieben beide Seiten die Gründung der gemeinsamen Gesellschaft („Südöl") mit einem paritätisch aufgebrachten Kapital von zunächst einer Million DM als Trägerin des weiteren Planungsprozesses voran. Mattei besorgte sich die Genehmigung des italienischen Finanzministeriums für die Beteiligung der ENI-Tochter *Oleodotti Internazionali* (OI) an der geplanten Gesellschaft, und Schacht wurde von ihm aufgefordert, das Konsortium für den deutschen Anteil zusammenzustellen.

Der für den 28. Juli angesetzte Gründungsakt musste jedoch auf Schedls Wunsch um eine Woche verschoben werden. Über das Motiv spekulierte Schacht gegenüber Mattei – und verkannte dabei Schedls tatsächliche Wettbewerbsstrategie ebenso wie seine Schlüsselstellung für das Projekt und die politische Gewichtsverteilung innerhalb der Bayerischen Staatsregierung in dieser Sache:

> „Mein Eindruck ist, dass es sich bei der Verzögerungstaktik des Herrn Schedl weniger um sachliche Einwendungen handelt, als um gewisse Prestigefragen. Hierzu möchte ich nur sachlich bemerken, dass die wirtschaftspolitischen und propagandistischen Überlegungen selbstverständlich in das Ressort des Wirtschaftsministers, Herrn Schedl, fallen. Entscheidend für uns aber ist, dass das ENI-Projekt auf die finanzielle Wohlmeinung des Finanzministers angewiesen

[80] Schacht-Akten/ENI, Brief d'Amelio an Schacht vom 7. 7. 1959. Neben Mattei und seinem Finanzdirektor Pisarri wurde Camillo d'Amelio, der für Mattei das Pipeline-Projekt koordinierte und 1960 Generaldirektor des ENI-Tochterunternehmens „Oleodotti Internazionali" wurde, zu einem der wichtigsten Korrespondenzpartner Schachts bei der ENI.

[81] Vgl. Bößenecker, Bayern, Bosse, S. 35, sowie Lerch, Schedl, S. 90; vgl. auch Schlemmer, Industriemoderne in der Provinz, S. 206.

[82] Schacht-Akten/ENI, Brief d'Amelio an Schacht vom 7. 7. 1959.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> ist. Er muss die nötigen Garantien und sonstigen finanziellen Erleichterungen geben, auf die der Wirtschaftsminister keinen Einfluss hat. Vielmehr hat hierauf Einfluss der Ministerialdirektor Barbarino.
> Mein politischer Freund, Herr Dr. Josef Müller, hat mir mitgeteilt, er würde auf Herrn Schedl einwirken im Sinne einer Beschleunigung der Angelegenheit. Der Einfluss von Herrn Dr. Müller in der regierenden Partei ist gross genug, um zu rechtfertigen, dass ich ihn zu der ganzen Angelegenheit hinzugezogen habe."[83]

Müller war Schachts einziger persönlicher Kontaktmann in der bayerischen Politik, und sein Einfluss auf die Staatsregierung reichte keineswegs aus, um dem ENI-Projekt den gewünschten politischen Vorzugsstatus zu sichern. Vor allem aber übersah Schacht, dass Barbarino und Schedl in der Sache an einem Strang zogen und „finanziellen Erleichterungen" für die Pläne der ENI gleichermaßen zurückhaltend gegenüber standen.

Am 4. August 1959 schließlich paraphierten Mattei für die OI und die Herren Schrempf und Geiger von der Hypobank als deutscher Konsortialführerin die Vereinbarung zur Gründung der Südöl AG[84].

Über die Vereinbarung informierte die Hypobank am 12. August 1959 Minister Schedl, der den erzielten Schritt zwar begrüßte, aber zugleich betonte: „Zur Frage einer Staatsbürgschaft darf ich meinen Standpunkt dahingehend präzisieren, daß eine solche nur dann in Betracht gezogen werden kann, wenn die Verwirklichung Ihres oder eines anderen Projekts einer Pipeline mit Raffinerie in Bayern andernfalls nicht möglich ist. Für diesen Fall habe ich mich bereiterklärt, für die Gewährung einer Staatsbürgschaft einzutreten."[85]

Mit dieser „Präzisierung" unterstrich Schedl erneut, dass er auf Wettbewerb setzte. Zugleich beendete er die Diskussion um eine Staatsbürgschaft, die neben der ENI auch die deutschen Konsortialbanken angestrebt hatten. Denn in Anbetracht der konkurrierenden Pipelinepläne war die von Schedl geforderte Voraussetzung, das Vorhaben sei „andernfalls nicht möglich", nicht mehr gegeben.

Am 19. August konstituierten sich die vier beteiligten deutschen Banken formell als Konsortium und verständigten sich über die Beteiligungsquoten der Konsortialpartner[86]. Auf den Konsortialführer Hypobank sollten 40 Prozent des deutschen Grundkapitalanteils von 500.000 DM entfallen, auf die Bayerische Staatsbank 30 Prozent, auf die Bayerische Gemeindebank 20 Prozent und auf das

[83] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei, 29. 7. 1959.

[84] In der deutschen Fassung in Kopie in: Schacht-Akten/ENI, Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960.

[85] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Schedl an die Direktion der Hypobank vom 17. 8. 1958 (Kopie des Schedl-Schreibens, durch die Hypobank Schacht zur Verfügung gestellt).

[86] Über die Besprechung, bei der Schachts Partner Penn und Ludwig das Bankhaus Schacht & Co vertraten, da Schacht auf einer Asienreise war, erstellte Penn einen Vermerk, und Ludwig informierte Schacht auch brieflich unverzüglich in einem Schreiben nach Manila. Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Vermerk Penn vom 20. 8. 1959 betr. „Südöl" A. G.- für Erdölwirtschaft, München, und ebenda, Brief Ludwig an Schacht (c/o Deutsche Botschaft Manila) vom 21. 8. 1959.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bankhaus Schacht & Co 10 Prozent[87]. Dem Bankhaus Schacht & Co wurde „als Bringerin des Geschäfts" eingeräumt, sich bei künftigen Kapitalerhöhungen entsprechend seiner Konsortialquote beteiligen zu *können*, aber nicht zu *müssen*[88]. Kapitalerhöhungen waren spätestens für den Übergang vom Planungsstadium in die Bauphase des Projekts vorgesehen.

Die „Südöl" AG[89] , später „Südpetrol", wurde am 15. September 1959 gegründet. Der Vorsitz ihres Aufsichtsrates ging an Kurt Schrempf als Vertreter der Hypobank; Enrico Mattei wurde stellvertretender Vorsitzender. Weitere Mitglieder der deutschen Seite waren Kurt Sonntag von der Bayerischen Staatsbank und Schacht. Als Vorstände wurden Franz Josef von Seefranz von der Hypobank und Raffaello Bagalini von der ENI bestellt.

Das bayerisch-italienische Pipeline- und Raffinerieprojekt konnte in eigenständiger gesellschaftsrechtlicher Form die Arbeit aufnehmen. Die Besorgnisse, die Schacht frühzeitig geäußert hatte, begleiteten das Projekt gleichwohl von Anfang an. Nach der Konsortialsitzung vom 19. August 1959 vermerkte Schachts Partner Hermann Penn:

> „Für unsere Begriffe blieben noch sehr viele Fragen offen. Die Kosten für die Pipeline wurden zwar in rohen Zügen mit DM 120.000.000,– und die für die Raffinerie mit DM 125.000.000,– angegeben. Es bestehen jedoch noch nicht die geringsten Vorstellungen über die wichtigste Voraussetzung, nämlich die Absatzorganisation. In dieser Frage sollten daher baldmöglichst die erforderlichen Entschlüsse gefasst werden, in welchem Zusammenhang es nicht von der Hand zu weisen wäre, einige maßgebende Ölgesellschaften für das Projekt zu interessieren. [...] Zurzeit befassen sich auch mehrere Konkurrenzgruppen mit Pipeline-Projekten für Bayern. Es wurde jedoch von Herrn Dr. Schrempf unmissverständlich angedeutet, daß der Bayerische Staat (Minister Schedl) sich für unser Projekt entschieden habe. Die Zusammensetzung des Konsortiums bietet unseres Erachtens darüber hinaus die Gewähr dafür, daß das Interesse der staatlichen Stellen sich auch in Zukunft mehr zu unserem Projekt neigen wird. [...] Der schnellere zeitliche Ablauf könnte außerdem für unser Projekt von großem Nutzen sein."[90]

Dem zitierten Passus lassen sich neben dem Zeitdruck, unter dem das Projekt stand, zwei seiner zentralen Schwachstellen entnehmen: Zum einen war es für ein so großes Investitionsvorhaben ungewöhnlich, dass die ENI innerhalb der Bran-

[87] Die Bayerische Vereinsbank, ursprünglich als fünfter Konsortialpartner vorgesehen, habe laut diesem Vermerk „ihre Zusage rückgängig gemacht, offenbar wegen bestehender Bindungen nach anderer Seite (Ölgesellschaften?)", in: Ebenda, Vermerk Penn vom 20.8.1959.

[88] Ebenda, Brief Ludwig an Schacht vom 21.8.1959.

[89] Aufgrund eines Einspruchs der Eislinger Südöl GmbH vom 22.9. musste eine Umbenennung in Südpetrol AG erfolgen, notariell beurkundet am 11.11.1959. Schacht-Akten/Südpetrol 1.1.1959–30.6.1960, Brief Südöl GmbH, Eislingen, an Kurt Schrempf; Brief Südpetrol an Schacht vom 19.11.1959 (mit notarieller Gründungsurkunde und Urkunde über die Namensänderung).

[90] Schacht-Akten/Südpetrol 1.1.1959–30.6.1960, Vermerk Penn vom 20.8.1959.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

che keinen Partner hatte[91], zum anderen war die Haltung der bayerischen Banken ambivalent: Für Mattei (und Schacht) war ihre Beteiligung Garantie einer stabilen Präferenz der Staatsregierung für das ENI-Projekt, während umgekehrt die Banken nur so lange zu dem Projekt standen, wie es eben diese Präferenz der Staatsregierung zu genießen schien. Doch diese genoss es zu keinem Zeitpunkt exklusiv.

Beide Schwächen machten sich alsbald bemerkbar: Die konkurrierenden Pipelineplanungen der großen Ölgesellschaften nahmen Gestalt an; und die Trassenplanung der ENI-Pipeline Genua-Bayern stieß auf erhebliche, von Mattei grob unterschätzte Probleme.

Die „Studiengesellschaft für alpenüberquerende Ölleitungen – Transalpin", von Schedl gegenüber Mattei als von lediglich „politisch-propagandistischer" Bedeutung charakterisiert, war nie das Instrument „der allgemeinen Propaganda für die Ölleitung von Genua [...] sowie [für] die Erweckung des Interesses der bayerischen Industrie und anderer Interessentenkreise für das Ölleitungsprojekt" der ENI/Südpetrol, wie es Schacht in seinem Brief an Mattei vom 19. Juni 1959 noch als Ziel formuliert hatte[92]. Vielmehr wurde sie sehr schnell zu einem Forum der großen Mineralölkonzerne Esso, Shell und BP sowie der mit ihnen assoziierten deutschen Ölgesellschaften, und zwar nicht, um „Entschließungen hinauszuzögern", wie von Schacht zuvor befürchtet[93], sondern im Gegenteil, um sich nunmehr mit eigenen konstruktiven Beiträgen als Partner statt als Gegner der Standortpolitik der Bayerischen Staatsregierung in Sachen billige Ölversorgung in die Planungen einzubringen.

Öffentlich flankiert wurden ihre Bemühungen vom Hamburger „Erdöl-Informationsdienst" (EID) und seinem Herausgeber Alfred Stahmer, der den Hamburger Niederlassungen der großen Ölgesellschaften (Esso, Royal Dutch Shell und BP) nicht nur räumlich nahestand. Stahmer veröffentlichte am 22. September einen Artikel im EID zur Gründung der „Südöl AG". Angesichts der aktuellen Absatzmöglichkeiten erklärte er die ENI-Pläne für völlig unwirtschaftlich, deutete aber zugleich an:

> „Sollte der Ölkonsum im bayerischen Raum in den nächsten Jahren weiter ansteigen, so ist der Zeitpunkt vorauszusehen, an dem die Ölgesellschaften [...] eines Tages auch irgendwo in Bayern ein Verarbeitungswerk errichten, dessen Rohölversorgung möglicherweise auch über eine Verlängerung der Rohrleitung Marseille-Straßburg-Karlsruhe sichergestellt werden könnte."[94]

[91] Sowohl in der Schweiz, wo die ENI-Tochter OI mit der Société Financière Italo-Suisse verbunden war, wie in Bayern mit der Südpetrol hatte die ENI nur Partner aus dem Finanzsektor, keine aus der Ölbranche, die das unternehmerische Risiko einer wirtschaftlichen Kapazitätsauslastung mitgetragen hätten, wie es bei den meisten anderen Pipeline-Projekten in Europa bereits üblich war. Vgl. etwa Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes, „Faktor Öl" – Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 320 f.

[92] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 19. 6. 1959.

[93] Ebenda, Brief Schacht an Mattei vom 28. 5. 1959.

[94] Hier zit. nach Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Schacht an Schrempf vom 23. 9. 1959.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Im deutschen Südpetrolkonsortium erregte der Artikel einiges Aufsehen[95], löste aber auch erstaunliche Bagatellisierungstendenzen aus. Schrempf charakterisierte den EID als Werbeorgan der „grossen Erdöl-Gesellschaften", Schacht schrieb zu dem von ihm zitierten Absatz des Stahmer-Artikels, man brauche darin „nur die Worte ‚eines Tages' und ‚möglicherweise' zu unterstreichen, um die ganze Naivität aufzudecken, die in dem Verhalten der grossen norddeutschen ‚ausländischen' Ölgesellschaften gegenüber dem bayerischen Markte liegt"[96].

Es blieb einem Bundesgenossen Schachts und der ENI unter den Mitgliedern der Transalpin-Studiengesellschaft, dem früheren Leiter des Referats Mineralölwirtschaft der BASF Friedrich Fetzer überlassen, sich mit Stahmer ernsthaft auseinanderzusetzen. Fetzer, der hohe Reputation in der Mineralölwirtschaft besaß, gerade aus seiner profunden Kenntnis der Branche und ihrer Entwicklung heraus aber das ENI-Projekt konsequent befürwortete, war schon im September neben Mattei und Raffaele Girotti für die italienische Seite in den Aufsichtsrat der Südpetrol berufen worden[97].

Fetzer hielt Stahmer zunächst vor allem seine statischen Annahmen über den künftigen Ölverbrauch vor[98]; schon deshalb könne Stahmers Behauptung, die ENI versuche, mit italienischem Staatsgeld die in Deutschland tätigen Ölgesellschaften in Süddeutschland vom Markt zu verdrängen, nicht stimmen, da in einem wachsenden Absatzmarkt für alle Platz sei. Dann betonte er die Kostenvorteile der vom neuen Tiefwasser-Ölhafen Pegli bei Genua aus gespeisten Pipeline Aigle – München gegenüber der von Stahmer befürworteten Verlängerung der Pipeline Marseille-Karlsruhe nach Bayern.

Stahmer seinerseits legte den Finger in eine der beiden großen Schwachstellen des ENI-Projekts. Mattei habe sich übernommen. Selbst mit italienischen Staatsmitteln werde es ihm nicht gelingen, die großen internationalen Ölgesellschaften und auch die deutschen Firmen vom Markt in Bayern zu verdrängen. Und er stehe mit seinem Projekt allein da.

> „Keine der großen Ölgesellschaften wird Arm in Arm mit der ENI das Genua-Projekt realisieren. Der einfache Grund dafür ist, daß man sich auf Marseille bereits festgelegt hat. Die Italiener kommen da zu spät. Es ist ja gar nicht mehr die Frage Marseille oder Genua sondern nur die, ob neben dem gesunden Marseille-Objekt (gesund deshalb, weil die Vertriebsorganisationen aller großen Ölgesell-

[95] Schacht und Schrempf schickten sich diesen Artikel überkreuzend gegenseitig zu, Schrempf sandte ihn auch an Mattei, „damit er sieht, mit welchen Mitteln man unserem Vorhaben entgegenzutreten sucht." Ebenda, Brief Schrempf an Schacht vom 24. 9. 1959.

[96] Ebenda, Brief Schacht an Schrempf vom 23. 9. 1959.

[97] Nach seinem Eintritt in den Aufsichtsrat der Südpetrol musste Fetzer seine Mitarbeit im Arbeitsausschuss der Transalpin ruhen lassen, blieb aber Mitglied der Studiengesellschaft als solcher.

[98] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Fetzer an Stahmer vom 26. 9. 1959. Fetzer sandte seinen Briefwechsel mit Stahmer in Abschrift an Schacht.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> schaften dahinter stehen) auch noch das ungesunde Genua-Projekt mit Staatshilfe verwirklicht wird."[99]

Überhaupt komme es auf den Vergleich Karlsruhe–München mit Mailand–Aigle–München an (nur die Strecke Genua–Mailand sei ein gesundes Projekt). Und das komme ihm vor, „als wenn hier eine große Autobahn um ein Gebirge herum zu einem Industriezentrum gebaut wird und nun ein anderer kommt, um noch einen kleinen Pfad quer durch das Gebirge zu legen. Natürlich ist die Autobahn wirtschaftlicher." Daher sei „das ganze bayerische Projekt das, was die Amerikaner einen ‚weißen Elefanten' nennen. Das Schlimmste dabei ist, daß hier ein ehrgeiziger Minister versucht, ein wirtschaftlich fragwürdiges Projekt durch Staatshilfe künstlich zu realisieren."[100]

Abgesehen davon, dass von bayerischer „Staatshilfe" keine Rede sein konnte, deutete Stahmer hier bereits an, was im Januar 1960 mit Vorlage des „Transalpin"-Gutachtens öffentlich wurde: Die großen Ölgesellschaften erklärten ihren Eintritt in die Konkurrenz um die bayerische Mineralölversorgung durch pipelinegespeiste Raffinerien in Bayern[101].

Auch von der Pressekonferenz zur Vorstellung des Gutachtens berichtete Fetzer Schacht ausführlich[102]. Unter anderem zitierte er einen Pressevertreter mit den Worten,

> „man müsse den Eindruck bekommen, die heutige Veranstaltung habe den Zweck, andere Ölgesellschaften [gemeint war die Südpetrol AG], welche in Bayern gegründet seien und welche unter Angabe von Einzelheiten die Errichtung einer Ölleitung aus Italien und den Bau einer Raffinerie in Bayern bereits fest geplant haben, wieder zu vertreiben".

Und über Herbert Berg, den Vorsitzenden der Transalpin, berichtete Fetzer an Schacht und den Vorstand der Südpetrol, dieser habe auf einer internen Sitzung mitgeteilt, Esso und Shell hätten sich nun fest auf eine Pipeline von Karlsruhe in den Raum Ingolstadt geeinigt, auch wenn die Gründung der entsprechenden Gesellschaft noch etwas Zeit brauche[103].

Die Dynamik der Erschließung Bayerns für das Öl hatte sich von der ENI weg verlagert. Der erste bedeutende Vorstoß von Matteis italienischem Staatskonzern in einen entwickelten Wettbewerbsmarkt kollidierte zunehmend härter mit dem

---

[99] Ebenda, Brief Stahmer an Fetzer vom 1. 10. 1959.

[100] Ebenda.

[101] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960/Hefter „Transalpin", hektografierter Text der Rede des „Transalpin"-Vorsitzenden und Vorstandsvorsitzenden der Wacker Chemie AG, Herbert Berg bei der Vorstellung des Transalpin-Gutachtens am 25. 1. 1960 (o.D., o. Titel und Namen). Vgl. dazu auch Lerch, S. 78 f.

[102] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960/Hefter „Transalpin", Friedrich Fetzer, Niederschrift über die Teilnahme an der Pressekonferenz der Studiengesellschaft „Transalpin" in München im Restaurant „Park", Maximilianstraße 21, am 25. 1. 1960, Lindau 3. 2. 1960.

[103] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Fetzer an Schacht vom 8. 2. 1960.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ordnungspolitischen Denken Schedls, dem der Gedanke staatlich organisierter vertikaler Integration nach dem Modell der ENI fremd und der vor allem an der Versorgung Bayerns mit kostengünstigen Mineralölprodukten interessiert war[104].

Mattei dürfte in Schacht nicht nur den Gesinnungsgenossen im Bemühen um autonome nationale Wirtschaftsentwicklung gegen die angloamerikanische Dominanz sowie den Kontaktmann zur Bayerischen Staatsregierung und westdeutschen Finanzinstituten geschätzt, sondern in ihm auch den Mann erkannt haben, der keine Scheu hatte, sich und seine Tätigkeit möglichst öffentlichkeitswirksam in ein günstiges Licht zu rücken. Für Mattei als Pionier effektiver Unternehmens-Public Relations war Öffentlichkeitsarbeit von Beginn an eine wichtige Säule beim Aufbau seines Unternehmens zum dominierenden italienischen Energiekonzern, für die er frühzeitig eine eigene kompetente Abteilung in der ENI-Zentrale einrichtete. Er machte es sich nicht nur selbst zur Aufgabe, in zahllosen Reden und Interviews[105] öffentlich für seine unternehmenspolitische Strategie zu werben. Er hatte im August 1956 auch die Mehrheit an der neugegründeten Mailänder Tageszeitung, *Il Giorno*[106], übernommen und machte einen seiner engsten Vertrauten, Italo Pietra, 1960 zu ihrem Chefredakteur.

Sowohl in den Gründungsjahren der ENI als auch später, als es für Mattei darum ging, den Einfluss seines Konzerns auf die italienische Innenpolitik zu sichern und Gegner abzuwehren, hieß wirksame Öffentlichkeitsarbeit vor allem, den in der italienischen Bevölkerung vorhandenen Wunsch nach mehr Unabhängigkeit von den Westalliierten zu bedienen. Ein Meisterstück Matteis war die auf maximale Öffentlichkeitswirkung berechnete Inszenierung des Ölfunds in der Nähe des norditalienischen Ortes Cortemaggiore[107]. Auch wenn den AGIP-Experten von Anfang an klar war, dass diese kleine Lagerstätte nur einen unbedeutenden Teil des Inlandsbedarfs bestreiten konnte, vermarkteten die AGIP-Tankstellen bald darauf ihr Benzin unter der Marke *Supercortemaggiore*, mit dem Slogan „La potente benzina italiana".

[104] Paul Frankel sah im fehlenden Verständnis Matteis für dieses ihm wenig vertraute ordnungspolitische Denken einen zentralen Grund für das geschäftliche Scheitern des ENI-Vorstoßes nach Bayern – auch wenn er Schachts Einfluss wohl übertreibt. Er schrieb: „In der Sache der Pipeline mit Raffinerie in Ingolstadt dürfte Mattei in die Irre geführt worden sein – niemand ist so leichtgläubig wie der, der geführt werden will – durch das wohlwollende Interesse des bayerischen Ministers, die Unterstützung einiger deutscher Banken mit hochfliegenden Namen und durch die Flötentöne des Herrn Dr. Schacht, jenes unverbesserlichen, obgleich längst diskreditierten Rattenfängers." Frankel, Mattei, S. 130,

[105] Zu Matteis 50. Todestag am 27. 10. 2012 erschien eine vollständige Sammlung seiner über 200 Reden, Interviews und Artikel von 1945 bis 1962. Vgl. Mattei, Scritti e discorsi.

[106] Zur Bedeutung des Giorno bei der Unterstützung von Matteis Unternehmensführung und politischer Rolle vgl. das Buch des langjähriges Redaktionsmitglieds des Giorno, Vittorio Emiliani, Gli anni del „Giorno". Il quotidiano del signor Mattei, Mailand 1998.

[107] Diese erfolgreiche PR-Operation wird Mattei in der italienischen Literatur noch immer je nach Position des Autors entweder als gelungener Schachzug oder als politischer Betrug und Beweis mangelnder geschäftlicher Seriosität angerechnet. Vgl. Perrone, Mattei, S. 37 f.; Colitti, Energia e sviluppo, S. 125 ff.; Maugeri, L'arma del petrolio, S. 67 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Für die Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit fehlte es Mattei und seinem Public Relations-Team jedoch an Expertise; hier verließ er sich weitgehend auf Schacht.

Dieser informierte ab Sommer 1959 nicht nur Mattei kontinuierlich über die deutsche Presseberichterstattung rund um die bayerischen Pläne der ENI[108]. Er stellte sich auch als Interviewpartner der Presse zur Verfügung und schrieb selbst Zeitungsbeiträge. Mitte Juli 1959 berichteten die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* über die ENI-Pläne in Bayern, die Rolle Schachts und den möglichen Baubeginn der Pipeline noch 1960[109]. Im Dezember 1959, kurz vor der öffentlichen Vorstellung des Transalpin-Studienberichts zu den Plänen für eine Rohölpipeline nach Bayern, erschien ein längerer Artikel Schachts in der *Welt*, in dem er sich für ein Verbundnetz von Pipelines, analog dem Verbundnetz der Elektrizitätswirtschaft, einsetzte. Er erwähnte darin kein einziges Mal die Pläne der ENI, verlieh gleichwohl Matteis „antimonopolitischem" Konzept einer für den Transport von Öl aus verschiedensten Quellen offenen Pipeline geschickt Ausdruck. Schacht warnte im Namen des freien Wettbewerbs der günstigsten und qualitativ besten Bezugsquellen ausdrücklich vor dem französischen Anspruch, die geplante Pipeline Marseille – Straßburg/Karlsruhe vorrangig in den Dienst der Vermarktung des in der algerischen Sahara geförderten Öls zu stellen[110]. Mattei war von dem Artikel, der „auf indirekte Weise unserem Vorhaben von großem Nutzen ist"[111], entsprechend angetan. Weitere im Dezember 1959 erschienene Artikel basieren offenbar unter anderem auf Hintergrundgesprächen mit Schacht. Dieser rühmte sich indirekt gegenüber Mattei:

> „Sie werden ja aus den beiden Artikeln in den Stuttgarter Nachrichten und in der Süddeutschen Zeitung gesehen haben, dass wir mit der Propaganda für die ENI und ihren Präsidenten in Deutschland gut vorangekommen sind. Ich möchte auch weiterhin jede Gelegenheit in dieser Hinsicht wahrnehmen. Das Echo ist bisher in der deutschen Öffentlichkeit (abgesehen von der Konkurrenz) sehr freundlich."[112]

Auch ein im März 1960 erschienener ausführlicher Bericht der „Vereinigten Wirtschaftsdienste", der ein höchst optimistisches Bild des ENI-Projekts zeichnete, ging auf ein Hintergrundgespräch Schachts mit dem Autor W. Grotkopp zurück.

---

[108] Eine Reihe der im Durchschlag abgelegten Briefe an Mattei, später auch an d'Amelio, sind kurze Begleitbriefe zur Übersendung von aus Schachts Sicht wichtigen Presse-Artikeln; die Artikel selbst liegen nur selten in den Akten vor.

[109] Die – in Schachts Akten nicht vorliegenden – Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16.7. und der Welt vom 17.7.1959 erwähnt Schachts Partner Hermann Penn. Schacht-Akten/ENI, Brief Penn an W. Spakler/Rom vom 22.7.1959.

[110] Vgl. Hjalmar Schacht, Ein Verbundnetz für Ölleitungen. Die Elektrizitätswirtschaft kann als Vorbild dienen, in: Die Welt vom 10.12.1959, S. 11, hier zit. nach der Kopie des Artikels in: Schacht-Akten/Südpetrol 1.1.1959–30.6.1960.

[111] Schacht-Akten/ENI, Brief d'Amelio an Schacht vom 19.12.1959.

[112] Ebenda, Brief Schacht an Mattei vom 15.12.1959.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Unter der Überschrift „Wird Mattei der erste sein?" ließ sich Schacht als „ein maßgeblicher Herr der Südpetrol" dahingehend zitieren, die ENI-Raffinerie werde „ein Jahr früher stehen als jede andere im süddeutschen Raum", nicht zuletzt weil die ENI-Pipeline von Genua nach Aigle bereits im Bau sei „und die Weiterführung von Aigle nach München und auch nach Stuttgart Komplikationen kaum befürchten lässt". Als frühester Termin für die Inbetriebnahme der Südpetrol-Raffinerie gelte Ende 1962. Die anderen Alpen-Pipeline-Pläne von der Adria aus seien schon allein deshalb zum Scheitern verurteilt, weil der italienische Staat sie als Konkurrenz zum Projekt der staatlichen ENI kaum genehmigen werde. Als einziges ernst zu nehmendes Konkurrenzvorhaben gelte der Südpetrol eine Abzweigung von der Pipeline Marseille-Karlsruhe, die aber noch in einem frühen Planungsstadium sei. Daher sei es möglich, dass die Pipeline Genua-München als erste fertig werde[113].

Dies war allerdings angesichts der sich längst zuspitzenden Trassenprobleme die letzte derart optimistische Prognose, mit der Schacht sich öffentlich exponierte.

Eine andere Form von Public Relations fiel in die Zuständigkeit von Mattei und seiner Konzernführung: Besuche ausgewählter Personenkreise in Italien, mit Besichtigung der großen ENI-Anlagen unter anderem in Mailand-San Donato, Venedig-Mestre und Ravenna sowie des Hautquartiers in Rom. Zweck dieser Besichtigungsreisen war es, eingebettet in ein attraktives privates Besichtigungsprogramm in Mailand, Venedig und Rom, die ENI als leistungsfähigen Großkonzern der Mineralölbranche zu präsentieren. Denn was die öffentliche Wahrnehmung anging, hatte Matteis Unternehmen in der Bundesrepublik erheblichen Nachholbedarf gegenüber den großen angloamerikanischen Ölgesellschaften. Solche Besichtigungsreisen wurden nicht nur für eine bayerische Regierungsdelegation unter Wirtschaftsminister Schedl im Juni 1959 organisiert. Auch die Vertreter des bayerischen Südpetrol-Bankenkonsortiums (Mitte November 1959) und die an der württembergischen ENI-Raffinerie interessierten Vertreter Stuttgarts und anderer möglicher Standorte (Februar, April und August 1960) wurden zu solchen bis zu einwöchigen Reisen eingeladen. Aus einem achttägigen Besuch deutscher Journalisten Mitte November 1959 resultierte eine Reihe positiver Presseartikel zum Südpetrol-Projekt, wie der Vorstand dem Aufsichtsrat berichten konnte[114].

Als Höhepunkt dieser Art von Öffentlichkeitsarbeit muss jedoch der groß inszenierte erste Spatenstich für die Pipeline Genua-Ingolstadt, nun offiziell Central European Pipe-Line (CEL) genannt, am 25. Juni 1961 in Pegli bei Genua gelten. Schacht erstellte zusammen mit Camillo d'Amelio und Pietro Papi, dem Vorsitzenden der neu gegründeten deutschen AGIP AG, die Liste einzuladender

[113] „Wird Mattei der erste sein?", Vereinigte Wirtschaftsdienste vom 5. 3. 1960, Abschrift in: Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960. In seinem Begleitschreiben zu dem an Mattei gesandten Artikel betonte Schacht seine Rolle als Gesprächspartner des Autors, in: Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 10. 3. 1960. Zu den erwähnten Stuttgarter Plänen der ENI vgl. S. 211 f.

[114] Schacht-Akten/Südpetrol AG – Aufsichtsratsakte, Kurzinformation Nr. 4 an den Aufsichtsrat der Südpetrol A.G. vom 3. 12. 1959: Bericht über die Zeit vom 21. 11. bis 1. 12. 1959.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Gäste, auf der sich alle für das Projekt maßgeblichen politischen Persönlichkeiten Bayerns und Baden-Württembergs fanden, darunter auch die beiden Ministerpräsidenten Hans Ehard und Kurt Georg Kiesinger[115]. Das Ereignis wurde in der Presse zwar gebührend gewürdigt, um auch die öffentliche Meinung positiv zu beeinflussen, kam es jedoch zu spät. Zu groß waren inzwischen sowohl die internen Probleme der Südpetrol AG als auch die Hindernisse für das Projekt selbst geworden, so dass jegliche weitere PR-Arbeit zunehmend als gegenstandslos erscheinen musste – und in der Folge auch weitgehend unterblieb.

5. „Provinzielle" politische Widerstände oder die Erosion der „globalstrategischen" Basis der Beziehung Schacht–Mattei

Um die Jahreswende 1959/60 stellte sich die Trassenplanung der Pipeline Aigle-Bayern zunehmend als größte Schwachstelle des ENI-Projekts heraus. Schacht hatte hier frühzeitig nachgefragt und gemahnt[116]. Mattei verweigerte ihm und der Südpetrol AG aber jegliche Mitzuständigkeit in dieser essentiellen Frage.

Die ENI hatte bereits 1958 mit Schweizer Bankkreisen vereinbart, gemeinsam eine Raffinerie bei Aigle[117] südöstlich des Genfer Sees zu errichten und zu betreiben, die durch eine Abzweigung von der im Bau befindlichen ENI-Pipeline Genua-Mailand durch das Massiv des Großen St. Bernhard gespeist werden sollte.

Matteis Plan, auch auf den süddeutschen Markt vorzudringen, ergab sich als natürliche Option aus der Pipeline Genua-Aigle. Eine Verlängerung nach Norden bot die Möglichkeit, die hohe Anfangsinvestition einer alpenquerenden Pipeline durch eine höhere Transportmenge mit mehreren Raffinerien als Abnehmern schneller zu amortisieren und so das Handicap der ENI teilweise zu kompensieren, dass sie für das Pipeline-Projekt keine weiteren Partner aus der Branche mit eigenen Absatzmöglichkeiten hatte.

Bezüglich weiterer Raffineriestandorte und Absatzräume von Aigle aus bestanden zunächst noch einige Planungsunsicherheiten. Nachdem er im Sommer 1959 den Plan für eine Raffinerie in Offenburg angesichts der Konkurrenz im badischen Raum fallengelassen hatte, entschied sich Mattei für eine Trasse von Aigle durch die Schweiz und Vorarlberg nach Deutschland. An Lindau vorbei sollte die Pipeline nach Neu-Ulm führen und sich dort zu den nun geplanten Raffinerien bei Stuttgart und im Münchner Raum verzweigen.

Bald wurde jedoch klar, dass Mattei und seine Planer die vielfältigen lokalen und regionalen Interessen in der Schweiz und der Bundesrepublik, die durch die Pipeline-Trassierung berührt wurden, zu wenig beachtet hatten. Bisherige ausländische ENI-Pipelines oder Raffinerien waren in eher autoritär-zentralistischen

[115] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Schacht an d'Amelio mit Anlage (Vorschlag Einzuladende) vom 25. 5. 1961, sowie ebenda, Brief Schacht an Papi vom 3. 6. 1961.

[116] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 19. 6. 1959.

[117] Die Raffinerie in Collombey bei Aigle nahm 1963 den Betrieb auf und gehört seit 1990 der libyschen Tamoil.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Staaten wie Ägypten oder Marokko gebaut worden. Und auch in Italien hatte die ENI als Staatsmonopolist wenig Rücksicht zu nehmen[118].

Nun zeigte sich die strategische Fehleinschätzung Matteis bei seinem Vorstoß nach Westeuropa „mit seinen großen Märkten und seinem, mit Ausnahme Frankreichs, überall herrschenden liberalen Importregime" überdeutlich[119]. Der Ansatz, auf Regierungsunterstützung und Privilegien zu setzen, erwies sich als „schlimmer als nutzlos". „Matteis entscheidender Fehler war es damals, nicht begriffen zu haben, bevor es zu spät war, dass er, um im Westen Erfolg zu haben, völlig neue Vorgehensweisen entwickeln musste, da Bonn, Bern oder London nicht Rabat, Tunis oder Accra waren."[120]

Mit wachsender Irritation erkannte Mattei, dass in der Schweiz bei der Genehmigung der Trasse ab Aigle wenig voranging, so dass die ENI schließlich auf eine Alternativroute von Italien durch die Ostschweiz ausweichen musste. Damit wurde allerdings die bisherige ENI-Kalkulation obsolet; für dieselbe Transportmenge Rohöl waren nun zwei alpenquerende Leitungen zu bauen statt einer.

Die längst öffentlich erörterten Schweizer Trassenprobleme begannen, die Wirtschaftlichkeit des ganzen süddeutschen ENI-Projekts in Frage zu stellen. Dieses Problem führte zu wachsenden Spannungen zwischen der deutschen und der italienischen Aktionärsseite in der Südpetrol AG, die im Frühjahr 1960 vor dem Erwerb eines Raffinerie-Grundstücks in Ingolstadt stand. Vorgesehen war, dass der Vorstand der Südpetrol die konkreten Kaufverhandlungen mit der Stadt Ingolstadt abschloss, „sobald die ungehinderte Führung der Pipeline in ihrer gesamten internationalen Strecke als endgültig gesichert angesehen werden kann"[121]. Diese Bedingung ließ sich jedoch wegen der Trassenprobleme nicht einhalten, sollte nicht der Kauf des Grundstücks auf unbestimmte Zeit verschoben werden und dieses möglicherweise an die Konkurrenz verloren gehen.

Die Südpetrol sah sich daher zum Ärger ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Schrempf[122] gezwungen, erstmals erhebliche Investitionsmittel aufzuwenden, die zumindest teilweise durch eine Erhöhung des Aktienkapitals finanziert werden mussten, die bayerischen Banken also einem erhöhten unternehmerischen Risiko aussetzten, ohne dass Planung und Bau der Pipeline und damit baldige Gewinne hinreichend gesichert waren.

[118] Die New York Times schrieb dazu: „Signor Matteis Macht beruht auf einem 2500-Meilen-Netz von Gas-Pipelines, die mit ungeduldiger Missachtung streitbarer Stadträte und protestierender Grundeigentümer in Norditalien verlegt wurden." „Oil Emperor of Italy: Enrico Mattei", in: New York Times vom 6. 1. 1958, S. 5. Auch in italienischen Artikeln über Mattei finden sich unter dem Stichwort „metodo Mattei" anekdotische Hinweise auf die robuste, Genehmigungen der betroffenen Kommunen nicht abwartende Verlegepraxis der ENI beim Ausbau des Pipelinesystems in der Poebene.

[119] Frankel, Mattei, S. 129.

[120] Ebenda.

[121] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Südpetrol AG, Vorstand, Vorschläge für die Wahl des Standorts der Raffinerie in Bayern.

[122] Schacht-Akten/Südpetrol 1. 1. 1959–30. 6. 1960, Brief Schrempf an d'Amelio vom 6. 4. 1960; ebenda, Brief d'Amelio an Schrempf vom 8. 4. 1960 (Übersetzung durch Südpetrol), und ebenda, Brief Schrempf an d'Amelio vom 29. 4. 1960

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Als daher am 26. Oktober 1960 schließlich der Kanton Sankt Gallen als letzter in der Schweiz die Trasse für die CEL genehmigte, setzte Mattei von dieser guten Nachricht auf Anraten von Schacht sowohl Schedl als auch Schrempf sogleich telegrafisch in Kenntnis[123].

Doch die Trassenprobleme des CEL-Projekts waren damit noch längst nicht beendet. Unter dem Eindruck wachsender Proteste in Lindau nahm auch in Vorarlberg der Widerstand gegen die Trassenführung der Pipeline entlang des Bodensees zu. Die Genehmigung wurde erst Ende September 1962 unter zusätzlichen teuren Sicherheitsauflagen erteilt[124]. Allerdings sah man in Lindau die Vorarlberger Genehmigung als „Verrat" der Bodensee-Nachbarn, was den Widerstand dort weiter anfeuerte. Die politische Brisanz dieser erstmals durch Umweltschutzargumente motivierten Proteste[125] wurde auf Seiten von Südpetrol und ENI lange nicht erkannt. Noch im Januar 1962 erklärte Mattei im ENI-Aufsichtsrat, die CEL werde Ende 1963 in Betrieb gehen[126], also ein Jahr später als ursprünglich geplant.

Ende Oktober 1962 beschrieb Hermann Bößenecker in der *Welt*[127] den Baufortschritt der CEL wie folgt:

Die Strecke Genua – Ferrera: „seit einiger Zeit" fertig; die Strecke Ferrera – Schweizer Grenze: von 200 km erst 50 km fertig, allerdings die schwierigsten durch die Berge über den Splügenpass; die 70 km-Strecke durch Graubünden: im Bau, ebenso die 20 km durch Vorarlberg; wegen den Problemen in Lindau, wo „extreme Sicherheitsmaßnahmen verlangt" würden, seien von den 230 km auf deutschem Gebiet erst 70 km verlegt.

Die nunmehr angekündigte Inbetriebnahme der Pipeline im August 1964 sei also realistisch. Das war eineinhalb Jahre später als geplant – und immer noch viel zu optimistisch.

Die Lindauer Widerstände gegen die Pipeline konnten schließlich nur mit enormen zusätzlichen Kosten für erweiterte Sicherheitsmaßnahmen und durch Intervention der italienischen Regierung bei der Bundesregierung überwunden werden. Erst im September 1966 lagen die letzten Genehmigungen vor, die CEL

[123] Schacht-Akten/ENI, FS Schacht an Mattei vom 27. 10. 1960, Telegramm Mattei an Schacht vom 28. 10. 1960.

[124] „Italiens Ölkrieg im Herzen Europas", in: Vorarlberger Volksblatt vom 1. 12. 1960, hier zit. nach Miriam Gassner, Local Environment or Global Opportunities? ENI's Central European Line and environmental concerns in the 1960s, Paper, presented at the EBHA Conference „Business, Finance and the State in 20th Century: European Comparisons in Historical Perspective. Crises and Transformation", Athens, 24–26 August 2011, http://ebha.eap.gr/files/Papers/Paper_Miriam%20Gassner.pdf, S. 7 [6. 2. 2015].

[125] Vgl. Ebenda.

[126] Verbale della seduta di Consiglio del 26 gennaio 1962, zit. nach ebenda, S. 5.

[127] „Viele Fragen um Matteis schweres Erbe. Die Pipeline von Genua nach Ingolstadt soll bis August 1964 fertig werden", in: Die Welt vom 29. 10. 1962, Zeitungsausschnitt in: Schacht-Akten/ENI.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

konnte in Betrieb gehen und die ENI-Raffinerie in Ingolstadt endlich mit ENI- Öl speisen[128].

Auch bei den Plänen für eine Raffinerie in Baden-Württemberg liefen die Dinge für Mattei und Schacht nicht wie gewünscht. Dieses Vorhaben war für Mattei nicht nur aus Gründen einer besseren Auslastung der Pipeline und einer Erweiterung der Absatzbasis in Süddeutschland von Interesse. Er dürfte sich auch eine breitere politische Unterstützung in der Bundesrepublik für die ENI-Pläne erhofft haben, wenn sich neben Bayern ein weiterer wichtiger politischer „Stakeholder" gewinnen ließ.

Noch vor der Südpetrol-Gründung hatte Mattei Schacht gebeten, nun auch in Baden-Württemberg „den ersten Kontakt [...] aufzunehmen, der, wie ich hoffe, genau so erfolgreich sein wird wie in Bayern"[129]. Davon konnte jedoch keine Rede sein.

Anders als in Bayern hatte Schacht in der politischen Führung Baden-Württembergs keinen persönlichen Ansprechpartner. Er wandte sich daher Anfang Juli 1959 an Edgar Hotz, Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, in Vertretung des in Urlaub befindlichen Ministers Hermann Veit (SPD), sowie an Ministerpräsident Kiesinger mit dem Vorschlag, nun auch über die ENI-Pläne für Baden-Württemberg zu sprechen[130].

Dabei schien ihm bewusst zu sein, dass die ENI hier angesichts der fortgeschrittenen Planungen für den Raffineriestandort Karlsruhe mit einigem politischem Gegenwind zu rechnen hatte, wie er in einem vertraulichen Brief an Mattei andeutete[131].

Mit Hotz sprach Schacht am 10. Juli 1959. Zunächst ging es noch um die Planung der ENI für eine Pipeline von Aigle nach Baden, in „den Raum Offenburg", zu der Schacht eine Ausarbeitung der ENI übergab. Dass diese Planung in direkter Konkurrenz zur Ölleitung Marseille-Straßburg stand, wurde von ihm wohl offen ausgesprochen: „Herr Dr. Schacht deutet an, dass nach seiner Kenntnis damit gerechnet werden könne, dass die Ölleitungen der italienischen Gesellschaft sogar 1–2 Jahre vor der französischen Ölleitung (Marseille-Straßburg) fertiggestellt werden können." Schacht habe gefragt, ob der Bau von Pipeline und Raffinerie, für die keine finanzielle Beteiligung des Staates erwartet werde, begrüßt werde und ob dem Wunsch Matteis entsprochen werde könne, gemeinsam mit Schacht die zuständigen Ressort-Minister über weitere Einzelheiten zu unterrichten[132].

[128] Zur Entwicklung des zunehmend politischen Verfahrens von Ende 1963 bis zur Genehmigung im Sommer 1966 vgl. Gassner, Local Environment or Global Opportunities?

[129] Schacht-Akten/Pipeline Stuttgart, Brief Mattei an Schacht vom 24. 6. 1959.

[130] Ebenda, Briefe Schacht an Hotz und Kiesinger vom 2. 7. 1959.

[131] Er hoffe, „dass es möglich ist, die Schwierigkeit zu überwinden, die die Zusammenarbeit der DEA mit den Franzosen und der württembergischen Regierung darstellen kann." Schacht-Akten/Pipeline Stuttgart, Brief Schacht an Mattei vom 7. 7. 1959.

[132] Ebenda, Hotz, Gesprächsvermerk für den Minister „Betreff: Besprechung mit Herrn Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht am 10. Juli 1959", in Kopie übersandt mit Brief Hotz an Schacht vom 15. 7. 1959..

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dazu kam es jedoch nicht. Zwar schrieb Kiesinger an Schacht, die Landesregierung habe von seiner Besprechung mit Hotz Kenntnis genommen und sei einverstanden, dass die Verhandlungen fortgesetzt würden[133]. Der aus dem künftigen Raffineriestandort Karlsruhe[134] stammende Sozialdemokrat Veit allerdings lehnte nach Abklärung im Ministerrat in einem Gespräch mit Schacht am 24. September 1959 eine auch „nur moralische" Unterstützung des Südpetrol-Projekts gegenüber den Banken des Landes rundheraus ab[135].

Da die ENI inzwischen Offenburg als Standort fallengelassen und dafür Stuttgart ins Spiel gebracht hatte, traf Schacht kurz darauf, am 29. September, in Begleitung von Friedrich Fetzer den Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett. Veits ablehnende Haltung war für ihn offenbar kein Alarmzeichen für die fehlende Unterstützung des Landes. Vielmehr setzte er nun seine Hoffnung auf die Begeisterung Kletts für das Raffinerieprojekt und drängte Mattei, schnell eine endgültige Standortentscheidung für Stuttgart zu treffen und sich für direkte Verhandlungen mit Klett bereitzuhalten[136]. Denn das „Gewicht der Stuttgarter Stadtverwaltung wird gegenüber dem Karlsruhe-Projekt von Bedeutung sein"[137].

Tatsächlich traf Mattei, begleitet von Schacht, am Samstag, 12. Dezember 1959 in Stuttgart mit Oberbürgermeister Arnulf Klett zusammen[138] und sicherte ihm zu, dass die Südpetrol Stuttgart als Raffineriestandort fest in Aussicht nehme. Letztlich scheiterte das Projekt aber bereits an der vergeblichen Suche nach einem geeigneten Grundstück. Als schließlich auch die Stuttgarter Banken dem Raffinerie-Projekt ihre Unterstützung entzogen, musste Schacht dem Südpetrol-Vorstand Giorgio Kovacs mitteilen, „dass meine Versuche in Stuttgart, eine finanzielle Mitwirkung der Banken für die Stuttgarter Raffinerie in irgendeiner Form herbeizuführen, gescheitert sind"[139].

Dem Ruf der ENI war das Stuttgarter Fiasko nicht förderlich. Aber auch Schachts Reputation litt darunter und zwar nicht zuletzt bei der ENI und der Südpetrol. Mattei hatte von ihm erwartet, in Baden-Württemberg den politischen und finanziellen Boden für die Raffinerieplanung der ENI ebenso erfolgreich bereiten zu können wie in Bayern, und Schacht hatte wohl den Eindruck vermittelt, dass ihm dies gelingen könne. Aber er scheiterte an den völlig anderen Gegebenheiten, da Baden längst als Standort großer Investitionen der mit der ENI konkurrierenden Ölgesellschaften auserkoren war. Spätestens als Schacht in Stuttgart Verhandlungen auf Bürgermeister- statt auf Regierungsebene führte, dürfte auch Mattei klargeworden sein, dass er Schachts politisches Gewicht überschätzt hatte.

133 Schacht-Akten/Pipeline Stuttgart, Brief Kiesinger an Schacht vom 27. 7. 1959.

134 Für Karlsruhe gab es bereits Planungen für zwei Raffinerien, der Esso AG und eines Konsortiums aus DEA, Gelsenberg, Mobil Oil Scholven und Wintershall.

135 Schacht-Akten/Pipeline Stuttgart, FS Veit an Schacht vom 1. 10. 1959.

136 Ebenda, Brief Schacht an Mattei vom 20. 10. 1959.

137 Ebenda, Brief Schacht an Mattei vom 4. 11. 1959.

138 Minister Veit sagte seine Teilnahme an dem Treffen ab, da er das Wochenende Zuhause in Karlsruhe verbrachte.

139 Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Kovacs vom 25. 10. 1961.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Immerhin war die ENI in Bayern mit der Südpetrol das erste Unternehmen, das sich im Juni 1960 seinen Raffineriestandort in Ingolstadt sichern konnte. Doch auch dort war die Südpetrol mit ihren Plänen nicht mehr allein. Auch Esso und Shell hatten sich inzwischen auf eine Leitung vom Karlsruher Endpunkt der geplanten South European Pipe-Line (SEPL) nach Ingolstadt festgelegt. Sie gaben am 11. Mai1960 bekannt, für Bau und Betrieb der Rhein-Donau-Ölleitung (RDO) ein Konsortium führender Mineralölgesellschaften zu bilden (neben BP und Mobil Oil auch die deutschen Gesellschaften Gelsenberg Benzin AG, Scholven-Chemie, Deutsche Erdöl AG (DEA) und Wintershall sowie Total, eine Tochter der französischen CFP)[140].

Schacht erwies sich dieser Entwicklung gegenüber als wenig urteilssicher. Offenbar erlag er selbst der Versuchung, nur die durchaus gewollte negative, gegen die Südpetrol gerichtete Seite der gezielten Öffentlichkeitsarbeit der großen Ölgesellschaften zu sehen, nicht die damit verbundenen substantiierten positiven Absichtserklärungen und Planungen. Er spielte die Erklärung vom 11. Mai in einem Brief an Mattei zwei Wochen später[141] als „pompöse Ankündigung" herunter, als „Störfeuer, das Shell und Esso in immer stärkerem Maße gegen die Südpetrol unternehmen". Was diese Ankündigung betreffe, „sind Papierkugeln ein schlechtes Geschütz und wir brauchen uns nicht beirren zu lassen".

Möglicherweise reflektiert diese Fehleinschätzung Schachts aber auch eine Vermutung Matteis aus der Gründungsphase der Gesellschaft. Mattei scheint davon ausgegangen zu sein, die großen Ölgesellschaften würden ihre angekündigten Konkurrenzprojekte fallen lassen, sobald sich dank seiner zügigen Realisierung ein deutlicher Vorsprung des ENI/Südpetrol-Projekts abzeichnete[142].

Derweil waren die Planungen für die SEPL von Marseille nach Karlsruhe weit fortgeschritten. Ihr Bau begann im Juli 1961 und ging reibungslos voran, so dass der Fertigstellung Anfang 1963 nichts im Weg zu stehen schien. Die SEPL war auf eine sehr hohe Kapazität von 30 Mio. t Jahresdurchsatz ausgelegt, die entsprechend niedrige Transportkosten für die Rohöl-Abnehmer erwarten ließ. Ein Zeitungsausschnitt in Schachts Akten vermerkt dazu[143]: „Die Marseille-Leitung konnte so großzügig geplant werden, weil sich fast alle großen Ölgesellschaften, die an der Verarbeitung und dem Vertrieb des Öls in Süddeutschland, in Ostfrankreich und in der nördlichen Schweiz beteiligt sind, in der Société du Pipe-line Sud-

[140] Vgl. Lerch, Schedl, S. 106 f. Rechtlich wurde das Konsortium erst im März 1961 als RDO GmbH konstituiert.

[141] Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Mattei vom 23. 5. 1960.

[142] Auf dieses „Gründungskalkül" der Südpetrol nimmt eine spätere Notiz des bayerischen Bankenkonsortiums Bezug. Darin heißt es: „Die Verzögerung unseres gesamten Vorhabens ohne unser Verschulden um ein volles Jahr ließ die Konkurrenzprojekte aufholen. Die Konkurrenz wird jetzt kaum mehr ihre Vorhaben aufgeben, wie es unsere Partner seinerzeit als sicher angenommen hatten, wenn die Ausführung unseres Vorhabens anzulaufen beginnt." Schacht-Akten/Südpetrol – Aufsichtsratsakte, von Seefranz: Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung vom 12. 1. 1961, Stellungnahme des deutschen Vorstandsmitglieds.

[143] „Rohöltransport quer durch Europa. Der Bau der Marseille-Pipeline schreitet voran", 17. 11. 1961 (Zeitungsquelle nicht vermerkt, vermutlich Die Welt), abgelegt in: Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †; die folgenden Angaben finden sich in: Ebenda.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Européen S.A. zusammengeschlossen haben." Fast alle in der Tat, bis auf eine, die ENI. Dominiert wurde die SEPL S.A. von Standard Oil/Esso (28 Prozent), Royal Dutch Shell (23,2 Prozent), CFP-Total (15 Prozent) und BP (8 Prozent). Versorgt werden sollten im Rheintal zwei Raffinerien in Straßburg (CFP/BP/Petrofina sowie Shell/Mobil Oil), ferner eine in Karlsruhe (Standard Oil/Esso) und eine in Mannheim (Wintershall). Und auch die Verlängerung der SEPL nach Ingolstadt, die RDO, wurde nahezu zeitgleich in Angriff genommen. Sie sollte Raffinerien von Shell, Esso und Mobil Oil/Gelsenberg, später auch der BP, im Ingolstädter Raum versorgen. Das durch die Pipeline gepumpte Rohöl sollte „schätzungsweise zu 75% in Süddeutschland angeboten werden".

Für die Finanzierung der SEPL waren umgerechnet 500 Mio. DM veranschlagt, davon 25 Prozent anteilig durch die beteiligten Unternehmen und 75 Prozent durch Anleiheemissionen aufzubringen. Da durch das ungleich größere Konsortium das Investitionsrisiko sehr viel breiter verteilt war, stellte die Finanzierung des Vorhabens über den Kapitalmarkt kein Problem dar.

6. Die deutsch-italienische Südpetrol-Partnerschaft bricht auseinander

Angesichts dieser Entwicklung ist es kein Wunder, dass im deutschen Südpetrol-Bankenkonsortium die Nervosität wuchs. Zum offenen Zerwürfnis kam es schließlich, als mit dem Übergang der Gesellschaft von der reinen Planungs- in die operative Phase deutlich wurde, dass die ENI über ihre Töchter SNAM und OI die Südpetrol unternehmenspolitisch als ihre Konzerngesellschaft führen wollte, während die bayerischen Konsortialbanken strikt auf der rechtlichen und der unternehmerischen Selbständigkeit der Gesellschaft bestanden.

Jenseits aller Sorgen über den stockenden Projektfortschritt und die Probleme der laufenden Geschäftsführung kristallisierte sich in dem sich zuspitzenden Konflikt letztlich eine zentrale unternehmensstrategische Differenz heraus, die offenbar in der Euphorie der ersten Gründermonate niemand hatte sehen wollen:

Die an der Südpetrol beteiligten bayerischen Banken hatten ein kommerzielles wie standortpolitisches Interesse daran, dass in der Südpetrol alle süddeutschen Ölaktivitäten der ENI gebündelt wurden und so ein eigenständiges profitables Unternehmen entstand. Für Mattei hingegen war die Südpetrol – neben der Teilung des anfänglichen finanziellen Risikos – primär das Vehikel, um sich die politische Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung zu sichern. Nachdem die ENI-Expansion nach Bayern in Gang gekommen war, wurde ihm die paritätische Konstruktion der Südpetrol lästig, da sie seinem eigenen Anspruch auf volle Kontrolle über das Projekt und seine Finanzen im Weg stand. Auch musste ihm die Forderung der bayerischen Banken, bei der Südpetrol eigene technische Planungskompetenz aufzubauen, als hochgradig unwirtschaftlich erscheinen, hatte doch die ENI in der SNAM und ihrer Ingenieurs-Tochtergesellschaft *SNAM Progetti* eigene exzellente Planungs- und Ingenieurkapazitäten.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die logische Konsequenz dieses mit vielen Vorwürfen und persönlicher Verbitterung ausgefochtenen Streits[144] war eine nach dem Rücktritt Kurt Schrempfs als Vorsitzender des Aufsichtsrats Ende Januar 1961 beschlossene Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse.

Mattei äußerte als erste Reaktion auf Schrempfs Rücktritt die Absicht, die Bayerische Staatsregierung in den Konflikt und seine mögliche Lösungen einzubeziehen[145] – durchaus charakteristisch für einen Mann, der es gewohnt war, mit Regierungen zu verhandeln und mit Regierungsunterstützung die geschäftlichen Interessen seines Staatsunternehmens durchzusetzen. Aber auch ohne Rückhalt der Staatsregierung war er nun gewillt, das bayerische ENI-Projekt unter seine volle unternehmerische Kontrolle zu bringen und die Aktien des deutschen Bankenkonsortiums nötigenfalls voll zu übernehmen. Es war schließlich Schedl, der durch eine Intervention bei den bayerischen Banken dafür sorgte[146], dass diese doch noch mit 25 Prozent an der Südpetrol beteiligt blieben und so den bayerischen Einfluss wahrten, während die ENI-Seite im Zuge einer Kapitalerhöhung der Südpetrol AG ihren Anteil am Aktienkapital auf 74 Prozent erhöhte[147].

Schacht, einerseits Mitglied des deutschen Südpetrol-Bankenkonsortiums, andererseits Matteis Mann in Bayern, geriet im Zuge dieser Auseinandersetzung zwischen alle Stühle. Für die bayerischen Banken war er nur noch Matteis Agent in ihrem eigenen Lager. Und Mattei, der Schacht von dem ENI-Vorstoß in der Südpetrol AG durch seine beiden engen Mitarbeiter ENI-Vorstandsmitglied Pietro Sette und OI-Chef Camillo d'Amelio Ende Dezember 1960 eingehend hatte unterrichten lassen und ihn persönlich um seine Unterstützung gebeten hatte[148], war darüber enttäuscht, dass Schacht in den entscheidenden Sitzungen des Aufsichtsrats die Interessen der ENI nicht so verfocht, wie Mattei es sich vorgestellt hatte.

Die strategische Dimension ihres Ölgeschäfts, derer sich Mattei und Schacht bewusst waren, warf Anfang 1961 ungeahnte Schatten auf die bayerischen Pläne der ENI. Die zunehmenden Importe sowjetischen Erdöls durch die ENI lösten bei Italiens NATO-Verbündeten und in der Öffentlichkeit nämlich wachsende Kritik[149] aus, die erst mit der Neuorientierung der ENI-Unternehmenspolitik nach Matteis Tod wieder abklang. Ein langer Artikel der Wochenzeitung *Christ und Welt* von Februar 1961 mit dem Titel „Enrico Mattei – Schrittmacher für

[144] Die Auseinandersetzung ist umfassend dokumentiert in der entsprechenden Korrespondenz sowie den internen Dokumenten, Protokollen der deutschen Konsortiumsbesprechungen sowie Aufsichtsratssitzungen der Südpetrol AG, in: Schacht-Akten/Südpetrol AG – Aufsichtsratsakte.

[145] Schacht-Akten/Südpetrol AG – Aufsichtsratsakte, Niederschrift (vom 31.1.1961) über die Aufsichtsratssitzung der Südpetrol Aktiengesellschaft für Erdölwirtschaft, München, am 30.1.1961.

[146] So Lerch, Schedl, S. 94.

[147] 1% und damit eine aktienrechtliche Schlüsselposition hielt die Schacht-Bank.

[148] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Mattei an Schacht vom 2.1.1961.

[149] Vgl. etwa „Italo-Russian Trade Pact. Concern over Oil Agreement", in: Financial Times vom 5.8.1961, S. 5.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sowjetöl“[150], den Schacht von seinem Bankiers-Kollegen Wilhelm Reuschel erhalten hatte, trug alle wichtigen Fakten und Argumente zusammen. Der nicht gezeichnete Artikel bot einen umfassenden Überblick über den Stand der sowjetischen Ölexporte nach Westeuropa, insbesondere nach Italien, und erläuterte die Sorgen der westlichen Ölgesellschaften angesichts der Konkurrenz des von der ENI vermarkteten Sowjet-Öls. Darüber hinaus knüpfte der unbekannte Autor aber auch eine Verbindung zwischen den Ölgeschäften der ENI mit der Sowjetunion und ihrer angespannten Finanzlage. Gerade diese Verknüpfung wurde für das bayerische ENI-Projekt zu einer Belastung, wie auch Reuschel erkennen ließ, der durch den Artikel seine eigene Skepsis bestätigt sah[151].

Nicht nur für die ENI bot der Ausbau des Handels mit der Sowjetunion, insbesondere der durch Gegengeschäfte finanzierte Bezug des gegenüber dem Referenzpreis der „sieben Schwestern“ um 40 Prozent billigeren sowjetischen Rohöls, große Vorteile[152]. Auch der gesamtwirtschaftliche Nutzen des sowjetischen Angebots für Italien war beträchtlich, wie die ENI in zwei Memoranden von 1960 darlegte[153]. Bereits 1959 war Italien mit 3,1 Mio. t zum weltweit größten Importeur sowjetischen Öls geworden. Auf die ENI, die nach eigenen Angaben 1961 etwa 38 Prozent ihres Bedarfs aus der Sowjetunion deckte[154], entfielen zwei Drittel der italienischen Importe sowjetischen Öls[155]. Dessen indirekte Bedeutung für die ENI war möglicherweise sogar noch höher, denn ein beträchtlicher Teil des ENI-Rohöls stammte aus ägyptischen Quellen, während Ägypten seinerseits einer der größten Abnehmer von sowjetischem Öl war – und so mehr eigenes Öl exportieren konnte.

Die Bayerische Staatsregierung machte sich die Kritik an den sowjetischen Ölimporten der ENI, die sich in der Bundesrepublik auch mit den Interessen des krisengeschüttelten Kohlebergbaus verband[156], nicht zu eigen. Die pragmatische italienische Haltung, fehlende eigene Energieträger im eigenen Interesse möglichst kostengünstig einzukaufen, passte zu Otto Schedls eigener Energiepolitik, die unabhängig von den Interessen des Ruhrkohlebergbaus an billigem Öl für

[150] „Enrico Mattei – Schrittmacher für Sowjetöl. Aufmarsch zur Ölschlacht“, in: Christ und Welt vom 17. 2. 1961, S. 12.

[151] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Wilhelm Reuschel an Schacht vom 22. 2. 1961

[152] Vgl. dazu Dechert, Ente Nazionale Idrocarburi, S. 33 ff.

[153] „Forniture Italiane alla Russia“, Promemoria sugli scambi commerciali ENI-URSS („Italienische Lieferungen nach Russland“. Memorandum über den Handelsaustausch ENI-UdSSR), 1960, www.eni.com/it_IT/attachments/azienda/storia/documenti/Scambi_commerc_russia.pdf, und: „Promemoria sulle importazioni petrolifere dall'URSS“ („Memorandum über die Ölimporte aus der UdSSR“), 24. 8. 1960, www.eni.com/it_IT/attachments/azienda/storia/documenti/importazioni_russia.pdf [beide 7. 12. 2013].

[154] Zahlenangaben aus Dechert, Ente Nazionale Idrocarburi, S. 33 u. S. 44; vgl. auch „Russia Exports Over 25m. Tons of Oil“, in: Financial Times vom 17. 8. 1960, S. 5.

[155] Vgl. „Still More Russian Oil for Italy“, in: Financial Times vom 15. 10. 1960, S. 2.

[156] Benito Li Vigni, Il Caso Mattei. Un giallo italiano, Rom 2003, S. 40, zitiert den Vorsitzenden des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Helmut Burkhardt, aus einem 1962 geführten Interview mit der BBC, die von Mattei verfolgte Niedrigpreispolitik berühre die wirtschaftliche Stabilität der Kohle produzierenden westlichen Länder.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bayern orientiert war[157]. Gleichwohl musste sich Schedl nicht nur mit den Presseberichten auseinandersetzen, die einen angeblich wachsenden Einfluss der Sowjetunion auf die ENI und ihre bayerischen Pläne thematisierten[158]. Auch im Bundeskabinett kamen Anfang 1962 entsprechende Bedenken zur Sprache. In der Kabinettssitzung am 17. Januar 1962 wurde der „Bezug von russischem Öl durch Bayern" diskutiert. Im Protokoll heißt es:

> „Der Bundeskanzler [Konrad Adenauer] verweist auf Pressemeldungen, wonach Bayern beabsichtige, russisches Öl zu beziehen. Er ist der Ansicht, daß die Bundesrepublik es vermeiden müsse, sich von Rußland abhängig zu machen, und auch nicht dazu beitragen dürfe, den Absatz des russischen Öls zu erleichtern."[159]

Die CSU-Vertreter im Kabinett, Innenminister Hermann Höcherl und Atomenergieminister Siegfried Balke, nahmen Bayern vorsichtig in Schutz und regten an, die Sache mit der italienischen Regierung zu besprechen. Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm (CDU) hingegen verwies auf den sowjetischen Pipelinebau nach Pressburg (Bratislava): „Das russische Öl sei im Vormarsch und stelle eine große wirtschaftliche Gefahr dar." Auch Adenauer war „der Ansicht, daß von vielen Seiten die russische Gefahr nicht genügend gesehen werde. Er bittet, das Problem mit Italien und auch mit Bayern zu besprechen. Auf keinen Fall dürfe Rußland von uns unterstützt werden. Das Kabinett ist einverstanden."[160]

Schedl, von den CSU-Ministern über die Diskussion im Bundeskabinett informiert, trat diesen Bedenken zwar entschieden entgegen, sah sich aber veranlasst, über den Südpetrol-Aufsichtsrat Kurt Sonntag (Bayerische Staatsbank) von Mattei eine Klarstellung zu einer möglichen Lieferung sowjetischen Öls über die CEL nach Ingolstadt zu fordern. Mattei teilte Schedl daraufhin mit, der Vertrag der ENI mit der Sowjetunion über Rohöllieferungen verbiete einen Reexport des sowjetischen Rohöls. Zudem sei der künftige Rohölbedarf der Ingolstädter ENI-Raffinerie bereits durch Lieferungen „ausschließlich aus dem Nahen Osten und aus Afrika" sichergestellt[161]. Gleiches erklärte Mattei einige Wochen später auch in einem Fernseh-Interview mit der ARD[162].

Zwar war klar, dass es die Dreiecks-Geschäfte zwischen Italien, Ägypten und der Sowjetunion der ENI überhaupt erst ermöglichten, Öl zu konkurrenzfähigen

[157] Vgl. Lerch, Schedl, S. 98.
[158] Vgl. ebenda, S. 96–100.
[159] „Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung" online, Protokoll der 9. Kabinettsitzung am 17. 1. 1962, http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1962k/kap1_2/kap2_3/para3_11.html.
[160] Ebenda. In diesem Sinne schrieb schließlich Staatssekretär Westrick vom Bundeswirtschaftsministerium am 18. 5. 1962 an den italienischen Minister für Industrie und Handel. Mit Schedl und dem bayerischen Finanzminister Eberhardt sprach Westrick das Thema in Besprechungen am 20.6. bzw. 22. 6. 1962 an; vgl. ebenda, Anm. 27.
[161] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Mattei an Schedl vom 10. 3. 1962 (Durchschlag für Dr. Sonntag).
[162] Vgl. Intervista alla televisione tedesca, Roma, 26. 5. 1962, in: Mattei, Scritti e discorsi, Dok. Nr. 173.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Preisen auf dem deutschen Markt anzubieten. Schedl sei jedoch mit Matteis Ausführungen vollauf zufrieden, schrieb Sonntag kurz darauf an Schacht. Daher hoffe er, „dass damit das unangenehme Problem wenigstens vor den bayerischen staatlichen Stellen restlos ausgeräumt ist und uns diese Frage künftig nicht mehr beschäftigen muß."[163]

Schacht selbst, von Mattei mit dieser Angelegenheit nicht befasst, beteiligte sich nicht an der politischen Debatte um das Sowjetöl der ENI[164], verfolgte sie aber wohl intensiv, wie seinen Akten zu entnehmen ist.

Noch größere Aufmerksamkeit widmete Schacht jedoch den öffentlichen Spekulationen über die Finanzen der ENI, denn es gab die Vermutung, dass sich die ENI mit ihrer intransparenten Konzernstruktur und ihrer Expansion auf zahlreiche Auslandsmärkte massiv überhebe. Mattei hatte die ENI in kürzester Zeit zu einem umfassend vertikal integrierten, international aktiven Unternehmen nach dem Muster der großen Ölgesellschaften ausgebaut – von Prospektion und Förderung über den Transport zu eigenen Raffinerien bis zu eigenen Tankstellennetzen. Eine Vielzahl wirtschaftlicher Aktivitäten in anderen Branchen bot zudem[165] großen Spielraum für Quersubventionen im Konzernverbund.

Finanzielle Risiken führten auch in der Leitung der ENI zu wachsenden Spannungen. Insbesondere Matteis Stellvertreter Eugenio Cefis machte sich zum Fürsprecher einer finanziell weniger exponierten und politisch weniger konfrontativen Ausrichtung des Unternehmens[166]. Aus dieser kritischen Sicht erschienen die Ölimporte aus der Sowjetunion als Konsequenz der selbstverschuldeten Fi-

[163] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Sonntag an Schacht vom 20. 3. 1962.

[164] Ein Artikel „Schacht-Mattei Oil Deals with Russians Upset Bonn", in: Boston Globe vom 3. 6. 1962, S. 62, von dem der bayerische Oberregierungsrat Werner Disko Schacht eine Abschrift zusandte, enthielt zwar schmeichelhafte Übertreibungen zu Schachts Rolle bei der Expansion der ENI nach Bayern. Seine nicht weiter belegte Behauptung im ersten Absatz „Hjalmar Horace Greeley Schacht, früher Adolf Hitlers 'Finanzzauberer', wendet sich nach Osten, um eine Reihe großer Ölgeschäfte unter Beteiligung von Enrico Mattei mit sowjetischem Öl auszuhandeln", fällt jedoch in die große Zahl von Presse-Gerüchten jener Monate zu diesem Thema.

[165] Dechert zählt auf Basis der Daten für 1961 (die Konzernstruktur änderte sich ständig) zum ENI-Verbund 18 Unternehmen in Exploration und Förderung von Öl und Gas, 38 Unternehmen in Transport, Raffinerie und Distribution, 4 Unternehmen der chemischen, 3 der Nuklearindustrie, 15 Unternehmen im Bereich Investitionsgüter- und Anlagenbau, sowie Presse und Gastronomie. Vgl. Dechert, Ente Nazionale Idrocarburi, Tab. 1 (nach S. 12) sowie Appendix One, Finances and Control of ENI, S. 94 ff.

[166] Diese Differenzen – und die dementsprechend sehr unterschiedliche Gewichtung der Finanzlage der ENI – schlagen sich auch in der späteren Literatur über Mattei und die ENI nieder. Marcello Colitti, von 1956 bis 1999 in später leitender Funktion im ENI-Konzern tätig, und Leonardo Maugeri betonen die angespannte finanzielle Situation des Staatskonzerns Anfang der 1960er Jahre; vgl. Colitti, Energia e sviluppo, S. 236 f.; Maugeri, L'arma del petrolio, S. 307. Italo Pietra, langjähriger Gefährte Matteis und Chefredakteur der ENI-Zeitung Il Giorno, Benito Li Vigni und Nico Perrone schätzen die ENI-Finanzlage weit weniger dramatisch ein; vgl. Pietra, Mattei. La Pecora Nera, S. 203 ff.; Li Vigni, Il Caso Mattei, S. 19; Perrone, Enrico Mattei, S. 141.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nanznot, die die ENI gezwungen habe, das billige sowjetische Öl gegen alle politischen Bedenken zu importieren[167].

Umgekehrt argumentierten andere Kritiker: Als Staatsunternehmen habe die ENI besonders leichten Zugang zu Kapital. Zudem erziele sie durch die vom Staat eingeräumte Monopolstellung auf dem italienischen Festland vor allem für Erdgas Monopolgewinne. Über den Rechnungsabschluss des Unternehmens zum 30. April 1961 schrieb etwa die *Neue Zürcher Zeitung*, dieser lasse

> „den von der Staatsholding dank ihrer Vorzugsstellung im Erdgasgeschäft erzielten Reingewinn, der sich aus der Differenz zwischen den Kosten und dem Verkaufspreis zusammensetzt, nicht erkennen. Letzterer ist nach wie vor an den überhöhten und hochbesteuerten Heizölpreis gebunden. Aus dem auf einige Dutzend Milliarden geschätzten Monopolgewinn schöpft die Staatsholding die Mittel für den Ausbau der Gruppe und für Kreditfinanzierungen."[168]

Der schon zitierte Artikel in *Christ und Welt* vom Februar 1961 verknüpfte unter der Zwischenüberschrift „Wenig Kapital für gigantische Projekte" alle genannten Einwände. Allein die Kosten für die Pipeline Genua-Ingolstadt und die Raffinerie in Ingolstadt beliefen sich auf 750 Mio. DM. „Ohne Staatsgarantie", so das Fazit, „wird die ENI angesichts ihrer Bilanz keine Anleihe erhalten." Eine Staatsgarantie aber sei von Bayern nicht zu bekommen, und der „italienische Staat ist bei der ENI schon so stark engagiert und die Kapitalkraft Italiens ist so beschränkt, daß Mattei mit den bisherigen Finanzierungsmethoden bei seinem süddeutschen Projekt auf sehr schwachen Füßen steht"[169].

Schacht verfolgte aufmerksam alle Berichte über die ENI-Finanzen und über die Südpetrol-Projekte, die dazu angetan waren, die Kreditwürdigkeit der Unternehmen zu beeinträchtigen. Dabei trieb ihn vor allem die Sorge einer finanziellen Überbeanspruchung der ENI um. Nachdem sein Vertrauensverhältnis zu Mattei durch den Südpetrol-Konflikt Anfang 1961 Schaden genommen hatte, sah Schacht im Kapitalbedarf des Projekts die Chance, sich noch einmal nützlich zu machen. Er unterbreitete Mattei seine Überlegungen zur Finanzierung des wachsenden Kapitalbedarfs der Südpetrol in einem vierseitigen Brief, der es verdient,

[167] Vgl. Maugeri, L'arma del petrolio, S. 223.

[168] „Die Expansion der ENI-Staatsholding", in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. 8. 1961, hier zit. nach Zeitungsausschnitt in: Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †. Vgl. auch „Oil Emperor of Italy: Enrico Mattei", in: New York Times vom 6. 1. 1958, S. 5. Dechert, Ente Nazionale Idrocarburi, S. 8, schätzte den Gewinn der ENI aus dem in der Poebene geförderten Erdgas für 1960 auf 20–25 Mrd. Lire (134 bis 168 Mio DM zum Jahresdurchschnittskurs für 1960). Auch Colitti, Energia e sviluppo, S. 112 f., betont, dass für Mattei im kapitalarmen Nachkriegsitalien die Eigenfinanzierung der Kapitalinvestitionen über die Erdgasförderung in der Poebene von Anfang an die zentrale Rolle spielte, ja dass diese Möglichkeit für Mattei eines der wichtigsten Motive dafür war, sich für die Eingliederung des staatlichen Regiebetriebs AGIP in den ENI-Verbund einzusetzen.

[169] „Enrico Mattei – Schrittmacher für Sowjetöl. Aufmarsch zur Ölschlacht", in: Christ und Welt vom 17. 2. 1961, S. 12.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ausführlicher zitiert zu werden, nicht zuletzt als Beispiel des bis dahin gepflegten persönlichen Umgangsstils[170].

> „Lieber Herr Mattei,
> Dass Sie wegen Ihres Fieberanfalls nicht nach München [zur Aufsichtsratssitzung der Südpetrol AG am 6. September 1961) kommen konnten, habe ich diesmal ganz besonders bedauert. Sie kennen meine Sympathie für Sie und wissen, dass mir an Ihrem Wohlbefinden und an Ihrer Gesundheit ernstlich gelegen ist. Ich hoffe, dass Sie sich wieder erholen und in Ihrer bewundernswerten Arbeit fortfahren können.
> Gern hätte ich mich in München mit Ihnen über die Angelegenheiten der Südpetrol mündlich unterhalten. Wenn ich auch weiß, dass Sie alle Ihre Geschäfte aus eigener Überlegung und Kraft zu meistern in der Lage sind, so ist Ihnen doch vielleicht über die deutschen Verhältnisse ein Hinweis gelegentlich willkommen. Ich darf mir deshalb die Freiheit nehmen, nachstehend ein paar Bemerkungen zu machen über die kommende Finanzpolitik der Südpetrol."

Nötig sei eine Zwischenfinanzierung, da eine „langfristige Obligationen-Ausgabe auf dem deutschen Markt" keinesfalls möglich sei, „bevor die Raffinerie Ingolstadt in Betrieb genommen und die Pipeline von Genua angeschlossen ist". Dafür gebe es vier Optionen: zum einen Eigenmittel der ENI-Gruppe, zum zweiten umfangreiche Lieferantenkredite der am Bau von Pipeline und Raffinerie beteiligten deutschen Großunternehmen. „Ein derartiger Zahlungsaufschub ist bei der deutschen Industrie gang und gebe. Die Industriellen finanzieren sich währenddessen durch ihre Hausbanken. Obwohl die drei Großbanken [Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank] vermutlich jedem Direktkredit an die Südpetrol oder an die ENI abgeneigt sein werden wegen ihrer Verbindungen mit den amerikanischen Ölgesellschaften, können sie sich keineswegs einer Kreditfinanzierung an die deutsche Großindustrie entziehen." Falls, drittens, zusätzlich zu den Lieferantenkrediten ein Bankkredit nötig würde, wolle er, Schacht, sich darum bemühen. Viertens könne man „die Placierung eines etwa fünfjährigen Darlehens an die Südpetrol in der Form der sogenannten Schuldscheine" durch „eine der großen Geldmaklerfirmen" erwägen, „die dieses Geschäft jahrelang erfolgreich betrieben haben, als die Großbanken diese Methode noch ablehnten und sie den Maklern vergeblich zu unterbinden suchten"[171].

Schacht schloss:

> „Ich hoffe, lieber Herr Mattei, dass Sie mich nicht für zudringlich halten, wenn ich Ihnen die vorstehenden Ausführungen mache, aber Sie wissen, dass ich an dem Erfolg Ihres süddeutschen Unternehmens auf das stärkste interessiert bin

[170] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Schacht an Mattei vom 11. 9. 1961. Schachts „Bemerkungen" hatten zwei Teile, „A. Südpetrol in Bayern" und „B. Südpetrol in Württemberg", von denen hier nur auf Teil A eingegangen wird.

[171] Gemeint war die Firma des Finanzmaklers Rudolf Münemann.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und ich möchte es nicht versäumt haben, Ihnen meine Ansichten bekanntzugeben auch auf die Gefahr hin, dass Sie davon keinen Gebrauch machen. In jedem Falle wissen Sie, dass ich für alle Aufgaben, die Ihnen in diesem Zusammenhang erwachsen, verfügbar bin.
Mit nochmaligen besten Wünschen für Ihre Rekonvaleszenz bin ich, wie immer,
Ihr sehr ergebener"

Mattei antwortete ihm einen Monat später freundlich, aber ohne auf Schachts Vorschläge konkret einzugehen. Er dankte ihm für seine Anteilnahme an seiner Gesundheit und „für den Inhalt Ihres Briefes [...] und zwar, sowohl für die Informationen, als auch für die Betrachtungen, in denen Sie Ihren Standpunkt darlegen, einen Standpunkt, den ich, wie Sie wissen, sehr hoch schätze." Zugleich stellte er aber klar, „dass alle [im Südpetrol-Aufsichtsrat geäußerten] Unsicherheiten und Zweifel hinsichtlich der Finanzierung des Programms der Südpetrol unbegründet und – gestatten Sie mir, es auszusprechen – angesichts des wirtschaftlichen Potentials der ANIC und der SNAM auch wenig rücksichtsvoll waren"[172].

Von dem mit 190 Mio. DM bezifferten Kapitalbedarf der Südpetrol AG für die Pipeline von der deutsch-österreichischen Grenze nach Ingolstadt und den Bau der dortigen Raffinerie wurden schließlich 50 Mio. DM von den beiden ENI-Aktionären der Südpetrol, ANIC und SNAM, aufgebracht. Zehn Millionen sagten die bayerischen Konsortialbanken als Kredit zu. Die restlichen 130 Mio. DM sollten die beiden ENI-Gesellschaften selbst auf dem deutschen Kapitalmarkt aufnehmen und der Südpetrol zur Verfügung stellen. Auf dieser Grundlage begann Schacht, sich um eine Teilfinanzierung der 130 Mio. DM zu bemühen, indem er mit dem Finanzmakler Rudolf Münemann Kontakt aufnahm[173]. Aber selbst hier sah er sich bald von der ENI auf die Seite geschoben und übergangen, wie einem Brief an Mattei vom Januar 1962 zu entnehmen ist.

Dieser Brief lässt keine Zweifel daran, dass sich das persönlichen Verhältnis der beiden abgekühlt hatte. Schacht schrieb, nach der für seine Briefe an den ENI-Chef eher unüblichen formellen Anrede „Sehr geehrter Herr Mattei":

„Ich bedauere lebhaft, dass mir keine Gelegenheit gegeben wurde, vor der Aufsichtsratssitzung mich mit Ihnen oder mit dem Vorstand der Südpetrol zu unterhalten. Ich habe mich sogleich nach der Aufsichtsratsitzung mit dem größten Finanzmakler, den wir in Deutschland haben, Herrn Münemann, in Verbindung gesetzt und die Möglichkeiten mit ihm besprochen, die für die Finanzierung der weiteren Südpetrolaufgaben in Frage kommen. [...]
Schon in einem früheren Stadium hatte ich gelegentlich dem Vorstand der Südpetrol den Namen Münemann genannt. Ich höre nun, dass von Ihrer Seite mit Herrn Münemann die Fühlung aufgenommen worden ist, wovon ich leider durch den Vorstand der Südpetrol nicht unterrichtet wurde.

[172] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Mattei an Schacht vom 17. 10. 1961.
[173] Ebenda, Brief Schacht an Kovacs vom 17. 12. 1961.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> Es liegt mir natürlich völlig fern, sehr verehrter Herr Mattei, in Ihre Dispositionen einzugreifen, aber ebenso, wie Sie bei der Gewinnung des Marktes kaufmännische Mitarbeiter nicht entbehren sollten, würde ich auch bei Beanspruchung des deutschen Finanzmarktes es für nützlich halten, wenn Sie die Erfahrung und die Kenntnisse Ihrer deutschen Freunde in Anspruch nehmen würden. Die Finessen auf diesem Gebiet sind noch wesentlich delikater als auf dem Raffineriemarkt. Ich habe deshalb auch den beiden Banken der Südpetrol nichts davon gesagt, dass ich die Fühlung mit Herrn Münemann aufgenommen habe oder aufnehmen wolle. Ich darf mit der Versicherung schließen, dass ich als Ihr bester Freund in Deutschland auch weiterhin jederzeit bereit bin, wenn Sie über meine Dienste verfügen wollen."[174]

Schacht spielte damit auf das in der Tat eher feindliche Verhältnis zwischen Münemann und den deutschen Banken an. Auf diesen Brief erhielt Schacht von Mattei keine Antwort. Seine Korrespondenz zu 1962 enthielt noch einige Briefe an Mattei, das Öl- und Gasgeschäft betreffend, auch sie aber ohne Erwiderung.

1962 war das Fundament der Geschäftsbeziehung zwischen Mattei und Schacht zerbrochen. Das Angebot seiner Dienste „als Ihr bester Freund in Deutschland" stieß bei Mattei auf keine Gegenliebe mehr. Diese Entwicklung war auf mehrere Gründe zurückzuführen; nicht alle hatte Schacht zu verantworten.

Für Mattei brachte das Jahr 1962 massive politische und wirtschaftliche Herausforderungen, hinter die die Probleme in Bayern zurücktraten. Die Spannungen mit seinem Stellvertreter Cefis über die Unternehmenspolitik verstärkten sich, so dass dieser im Februar 1962 auf Drängen von Mattei den Konzern verließ. Zudem verschärfte sich der Konflikt mit der italienischen Esso-Gesellschaft, die sich weigerte, in den gemeinsam mit der ENI betriebenen STANIC (Standard Oil-ANIC)-Raffinerien sowjetisches Öl verarbeiten zu lassen. Auch innenpolitisch geriet Mattei zunehmend unter Druck. In einer Serie von vier Artikeln im *Corriere della Sera* kritisierte Indro Montanelli im Juli 1962 scharf die seiner Ansicht nach unwirtschaftliche Unternehmensführung der ENI, für die er als Beispiel auch die CEL und die Ingolstädter Raffinerie nannte. Aber Montanelli griff auch Mattei selbst und seinen Einfluss auf die italienische Politik heftig an. Die Artikelserie erregte erhebliches Aufsehen[175], so dass Mattei sich genötigt sah, in einem umfangreichen Leserbrief zu antworten[176]. Gleichwohl war er durch diese Kritik und ihr großes öffentliches Echo geschwächt[177]. Um zumindest an der geschäftlichen Front eine Entspannung herbeizuführen, verhandelte er einerseits intensiv, aber zunächst ergebnislos, mit dem Chef von Esso Italia, Vittorio Cazzaniga. Andererseits bemühte er sich auf politischer Ebene um amerikanische Unterstützung, wofür die Regierung Kennedy offener schien als die Eisenhower-Administration.

[174] Ebenda, Brief Schacht an Mattei vom 23. 1. 1962.
[175] Vgl. Li Vigni, Il Caso Mattei, S. 48 f.
[176] Vgl. Enrico Mattei, Lettera in replica ad alcuni articoli di Indro Montanelli, in: Corriere della Sera vom 27. 7. 1962, wiederabgedruckt in: Mattei, Scritti e discorsi, Dokument 174.
[177] Vgl. Li Vigni, Il Caso Mattei, S. 50, und Emiliani, Gli anni del „Giorno", S. 142 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Seine Gespräche mit US-Regierungsvertretern führten dazu, dass das State Department die Konzernführung von Esso aufforderte, Mattei entgegenzukommen[178]. Am 21. Oktober 1962 konnte schließlich eine Vereinbarung zwischen ENI und Esso Italia über die Lieferung von Esso-Rohöl an die ENI erreicht werden. Für die zweite Novemberhälfte war eine Reise Matteis in die USA angesetzt, mit einem Termin bei Kennedy, von dem ein Ende des Konflikts der ENI mit den USA und den US-Ölgesellschaften erwartet wurde. Doch noch vor der Unterzeichnung des Abkommens zwischen ENI und Esso Italia und vor seinem USA-Besuch kam Mattei beim Absturz seines Privatflugzeugs am 27. Oktober 1962 ums Leben.

Schacht leistete sich unterdessen einen selbst für die Beteiligten schwer zu durchschauenden Konflikt mit der Südpetrol AG, der sich an der Gründung der Erdölraffinerie Ingolstadt AG (ERIAG) entwickelt hatte[179]. Schacht sah sich schließlich von den bayerischen Banken faktisch aus ihrem Konsortium ausgeschlossen und auch auf der italienischen Seite fand er kein Verständnis für seine kompromisslose Haltung. Quasi als letzte Instanz wandte sich Schacht in dieser Sache im September 1962 noch einmal an Mattei. Sein Brief zeigt durch den Ton der hilflosen Beschwerde, wie sehr er sich durch die Nichtachtung seiner Interessen getroffen fühlte[180]. Er beschwerte sich, der Vorstand der Südpetrol habe auf der Hauptversammlung der ERIAG am 12. April 1962

> „Beschlüsse gefasst, durch die der Eigentumsanspruch meiner Firma herabgemindert wurde. [...] Als Aufsichtsratsmitglied der Südpetrol habe ich die Pflicht, die korrekte Geschäftsführung der Firma zu überwachen. Als Geschäftsführer der Firma bin ich für die Verwaltung der Vermögensansprüche meiner Kapitalgeber verantwortlich. Höher aber als diese beiden Pflichten steht mir mein Wunsch und mein Versprechen, Ihnen, sehr verehrter Herr Mattei, ein ehrlicher Freund und Berater zu sein bei Ihrer Aufgabe in einem Lande, dessen Verhältnisse Ihnen naturgemäß nicht so vertraut sein können, wie in Ihrem eigenen Lande."

Mattei antwortete ihm am 23. 10. 1962 freundlich, aber in der Sache unverbindlich:

> „Sehr verehrter Herr Dr. Schacht,
> Ihren liebenswürdigen Brief vom 5. September [...] habe ich bestens erhalten. Sowohl Avv. Sette als auch Ing. D'Amelio berichteten mir seinerzeit über Ihre An-

[178] Die Gespräche Matteis mit US-Regierungsvertretern, so 1961 mit Averell Harriman, im Frühjahr 1962 mit George Ball, verschiedentlich mit dem US-Botschafter in Rom, Reinhardt, werden vor allem von Maugeri, L'arma del petrolio, S. 274–291, ausführlich dokumentiert, der darin einen Beweis sieht, dass Mattei in seinen letzten Lebensmonaten unter dem Druck der finanziellen und politischen Gegebenheiten nun endlich zu einer gegenüber den USA und den großen Ölgesellschaften positiveren Haltung gefunden habe.

[179] Korrespondenz und Vermerke zu dem Konflikt sind in einem eigenen Ordner „Südpetrol – Krach, Verträge" archiviert.

[180] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Schacht an Mattei vom 5. 9. 1962.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sichten und Ihre Wünsche im Hinblick auf eine Lösung, die Sie als den Interessen Ihrer Bank entsprechend beurteilten.
In diesem Sinne gab ich Anweisung, der von Ihnen vorgeschlagenen Lösung zuzustimmen. Ich hoffe, auf diese Weise auch im Sinne unserer herzlichen Beziehung gehandelt zu haben. [...]
Aus Ihrem Schreiben erfuhr ich die weitere Entwicklung der Angelegenheit und nahm Ihre freundliche Anregung zur Kenntnis, die Direktion zu veranlassen, die Frage in rechtlich einwandfreier Weise zu regeln.
Indem ich Ihnen für Ihre liebenswürdigen Bemühungen sehr zu Dank verpflichtet bleibe, übersende ich Ihnen in alter Freundschaft meine herzlichsten Grüsse,
Ihr sehr ergebener"[181]

Geschrieben vier Tage vor Matteis Tod, war dies sein letzter Brief an Schacht.

7. Bitterer Ausklang: Schacht und die ENI nach Matteis Tod

Der Tod Matteis war für Schacht ein schwerer Schlag. Er nahm an der Trauerfeier in der Kirche „Il Gesù" am 30. Oktober 1962 in Rom teil: „Unter den ersten Ankommenden, nach der Öffnung des Tores, La Pira, der sich in einer Ecke hinkniet, den Kopf zwischen den Händen, und Schacht, aufrecht und starr, wie ein Denkmal seiner selbst."[182]

Bereits bei Matteis Beerdigung dürfte Schacht erfahren haben, wer dessen Nachfolge antreten würde. Formell wurde Maurizio Boldrini neuer ENI-Präsident, doch faktisch führte der sogleich wieder als Vizepräsident der ENI eingesetzte Eugenio Cefis die Unternehmensgeschäfte, der für eine radikale Neuorientierung des Konzerns weg von ihrem früheren, zuletzt schon von Mattei nicht mehr konsequent verfolgten wirtschaftsnationalistisch-antiwestlichen Kurs stand.

Schon eine Woche nach Matteis Beerdigung schrieb Schacht an Cefis, den er als „aktive[n] Nachfolger unseres hochverehrten Präsidenten Mattei" begrüßte. Er erinnerte daran, er habe „in der Frage der Gewinnung des süddeutschen Marktes für die ENI mit dem Verstorbenen auf das engste zusammengearbeitet", und gab „der Hoffnung Ausdruck, dass diese Zusammenarbeit in der Südpetrol auch in Zukunft gute Früchte tragen möge"[183]. Cefis beauftragte ihn zwar, sich weiter um die Finanzierung der bayerischen ENI-Investitionen auf dem deutschen Kapitalmarkt zu kümmern[184], und ENI-Finanzvorstand Salvatore Pisarri, der seit jenem ersten Zusammentreffen zwischen Schacht und Mattei vor allem in Finanzfragen ein vertrauter Kontaktmann für Schacht war, blieb sein direkter Ansprechpartner. Jedoch wurde er nun unter Cefis zum weisungsabhängigen Übermittler bereits feststehender Entscheidungen degradiert.

[181] Ebenda, Brief Mattei an Schacht vom 23. 10. 1962.
[182] Pietra, Mattei. La pecora nera, S. 217.
[183] Schacht-Akten/Südpetrol – ENI †, Brief Schacht an Cefis vom 7. 11. 1962.
[184] Schacht-Akten/ENI-Anleihe Münemann (v. Halle), Brief Cefis an Schacht vom 17. 12. 1962.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das machte Schachts Verhandlungen mit Rudolf Münemann über ein Schuldscheindarlehen schwierig und umständlich. Letztlich scheiterten sie jedoch daran, dass wegen der Lindauer Trassenprobleme eine Inbetriebnahme der CEL und der Ingolstädter ENI-Raffinerie nicht absehbar war. Am 12. Februar 1964 schrieb Schacht alarmiert an Pisarri:

> „Ich gebe mir die größte Mühe, die Anleiheangelegenheit voranzutreiben. Leider läßt mich die ENI immer wieder im Stich. Sie haben davon gehört, daß der Bau der Pipeline bei Lindau am Bodensee unterbrochen ist. Es wird nicht möglich sein, einen Anleiheantrag genehmigt zu bekommen, für die die Pipeline mithaftet, wenn diese Pipeline nicht funktionsfähig hergestellt ist."[185]

Pisarri antwortete ihm, er bedauere, „dass die Unterbrechung des Baues der Oelleitung bei Lindau auch die Weiterführung der Verhandlungen über die geplante Anleihe verhindert". Er könne „nichts anderes sagen, als die weitere Behandlung der Anleihe bis zur Fertigstellung der Pipeline zu vertagen"[186].

Mit diesem Brief endet die Korrespondenz zwischen Pisarri und Schacht, soweit sie in dessen Akten dokumentiert ist. Für Schacht war damit auch seine aktive Rolle bei der Expansion der ENI nach Bayern an ihr Ende gekommen. In seiner letzten Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der AGIP AG wurde er von deren aus Mailand gesteuerter Geschäftsleitung weitgehend ignoriert.

Folgerichtig erklärte er am 29. Juni 1964 seinen Rückzug aus dem Aufsichtsrat, allerdings nicht ohne noch ein letztes Mal in seinem Leben aus seinem Rücktritt eine Abrechnung mit den Fehlern der Anderen zu machen. In einem vierseitigen Brief, diesmal nicht an Cefis, sondern an ENI-Präsident Boldrini, rechtfertigte er seinen Schritt ausführlich mit dem Verhalten des Vorstands der AGIP AG[187].

Schachts Brief ist geprägt von einer Aufzählung seiner Verdienste um das ENI-Projekt in Bayern, von nostalgischen Reminiszenzen an Enrico Mattei und seine engen Kontakte zu ihm sowie von Verbitterung wegen der Nichtachtung, die ihm zuletzt zuteil gewordenen war. Methodisch listete Schacht hierzu mehrere Beispiele auf und beendete jedes davon mit der dramatischen Feststellung, er sei „nicht bereit und wünsche nicht[188], für Pflichtverletzungen des Vorstandes Verantwortung zu übernehmen, seinen guten Namen als Geschäftsmann durch die Verschleierung wichtiger Tatsachen kompromittiert zu sehen, sich unter Druck setzen zu lassen, seine internationalen Kontakte durch Nichtachtung seiner Partner beschädigen zu lassen.

Boldrini antwortete ihm auf seinen Brief drei Monate später eher kühl. Er bedankte sich „dafür, dass Sie mir Ihre Gedanken ausführlich und detailliert dargelegt haben", wies Schachts Klagen aber als unberechtigt zurück. Boldrini stellte klar: „Ich kann offen gesagt Ihr Urteil über unsere Aktivitäten in Deutsch-

185 Ebenda, Brief Schacht an Pisarri vom 12. 2. 1964.
186 Ebenda, Brief Pisarri an Schacht vom 17. 2. 1964.
187 Schacht-Akten/ENI, Brief Schacht an Boldrini vom 4. 8. 1964 (in italienischer Sprache).
188 Im Original: „Io non sono in condizioni e non desidero".

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

land nicht teilen. Schwierigkeiten gab es und wird es geben, aber sie sind nicht alle der italienischen Seite zuzurechnen: Wir sind, wie Sie wissen, auf unerwartete und unberechtigte Widerstände und unbegründete Voreingenommenheiten gestoßen."[189]

Hjalmar Schacht war mit diesem unglücklichen Abschluss seiner Zusammenarbeit mit der ENI in seinem 88. Lebensjahr an das Ende seiner letzten beruflichen Station gelangt. Vor allem die anfangs enge und vertrauensvolle Beziehung zu Enrico Mattei war für ihn menschlich wertvoll und finanziell ein später Glücksfall.

Aber war die Verbindung zu Schacht und die Schlüsselstellung, die ihm Mattei vor allem in den ersten Jahren bei der Realisierung des bayerischen Expansionsprojekts der ENI eingeräumt hatte, auch für die ENI per Saldo ein Gewinn?

Schacht hat Mattei, wenn er denn überhaupt so viel Einfluss auf ihn hatte, in seiner Strategie und seinem gegenüber den anderen Ölgesellschaften oft konfrontativen Vorgehen meist eher bestärkt als gebremst. Beide waren sich vielleicht allzu einig in ihrem Verständnis der Ölindustrie als einer strategischen Industrie und darin, dass auf diesem Feld die nationale Autonomie gegenüber den großen Ölgesellschaften der westlichen Alliierten, namentlich der USA und Großbritanniens, zu verteidigen sei. Über dem gemeinsamen Vorgehen gegen diese „großen Feinde" haben wohl beide die vielen kleinen Widrigkeiten bei der Umsetzung des bayerischen ENI-Projekts aus dem Blick verloren. Immerhin war sich Schacht dieses Mankos bewusst und hatte deshalb frühzeitig die Einsetzung eines fähigen deutschen Projektmanagers der ENI in Bayern gefordert. Doch diese Stelle blieb zum Schaden des italienischen Staatsunternehmens unbesetzt.

[189] Schacht-Akten/ENI, Brief Boldrini an Schacht vom 13. 11. 1964 (in italienischer Sprache).

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Gab es doch eine Alternative zur restriktiven Finanz- und Haushaltspolitik der von Heinrich Brüning geführten Präsidialkabinette? Hätte Weimars Ende vielleicht verhindert werden können, wenn der Reichskanzler nicht so stur gewesen wäre und ein französisches Kreditangebot akzeptiert hätte? Paul Köppen bejahte diese Fragen in der Juliausgabe 2014 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Knut Borchardt, einer der international angesehensten deutschen Wirtschaftshistoriker, entzieht Köppens Thesen die Grundlage; er weist nach, dass es ein französisches Kreditangebot nicht gegeben hat.

Knut Borchardt

Eine Alternative zu Brünings Sparkurs?

Zu Paul Köppens Erfindung französischer Kreditangebote

I.

In der nun schon mehr als dreißig Jahre andauernden Debatte über Zwangslagen und Handlungsspielräume der deutschen Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre[1] sind ausgiebig denkbare Alternativen zum Sparkurs der Regierung Brüning diskutiert worden. Vielleicht hätte das Schicksal der Weimarer Republik gewendet, Hitler vermieden werden können? Dabei herrschte alsbald Einvernehmen darüber, dass das Reich seine regelmäßig auflaufenden Haushaltsdefizite nicht mehr – wie in der Aufschwungsperiode 1924–1929 – nach Bedarf mit Krediten habe abdecken können und dass die Regierung deshalb zum Sparkurs mit seiner deflatorischen Wirkung gezwungen gewesen sei[2].

[1] Ausgelöst wurde sie durch meinen Vortrag „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1979, München 1979, S. 87–132; wieder abgedruckt u. a. in: Knut Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165–182 u. S. 265–283; englische Fassung in: Knut Borchardt, Perspectives on Modern German Economic History and Policy, Cambridge 1991, S. 143–160 u. S. 238–258. In der von Paul Köppen verwendeten Fassung, in: Michael Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein/Ts. 1980, S. 318–338, ist der Anmerkungsteil erheblich verkürzt, worauf dort ausdrücklich hingewiesen wird.

[2] Zur Tatsache und den Gründen fehlender Kredite vgl. u. a. Harold James, The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924–1933. A Study of the Politics of Economics during the Great Depression, Frankfurt a. M. 1985, S. 95–135; Theo Balderston, The Origin and Course of the German Economic Crisis. November 1923 to May 1932, Berlin 1993; Ursula Bachmann, Reichskasse und öffentlicher Kredit in der Weimarer Republik 1924–1932, Frankfurt a. M. u. a. 1996; Albrecht Ritschl, Reparation transfers, the Borchardt hypothesis, and the Great Depression in Germany 1929–1932: a guided tour for hard-headed Keynesians, in: European Review of Economic History 2 (1998), S. 49–72; ders., Deutschlands Krise und Konjunktur

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0012

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Umso überraschender ist die Veröffentlichung des Artikels „‘Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen.‘ Heinrich Brünings Spardiktat und die Ablehnung der französischen Kreditangebote 1930/31“ von Paul Köppen in dieser Zeitschrift[3]. Schon in der vorangestellten Zusammenfassung wird der Eindruck erweckt, es habe die Möglichkeit eines anderen Kurses, eine „Alternative“ gegeben. Köppen meint, in den Akten den Beweis für Kreditangebote von französischer Seite gefunden zu haben. Brüning sei nur nicht darauf eingegangen. In seinem Aufsatz befasst sich der Autor dann vor allem mit der Frage, warum Brüning die Angebote nicht angenommen hat. Er kommt zum Ergebnis, dass Brünings restriktive Finanzpolitik „weniger mit Zwangslagen als mit Taktik zu tun“ hatte[4]. Das führt die Diskussion auf den Stand vor der Eröffnung der sogenannten „Borchardt-Kontroverse“ zurück[5].

Im Folgenden soll es vornehmlich um die Behauptung gehen, von der alles Weitere bei Köppen abhängt: Es habe französische Kreditangebote gegeben, die es Brüning möglich gemacht hätten, auf seine restriktive Finanz-, insbesondere Haushaltspolitik zu verzichten und somit „die sozialen und ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise zumindest abzumildern“, wie es in der Zusammenfassung heißt[6]. Es ist leider nicht der Platz, hier auch nachzuholen, was Köppen versäumt, nämlich die Geschichte der realen Gründe für die Zwangslage in den Blick zu nehmen, also die Ursachen und den Charakter der finanzwirtschaftlichen Probleme. Darauf müsste sich aber jemand einlassen, der von einer Alternative spricht. Freilich, Köppen gibt am Ende zu, dass es „zu einem guten Stück spekulativ“ bleibt, „ob und inwieweit die französischen Kredite den Gang der Geschichte hätten ändern können“. Doch steht für ihn fest: „Es war nicht zuletzt die frühe Festlegung Brünings auf sein finanzpolitisches Krisenkonzept, die in Berlin eine gründlichere Abwägung der französischen Stabilisierungsbemühungen verhinderte.“[7]

Merkwürdigerweise wird in der dem Text vorangestellten Zusammenfassung von „Kreditangeboten auf dem Höhepunkt der Krise“ gesprochen. Dabei behandelt Köppen doch ausdrücklich französisch-deutsche Kontakte in der Anfangszeit der Regierung Brüning von Juli 1930 bis März 1931[8]. Damals steckte Deutschland zwar schon seit einem Jahr in einer Schuldenkrise, aber noch niemand hat die

1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002; ders., Reparations, Deficits, and Debt Default: The Great Depression in Germany, in: Nicholas Crafts/Peter Fearon, The Great Depression of the 1930s. Lessons for Today, Oxford 2013, S. 110–139.

[3] VfZ 62 (2014), S. 349–375.

[4] Ebenda, S. 355.

[5] Dies geschieht anscheinend absichtlich, denn Köppen beendet seinen Aufsatz mit dem Hinweis auf den kritischen Artikel von Carl-Ludwig Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?, in: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 605–631, mit dem 1982 die Kontroverse eröffnet worden ist.

[6] Köppen, Brünings Spardiktat, S. 349.

[7] Ebenda, S. 372.

[8] Insofern ist ihm zuzustimmen, dass in dieser Zeit die Haushaltsnöte hätten behoben werden müssen, wenn überhaupt an eine Änderung der von der Vorgängerregierung ererbten Sparpolitik zu denken gewesen wäre.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dramatik des weiteren Krisenverlaufs geahnt. „Auf dem [späteren] Höhepunkt der Krise", nämlich in der Banken- und Währungskrise im Juli 1931, hat es tatsächlich ein Kreditangebot Frankreichs gegeben. Auf dieses geht Köppen auf den letzten zwei Seiten ein, ohne auch nur näherungsweise den so ganz anderen Kontext – und den erreichten Forschungsstand – zu beachten. Weil die französische Idee einer internationalen Anleihe nicht dem Zweck hätte dienen können, Brüning einen weniger deflationären Kurs zu ermöglichen, kann sie in der Diskussion darüber, ob es eine Alternative zu Brünings Sparpolitik gegeben habe, außer Betracht bleiben[9].

II.

Wenn von Kreditangeboten die Rede ist, die Brüning einen weniger deflationären Kurs hätten ermöglichen sollen, erwartet man (zumindest der Ökonom) unter anderem Antwort auf folgende Fragen:

1. Wer sollte das Kapital geben, die französische Regierung bzw. das Parlament, französische Banken oder das französische Publikum als Zeichner von öffentlich aufgelegten Anleihen?
2. Wer war als Empfänger solcher Gelder gedacht? Die Reichsregierung und/oder mit deren Haushalt verbundene Länder, Gemeinden, Unternehmen in öffentlicher oder privater Hand?
3. Um welche Summen könnte es gegangen sein? Angesichts der erheblichen Lücken in der Deckung der Haushalte konnten nur hohe Beträge helfen.
4. An welche Laufzeiten hat man gedacht? So wie die Dinge lagen, war kurzfristiger Kredit in Hinblick auf einen erwünschten Strategiewechsel keine Lösung. Wenn aber längerfristig, wie lange?

Angesichts der Bedeutung der Behauptung von französischen Kreditangeboten ist es verwunderlich, dass sich Köppen in seinem Aufsatz mit keiner dieser Fragen befasst hat. Vielmehr stützt er sich auf ein einziges Dokument, den Bericht des deutschen Botschafters in Paris über ein 2 ½ stündiges Gespräch am 9. Juli 1930 mit Ministerpräsident Tardieu, Außenminister Briand und dem Generalsekretär des Außenministeriums Berthelot[10].

[9] Köppen übersieht hier auch die Ablehnung der französischen Idee durch die Regierungen und Notenbanken der USA und Englands. Vgl. u. a. Edward W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, Cambridge/MA 1962. Statt vieler Belege aus den Akten vgl. Vermerk des Staatssekretärs Pünder über eine Unterredung des Reichskanzlers mit dem amerikanischen Botschafter Sackett, 29. 7. 1931, in: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Brüning I u. II, hier Bd. 2, bearb. von Tilman Koops, Boppard 1982, S. 1453 f.

[10] Vgl. Telegramm des Botschafters in Paris von Hoesch an das Auswärtige Amt v. 9. 7. 1930, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie B: 1925–1933, bearb. von Peter Grupp u. a., Göttingen 1980, hier Bd. XV: 1. Mai bis 30. September 1930, Nr. 129, S. 312–315. Nachfolgend wird bei Zitaten aus den ADAP der Hinweis auf die Serie fortgelassen. Dieses Dokument ist in der Forschung schon vielfach zitiert worden, ohne dass ein Kreditangebot erkannt worden wäre.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Leider ist es nötig, genauer darauf einzugehen, was Köppen über den Inhalt des Gesprächs schreibt, und dies mit dem Originaltext zu vergleichen. Zu dem hier interessierenden Teil des Botschafterberichts schreibt Köppen:

> „Zum einen äußerten der französische Ministerpräsident André Tardieu, sein Außenminister Briand und dessen Staatssekretär Philippe Berthelot etwas überraschend ihr aufrichtiges Verständnis für die neue deutsche Rhetorik, weil man die Notwendigkeit anerkannte, dass Kanzler Brüning auf die ‚Stimmung im deutschen Volk Rücksicht zu nehmen' habe, zum anderen sprachen sie unerwartet über Geld: Wie von Hoesch sofort nach Berlin telegrafierte, wies Tardieu darauf hin, dass augenblicklich etwa 25 Milliarden Franken kurzfristiger Kredite in Deutschland umliefen, und ausdrückte Bedauern, daß diese Kredite ohne Oberaufsicht und Regelung durch die beiderseitigen Regierungen normalerweise ihren Weg über die Schweiz und Holland nähmen, wobei die Zwischenhändler große Gewinne einsteckten, während Frankreich geringe Zinsen vergütet erhalte und Deutschland hohe Zinsen zahlen müsse. Folgerichtig offerierte die französische Seite eine ‚direkte Verständigung zwischen den Regierungen unter Beiziehung von Sachverständigen über direkte Gewährung solcher kurzfristigen Kredite von französischen Banken an deutsche Geldinstitute."[11]

Ohne sich näher mit dem Inhalt und der Bedeutung des Berichteten zu befassen, nennt Köppen dies im Folgenden eine „Finanzspritze", ein „Angebot", „eine französische Finanzhilfe", eine „französische Kreditofferte"[12]. Wiederholt ist sogar von „Kreditangeboten" im Plural die Rede.

Vergleicht man Köppens Wiedergabe mit dem in den Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik abgedruckten Original, fallen zwei Dinge ins Auge: Erstens die tendenziöse Unvollständigkeit des Zitierten gegenüber dem von Hoesch an das Auswärtige Amt Telegraphierten und zweitens das Falsche der Behauptung, es habe sich hier um ein Kreditangebot gehandelt. Zum Beweis hier der vollständige Text:

> Es sei unbedingt nötig, „daß von Deutschland jetzt im Anschluß Räumungsvorgangs irgendein Auftakt im Sinne einer Anerkennung der französischen Loyalität und im Sinne eines Bekenntnisses zu der von Stresemann und Briand eingeleiteten und von Tardieu später mit aufgenommenen Verständigungspolitik erklingt. *Alsdann* werde der Weg offen sein, sich praktischen Fragen zuzuwenden.
> Als solche Fragen erwähnte Tardieu zunächst das Gebiet der Kreditgewährung an Deutschland. Er hinwies darauf, daß augenblicklich etwa 25 Milliarden Franken kurzfristiger Kredite in Deutschland umliefen, und ausdrückte Bedauern, daß diese Kredite ohne Oberaufsicht und Regelung durch die beiderseitigen Regierungen normalerweise ihren Weg über die Schweiz und Holland nähmen, wobei die Zwischenhändler große Gewinne einsteckten, während Frankreich geringe

[11] Köppen, Brünings Spardiktat, S. 351 f.
[12] Ebenda, u. a. S. 352 u. S. 354.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> Zinsen vergütet erhalte und Deutschland hohe Zinsen zahlen müsse. Er anregte direkte Verständigung zwischen den Regierungen unter Beiziehung von Sachverständigen über direkte Gewährung solcher kurzfristigen Kredite von französischen Banken an deutsche Geldinstitute. *Mein Hinweis darauf, daß für uns vor allem die Gewährung langfristiger Kredite interessant wäre, begegnete einer ziemlich zurückhaltenden Aufnahme.*"[13]

Es verdient meiner Meinung nach durchaus Beachtung, dass Tardieu den Beginn von Erörterungen zu dieser wie den anderen im Bericht von Hoesch genannten „praktischen Fragen" von Voraussetzungen abhängig gemacht hat, die nicht leicht und ganz sicher nicht umgehend zu erfüllen waren. „Alsdann" kann ja nicht heißen: „schon jetzt". Was sodann den Inhalt betrifft, hat Tardieu gewiss nichts angeboten, was Brüning in seinen Finanznöten hätte helfen können. Es ging dem Ministerpräsidenten allein um Kredite von und an Banken. Für die französische Regierung war es offensichtlich ein Ärgernis, dass französische Banken Kredite an in der Schweiz und in Holland domizilierende Banken (darunter auch solche in deutschem Besitz) gaben, die dann ihrerseits aus den erhaltenen Mitteln Kredite an Institute in Deutschland gewährten. Das gestaltete es für die französische Regierung schwieriger, den Verkehr politisch zu steuern. Gerade dieser Umstand machte aber den Charme für die deutsche Seite aus. Sie konnte deshalb keinerlei Interesse an dem französischen Vorschlag haben, sich an einer Kontrolle zu beteiligen – selbst dann nicht, wenn damit eine (kaum zu kalkulierende) Chance für mehr Bankkredit aus Frankreich verbunden gewesen sein sollte[14].

Weil er die Sache so gänzlich missversteht, kann sich Köppen darüber beklagen, dass Berlin erst spät und dann „mit auffallendem Desinteresse"[15] reagiert habe. Dabei hätte ihn eine genaue Lektüre des Erlasses von Staatssekretär von Bülow vom 7. August dazu bringen können, die Sorgfalt der Vorbereitung der Antwort und das Vernünftige, ja das Wegweisende in ihr zu erkennen[16]. Bülow hat nämlich neben guten Gründen dafür, der französischen Idee einer Regulierung

[13] Hoesch an Auswärtiges Amt v. 9. 7. 1930, in: ADAP, Bd. XV, Nr. 129, S. 313 (Hervorhebungen durch den Verfasser).

[14] James, The Reichsbank, S. 124, hat die Vermutung geäußert, Tardieu hätte die 25 Mrd. Francs = 4,1 Mrd. RM als Drohpotenzial genannt, was wohl nicht von der Hand zu weisen ist. Franz Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987, S. 173, erkennt richtig den Zweck einer potenziellen politischen Kontrolle kommerzieller Kreditströme. Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 81, hat im Bericht die Idee, „kurzfristige Kredite direkt über die Regierungen zu leiten", erkannt. Doch geht das wohl über das Gemeinte hinaus, wäre jedenfalls von deutscher Seite von vornherein undenkbar gewesen – nicht wegen nationalistischer Stimmen in Deutschland sondern wegen der hier bestehenden Wirtschaftsordnung, in der die Regierung nicht als Kreditvermittler vorgesehen war.

[15] Köppen, Brünings Spardiktat, S. 353.

[16] Vgl. Erlass von Staatssekretär von Bülow an Botschafter Hoesch vom 7. 8. 1930, in: ADAP, Bd. XV, Nr. 172, S. 430–437.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von Kreditströmen nicht näher zu treten, ausdrücklich eine Fortsetzung der von Hoesch geführten Gespräche auch in Hinblick auf die von Hoesch ins Spiel gebrachten langfristigen Kredite für erwünscht gehalten. Dazu gleich mehr.

In seiner ausführlichen Analyse des hinsichtlich französischer Kredite an deutsche Schuldner seinerzeit Bekannten hat Bülow die von Tardieu genannte Zahl von 25 Mrd. als weit übertrieben bezeichnet. Auch hätten sich deutsche Bankiers bei einer Umfrage an einer Ausdehnung kurzfristigen Kredits aus Frankreich nicht interessiert gezeigt. „Bei der politischen Unsicherheit der französischen Kredite und bei der Ungewißheit, wie die Geldmärkte sich später gestalten werden, möchten die deutschen Bankiers aber das gegenwärtig bestehende Verhältnis der Kreditaufnahme in Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und auf anderen Geldmärkten nicht in der Richtung einer stärkeren Engagierung in Frankreich verschieben."[17] Dass diese Sache auch den Franzosen eigentlich nicht dringlich erschien, konnte kurze Zeit später Botschafter Hoesch aus Paris berichten. In einem Gespräch habe Finanzminister Reynaud anerkannt, „daß Frage kurzfristigen Kredits für uns nur von geringem Interesse sei und daß wir die Gewährung langfristiger Gelder anstreben müssen"[18].

III.

Genau dies hatte Hoesch schon im Gespräch am 9. Juli vorgebracht (siehe den letzten Satz in seinem Telegramm), hierzu aber nur von „einer ziemlich zurückhaltenden Aufnahme" berichten können. Es ist mir völlig unerklärlich, weshalb Köppen diesen Satz aus seiner Inhaltsangabe des Gesprächs fortgelassen hat. Er geht auch an keiner anderen Stelle seines – angeblich französische Kapitalangebote behandelnden – Aufsatzes darauf (und dann auch auf die sichtliche „Zurückhaltung") ein. Gewiss, es handelt sich offensichtlich um eine deutsche *Kreditnachfrage*, kein französisches *Angebot*. Aber wenn es zu diesem Zeitpunkt auf französischer Seite auch nur den Anflug einer Neigung gegeben haben sollte, entweder direkt langfristigen Kredit an Deutschland zu geben oder indirekt an seiner Aufbringung mitzuwirken, wäre das jetzt der geeignete Moment gewesen. Die von Hoesch am 9. Juli beschriebene „ Zurückhaltung" auf französischer Seite ist, wie nun noch kurz darzustellen ist, nie aufgegeben worden.

Die Aktenpublikationen enthalten zahlreiche Dokumente, in denen von Gesprächen zwischen der deutschen und der französischen Seite über Wirtschaftsfragen und vage auch über Kredite verschiedener Art berichtet wird. Ein deutsches Interesse an langfristigen Krediten ist mannigfach belegt[19]. Wiederholt hat die französische Seite auch Bereitschaft bekundet, über Langfristkredite an deut-

[17] Ebenda, S. 434. Wie gefährlich französische Kurzfristkredite tatsächlich waren, zeigten die erheblichen Abzüge nach der Septemberwahl.

[18] Botschafter in Paris an Auswärtiges Amt, 13. 8. 1930, in: ADAP, Bd. XV, Nr. 178, S. 447.

[19] Vgl. u. a. Berichte von Hoesch vom 23. 10. 1930 über ein Gespräch mit Berthelot und vom 26. Oktober über ein Gespräch mit Tardieu, in: ADAP, Bd. XVI, Nr. 17, S. 38 f. und Nr. 22, S. 48 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sche *Unternehmen* nachzudenken[20]. Aber nie ist vom Juli 1930 bis zum Abbruch derartiger Gespräche (Ankündigung des Plans einer deutsch-österreichischen Zollunion) von etwas die Rede, was man als Angebot eines Kredits an die Reichsregierung bezeichnen könnte und auf das die Reichsregierung nicht eingegangen wäre, gar, das sie abgelehnt hätte. Es hat eben, wie das schon 1987 Franz Knipping trefflich formuliert hat, „politisch motivierte[n] französische Stützungshemmungen" gegeben[21]. Statt weiterer einzelner Gesprächs-Nachweise seien hier die Aussagen des besten Zeugen der deutsch-französischen Verhandlungen in der fraglichen Zeit zitiert, die Aufzeichnung von Botschafter Leopold von Hoesch vom 6. März 1931:

> „Wenn die Erörterung sich dann den finanziellen Fragen zuwendet, so besteht zuerst Einhelligkeit in der Überzeugung, daß alles dahin drängt, den französischen Kapitalien den Weg zu langfristiger Anlage in Deutschland zu erschließen: Gold- und Geldüberfluß in Frankreich, niedriger Zinssatz daselbst, Gefahr der Geldinflation, verbunden mit Gefahr der Preissteigerung, andererseits Geldnot in Deutschland, hohe Zinssätze, große Kapitalertragsmöglichkeiten, politisches Interesse. Es entsteht zunächst begeisterte Übereinstimmung, bis die Frage praktisch gestellt wird. Deutscherseits wird die Ausgabe irgendeiner z. B. städtischen Anleihe vorgeschlagen, worauf französischerseits die Befürchtung ausgesprochen wird, das Publikum, das an der Younganleihe viel verloren habe und dem es an Vertrauen auf die Stabilität der innerdeutschen Verhältnisse fehle, werde deutsche Obligationen nicht zeichnen. Da andrerseits französische Banken kein Papier ausgeben, dessen Aufnahme durch das Publikum ihnen nicht gesichert erscheint, werden die Aussichten für die Auflegung einer deutschen Anleihe bald pessimistisch beurteilt. Auf die Frage, was denn geschehen müsse, um das französische Publikum zur langfristigen Investierung seines Geldbesitzes in Deutschland zu veranlassen, erfolgt, oft unter Hinweis auf die Sanierungsmethoden Poincarés, die allerseits als richtig erkannte Antwort, es müsse erst ‚Vertrauen' geschaffen werden. Bei der Erörterung der Frage, wie man Vertrauen schaffen könne, stößt man bald auf die Antwort, Vertrauen erheische eine vorhergehende restlose politische Verständigung, worauf man wieder am Ausgangspunkt der Unterhaltung angekommen ist, ohne bei diesem Kreislauf ein Ergebnis erzielt zu haben."[22]

[20] Schon in seinem Gespräch mit von Hoesch erklärte der französische Finanzminister am 12. August, „er sei grundsätzlich mit Gedanken langfristiger Investierung französischen Kapitals in deutschen Werken einverstanden. [...] Freilich erheische eine Orientierung des französischen Kapitalmarktes nach Deutschland hin Vertrauen und Sicherheit, und zwar in erster Linie auf politischem Gebiet." ADAP, Bd. XV, Nr. 178, S. 447. Es blieb also auch hier bei der schon am 9. Juli von Tardieu vertretenen Linie.

[21] Knipping, Deutschland, Frankreich, S. 202.

[22] Botschafter in Paris von Hoesch an das Auswärtige Amt, Paris 6. 3. 1931, in: ADAP, Bd. XVII: 1. März bis 30. Juni 1931, Göttingen 1982, Nr. 3, S. 9 f. Graml, Zwischen Stresemann und Hitler, S. 87, deutet Hoeschs realistische Einschätzung der Möglichkeiten als einen „Anfall von Pessimismus", meint aber, bei gutem Willen von deutscher Seite wäre (ausreichender?)

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

IV.

Doch ist ja nicht nur geredet worden. Für die von Köppen so betonte „Hilfsbereitschaft" Frankreichs gab es in der hier interessierenden Zeit einen praktischen Testfall, den Lee Higginson Kredit. Als sich im September/Oktober 1930 die Lage der Reichskasse neuerlich dramatisch verschlechterte und wiederum die Zahlungsunfähigkeit drohte, fand sich nach Verhandlungen, die schon im März 1930 begonnen und danach wiederholt unterbrochen worden sind, ein ausländisches Bankenkonsortium unter Führung des amerikanischen Bankhauses Lee, Higginson & Co bereit, einen Überbrückungskredit in Höhe von 100 bis 125 Millionen $ auf maximal 2 Jahre zu organisieren[23]. Von Seiten der internationalen Gläubiger und insbesondere auch in der deutschen Regierung wurde die Beteiligung französischer Banken, und sei es nur eine symbolische, ausdrücklich gewünscht[24]. Wie dringlich dieser Kredit in Hinblick auf die drohende Zahlungsunfähigkeit gewesen ist, erweist der Umstand, dass die deutsche Regierung nicht umhin kam, für diesen Kredit demütigende Bedingungen hochpolitischer Art zu akzeptieren, so die Einbringung und Verabschiedung eines Schuldentilgungsgesetzes im Reichstag sowie inhaltlich vorgegebene Beschlüsse der gesetzgebenden Organe hinsichtlich eines drastischen Haushaltssanierungs- also Sparprogramms (u. a. Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, Kürzung von Beamtengehältern sowie der Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder), wie es dann in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 auch festgelegt worden ist[25]. Obgleich gerade die französische Seite derart harte Sanierungsmaßnahmen zur Bedingung einer Beteiligung an der Anleihe gemacht hatte, kam eine solche letztendlich nicht zustande. Die französische Regierung hat sich nämlich geweigert,

Kredit zu bekommen gewesen. – Eine ausführliche Analyse der Notwendigkeit langfristiger Auslandskredite wie auch der geringen Chancen, solche zu erlangen, findet sich in der Denkschrift des Ministerialrates Berger über die Reparationspolitik vom 2. 4. 1931, in: Ilse Maurer/Udo Wengst, Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, Erster Teil, Düsseldorf 1980, Nr. 204, S. 571–582, hier S. 579 f.

[23] „Überbrückungskredit" in Hinblick darauf, dass im Oktober 1929 eine langfristig laufende Anleihe mit dem Kreuger-Konzern vereinbart worden ist, die in zwei Tranchen nach Begebung der Young-Anleihe ausgezahlt werden sollte.

[24] „Wenngleich eine französische Beteiligung an dem Kredit von 125 Millionen Dollar zahlenmäßig nur von geringer Bedeutung ist, ist auf die französische Beteiligung aus allgemeinpolitischen Gründen doch sehr großer Wert zu legen." Aufzeichnungen des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Pünder über Anleiheverhandlungen, 6. 10. 1930, in: Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, Nr. 131, S. 502.

[25] Zur schweren Demütigung, die das für die Reichsregierung bedeutete, siehe Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936, Stuttgart 1988, S. 82 f. Zum Lee Higginson-Kredit im Allgemeinen siehe James, The Reichsbank, S. 120–127; Knipping, Deutschland, Frankreich, S. 200; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin u. a. 1992, S. 225–229; Philipp Heyde, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn 1998, S. 135–136; besonders ausführlich Bachmann, Reichskasse und öffentlicher Kredit, S. 211–222.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auf den Wunsch des an den Kreditverhandlungen beteiligten Crédit Lyonnais einzugehen und die Beteiligung französischer Banken ausdrücklich zu befürworten. Einem Bankenvertreter gegenüber erklärte Ministerpräsident Tardieu, eine öffentliche Stellungnahme dieser Art würde seine wackelige Regierung zu Fall bringen[26]. So viel zum Spielraum der französischen Seite für finanzielle Freundlichkeiten gegenüber Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 1930[27].

Allerdings hat es Anfang 1931 dennoch eine Beteiligung französischer Banken an einem Kredit gegeben, der der Abwehr der Zahlungsunfähigkeit des Reiches dienen sollte. Sie ist sogar ausdrücklich von der französischen Regierung unterstützt worden. Köppen geht darauf nicht ein. Weil aber auch Thomas Ferguson und Peter Temin, zwei amerikanische Wirtschaftshistoriker, an die hierbei erstmals nicht nur beredete sondern praktizierte französische Konzessionsbereitschaft sehr weitgehende Folgerungen in Hinblick auf den möglicherweise zu verhindernden Fortgang der Geschichte geknüpft haben[28], erscheint es mir nützlich, auch hier genauer hinzusehen[29].

Als im Januar 1931 nach einer neuerlichen Schrumpfung der Einnahmen und wachsender Beanspruchung der Arbeitslosenversicherung erneut große Deckungslücken in der Reichskasse erkennbar wurden, für die im Inland keine ausreichende Finanzierung mehr zu finden war, kam man auf eine schon von Finanzminister Rudolf Hilferding (SPD) in der Mai-Krise 1929 ins Spiel gebrachte Idee zurück, nämlich den Verkauf von im Besitz des Reiches befindlichen Vorzugsaktien der Reichsbahn[30]. Der Verkauf von „Tafelsilber" ist ja die schnellst mögliche Form zu Geld zu kommen. Als Käufer fand sich die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Sie war zur Bildung eines Vermögensstocks verpflichtet. Allerdings konnte die Versicherungsanstalt nicht sofort, sondern erst später bezahlen. Um dem Reich den Verkaufserlös möglichst rasch zur Verfügung zu stellen, erklärte sich das Bankhaus Lee, Higginson & Co. bereit, als Konsortialführer unter

[26] Siehe James, The Reichsbank, S. 126.

[27] Zur öffentlichen Meinung hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland vgl. neuerdings Franziska Brüning, Frankreich und Heinrich Brüning. Ein deutscher Kanzler in der französischen Wahrnehmung, Stuttgart 2012.

[28] Vgl. Thomas Ferguson/Peter Temin, Made in Germany: The German Currency Crisis of July, 1931, in: Research in Economic History, Bd. 21 (2003), S. 1–53; online: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=260993 [letzter Zugriff: 8.1.2015]. Ihre These ist, dass bei einem größeren Entgegenkommen der deutschen Seite hinsichtlich von Frankreich geforderter politischer Garantien im Frühjahr 1931 Anleihen für das Reich zu bekommen waren und so der Tributaufruf vom 6. Juni 1931 und die Bankenkrise hätten vermieden werden können. Die Autoren behaupten nicht, Brüning hätte dank solcher Kredite seine restriktive Politik aufgeben und ein deficit spending betreiben können.

[29] Zum Vorgang vgl. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 294–298; Bachmann, Reichskasse und öffentlicher Kredit, S. 235–242; Heyde, Das Ende der Reparationen, S. 141–143. Graml, Zwischen Stresemann und Hitler, S. 86, überrascht hingegen mit der Feststellung: „Auch in den ersten Monaten des Jahres 1931 blieb sichtbare Bewegung [in der Frage französischer Finanzhilfen] aus."

[30] Vgl. Hilferding-Vortrag in der Kabinettsitzung vom 3.5.1929, in: Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Müller II: 28. Juli 1928 bis 27. März 1930, Bd. 1, bearb. von Martin Vogt, Boppard 1970, Nr, 193, S. 628.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

erhofft breiter Beteiligung anderer ausländischer Banken, insbesondere französischer, der Reichsversicherungsanstalt den Kauf vorzufinanzieren. Schuldner dieses kurzfristigen Vorfinanzierungskredits[31] war somit nicht das Reich sondern die Reichsversicherungsanstalt. Wie schon beim Überbrückungskredit vom Oktober 1930 war sowohl Lee, Higginson & Co. als auch den anderen Banken wie der deutschen Regierung eine Beteiligung französischer Banken ausdrücklich sehr erwünscht. Kommerziell handelte es sich für die Kreditgeber angesichts der gegebenen Sicherheiten und des hohen Diskontsatzes von 6 ½ Prozent um ein gutes Geschäft. Doch machten die interessierten französischen Banken auch hier ihre Beteiligung von einer förmlichen Ermutigung durch die Regierung abhängig. Zu sehr fürchteten sie angesichts der generellen Stimmung in Frankreich gegenüber Deutschland die Kritik des Publikums und darauf folgend eine Störung ihres innerfranzösischen Geschäfts. Erst als die erwünschte „lettre d'encouragement" des Finanzministers vorlag, wurde der Kreditvertrag unterzeichnet[32]. Die französische Beteiligung war hinsichtlich ihrer Symbolwirkung gewiss eine bedeutsame Aktion. Aber dieser ohnehin schon sehr merkwürdige indirekte Kredit an das Reich löste natürlich nicht die weiterhin zu erwartenden Kassenprobleme der Regierung. Hat er aber ein Tor der Hoffnung geöffnet?

V.

Mit der offiziellen Ermutigung der Banken hat sich die französische Regierung erhebliche innenpolitische Probleme eingehandelt. Angesichts der Notwendigkeit für die Regierung, sich gegen die erwartete Kritik in der Kammer verteidigen zu müssen, ist im Finanz- und Außenministerium ein außerordentlich interessanter Plan zur stufenweisen Entfaltung finanzieller Hilfen für Deutschland entwickelt worden. Er ist noch vor der beabsichtigten Beschlussfassung im Kabinett am 14. März vom Generalsekretär des Außenministeriums Berthelot dem deutschen Botschafter bekanntgegeben und sogar auszugsweise vorgelesen worden. Wegen der Spekulationen von Paul Köppen, Thomas Ferguson und Peter Temin und wegen einiger Missverständnisse in der Literatur hinsichtlich der ökonomischen Bedeutung für wahrscheinlich gehaltener französischen Finanzhilfen erscheint es nützlich, das vom Botschafter hierzu Festgehaltene im Wortlaut zu zitieren[33]:

[31] Unter Berufung auf ihre Quelle, die New York Times vom 6. 2. 1931, erwecken Ferguson/Temin, Made in Germany, den falschen Eindruck, es habe sich um einen langfristigen Kredit gehandelt. Tatsächlich begann die ratenweise Rückzahlung schon – rückdatiert – im Januar 1931.

[32] Der Gesamtumfang betrug 32 Millionen $ (ca. 135 Millionen RM), französische Banken waren mit 10 Millionen $ beteiligt.

[33] ADAP, Bd. XVII, Dok.15, Botschafter von Hoesch an das Auswärtige Amt, 14. 3. 1931, S. 42. Zwar handelt es sich bei diesem Plan erst um eine vom Direktor der Unterabteilung für Handelsbeziehungen im französischen Außenministerium Coulondre konzipierte Vorlage, aber die Tatsache, dass der Generalsekretär des Ministeriums sie vertraulich dem Botschafter vorliest und in Sachen Kreditgeschäfte keine präziseren und weitergehenden Vorstellungen

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Es würde wirkungslos sein und dem verfolgten Ziel nicht dienen, wenn Frankreich sich auf ungeregelte und systemlose Finanztransaktionen von Fall zu Fall beschränken wollte. Vielmehr müsse nach einem bestimmten Plan vorgegangen werden, der sich etwa in folgenden Etappen abwickeln könne:

1.) Inangriffnahme des Gedankens des Ausbaues der deutschen Sachlieferungen in größerem Stil,
2.) Vermehrung der Deutschland zur Verfügung gestellten kurzfristigen Gelder mit der Tendenz, die entstehenden Verpflichtungen nach und nach in langfristige umzuwandeln,
3.) Zulassung deutscher Wertpapiere zum Handeln [sic!] an den französischen Börsen,
4.) Auflegung deutscher Anleihen in Frankreich, und zwar erstlinig hypothekarisch gesicherte Kredite und Stadtanleihen. Zu diesem Punkt 4) wird bemerkt, daß es zu seiner Verwirklichung natürlich einer Vorbereitung und der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens bedürfe."

Die einzelnen Etappen wären sicherlich in Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen interessante Verhandlungsgegenstände gewesen. Aber schon der erste Schritt hätte doch wohl erhebliche Zeit in Anspruch genommen[34]. Selbst mit großem Wohlwollen lässt sich aus diesem Plan kein Geld- oder Kapitalangebot konstruieren, welches zur Lösung der Haushaltsprobleme Brünings hätte beitragen können. Deshalb hat auch die Offenlegung der deutsch-österreichischen Zollunionspläne am 17. März 1931, die das bilaterale Klima wieder dramatisch verschlechterte, keine wohl begründete Hoffnung auf rasche finanzielle Hilfe aus Frankreich zerstören können.

Sollte Deutschland nicht zahlungsunfähig werden, mussten die Ausgaben des Reiches den ständig sinkenden Einnahmen angepasst werden. Dass dies nicht eine spezielle Idee von Brüning gewesen ist, ergibt sich schon daraus, dass bereits die Vorgängerregierung zu einem Schwenk in eine restriktive Fiskalpolitik gezwungen war[35]. Nach ersten Ansätzen ist die Regierung Müller bekanntlich an dieser Aufgabe gescheitert und hat sie ihrer Nachfolgerin weiter gereicht.

Möglicherweise führen die Erfahrungen der letzten Jahre mit der anhaltenden Krise in einigen südeuropäischen Staaten zu einem größeren Verständnis dafür, dass die Sanierung von Staatshaushalten in parlamentarischen Verfahren an zahlreiche innen- und außenpolitische Voraussetzungen geknüpft ist, die – jedenfalls in Deutschland 1929/30 – nicht hinreichend gegeben waren.

bekannt sind, erscheint die Vermutung nicht unbegründet, dass dies den augenblicklichen Stand der günstigsten „Angebote" der Regierung darstellen dürfte.

[34] Hoesch meinte in einem Telefongespräch mit Staatssekretär Bülow, es ginge hier nicht um die 90 Millionen notleidende Reparations-Sachlieferungen sondern um Projekte, „die noch keine Gestalt angenommen hätten", in: ADAP, Bd. XVII, Fußnote zu Nr. 15, S. 43.

[35] Vgl. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928–1930), Bern/Frankfurt a.M. 1973, und die in Anmerkung 2 genannten Veröffentlichungen.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weimar steht plötzlich wieder auf der Agenda. Gab es doch mehr Demokraten als bisher angenommen, war das Zukunftspotenzial doch größer? Eng mit solchen Fragen verbunden ist das Problem der „Handlungsspielräume" der Regierung, das vor zwei, drei Jahrzehnten in einer der faszinierendsten und komplexesten Debatten der deutschen Zeitgeschichte, der sogenannten Borchardt-Debatte, im Zentrum stand. Paul Köppen und Tim B. Müller haben in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte die Weimar- und Borchardt-Debatte wiederbelebt und damit auch die Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning erneut auf den Prüfstand gestellt. Roman Köster, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München, setzt sich mit ihren Argumenten kritisch auseinander. Er bietet ebenso souverän Orientierung wie Knut Borchardt, der im selben Heft zu Wort kommt.

Roman Köster

Keine Zwangslagen?

Anmerkungen zu einer neuen Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik in der Großen Depression

Als der seit einigen Jahren an der London School of Economics lehrende Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl die sogenannte Borchardt-Debatte um die Handlungsspielräume der deutschen Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise 2003 für „beendet" erklärte, war das in mehrfacher Hinsicht eine kühne Behauptung[1]. Erstens, weil Ritschl, der ein Schüler Knut Borchardts ist, mit einer Arbeit über die Thesen seines Lehrers habilitiert wurde[2]. Zweitens, weil er die Debatte nach eigener Lesart selbst beendet hat. Drittens schließlich, weil letztere offensichtlich nicht beendet ist; vielmehr wurde in den letzten Jahren wieder vermehrt Kritik an den Thesen Borchardts geäußert. Was Ritschl implizierte, dass sich Borchardts Standpunkt in der Diskussion durchgesetzt hätte, wurde von der Forschung keineswegs einmütig akzeptiert.

Den Anfang machte dabei Hans-Ulrich Wehler, der im vierten Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte" Borchardts Thesen vehement widersprach[3]. Auch Ursula Büttner kritisierte in ihrer weitverbreiteten Gesamtdarstellung zur

[1] Vgl. Albrecht Ritschl, Knut Borchardts Interpretation der Weimarer Wirtschaft. Zur Geschichte und Wirkung einer wirtschaftsgeschichtlichen Kontroverse, in: Jürgen Elvert/Susanne Krauß (Hrsg.), Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2003, S. 234–244, besonders S. 244.

[2] Vgl. ders., Deutschlands Krise und Konjunktur. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.

[3] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutscher Staaten 1914–1949, München 2003, S. 516 ff.

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0013

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weimarer Republik die mitleidlose Austeritätspolitik Heinrich Brünings[4], und in jüngster Zeit stellte Paul Köppen die These auf, Brüning habe ein französisches Kreditangebot im Sommer 1930 deswegen nicht erwogen, weil er aus innenpolitischen Gründen eine Verschärfung der Krise erreichen wollte[5]. Tim B. Müller schließlich hat kürzlich ein Buch mit dem Titel „Nach dem Ersten Weltkrieg" sowie einen Aufsatz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte publiziert, wo er sich explizit gegen die These der fehlenden Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise wendet[6].

Stehen Borchardts Thesen von den „Zwangslagen" der deutschen Wirtschaftspolitik in der Krise und der „kranken" Weimarer Wirtschaft also vor einer Revision? Der folgende Aufsatz möchte insbesondere die jüngsten Überlegungen Paul Köppens und Tim B. Müllers dahingehend befragen, worin ihr Beitrag zu dieser Debatte besteht und inwiefern ihre Argumente tragfähig sind. Dabei sollen zunächst die Thesen Borchardts sowie die politischen Implikationen der nachfolgenden Debatte kurz vorgestellt werden. Anschließend werden die „revisionistischen" Thesen im Einzelnen diskutiert, um abschließend zu einer Bewertung zu gelangen.

1. Die Borchardt Debatte und der Streit um den Keynesianismus in Deutschland

Bis Ende der 1970er Jahre war es in der historischen Forschung weitgehend akzeptiert, dass Heinrich Brüning, Reichskanzler vom März 1930 bis Mai 1932, also während der Hochphase der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, wesentlich für den Untergang der Weimarer Republik verantwortlich zu machen war. Durch seine verfehlte Sparpolitik habe er die Krise verschärft, statt dringend notwendige kontrazyklische Konjunkturmaßnahmen einzuleiten[7]. Auf diese Weise habe Brü-

[4] Vgl. Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 428 ff.; vgl. auch mit einer früheren Stellungnahme dies., Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs. Ein Beitrag zur Diskussion über „ökonomische Zwangslagen" in der Endphase von Weimar, in: VfZ 37 (1989), S. 209–251.

[5] Vgl. Paul Köppen, „Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen". Heinrich Brünings Spardiktat und die Ablehnung der französischen Kreditangebote 1930/31, in: VfZ 62 (2014), S. 349–375.

[6] Vgl. Tim B. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014; ders., Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik, in: VfZ 62 (2014), S. 569–601. In eine ähnliche Richtung argumentiert neuerdings auch Adam Tooze, The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order, 1916–1931, London/New York 2014, S. 493 ff., ohne allerdings Borchardt zu diskutieren oder zu zitieren.

[7] Vgl. z. B. Charles P. Kindleberger, The World in Depression, 1929–1939, London 1973; Rolf E. Lüke, Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958; Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ning letztlich die Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus geschaffen[8].

Dagegen wandte sich der Münchener Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt 1979 in einem Aufsatz, in dem er die „Zwangslagen" der Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise herausstrich. Dabei betonte er zum einen, dass eine Kreditexpansion, um kontrazyklische Konjunkturmaßnahmen zu finanzieren, sowohl an den Bestimmungen des Young-Plans wie auch an der in der Bevölkerung weit verbreiteten Furcht vor einer Inflation gescheitert wäre. Zum anderen seien ausländische Kredite nicht zu bekommen gewesen[9]. Zudem formulierte er als zweite These, dass die Wirtschaft der Weimarer Republik bereits vor Ausbruch der Depression strukturell „krank" gewesen sei. Dieses Argument spitzte er auf die Behauptung zu, das Lohnniveau sei in den 1920er Jahren deutlich stärker gestiegen als die gesamtwirtschaftliche Produktivität; das habe die Unternehmen überfordert und notwendige Investitionen zur Kapitalbildung verhindert. Darum habe es letztlich keine Alternative zu der von Brüning verfolgten Sparpolitik und der Absenkung des Lohn- und Preisniveaus gegeben. Sie sei nötig gewesen, um die staatlichen Ausgaben zu senken und die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine „innere Abwertung" zu erhöhen[10].

Um diese Probleme entspann sich in den 1980er und 1990er Jahren eine intensive und emotionale Debatte, in der insbesondere die bald sprichwörtlich gewordenen „zu hohen Löhne" harte Reaktionen provozierten. Diese These war auch durchaus als Angriff auf den keynesianischen „Common Sense" der 1970er Jahre gemeint und hatte starke politische Implikationen. Die These von den „Zwangslagen" der Wirtschaftspolitik rekurrierte noch vor allem auf das Inflationstrauma und die fehlenden Möglichkeiten, Kredite zu akquirieren. Dabei handelte es sich letztlich um Sachverhalte, die außerhalb der Macht der jeweiligen ökonomischen Akteure lagen. Mit dem Verdikt von der kranken Weimarer Wirtschaft hingegen wurde das Modell des zeitgenössischen Korporatismus problematisiert. Das Verhalten der Gewerkschaften oder von Politikern, die soziale Konflikte mit Geld zu moderieren versuchten, konnte so als ebenso problematisch erscheinen wie die Institution der Zwangsschlichtung, die zu überhöhten Lohnabschlüssen führte. Ähnliche Phänomene meinten viele Beobachter auch in den 1970er Jahren wahrzunehmen.

Insofern implizierten Borchardts Thesen die Frage, ob die Weimarer Republik nicht letztlich an grundlegenden Strukturdefekten litt. So hatte das Deutsche

[8] Am explizitesten formuliert bei Rainer Meister, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932, Regensburg 1991.

[9] Borchardts frühe Aufsätze zu der Debatte sind versammelt in: Knut Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik: Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20 Jahrhunderts, Göttingen 1982. Vgl. auch Knut Borchardt, A Decade of Debate About Brüning's Economic Policy, in: Jürgen Baron von Kruedener (Hrsg.), Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924–1933, New York u. a. 1990, S. 99–152.

[10] Ders., Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik, in: Ders., Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume, S. 183–205.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Reich, obwohl nach dem Ersten Weltkrieg ein viel ärmeres Land als die USA, eine doppelt so hohe Staatsquote wie diese. Der Grund war nicht, dass Politiker, die jetzt an den „Fleischtöpfen der Macht" saßen, ihrer jeweiligen Klientel etwas Gutes tun wollten. Vielmehr „erkaufte" sich eine junge und ungefestigte Demokratie Stabilität, indem sie sozialstaatliche Leistungen ausbaute und mit der 1927 eingeführten Arbeitslosenversicherung den lange vermissten Schlussstein in das System sozialer Sicherungen einfügte[11]. Allerdings musste dieses System seit der Hyperinflation ohne verlässlichen finanziellen Puffer auskommen und wurde im Wesentlichen aus den laufenden Einnahmen finanziert. Während direkt nach der Währungsstabilisierung zunächst Überschüsse erzielt wurden, war das System seit 1925/26 defizitär[12]. Dann stellte sich in der Tat die Frage, ob nicht ein Dilemma der Weimarer Republik darin bestand, sich in den 1920er Jahren demokratische Stabilität ohne Rücksicht auf strukturelle Schieflagen erkauft zu haben, die sie im Fall einer Krise vor schwerwiegende, kaum zu lösende Probleme stellen mussten. Darin lag ein guter Teil der Sprengkraft der Argumente Borchardts.

Etwas anderes kam noch hinzu: Borchardts Thesen waren ebenso relevant wie komplex. Es erwies sich aber als keineswegs einfach, begründet Stellung zu ihnen zu beziehen, denn schließlich handelte es sich z.T. um äußerst komplizierte technische Fragen. Nach welchen Kriterien war beispielsweise zu entscheiden, ob die Löhne „zu hoch" waren? Borchardt und sein Schüler Ritschl benannten das (allgemein akzeptierte) Kriterium der Produktivitätsentwicklung, aber wie ließ sich das berechnen? Dementsprechend zeichnete sich etwa die Arbeit Ritschls über „Deutschlands Krise und Konjunktur" von 2002, bis heute der empirische Maßstab zur Beurteilung der Thesen Borchardts, durch zahlreiche Kalkulationen und eine für „normale" Historiker schwer verständliche ökonometrische Formalsprache aus[13]. Hier fand also eine Debatte von offensichtlich höchster Relevanz statt, an der aber anscheinend längst nicht jeder kompetent teilnehmen konnte.

In der Rückschau können dieser technische Charakter sowie die weitreichenden politischen Implikationen der Thesen Borchardts erklären, warum sich die Vielschichtigkeit seiner Überlegungen in der Debatte oftmals nicht widerspiegelte. So erwies es sich bereits früh als ein probates Kampfmittel, Borchardts Thesen auf die Frage der zu hohen Löhne zu reduzieren. Dabei reicht die Kritik am Lohnargument aber prinzipiell nicht aus, seine Überlegungen insgesamt zurückzuweisen, sondern es müsste auf breiterer Basis eine Revision erreicht werden. Aufzuzeigen wäre etwa, wie das Deutsche Reich zusätzliche Finanzmittel generieren konnte, um kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu bezahlen. Hier musste die Regierung Brüning unter anderem auch mit dem Erbe der Regierung Hermann Müller umgehen, der eine Finanzreform trotz großer parlamentarischer Mehrheit nicht gelungen war.

[11] Vgl. Karl Christian Führer, Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902–1927, Berlin 1990.

[12] Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung: Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings, Frankfurt a. M. 1982, S. 209 ff.

[13] Vgl. Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

2. Das „französische Kreditangebot" und die finanziellen Handlungsspielräume des Deutschen Reiches

Der finanzielle Spielraum der Reichsregierung ist der Kern von Paul Köppens Aufsatz, der sich vor allem mit einem französischen Kreditangebot vom Sommer 1930 und dessen Ignorierung durch die Regierung Brüning auseinandersetzt. Dabei hätten sich Köppen zufolge französische und deutsche Interessen durchaus gedeckt; der finanzielle Spielraum des Deutschen Reiches wäre erweitert worden, während die Franzosen dadurch die Gefahren einer inflationären Entwicklung in Deutschland, die eventuell auch ihre Reparationsforderungen betroffen hätte, gemindert hätten. Das alles wollte Brüning nicht. Das Zitat aus seinen Memoiren, man habe aus der „Krankheit [...] unsere Waffe machen"[14] können, beschreibt für Köppen zusammengefasst die Intention, die Krise zu benutzen oder gar zu verschärfen, um aus heutiger Sicht hochproblematische, innen- und außenpolitische Veränderungen des Status quo zu erreichen.

Ein wesentliches Problem bei der Einschätzung dieses Kreditangebots besteht darin, wofür Köppen nichts kann, dass es unspezifisch bleibt. Schon weil die Reichsregierung darauf nicht einging, weiß man nicht, wieviel Geld Frankreich evtl. geliehen hätte, zu welchen Konditionen und mit welchen Auflagen. Das wirkt ein wenig so, als hätte die Reichsregierung die Einschätzung ihrer eigenen Handlungsspielräume dadurch unmöglich gemacht, indem sie diese nicht nutzte. Gleichwohl ist relativ leicht zu sehen, warum die Verhandlung über solche Kredite innenpolitisch – in beiden Ländern – enormes Konfliktpotential barg: schließlich hätte Frankreich Deutschland damit im Zweifelsfall Geld geliehen, um die Reparationen an Frankreich zu bezahlen. Zudem wäre Berlin damit eine außenpolitische Verpflichtung gegenüber Frankreich eingegangen, die Brüning (nicht zuletzt wegen seiner Abhängigkeit von Hindenburg) politisch kaum überlebt hätte[15].

Darüber hinaus macht der Autor aber nicht deutlich, und das ist ihm schon eher anzulasten, um was für Kredite es sich eigentlich handeln sollte. Offensichtlich ging es hier nämlich um kurzfristige Geldmarktkredite[16]. Das heißt, es hätte sich nicht um Kredite an den Staat gehandelt, sondern Unternehmen hätten damit bestenfalls temporär die Kapitalabflüsse in die USA ausgleichen können, freilich um den Preis einer Prolongierung des Schuldenkarussells der 1920er Jahre. Das wäre unter den Bedingungen der Krise aber einigermaßen verantwortungslos gewesen, zumal dieses Kapital kurzfristig abgezogen werden konnte und dadurch auch ein außenpolitisches Druckmittel darstellte. Zudem wären die strukturellen Probleme der Weimarer Wirtschaft dadurch sicher nicht gelöst worden; ganz im Gegenteil.

[14] Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 309.
[15] Ein mögliches außenpolitisches Kalkül wird m. E. von Köppen nicht überzeugend widerlegt.
[16] Vgl. Philipp Heyde, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Young-Plan 1929–1932, Paderborn 1998, S. 135 f.; Köppen, Brünings Spardiktat, S. 351 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Um diese „Strukturprobleme“ geht es dann auch wesentlich. Köppen ist darin zuzustimmen, dass ein solches Kreditangebot Brüning im Sommer 1930 nicht zupass kam, selbst wenn damit die Finanzprobleme des Reiches hätten gemildert werden können. Es hätte seine Sparanstrengungen konterkariert, von deren Notwendigkeit er zutiefst überzeugt war. Er wollte den Weimarer “Reformstau” überwinden und die Krise dafür nutzen. Darin lagen auch die Hoffnungen, die von Seiten der Industrie in ihn gesetzt wurden, nämlich die aus ihrer Sicht notwendigen Strukturreformen durchzuführen: Das waren zum einen die Reichsreform, die Reform der staatlichen Zwangsschlichtung und der defizitären Sozialsysteme, aber auch die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands[17]. In diesem Sinne war Brüning ein radikaler „Erfüllungspolitiker“, weil seine Taktik, die Unmöglichkeit der Reparationszahlungen nachzuweisen, gerade darin bestand, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sie aus eigener Kraft leisten zu können.

Damit ist ein zentraler Punkt der Debatte berührt, nämlich inwiefern und in welchem Maße die Sparanstrengungen der Regierung die Weltwirtschaftskrise in Deutschland verschärften oder ob sie nicht tatsächlich notwendig waren, um durch eine „Rosskur“ die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung zu schaffen. Neben den vorgenommenen Steuererhöhungen, um den Reichshaushalt auszugleichen, hatte die Deflationspolitik insofern einen krisenverschärfenden Effekt, weil (trotz simultaner Absenkung von Löhnen und Preisen) die reale Kaufkraft der Löhne durch die Notverordnungen um sechs Prozent sank. Fallende Preise führen zudem oftmals zu Konsumzurückhaltung, weil sie die Erwartung erzeugen, dass die Preise noch weiter fallen. Erwartungen können sich aber ändern, und Brüning war es durchaus nicht allein um das Sparen zu tun. Vielmehr sollte die so erfolgte „innere Abwertung“ die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessern, die unter anderem deshalb ein Problem darstellte, weil seit der Währungsstabilisierung von 1924 die Reichsmark tendenziell überbewertet war. Dieses Ziel erreichte Brüning durchaus: Bis zum September 1931, als Großbritannien vom Goldstandard abging, wurde die deutsche Wirtschaftslage durch den Export stabilisiert; und im Export musste ja nicht zuletzt das Geld verdient werden, um die Reparationen zu bezahlen.

Insofern waren Brünings Maßnahmen bis zur Bankenkrise im Frühsommer 1931 zwar bei vielen unpopulär (wobei eine Austeritätspolitik kaum jemals sonderlich populär sein wird), er konnte sich aber auf einen relativ breiten „deflationären Konsens“ in der Regierung, der Reichsbank und der Industrie berufen, die seine Maßnahmen als notwendig betrachteten[18], und zwar nicht nur zur Verbesserung der außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch, um die

[17] Es ist m. E. auffällig, dass bei aller Kritik an der Regierung Brüning die Vorgängerregierung Hermann Müller überhaupt kein Thema ist, obwohl sie trotz einer breiten parlamentarischen Mehrheit an der Umsetzung zahlreicher Reformvorhaben scheiterte. Die Frage wäre also, welche Regierung eher für die Große Depression verantwortlich zu machen wäre: Die Regierung in der Krise oder die Regierung vor der Krise?

[18] Vgl. Hak-Ie Kim, Industrie, Staat und Wirtschaftspolitik. Die konjunkturtheoretische Diskussion in der Endphase der Weimarer Republik, Berlin 1997.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft zu lösen, die ja längst nicht nur in den „zu hohen Löhnen" bestanden. Hinzu kamen eine gewaltige Schuldenbelastung, Kapitalabflüsse in die USA, eine überbewertete Währung, strukturelle Probleme im Finanzsektor sowie massive Überkapazitäten in wichtigen Industriezweigen. Bis zum Frühjahr 1931 war diese Politik sogar in Maßen erfolgreich und eine wirtschaftliche Erholung schien in Sicht. Dann jedoch erzeugten die Bankenkrise (an der Brüning keine Schuld trug) sowie das Abgehen Großbritanniens vom Goldstandard erneut eine prekäre Dynamik, die schließlich in der Rekordarbeitslosigkeit des Jahres 1932 resultierte. Insofern macht es aber einen großen Unterschied, zu welchem Zeitpunkt der Krise über ein solches (wie gesagt unspezifisches) Kreditangebot verhandelt wurde. Borchardts Argument der fehlenden Kreditmöglichkeit bezieht sich dann auch vor allem auf die Zeit der Hochphase der Depression ab dem Frühsommer 1931[19].

Es macht zudem Sinn, einen Blick auf den Anbieter des Kredits zu werfen. Köppen schreibt, dass im Falle eines Kredits Deutschland und Frankreich prinzipiell dieselben Interessen gehabt hätten, und betont dabei das französische Interesse am "starken Franc"[20]. Dieser starke Franc war allerdings seit der Währungsstabilisierung bzw. der Rückkehr Frankreichs zum Goldstandard und der Einführung des „Franc Poincaré" 1926/28 in erster Linie ein unterbewerteter Franc, der Frankreich einen signifikanten Währungsvorteil verschaffte und ein wesentlicher Grund dafür war, dass das Land unter der Weltwirtschaftskrise zunächst kaum zu leiden hatte[21]. Die französische Politik hatte aber durchaus Grund zu der Befürchtung, durch eine Abwertung der europäischen Währungen könnte sich die französische Wettbewerbsposition verschlechtern – durch eine Politik der inneren Abwertung, wie sie Brünings Sparpolitik schließlich darstellte, oder einen Bruch des Young-Plans. Deutschland hatte aber an dem Währungsvorteil Frankreichs durchaus kein Interesse: weil dieser Vorteil für Deutschland automatisch einen Nachteil bedeutete und weil er einer der Gründe für die massiven Goldzuflüsse nach Paris in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre war. Diese ermöglichten es Frankreich, das ja ebenfalls durch den Ersten Weltkrieg stark geschwächt war, im Grunde erst, der deutschen Wirtschaft Kredite in Aussicht zu stellen[22]. Von einer Interessenskonvergenz kann also nur sehr bedingt die Rede sein.

Gleichzeitig erwähnt Köppen kurz auch noch ein zweites Kreditangebot, das der deutschen Reichsregierung im Sommer 1931 offeriert wurde, letztlich aber noch unspezifischer blieb als das erste und anscheinend nicht einmal eine zag-

[19] Vgl. Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, in: Ders., Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume, S.165–182.
[20] Köppen, Brünings Spardiktat, S. 365.
[21] Vgl. Kenneth Mouré, Managing the Franc Poincaré. Economic understanding and political constraint in French monetary policy, 1928–1936, Cambridge 1991.
[22] Eichengreen und besonders Irvin erblicken in der Hortung von Gold durch die französische Zentralbank im Übrigen eine der wesentlichen Ursachen der Weltwirtschaftskrise. Vgl. Barry Eichengreen, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1939, New York 1992; Douglass Irvin, The French Gold Sink and the Great Deflation, in: Cato Papers on Public Policy 2 (2012), S.1–56.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hafte Konkretisierung erfuhr[23]. Angesichts der außenpolitischen Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern im Kontext von Bankenkrise und Hoover-Moratorium, erst recht angesichts des Projekts einer deutsch-österreichischen Zollunion erscheint es wenig wahrscheinlich, dass sich hieraus eine realistische Option entwickelt hätte[24].

Heinrich Brüning macht es dem Betrachter sicherlich nicht gerade leicht, ihn zu „mögen". Er war ein Nationalist und wollte langfristig die Monarchie wieder einführen. Während der großen Weltwirtschaftskrise verordnete er dem Deutschen Reich einen drastischen Sparkurs, man nannte ihn den „Hungerkanzler". Mit wenig Neigung zur Selbstkritik behauptete er auch später noch als Dozent an der Universität Köln sowie in seinen Memoiren, alles richtig gemacht zu haben[25]. Gerade die von Knut Borchardt aufgeworfene Frage nach den Handlungsspielräumen hat aber mit Brünings politischen Intentionen nur bedingt zu tun. Es geht weniger darum, aus welchen Motiven heraus Brüning agierte, sondern ob er wirtschaftspolitisch richtig handelte bzw. ob die Krise weniger schwer verlaufen wäre, wenn er anders gehandelt hätte. Das französische Kreditangebot berührt dabei aber nur einen Aspekt von Borchardts Thesen, nämlich seine Behauptung, Kredite für kontrazyklische Maßnahmen seien kaum zu bekommen gewesen. Da man über die Höhe und die Bedingungen möglicher Kredite aber nichts weiß (zumal das Angebot von Geldmarktkrediten zeigt, dass Frankreich keineswegs gewillt war, sich längerfristig in Deutschland finanziell zu engagieren), kann im „französischen Kreditangebot" schwerlich eine Revision der Thesen Borchardts erblickt werden.

3. Demokratische Wirtschaftspolitik als Alternative?

Eine kritische Revision der Thesen Borchardts hat auch Tim B. Müller im Sinn, mit seinem 2014 veröffentlichten Buch „Nach dem Ersten Weltkrieg" sowie einem Aufsatz über „Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik", der in der vorletzten Ausgabe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte erschienen ist[26]. Müller geht es nicht nur darum, zu zeigen, dass Brüning der falsche Mann am falschen Ort gewesen sei. Ihm geht es auch um die Offenlegung von Alternativen in der Krise und den Nachweis, dass der Untergang des demokratischen Staates keineswegs zwangsläufig war; das steht für ihn bei Borchardt nämlich offensichtlich im Hintergrund: dessen Verweis auf „Zwangslagen" negiere nicht nur die prinzipielle Offenheit des historischen Prozesses, sondern weise dem demokratischen Ausbau des Sozialstaats nach dem Ersten Weltkrieg die Schuld am Untergang Weimars zu. Dem möchte er energisch widersprechen[27].

[23] Vgl. Köppen, Brünings Spardiktat, S. 373.
[24] Vgl. dazu etwa Robert Boyce, The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization, Basingstoke 2009.
[25] Vgl. Brüning, Memoiren; Hans-Ulrich Wehler, Die Deutschen und der Kapitalismus. Essays zur Geschichte, München 2014, S. 99.
[26] Vgl. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik; ders., Nach dem Ersten Weltkrieg.
[27] Vgl. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik, S. 591 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dabei beschäftigt er sich intensiv mit dem Reichswirtschaftsministerium (RWM) und besonders dem Staatssekretär Julius Hirsch, der das Ministerium zwar bereits 1923 verließ, jedoch auch später noch die Rolle als „intellektueller Referenzpunkt" des Ministeriums spielte[28]. Unter Hirschs intellektueller Anleitung habe sich rasch ein wirtschaftspolitischer Konsens herausgebildet, den Müller folgendermaßen zusammenfasst: „Was ihre politisch-ökonomische Krisendeutung, ihre Produktivitäts- und Nachfrageorientierung, ihr Ziel der Stabilität und Vollbeschäftigung betraf, waren der Staatssekretär und Wirtschaftsprofessor [...] und seine Mitarbeiter von Anfang an ‚Keynesianer'."[29] Ihnen sei es um eine planmäßige Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses mit dem Ziel der Stabilisierung der Demokratie gegangen. Wirtschaftspolitik war aus dieser Sicht die Voraussetzung jeder guten Sozialpolitik. Dabei habe namentlich der „Verbraucherschutz" im Vordergrund gestanden, dem letztlich die Vision eines durch „Massenkonsum" legitimierten demokratischen Kapitalismus zugrunde gelegen habe[30].

Bei dieser Deutung des RWM muss man allerdings fragen, ob der Begriff des „Keynesianismus" damit nicht zu weit gefasst wird und dadurch an Trennschärfe verliert. Zu diesen „Keynesianern" gehörte nach Müller dann auch zum Beispiel Staatssekretär Hans Schäffer, der nach den Erinnerungen seines Kollegen Hans Staudinger 1930 stundenlang über die englische Wirtschaftsgeschichte referierte, um zu beweisen, dass kontrazyklische Maßnahmen des Staates keinen Sinn machten[31]. Schäffer wurde zwar später tatsächlich zu einem Advokaten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, es brauchte dazu aber erst (wie bei so vielen anderen) die Erfahrung der Krise, bevor er zu dieser Einsicht gelangte. Kann man darüber hinaus den ordoliberalen Alexander Rüstow wirklich als „Keynesianer" bezeichnen[32]? Dass Müller letztlich auch Herbert Hoover in diese Kategorie einordnet[33], zeigt jedenfalls, dass das Verständnis von staatlichem Interventionismus in den 1920er Jahren noch sehr viel vorsichtiger und begrenzter war, als es sich in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise entwickeln sollte[34].

[28] Ebenda, S. 587.
[29] Ebenda, S. 581.
[30] Ebenda, S. 593.
[31] Vgl. Hans Staudinger, Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934, Bonn 1982, S. 88.
[32] Vgl. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik, S. 583 f.
[33] Vgl. ebenda, S. 590; vgl. auch Guy Alchon, The Invisible Hand of Planning. Capitalism, Social Sciences, and the State in the 1920s, Princeton 1985; Ellis Hawley, The Great War and the Search for Modern Order, New York 1979.
[34] Vgl. Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik, S. 590. Diese Zuschreibung scheint im Übrigen auch angesichts dessen problematisch, welche Ökonomen Müller als Referenzgrößen im RWM benennt; neben den über 100 Jahre alten, liberalen Wirtschaftstheorien von Adam Smith und David Ricardo noch John Maynard Keynes (der damals bestenfalls halbherziger „Keynesianer" war), Irving Fisher (der Begründer des Monetarismus) und Gustav Cassel. Diese Namen stehen nicht gerade für eine unorthodoxe staatliche Wirtschaftspolitik. Gerade der Schwede Cassel, damals in Deutschland wohl der einflussreichste ausländische Ökonom, war ein in der Wolle gefärbter „Angebotstheoretiker". Vgl. dazu Roman Köster, Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen 2011, S. 101 ff.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In Müllers Rekonstruktion der Vorstellungswelt des RWM war Wirtschaftspolitik also Stabilisierungspolitik mit einer demokratischen Agenda und zu diesem Zweck sollte die Wirtschaft „planmäßig" beeinflusst werden. Es ist ermutigend, dass die Beamten im RWM gute Absichten hatten, aber welche konkreten Maßnahmen setzten sie um und waren diese erfolgreich? Hier bietet Müller letztlich, sowohl in dem besprochenen Aufsatz wie auch in seinem Buch über die Zwischenkriegszeit, recht wenig[35]. Stattdessen werden vor allem Intentionen und Konzepte von Julius Hirsch und seinen Mitstreitern referiert, ohne zu beschreiben, welche Maßnahmen daraus resultierten. Da kann es dann auch nicht verwundern, dass sich in der breiten Literaturauswahl in den Fußnoten wichtige Arbeiten zur Weimarer Wirtschaftspolitik nicht finden, nämlich Albrecht Ritschls „Deutschlands Krise und Konjunktur" sowie Dieter Hertz-Eichenrodes Arbeit über die Zwischenkrise 1925/26, der darlegt, dass der deutsche Staat damals kontrazyklische Maßnahmen versuchte, diese sich aber als nicht besonders erfolgreich erwiesen und in erster Linie die Staatsfinanzen in Unordnung brachten[36]. Danach gerieten sie in der zeitgenössischen ökonomischen Debatte auch intellektuell in die Defensive[37].

Müller schreibt allerdings explizit, dass es ihm nicht um konkrete Maßnahmen gehe, sondern um die Rekonstruktion der „handlungsleitenden Vorstellungen der Wirtschaftspolitik", die „intellektuellen Machtverhältnisse"[38]. Das ist legitim und wäre für sich genommen ein spannender Beitrag zur Geschichte der Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik. Müller geht aber sehr viel weiter, indem er aus dieser Rekonstruktion die Existenz politischer Handlungsspielräume ableitet. Zur Legitimierung dieses Schritts setzt er sich mit Knut Borchardts Thesen auseinander, um zu zeigen, dass die Wirtschaft der Weimarer Republik keine gravierenden Strukturprobleme hatte und die Löhne nicht „zu hoch" waren. Das ist eine wichtige Frage, denn wäre dem nicht so, dann müssten offensichtlich doch die Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik als gering und die historische Wirkmächtigkeit politischer Visionen als eng begrenzt bewertet werden – und das evtl. dann sogar als Resultat der vom RWM initiierten Wirtschaftspolitik der 1920er Jahre.

[35] Es ist ernüchternd, dass Müller hier ausgerechnet die Kartellpolitik als Beispiel anführt. Die Kartellverordnung von 1923 trug aufgrund des darin festgeschriebenen Kündigungsrechts von Kartellverträgen zu einem massiven Anstieg der Kartellzahlen bei (die Rigidität von Kartellverträgen stellte vorher ein großes Beitrittshindernis dar). Die dadurch erhöhten Verbraucherpreise waren kaum ein Beitrag zu Verbraucherschutz und „Massenkonsum". Vgl. Verordnung gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen (KartellVO) vom 2. 11. 1923 nebst amtlicher Begründung, in: Gerd Brüggemeier (Hrsg.), Entwicklung des Rechts im organisierten Kapitalismus, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1977, S. 338–345 u. S. 339 f.; zur Entwicklung der Kartellzahlen vgl. Horst Wagenführ, Kartelle in Deutschland, Nürnberg 1931, S. XIII.

[36] Vgl. Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur; Hertz-Eichenrode, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung.

[37] Vgl. z. B. Adolf Lampe, Notstandsarbeiten oder Lohnabbau. Kritik der Wirtschaftstheorie an der Arbeitslosenpolitik, Jena 1927.

[38] Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik, S. 591.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

An dieser Stelle gerät Müllers Argumentation allerdings auf Abwege. Das fängt damit an, dass er Borchardts These von den Zwangslagen der Wirtschaftspolitik einseitig auf das Lohnargument zuspitzt, hingegen die Aspekte Währungspolitik, internationales Schuldenkarussell, Überkapazitäten, Inflationsfurcht etc. nicht einmal erwähnt. Anschließend betont er, bei der Einschätzung der Lohnhöhe habe es sich um „argumentative Konstruktionen" und letztlich um „politische Fragen" gehandelt, die Löhne in der Weimarer Republik seien aber „kaum 'zu hoch'" gewesen[39]. Davon abgesehen, dass Müller hier die Selbstverständlichkeit, dass Lohnfragen im politischen Raum auch politisch verhandelt werden, konstruktivistisch ausmünzt und damit suggeriert, diese Frage ließe sich „objektiv" gar nicht entscheiden (um dann doch Partei zu ergreifen), entspricht diese Aussage schlicht nicht dem Stand der Forschung. Eine valide Revision der empirischen Ergebnisse Albrecht Ritschls, der durchaus differenziert für die „zu hohen" Löhne argumentiert, hat bislang jedenfalls noch nicht stattgefunden[40]. Davon abgesehen ist das Lohnargument generell schwierig pauschal an- oder abzulehnen, weil nach Branchen, Berufs- und Statusgruppen zu differenzieren ist[41].

Wenig später macht Müller dann aber deutlich, worum es ihm eigentlich geht, wenn er schreibt, es sei nicht überzeugend „ein Urteil über die Leistungsfähigkeit des Weimarer Sozialstaats auf wenige Jahre Mitte oder Ende der zwanziger Jahre zu gründen". Ansonsten würde sich die „Rede von der Überforderung und der Explosion sozialer Erwartungen" einstellen[42]. Aber worauf soll sich die Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Weimarer Sozialstaats denn dann gründen, wenn nicht auf die „guten Jahre" der Republik (auch wenn wirtschaftlich eigentlich nur das Jahr 1927 wirklich gut war)? Sagt Müller an dieser Stelle nicht letztlich, dass sich die Weimarer Republik ihre sozialstaatlichen Maßnahmen eigentlich nicht leisten konnte, diese aber aufgrund ihrer normativen Zustimmungsfähigkeit und ihrer stabilisierenden Funktion für die Demokratie nicht zu kritisieren sind[43]?

Hier ist die Argumentation wenig konzis: Zunächst spielt Müller die Strukturprobleme der Wirtschaft herunter, um eine Seite später zu erklären, dass Finanzprobleme an der generellen Zustimmungsfähigkeit des Weimarer Sozialstaats nichts ändern, um daraus dann Handlungsspielräume für politische Visionen zu konstruieren. Das passt alles nicht recht zusammen und eine etwas bescheidenere Agenda hätte dem Aufsatz hier sicher gut getan.

[39] Ebenda, S. 592.
[40] Vgl. Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur.
[41] So wurde kürzlich dafür argumentiert, den von Borchardt stark gemachten Nexus von Lohnhöhe und Investitionen skeptisch zu betrachten, weil bei bestehenden Überkapazitäten Lohnsenkungen wahrscheinlich nicht zu erhöhten Investitionen geführt hätten. Das ändert an der Diagnose der Strukturprobleme der Weimarer Republik aber nichts, eher im Gegenteil. Vgl. Jan-Otmar Hesse/Roman Köster/Werner Plumpe, Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, Frankfurt a. M. 2014, S. 196.
[42] Müller, Demokratie und Wirtschaftspolitik, S. 593.
[43] Vgl. ebenda. Der Hinweis auf die langfristigen positiven Auswirkungen sozialer Sicherungssysteme erscheint an dieser Stelle insofern deplatziert, weil das eben auch deren langfristige Finanzierbarkeit voraussetzt. Gerade letztere wurde aber dadurch untergraben, dass das System auch in den vergleichsweise guten Jahren defizitär arbeitete.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

4. Wirtschaftspolitik in der Krise

Müller Schlussfolgerungen, die er in seinem Buch „Nach dem Ersten Weltkrieg" formuliert, sind allerdings eindeutig: Von Zwangslagen der Wirtschaftspolitik könne nicht gesprochen werden. Brüning sei nicht nur ein Nationalist gewesen, er habe in der Krise auch intellektuell versagt. Bar jeder politischen Vision, wie sie im RWM reichlich vorhanden war, habe er an seiner Sparpolitik bis zum bitteren Ende festgehalten, anstatt mutige Maßnahmen zur Rettung der Weimarer Demokratie zu ergreifen[44]. Positive Gegenbeispiele sieht Müller dabei in England sowie in den USA des New Deals. Letzteren möchte er, gegen die zugespitzten Thesen Wolfgang Schivelbuschs argumentierend, von jeglicher Nähe zur faschistischen Wirtschaftspolitik freisprechen[45].

An dieser Stelle sei zunächst kurz an die Dimensionen und die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise erinnert[46]. Diese Krise war nicht einfach „da", als Ende Oktober 1929 die Kurse an der New Yorker Wall Street zusammenbrachen. Zwar waren die Jahre 1929 und 1930 in Deutschland und den USA bereits schwierig, England und Frankreich hingegen merkten von der Krise noch relativ wenig. Erst im Zuge der Bankenkrise in Deutschland und Österreich sowie dem faktischen Zusammenbruch des europäischen Kapitalmarkts im Frühsommer 1931 wurde die Krise wahrhaft zur „Großen Depression" mit globalen Ausmaßen. Zu einer Erholung kam es erst langsam in den 1930er Jahren, die USA überwanden die Krise letztlich erst mit dem Zweiten Weltkrieg[47].

Die Skizzierung der zeitlichen Abfolge ist darum wichtig, weil durch sie das Verhalten der wirtschaftspolitischen Akteure wesentlich bestimmt wurde. Sie konnten im Herbst 1929 oder auch im Sommer 1930 noch nicht wissen, welche fundamentalen Dimensionen die Krise schließlich erreichen sollte. Dieser Punkt wurde schon in der Diskussion des Aufsatzes von Paul Köppen angesprochen: Ein Kreditangebot abzulehnen war im Sommer 1930 etwas ganz anderes als ein oder gar zwei Jahre später. Insofern zeigt sich in der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Länder in der Tat ein „Lerneffekt", das heißt sie passten ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen sukzessive der sich verschlechternden ökonomischen Lage an und reagierten auf die sich schließlich durchsetzende Einsicht, dass es sich nicht einfach um einen zyklisch auftretenden konjunkturellen Abschwung handelte, sondern um den schwersten ökonomischen Einbruch des Industriezeitalters, der die kapitalistische Wirtschaftsordnung insgesamt in Frage stellte[48].

[44] Vgl. Müller, Nach dem ersten Weltkrieg, S. 118 f.

[45] Vgl. Wolfgang Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939, München 2005.

[46] Immer noch lesenswert: Kindleberger, The World in Depression; Patricia Clavin, The Great Depression in Europe, 1929–1939, New York 2000; als neuere deutschsprachige Überblicksdarstellungen vgl. Hesse/Köster/Plumpe, Die Große Depression.

[47] Vgl. David Kennedy, Freedom from Fear. The American People in Depression and War, 1929–1945, New York 1999, S. 363 ff.

[48] Vgl. Kim, Industrie, Staat und Wirtschaftspolitik; Peter Temin, Did Monetary Forces cause the Great Depression?, New York 1976, S. 76.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Betrachtet man die konkreten Lernprozesse in den von Müller angeführten Beispielen England und den USA jedoch genauer, sind Zweifel an dessen Einschätzung angebracht. So nennt Müller zunächst England als Beispiel für eine mutige Politik: die Arbeitslosenhilfe sei erhöht, eine Nationale Regierung gebildet und der Goldstandard verlassen worden. Auf diese Weise sei die britische Demokratie letztlich nie in Gefahr geraten[49]. Allerdings sollte man auch darauf hinweisen, dass die Krise in England einen sehr viel „milderen" Verlauf nahm als in Deutschland; das britische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sank zwischen 1929 und 1932 um ca. 6,5 Prozent, das deutsche um ca. 20 Prozent und lag vom Niveau her deutlich unter dem britischen[50].

Darüber hinaus waren die genannten Maßnahmen mitnichten Ausdruck einer konsistenten Politik. So war die Erhöhung des Arbeitslosengeldes zu Beginn der Amtszeit der seit dem Juni 1929 amtierenden Labour-Minderheitsregierung beschlossen worden. Die Nationale Regierung wurde im August 1931 nicht zuletzt deswegen installiert, um Ausgabensenkungen durchzusetzen, die mit Labour nicht zu machen waren, wobei vor allem die Kürzung des Arbeitslosengeldes ein zentraler Streitpunkt war. Das im Hintergrund stehende Ziel war die Aufrechterhaltung des Goldstandards, der aber nach fortgesetzten Kapitalabflüssen am 21. September 1931, also nur knapp einen Monat später, aufgegeben werden musste[51]. Darin eine konsistente Politik oder gar politische Vision zu erblicken, fällt schwer. Das Abgehen vom Goldstandard verbesserte, entgegen der Befürchtungen der meisten britischen Politiker, zwar die wirtschaftliche Lage Großbritanniens, es sollte aber nicht vergessen werden, dass diese Maßnahme die Situation für Deutschland und viele andere Länder drastisch verschlechterte[52]. Es handelte sich um einen klassischen Fall der von Keynes so bezeichneten „Beggar thy neighbour"-Politik, die Brünings Austeritätspolitik mit einem Schlag scheitern ließ.

Das Beispiel der USA scheint besser zu Müllers Überlegungen zu passen. Hier formulierte Roosevelt in mehreren Reden seine Vorstellung eines „New Deals", den er ab dem März 1933, gestützt auf eine breite Mehrheit im Kongress, in einem atemberaubenden Tempo in die Tat umsetzte[53]. Der psychologische Effekt war nach den nicht nur in ökonomischer Hinsicht hoffnungslosen Hoover-Jahren in der Tat enorm. Aber für eine abgewogene Beurteilung vermisst man bei Müller den Hinweis darauf, dass die Weltwirtschaftskrise in den USA solange dauerte, wie fast nirgendwo sonst auf der Welt, und die Arbeitslosigkeit die gesamten

[49] Vgl. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg, S. 133 ff.
[50] Maddison Database, http://www.ggdc.net/maddison/maddison-project/home.htm [letzter Zugriff 14. 11. 2014].
[51] Für Details vgl. Diane Kuntz, The Battle for Britain´s Gold Standard, London 1987; Clavin, The Great Depression in Europe.
[52] Vgl. Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 41 f.
[53] Vgl. Anthony J. Badger, FDR. The first hundred days, Princeton 2008.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1930er Jahre bedrückend hoch blieb[54]. Neuere Forschungen kommen überdies zu dem Ergebnis, dass die konkreten New-Deal Maßnahmen letztlich wenig zu der relativen Erholung ab 1933 beitrugen[55]. Lässt sich die politische Vision wirklich so weitgehend von der tatsächlichen ökonomischen Performanz abkoppeln?

Abgesehen davon, dass politische Vision und ökonomische Erholung also nur bedingt im Zusammenhang miteinander standen, hatten Großbritannien und die USA grundsätzlich viel größere Handlungsspielräume in der Krise als das Deutsche Reich, während Müller für das letztere zu stark von den tatsächlichen „Zwangslagen" der Wirtschaftspolitik abstrahiert. So kritisiert er die Sparpolitik Brünings mit dem Argument, dass „sparen" an sich nicht das Problem gewesen sei, sondern dass der Kanzler keine Alternative anzubieten gehabt habe. Er schreibt, der deutsche Staat hätte allein schon deswegen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen initiieren sollen, um den Menschen Hoffnung zu geben und ihnen zu zeigen, dass der demokratische Staat sie nicht im Stich lässt. Spätestens ab dem Oktober 1931 seien diese in größerem Umfang möglich gewesen[56].

Der Herbst 1931 ist tatsächlich ein signifikantes Datum, denn angesichts der verschärften Krise im Deutschen Reich nach der Bankenkrise und wachsender Massenarbeitslosigkeit hatte die Reichsregierung keinerlei finanziellen Spielraum, um solche Maßnahmen in die Wege zu leiten. Einer über die Reichsbank finanzierten Kreditexpansion oder einer Abwertung der Reichsmark standen die Regelungen des Dawes-Plans, des völkerrechtlich verankerten Reichsbankgesetzes sowie vor allem die Bestimmungen des Young-Plans entgegen. Letzterer war erst 1929 in einer umkämpften Volksabstimmung gegen Nationalsozialisten und Deutschnationale angenommen worden, kann also durchaus als eng verknüpft mit der demokratischen Essenz der Weimarer Republik betrachtet werden[57]. War man aber gewillt, das Young-Abkommen zu brechen, dann waren kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht erst im Herbst 1931, sondern bereits früher möglich.

Was Müller meint, aber nicht schreibt, ist etwas anderes: Im Herbst 1931 war die außenpolitische Situation anscheinend derart, dass das Deutsche Reich den Bruch des Young-Abkommens riskieren konnte, ohne wieder in die Rolle des außenpolitischen Parias zu fallen oder gar eine militärische Intervention Frankreichs befürchten zu müssen[58]. Dabei gibt es durchaus Argumente, die diese Deu-

[54] Vgl. dazu die Zahlen bei Barry Eichengreen/Timothy J. Hatton, Interwar Unemployment in International Perspective, Dordrecht u. a. 1988.

[55] Diese Meinung vertreten keineswegs nur „libertäre" Kritiker des New Deals wie Amy Shlaes, The Forgotten Man. A New History of the Great Depression, New York 2007. Vgl. z. B. Lee Ohanian, The macroeconomic impact of the New Deal, in: Randall Parker/Robert Whaples (Hrsg.), Routledge Handbook of Major Events in Economic History, London 2013, S. 165–177; Kennedy, Freedom from Fear, S. 363 ff.

[56] Vgl. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg, S. 120.

[57] Vgl. Otmar Jung, Plebiszitärer Durchbruch 1929? Zur Bedeutung von Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan für die NSDAP, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 489–510.

[58] Zu dieser Argumentation vgl. Charles H. Feinstein/Peter Temin/Gianni Toniolo, The World Economy between the World Wars, Oxford/New York 2008, S. 131 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tung stützen: So hatte Frankreich die schlechten Erfahrungen der Ruhrgebietsbesetzung nicht vergessen. Das Reparationsregime war durch das im Juli 1931 in Kraft getretene Hoover-Moratorium bereits aufgeweicht. Großbritanniens erzwungenes Abgehen vom Goldstandard im September 1931 und der darauf folgende Wertverlust des Pfundes um ca. 30 Prozent gaben dem Deutschen Reich eine starke Rechtfertigung an die Hand: Dieser Vorgang wirkte sich ja verheerend auf die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aus, die zu verbessern ein wesentliches Ziel von Brünings Politik gewesen war. Und schließlich stellte bereits die Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931, auch wenn von den Vertragspartnern im „Stillhalteabkommen" akzeptiert, streng genommen einen Verstoß gegen das Young-Abkommen dar[59]. Wenn Frankreich diese Maßnahme tolerierte, warum dann nicht auch eine substanzielle Abwertung der Währung?

Dagegen lässt sich einwenden, dass die Devisenzwangswirtschaft zwar „offiziell" einen Verstoß gegen das Young-Abkommen darstellte, das Reparationsregime davon aber kaum berührt wurde; bei einer Abwertung der Währung wäre das völlig anders gewesen. Frankreich hatte, erneut sei auf das Beispiel der deutsch-österreichischen Zollunion verwiesen, auch noch andere Mittel als militärische, um seine Interessen durchzusetzen. Darüber hinaus hätte die Währungsabwertung bzw. Kreditexpansion drastisch ausfallen und mindestens ein Drittel, also den Wertverlust des Pfund Sterlings nach dem Abgehen vom Goldstandard im September 1931, betragen müssen[60]. Was Hans-Ulrich Wehler allen Ernstes als eine „wohlkalkulierte [...] Regelverletzung"[61] bezeichnet, wäre somit letztlich einer einseitigen Aufkündigung des Reparationsregimes gleichgekommen. Diese Maßnahme hätte zudem die französische Wirtschaft schwer geschädigt, denn dadurch wäre in Europa der Abwertungswettlauf erst richtig angefacht worden und Frankreich, das sich im Goldstandard befand, hätte plötzlich mit einer überbewerteten Währung dagestanden. Wie Paul Köppen richtig schreibt, hatten die Franzosen genau davor Angst, und das war wohl der eigentliche Grund, warum Deutschland Kredite in Aussicht gestellt wurden[62].

Der Bruch des Young-Abkommens und die scharfe Abwertung der Reichsmark wären als drastische Maßnahme angesichts der Schwere der Krise vielleicht möglich gewesen. Die Krise erzwang an vielen Orten einen Lernprozess und „unkonventionelle" Maßnahmen. Allerdings sollte man dann doch besser aufhören, Brüning Revanchismus, außenpolitische Aggression und eine Fixierung auf die Reparationsfrage vorzuwerfen. Denn während letzterer de facto als „Erfüllungspolitiker" agierte, hätte ein solcher Schritt die kühnsten Träume radikaler Nationa-

[59] Vgl. ebenda.
[60] So argumentiert etwa Jürgen Schiemann, Die deutsche Währung in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, Währungspolitik und Abwertungskontroverse unter den Bedingungen der Reparationen, Bern/Stuttgart 1980, S. 284 ff., dass selbst eine 20 %ige Währungsabwertung keinen wesentlichen Effekt gehabt hätte.
[61] Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 526.
[62] Vgl. Köppen, Brünings Spardiktat, S. 365.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

listen Wirklichkeit werden lassen[63]. Wie Müller eine solche Forderung mit seinem Ideal einer demokratischen Wirtschaftspolitik vereinbaren kann, bleibt unklar.

Resümee

Albrecht Ritschls eingangs erwähnte Feststellung, die Borchardt-Debatte sei „beendet", lässt sich noch in einem weiteren Sinne verstehen, nämlich dass als Resultat einer intensiven Forschungsdiskussion die wesentlichen Argumente mittlerweile ausgetauscht worden sind und es nun letztlich von der persönlichen Abwägung und Einschätzung abhängt, wie man sich dazu verhält. Ich würde dieser Ansicht jedenfalls insofern zustimmen, als die kritische Neubewertung Brünings in jüngster Zeit ohne wirklich tragfähige Argumente auskommt. So sehr die Studien von Köppen und Müller mit ihrem empirischen Gehalt das Wissen über die Weimarer Wirtschaftspolitik erweitern: Weder das „französische Kreditangebot" noch die Rekonstruktion einer demokratischen Wirtschaftspolitik taugen meines Erachtens, um der Borchardt-Debatte eine neue Richtung zu geben. Solange aber keine weiteren substanziellen Argumente vorgebracht werden, muss sie in dem genannten, höheren Sinn weiterhin als beendet betrachtet werden.

Gleichwohl scheinen die Thesen Borchardts ein „Stachel im Fleisch" neuerer Deutungen der Weimarer Republik zu sein, die letztere gewissermaßen zu „normalisieren" trachten. So richtig und wichtig es ist, die Weimarer Republik im transnationalen Zusammenhang moderner Demokratien zu betrachten, so deuten Borchardts Überlegungen doch auf Handlungszwänge und wirtschaftliche Restriktionen hin, welche den Gestaltungsspielraum der Akteure wesentlich begrenzten. Das stellt nicht die Intentionen der Akteure im RWM in Frage, führt jedoch zu einer deutlich vorsichtigeren Einschätzung ihrer konkreten Gestaltungsmacht.

Werden jedoch Anspruch und Gestaltungsmacht stärker auseinandergehalten, dann drängt sich die Frage auf, wie solche Gestaltungsansprüche in Reaktion auf ökonomische Handlungszwänge neu formuliert wurden. So arbeitet Müller vollkommen richtig heraus, dass es ein wesentliches Merkmal der westlichen Demokratien in der Zwischenkriegszeit (auch als Folge des Ersten Weltkriegs) war, die Verantwortung für eine stabile ökonomische Entwicklung und den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft zunehmend für sich zu reklamieren. Die Frage ist jedoch, ob sie das auch immer umsetzen konnten. Gerade wegen dieses Anspruchs nämlich bedeutete die Weltwirtschaftskrise eine solche Demütigung für den demokratischen Staat, der nach 1929 vor der Wucht des ökonomischen Einbruchs anscheinend kapitulierte.

Das war in den jeweiligen Ländern, je nachdem in welchem Ausmaß sie von der Krise betroffen waren, in unterschiedlichem Maße der Fall. Dass sich aber gerade in Deutschland und den USA, die von den westlichen Industriestaaten und Demokratien am härtesten von der Depression getroffen wurden, der Staat ab 1933 machtvoll als Überwinder der Krise zu inszenieren begann und die machtstaatliche Bezwingbarkeit von Marktdynamiken reklamierte, erscheint aus dieser Kon-

[63] Über „Planspiele" Brünings, die in diese Richtung gehen, vgl. sehr kritisch ebenda, S. 370.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stellation heraus erklärlich. Daraus ergeben sich die von Wolfgang Schivelbusch beschriebenen „Ähnlichkeiten", die keineswegs auf eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und New Deal hinauslaufen[64]. Hier wird vielmehr deutlich, was die Große Depression für die Handlungsfähigkeit moderner Staaten bedeutete und wie sie das Verhältnis von Staat und Wirtschaft nachhaltig veränderte. Dafür brauchte es aber erst die Erfahrung der Krise, und der milde Interventionismus, den Müller am Beispiel des RWM in den 1920er Jahren beschreibt, blieb in seinem Ausmaß und seinem Anspruch dahinter weit zurück.

Bei allen Erkenntnischancen, die eine Normalisierung der Weimarer Republik grundsätzlich eröffnet: Es liegt eine Gefahr darin, die Weimarer Republik gewissermaßen zu „idyllisieren" und zu einer hoffnungsvollen lebensfähigen Ordnung, bevölkert von Demokraten und Optimisten, zu erklären. Die „Tragik" der Weimarer Republik liegt dann nicht mehr in einer instabilen Demokratie, sozialen und ideologischen Spannungen, einer zerrütteten Weltordnung, der dichten Abfolge ökonomischer Krisen und daraus resultierenden Handlungsdilemmata, sondern letztlich darin, dass 1930 eine Clique phantasieloser Antidemokraten die Macht okkupierte und Deutschland ins Verderben riss. Ob das eine angemessene Deutung Weimars ist, muss man doch ernsthaft bezweifeln.

[64] Vgl. Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Franz von Papens Bild in der Geschichte ist nicht zu retten. Auch die hier präsentierten, bisher nur in Auszügen bekannten Briefe an Hitler vom Sommer 1934 werden an diesem Befund nichts ändern. Historisch uninteressant sind sie dennoch nicht, wie André Postert und Rainer Orth zeigen. In ihnen spiegeln sich die letzten Rückzugsgefechte und Hoffnungen des jungkonservativen Lagers, die taktische Schläue Hitlers und – erneut – die Naivität von Papens, die allerdings nicht umstandslos mit Feigheit und Unterwürfigkeit gleichgesetzt werden kann. Ganz einfach war seine Lage nach der „Marburger Rede" vom 17. Juni und nach dem „Röhm-Putsch" ja nicht.

André Postert und Rainer Orth

Franz von Papen an Adolf Hitler

Briefe im Sommer 1934

I. Die Anklage

Als sich Franz von Papen 1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess verantworten musste, sah er sich mit Anklagepunkten von enormer Tragweite konfrontiert: Er habe, so argumentierte der britische Stab um Sir Hartley Shawcross, dem Nationalsozialismus 1933 zur Macht verholfen, die Regierung Hitler in seiner Funktion als Vizekanzler nach Kräften unterstützt und so den Weg in die NS-Diktatur gebahnt[1]. Zur Untermauerung der Anklage zog David M. Fyfe, stellvertretender britischer Chefankläger, am 18. Juni 1946 mehrere Briefe heran, die Papen an Hitler zwischen dem 18. und 26. Juli 1934 geschrieben hatte – unmittelbar vor und nach den Mordaktionen im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches. Auszüge daraus sollten untermauern, dass Papen in der Zeit seiner Vizekanzlerschaft bereitwillig den „Kopf einer Mörderbande" stützte und, was noch schwerer wog, in einem Moment zu Hitler hielt, als er das Regime möglicherweise hätte zu Fall bringen können[2]. Offenkundig von der Beweisführung überrumpelt, manövrierte

[1] Anklageschrift, Anhang A: Papen, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg, Bd. 1, Nürnberg 1947, S. 80: „Der Angeklagte PAPEN machte von seinen obengenannten Ämtern, seinem persönlichen Einfluß und seiner engen Verbindung mit dem Führer in solcher Weise Gebrauch: Daß er, wie in Anklagepunkt Eins angeführt, den Machtantritt der Nazi-Verschwörer förderte und an der Festigung ihrer Macht über Deutschland teilnahm; er förderte, wie in Anklagepunkt Eins angeführt, die Vorbereitungen für den Krieg und beteiligte sich, wie in Anklagepunkten Eins und Zwei angeführt, an der politischen Planung und Vorbereitung der Nazi-Verschwörer für Angriffskriege und solche Kriege, die eine Verletzung von internationalen Verträgen, Abkommen und Zusicherungen darstellen."

[2] Trial of the Major War Criminals Before the International Military Tribunal, Nuremberg 14 November 1945–1 October 1946, Bd. 16: Proceedings 11 June 1946–24 June 1946, Nürnberg 1948, S. 363 (Tag 157, 18. 6. 1946): „I am putting to you quite clearly that all you cared about was your own personal position, your dignity being restored. You were prepared to serve these

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0014

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sich Papen mit zum Teil widersprüchlichen Aussagen unfreiwillig in eine schwierige Lage. Die Briefe an Hitler waren durchzogen von langen Passagen mit Loyalitäts- und Treueversicherungen. Mit den eigenen Worten konfrontiert, erklärte Papen, er habe nach den Röhmputsch-Morden jeden Zweifel an seiner politischen Integrität auszuräumen versucht. Zudem sei er im Glauben gewesen, Hitlers Politik würde Deutschland nicht zum Nachteil gereichen[3]. Das war genau die Antwort, die Fyfe hatte hören wollen.

Es bedurfte erneuter Einsicht in die eigenen Schriftstücke und möglicherweise einer Rücksprache mit seinem Verteidiger Egon Kubuschok, ehe er dem Gericht am Tag danach eine für ihn günstigere Lesart der Dokumente mitteilen konnte; nun sollten die Briefe zeigen, dass Papen während der „hysterischen Atmosphäre" des frühen Juli 1934 die vorangegangene „Nacht der langen Messer" als Willkürakt zu entlarven und die Verantwortlichen dafür ihrer gerechten Strafe zuzuführen suchte. Die langen Passagen der Schmeicheleien seien rein taktisch motiviert gewesen[4]. Unterschiedlicher hätten die Interpretationen von Anklage und Verteidigung nicht ausfallen können. Papen, wenig souverän in seinen Antworten, trug mit seinem unglücklichen Auftritt vor Gericht viel dazu bei, dass seine Briefe später als Dokumente ehrloser Unterwürfigkeit oder charakterlicher Willensschwäche gelesen wurden.

Ihr vollständiger Inhalt ist freilich nur wenigen Interessierten bekannt gewesen; je nach Sympathie, politischer Auffassung und historiografischer Lagerzugehörigkeit haben einzelne Auszüge ganz unterschiedliche Urteile nach sich gezogen. Die Originale mit den handschriftlichen Korrekturen Papens, die während des Prozesses verlesen wurden, werden im Sonderarchiv Moskau verwahrt, die Reinschriften, die Hitler erhielt, im Bundesarchiv[5]. Ein wichtiger Teil des in Moskau liegenden Papen-Nachlasses muss bis auf Weiteres als verschollen eingestuft

murderers so long as your own dignity was put right"; ebenda, S. 364: "Herr Von Papen, if you, as an Ex-Chancellor of the Reich and, as you said yourself, one of the leading Catholic laymen of Germany, an ex-officer of the Imperial Army, had said at that time 'I am not going to be associated with murder, cold-blooded murder as an instrument of policy', you might at some risk to yourself have brought down the whole of this rotten regime, might you not?"

[3] Ebenda, S. 360.

[4] Ebenda, S. 416–419 (Tag 158, 19. 6. 1946).

[5] Die Reinschriften befinden sich in den Akten der „Adjutantur des Führers", in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), NS 10/50, Bl. 15–26. Die meisten privaten Akten Papens gingen 1945 in sowjetischen Besitz über. Spätestens in den 1950er Jahren wurden sie dem Sonderarchiv Moskau, einem Spezialarchiv zur Verwahrung deutscher Beuteakten zugeführt. 1999 wurde das Sonderarchiv institutionell dem Russischen Staatlichen Militärarchiv – Rossijskij gosudarstvennyi voennyi archiv (künftig: RGVA) angegliedert, innerhalb desselben es als autonome Dienststelle mit eigenem Standort existiert. Papens Nachlass wird seither als Fond 703k (Franz von Papen) verwahrt. Der Bestand umfasst 65 Akten. Kopien von 19 dieser Akten wurden von der russischen Regierung nach 1990 dem Bundesarchiv in Koblenz zur Verfügung gestellt, das diese Unterlagen unter der Signatur N 1649 zu einem eigenen Bestand („Nachlass Franz von Papen") zusammenstellte. Die Koblenzer Akten umfassen jedoch kaum Material von politischer Bedeutung; hier finden sich v. a. Papiere zu Familien- und Finanzangelegenheiten.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

werden[6]. Die Briefe werden hier erstmals vollständig abgedruckt und für die wissenschaftliche Öffentlichkeit zugänglich gemacht[7].

II. Die Ereignisse des Sommers 1934

Als Papen den ersten Brief vom 18. Juni verfasste, befand sich der Vizekanzler bereits in einer misslichen Lage. Einen Tag zuvor hatte er an der Marburger Universität eine Rede gehalten, in der er die Auswüchse des NS-Staats in scharfer Offenheit kritisierte; das Manuskript stammte wahrscheinlich nicht von ihm selbst, obwohl er dies später für sich in Anspruch nahm. Der Autor war Papens intellektueller Stichwortgeber Edgar J. Jung[8]. In der „Marburger Rede" trug der Vizekanzler geistreich verklausuliert vier programmatische Kernanliegen vor: erstens die Auflösung der SA, zweitens – mit Verweis auf eine drohende „Gefahr des Byzantinismus" – die Einstellung der staatlichen Terror- bzw. Willkürmaßnahmen, drittens eine Wendung hin zum politischen Katholizismus sowie viertens ein personelles Revirement der Regierung. Insbesondere die letzte Forderung war brisant. Zwar berief sich Papen mehrmals auf angebliche Pläne Hitlers, er übte also allenfalls indirekt Kritik, allerdings war die zentrale Botschaft, die sich gegen die NSDAP wandte, für jeden Hörer unmissverständlich. Was er, anschließend an weniger deutliche frühere Reden, in Marburg einmal mehr forderte, war die Durchsetzung eines „aristokratischen Ausleseprinzips"[9]. Dabei sollte zunächst der Einfluss der NSDAP zurückgedrängt und dann die nationalsozialistische Mono-

[6] Die 16 weiteren Papen-Akten, ursprünglich ein Teil des Fond 703 des SAM, sind laut den Abgabeverzeichnissen des Sonderarchivs noch in den 1950er Jahren an das Archiv des Außenministeriums der Sowjetunion abgegeben worden. Die Beschreibung dieser Akten im Findbuch des Fonds legt nahe, dass sie Dokumente von politischer und historiografischer Bedeutung enthalten, so z. B. eine Abschrift des politischen Testaments von Paul von Hindenburg aus dem Jahr 1934. Das Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation – unter welcher Bezeichnung das besagte Archiv heute figuriert – bestreitet, diese Akten noch zu besitzen. In einer Mitteilung an die Verfasser heißt es, dass sich überhaupt keine Akten deutscher Provenienz mehr in den Archivbeständen befänden. Sämtliche deutschen Akten seien „von den 1950er bis 1970er und in den 1990er Jahren in das Heimatland zurückgegeben worden". Schreiben von I. Popowa vom Moskauer Außenministerium an die Verfasser vom 19. 12. 2013. Allerdings ist keine der genannten Akten in eines der in Frage kommenden deutschen Archive gelangt.

[7] Maria Gussewa hat für die Verfasser weitere Informationen eingeholt und Abschriften aus dem Moskauer Sonderarchiv angefertigt. Für die mühevolle Arbeit gilt ihr besonderer Dank.

[8] Vgl. Larry Eugene Jones, Edgar Julius Jung: The Conservative Revolution in Theory and Practice, in: Central European History 21 (1988), S. 142–174.

[9] Die Rede des Reichsvizekanzlers Franz von Papen vom 17. 6. 1934, in: BArch, N1649/1, 5; im Hinblick auf vorangegangene Auftritte ist insbesondere die Rede Papens in Breslau am 17. 3. 1933 über die „Aufgabe des Staatsmannes" von Interesse; hier mahnte der Vizekanzler vor der Gefahr eines „demokratischen Cäsarismus" – diese und weitere Reden versammelt in: Franz von Papen, Appell an das deutsche Gewissen. Reden zur nationalen Revolution, Oldenburg 1933, S. 95–104, hier S. 103. Zum großen Teil sind die Reden Papens auch im „Ring. Konservative Wochenschrift" abgedruckt, die Zeitschrift des Deutschen Herrenklubs, dem Papen als Mitglied angehörte.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

polpartei gänzlich abgeschafft werden, um das eigentliche Ziel der nationalen Revolution zu vollenden.

Papen, gestützt auf antidemokratische Vordenker der sogenannten konservativen Revolution, verfolgte ein schemenhaftes Ziel, das bereits seine Regierungspolitik im Jahr 1932 gekennzeichnet hatte: Abschaffung der demokratisch legitimierten Parteien und Förderung einer aristokratisch-intellektuellen Führungsschicht[10]. Obwohl der vermeintliche „Ritter ohne Furcht und Tadel“[11] mit politischen Winkelzügen den Sturz Kurt von Schleichers betrieben, sodann den „Volkskanzler Hitler“[12] durch Geheimverhandlungen im Januar 1933 überhaupt erst an die Macht gebracht hatte und sich seitdem der Öffentlichkeit als Vertreter der neuen nationalen Regierung präsentierte, war er seinen anti-parteilichen Idealen bemerkenswert treu geblieben. Hinter der „zeitgebundenen Notwendigkeit“ der NSDAP-Vorherrschaft stünde als „revolutionäres Ziel ein viel größeres: die Stiftung einer sozialen Ordnung, die auf gemeingültigen organischen Formen beruht und nicht nur auf einer geschickten Beherrschung der Masse“[13]. Papen war von den elitären Klubs einer adeligen und bildungsbürgerlichen Bewegung nachhaltig beeinflusst, die sich seit Ende der 1920er Jahre mit teilweise beachtlicher Resonanz bei Spitzenpolitikern des konservativen Spektrums gegen den Weimarer Parlamentarismus in Stellung gebracht hatte. Papen, der seine Sympathisanten hier rekrutierte, war offenkundig überzeugt, genügend Fürsprecher zu haben. Der jungkonservative Publizist Edgar Jung versprach, so erinnerte sich der als Mittelsmann für Papers Vizekanzlei rekrutierte Werner von der Schulenburg, dass „die Wendung in Deutschland nicht mehr lange auf sich warten lasse, daß der Kreis um Papen, dem er angehöre, dann eine führende Rolle spiele, ganz gleich, wie sich der Umschwung vollziehe“[14].

Die Mitarbeiter der Vizekanzlei glaubten in Papen den idealen Advokaten ihrer Ideen gefunden zu haben. Sie hofften, die Reichswehr, Präsident Hindenburg, den politischen Katholizismus sowie Vertreter inzwischen schon gleichgeschal-

[10] Zur Verknüpfung Papens mit den Jungkonservativen siehe André Postert, Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus, Baden-Baden 2014, S. 75–86, S. 144–181 u. S. 398–408; die in: Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 341, vorlegte Behauptung, ihm sei es immer nur darum gegangen, „das auf Parteien beruhende demokratische System zu verbessern“ war an euphemistischer Geschichtsfälschung kaum zu überbieten. Zu den konservativen Planspielen weiterhin prägnant Hans Mommsen, Government without Parties: Conservative Plans for Constitutional Revision at the End of the Weimar Republic, in: Larry E. Jones/James Retallack (Hrsg.), Between Reform, Reaction and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945, Oxford 1993, S. 347–375.

[11] So tituliert von Reichskanzler Schleicher in der Rundfunkrede zum Amtsantritt, 15. 12. 1932, in: BArch, R43 I, 1504, Bl. 102.

[12] Vgl. Franz von Papen, Tradition und Revolution. Rede gehalten in Dresden am 13. Juli 1933, in: Ders., Appell an das deutsche Gewissen, S. 77–87.

[13] Rede Papens vom 17. 6. 1934, in: BArch, N1649/1, 5.

[14] Aufzeichnung Dr. Erckmann über Unterredung mit Werner von der Schulenburg, 10. 10. 1936, S. 2, in: RGVA, Fond 1363k (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda), 1, Nr. 20.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

teter Organisationen wie dem Stahlhelm mobilisieren und für ihr Vorhaben gewinnen zu können. Edgar Jung arbeitete einen „Aktionsplan" für den Fall einer Konfrontation zwischen SA und Reichswehr aus, in deren Folge die politische Macht in die Hände des konservativen Lagers übergehen sollte[15]. Aber nicht nur Taktik und Zielsetzung der Vizekanzlei waren einigermaßen nebelhaft, auch die Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Spätestens seit November 1933 wurden Papens Mitarbeiter von der Gestapo offenbar regelmäßig observiert[16]. Über wie wenig Rückhalt die Vizekanzlei im staatlichen Apparat verfügte, zeigte sich dann unmittelbar nach der Rede in Marburg: Ihre Verbreitung wurde mit einer Anweisung vom 18. Juni 1934 unverzüglich verboten, der Vizekanzler in verschiedenen Stellungnahmen von NS-Größen öffentlich attackiert, der Autor der Rede, Edgar Jung, alsbald verhaftet[17]. Abdrucke der Rede zirkulierten zwar in sympathisierenden Kreisen, und ihr Inhalt war Gegenstand vieler Gerüchte; sie bei sich zu tragen barg allerdings eine ernsthafte Gefahr[18]. Papen, sichtlich unvorbereitet, musste das Vorgehen der NS-Führung gegen die „Marburger Rede" notgedrungen akzeptieren. Vor diesem Hintergrund verfasste er den ersten Brief vom 18. Juni. Das Schreiben – in der Diktion der schärfste Brief der Serie – blieb ohne Wirkung. Auch ein persönliches Gespräch mit Hitler einen Tag später, bei dem er seine Demission zum ersten Mal anbot, brachte keine wirklich Klärung. Papen, der mittlerweile zunehmend marginalisiert war, verteidigte sich, protestierte gegen erste Verhaftungen, unterschätzte die Brisanz der Entwicklungen aber auch während der folgenden Tage.

Im Zuge des 30. Juni gingen Hitler und die NS-Führung nicht nur gegen Röhms verhasste SA vor, um sich so den Zuspruch und die Unterstützung der zum Teil noch schwankenden Reichswehr sowie von Reichspräsident Hindenburg zu sichern, sondern auch gegen missliebige konservative Konkurrenz[19]. Schleicher und Ferdinand von Bredow gehören in die Reihe eher prominenter Opfer der Mordaktion[20]. Papens Vizekanzlei, seit längerer Zeit ein Dorn im Auge der NS-Führung, wurde gestürmt, Aktenberge wurden beschlagnahmt, der Pressechef der Kanzlei, Herbert von Bose, wurde erschossen – er hatte belastendes Material über die NS-Führung gesammelt und war insbesondere bei Himmler verhasst[21].

[15] Vgl. Fritz Günther von Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverräters, Stuttgart 1972, S. 154–164 u. S. 171–181.

[16] Bericht betr. Beobachtung des in der Vizekanzlei beschäftigten Walter Bochow v. 6. 1. 1934, Geheimes Staatspolizeiamt, in: RGVA, Fond 1235k (Reichskanzlei Berlin), 2, Nr. 6.

[17] Zum Verbot siehe Dringende Anweisung des D.N.B. v. 18. 6. 1934, in: Ebenda, Fond 703k (Franz v. Papen), Nr. 9; zur Verhaftung Jungs vgl. u. a. „Das Schicksal Edgar Jungs", in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. 7. 1934, und Leopold Ziegler, Edgar Julius Jung. Denkmal und Vermächtnis, München u. a. 1955.

[18] Vgl. Hans Blüher, Werke und Tage. Geschichte eines Denkers, Berlin 1953, S. 169.

[19] Vgl. Hermann Mau, Die „Zweite Revolution" – Der 30. Juni 1934, in: VfZ 1 (1953), S. 119–137.

[20] Vgl. Zur Ermordung des Generals Schleicher, in: Ebenda, S. 71–95.

[21] Zum Mord an Bose, zu dessen Materialsammlungen über die NS-Führung und zur Beschlagnahme der Akten vgl. insbesondere die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin aus den Jahren 1967–1970, in: Landesarchiv Berlin, B.-Rep. 058, Nr. 667 bis 671. Für weitere Einzelheiten zu diesen Aspekten vgl. die Unterkapitel „Sammlung von belastendem Material

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Neben einigen Mitarbeitern der Kanzlei – Friedrich Carl von Savigny, Fritz Günther von Tschirschky, Walter Hummelsheim und Gretel von Stotzingen, Papens Sekretärin – wurden zudem direkte Verbindungsleute wie Theodor Düsterberg vom Stahlhelm verhaftet oder Sympathisanten wie der jungkonservative Publizist Walther Schotte polizeilich gesucht[22]. Um Papen zu isolieren und ihm die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme zu Hindenburg oder zur Reichswehrführung abzuschneiden, wurde er auf Weisung Görings unter Hausarrest gestellt; die eigentliche Durchführung der Aktion gegen Papen und das „Palais Borsig" oblagen Himmler und Heydrich[23]. Als Papen auf Weisung Hindenburgs am 2. Juli wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, war die Vizekanzlei zerschlagen und Hitlers Stellvertreter seiner Aktionsmöglichkeiten weitgehend beraubt. Was folgte, waren vier Treffen mit Hitler am 3., 4., 11. und 14. Juli sowie die dazugehörigen Briefe vom 4., 10., 12. und 17. Juli.

III. Rezeption der Briefe

Als der britische Ankläger Fyfe am 18. Juni 1946 die Briefe vor Gericht präsentierte, wurden sie Papen als Beweise sowohl für mangelnde Standfestigkeit wie auch für dessen Treue zu Hitler vorgehalten. Er habe nicht nur die Ermordung seiner Mitarbeiter Bose und Jung teilnahmslos zur Kenntnis genommen, sondern in einem Augenblick der Entscheidung die Chance zum Sturz des NS-Regimes ungenutzt verstreichen lassen. Erneut, so die Lesart, schlug er sich auf Hitlers Seite, um das Regime zu stützen[24]. „It was not worrying you at all", so formulierte Fyfe drastisch, "that von Schleicher and his wife, and von Bose and Jung, and all these other people had been murdered by the Government of the Reich; otherwise why did you write a letter like that?"[25] Wie erwähnt, hatte Papen der Anklage mit seinen unsicheren Aussagen anfänglich noch in die Hände gespielt. Am Folgetag war er bemüht, den entstandenen Schaden in überschaubaren Grenzen zu halten. Er beharrte darauf, gegenüber Hitler die Einleitung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens vehement gefordert zu haben. So sollte die Nichtbeteiligung der Vizekanzlei am vermeintlichen Röhm-Komplott nachgewiesen und in der Konsequenz die Ermordung seiner Mitarbeiter als Unrecht entlarvt werden. Angesichts der Todesgefahr, der er sich ausgesetzt gesehen hätte, habe keine andere

über führende Nationalsozialisten" und „Der Schlag gegen die Vizekanzlei" bei Rainer Orth, „Der Amtssitz der Opposition"? Politik und Staatsstreichpläne im Büro des Stellvertreters des Reichskanzlers 1933/1934 (Diss., in Vorbereitung).

[22] Vgl. Henry Bernhard, Finis Germaniae. Aufzeichnungen und Betrachtungen, Stuttgart 1947, S. 41 f.

[23] Vgl. Carsten Dams/Michael Stolle, Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich, München 2008, S. 26 f.

[24] Trial of the Major War Criminals Before the International Military Tribunal, Bd. 16: Proceedings, S. 363 (Tag 157, 18. 6. 1946): "You see what I am putting to you? I am putting to you quite clearly, that all you cared about was your own personal position, your dignity and being restored. You were prepared to serve these murderers so long as your own dignity was put right."

[25] Ebenda, S. 366.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Möglichkeit bestanden, als dies von Hitler persönlich zu fordern. Ziel eines gerichtlichen Aufklärungsverfahrens, erklärte Papen, sei die Aufdeckung der Verantwortlichen und ihre Bestrafung gewesen; zu diesem Zeitpunkt, so seine Argumentation, habe er von Hitlers direkter Involvierung in die Mordaktionen noch nicht wissen können[26]. Ähnlich argumentierte Papen Jahrzehnte später in seinen Memoiren: Angesichts der nationalsozialistischen Pressedominanz sowie des fehlenden Rückhalts in den administrativen Schaltstellen der Macht sei nach dem 30. Juni „ein öffentlicher Protest praktisch gar nicht möglich gewesen"[27]. Allein Hindenburg und die Reichswehrführung hätten zu diesem Zeitpunkt noch über echte Handlungsspielräume verfügt. Ihm selbst sei keine andere Möglichkeit verblieben als von Hitler persönlich die „Rückkehr zum Gesetz"[28] zu fordern, um so mittels eines ordentlichen Gerichtsverfahrens den Nachweis für die Unrechtmäßigkeit der Aktion gegen seine Kanzlei zu erbringen. Den Vorwurf der ehrvergessenen Anbiederung wollte Papen mit einem Hinweis auf seine damalige Gemütslage entkräften: „Ich gestehe, daß ich selbst einem Zusammenbruch sehr nahe war und daß einige Wendungen in diesen Briefen in normaler Zeit sicher anders ausgefallen wären."[29]

Papens Selbstverteidigung half nicht viel. Seine einstigen Mitarbeiter und Sympathisanten gingen in der Nachkriegszeit auf Distanz zu ihm. Indem sie Papen, angeblich über die Aktivitäten seiner eigenen Kanzleimitarbeiter nur ungenügend unterrichtet, einen Großteil der Schuld beim Scheitern des konservativen Unternehmens zuschrieben, konnten sie ihre eigene Rolle in günstigem Licht präsentieren. Fritz Günther von Tschirschky hielt dem einstigen Hoffnungsträger der jungkonservativen Opponenten allerdings noch zugute, dass er sich in seinem Brief vom 4. Juli für die eigenen Mitarbeiter eingesetzt und bei Hitler „auf das energischste gegen die Erschießung Jungs und Boses" protestiert hatte[30]. Theodor Düsterberg – und nicht nur er – interpretierten Papens Handeln ganz anders. Der einstige Stahlhelm-Führer war einer der ersten, der die Briefe später wieder aufgriff. Düsterberg – der im Zuge des 30. Juni verhaftet, für einige Wochen im KZ Dachau und im Berliner Columbiahaus interniert und dort misshandelt wurde – musste Papens Verhalten im Sommer 1934 besonders berühren; die Briefe lagen ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit jedoch nie vor, auch zitierte er daraus nicht. In seinen 1947 publizierten Memoiren urteilte der ehemalige zweite Bundesführer des Stahlhelms: Papen schrieb „Hitler ein anerkennendes Glückwunschschreiben über die einzigartige persönliche Entschlossenheit des ‚Führers'. [...] Jener Papenbrief bleibt ein Zeitdokument menschlichen Tiefstandes! Mit politischen Gründen ist so ein Brief nicht zu entschuldigen. Gewissen und Ehrgefühl hätten

[26] Ebenda, S. 417 (Tag 158, 19. 6. 1946).
[27] Papen, Gasse, S. 367.
[28] Ebenda, S. 363.
[29] Ebenda, S. 361.
[30] Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverräters, S. 203 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den entgegengesetzten Weg weisen müssen, selbst, wenn dieser zur politischen Ausschaltung oder in den Tod geführt hätte."[31]

Joachim Petzold griff in seiner Papen-Biografie 1995 das vernichtende Urteil Düsterbergs wieder auf. In den Juli-Briefen, die er einigermaßen selektiv zitierte, sah auch er den „moralischen Tiefpunkt" Papens erreicht[32]. Petzold suggerierte, gestützt auf die brieflich geäußerten Gunst- und Loyalitätsversicherungen, es sei Papen allein um die Fortsetzung der eigenen Karriere gegangen. Angesichts der allseits bekannten Umtriebigkeit Papens und der Tatsache, dass er, gerade vom Vizekanzler-Amt offiziell zurückgetreten, schon am 30. Juli im Auswärtigen Dienst als „Minister in besonderer Mission" in Wien Verwendung fand, lag dieses Urteil nahe[33]. Die Briefe bestätigten Papens Karrierismus. Aber mehr noch: Da Papen in der „Marburger Rede" die Ausschaltung der SA gefordert hatte, sei er angesichts der Mordaktion an der SA-Führung „höchst erleichtert" und entsprechend dankbar gewesen – jedenfalls nach Petzolds Lesart[34]. Dass Papen in Marburg aber nicht nur die Auflösung bzw. Entmachtung der SA, sondern auch eine grundsätzliche Veränderung der politischen Konstellationen in Richtung einer jungkonservativen Wende gefordert hatte, verlor angesichts der anbiedernden Tendenz insbesondere des Briefes vom 14. Juli jede Bedeutung. Petzold, der in Papen – so der Untertitel der Biografie – „ein deutsches Verhängnis" erkannte, war weniger am politischen Kontext als vielmehr am Stil der Briefe interessiert. Die anbiedernde Konnotation der Schriftstücke schien eindrucksvoll genug.

Papen, der als Reichskanzler 1932 mit ruinöser Innenpolitik und selbstherrlich-präsidialem Regierungsstil maßgeblich zur Demontage der republikanischen Ordnung beigetragen hatte, fand nach dem Krieg in Deutschland kaum Fürsprecher. Zu schwer wog seine politische Verantwortung. Mit Naivität und einem gehörigen Maß überzogener Eitelkeit war er im Januar 1933 davon ausgegangen, Hitler mit Unterstützung Hindenburgs und seiner konservativen Kabinettskollegen in einen moderat nationalkonservativen Rahmen pressen zu können. Doch bis zum Sommer 1934 war sein Verhalten von mangelnder Souveränität geprägt. Zwar sprach er sich in seiner Rolle als Vizekanzler mehrmals gegen die sogenannten „Schlacken" des NS-Staats aus, aber der breiten Öffentlichkeit musste der Sinn dieser verklausulierten Mahnungen verborgen bleiben. Mit dem Ausscheiden Hugenbergs und der Selbstauflösung der DNVP im Juni 1933 waren wichtige Partner verloren gegangen. Die Mitarbeiter seiner Kanzlei, ohnehin durchgehend von einem aristokratisch-elitären Politikverständnis geprägt, operierten ausschließlich im relativen Schutz der Verborgenheit[35]. Für die Öffentlichkeit war

[31] Theodor Düsterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Hannover 1949, S. 77.

[32] Vgl. Joachim Petzold, Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München/Berlin 1995, S. 222–230.

[33] Ernennungsurkunde des Reichspräsidenten vom 30. 7. 1934, in: RGVA, Fond 703k, Nr. 1.

[34] Petzold, Franz von Papen, S. 228.

[35] Die Hintergründe und Aktivitäten der Vizekanzlei können an dieser Stelle nicht thematisiert werden. Lange Zeit hat sich die Forschung ausschließlich auf publizierte Erinnerungsliteratur stützen können; vgl. z. B. Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverräters, S. 95–99 u. S. 154–181.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eine regierungsinterne Rivalität kaum erkennbar. Auch der Vizekanzler selbst agierte vorsichtig und wagte es nicht, einen offenen Konfrontationskurs zu steuern. Papens zweifellos brisanter Auftritt in Marburg erschien manchem zwar als Indiz für eine „Courage zum Widerstand“[36], doch nicht ohne guten Grund hat sich die deutsche Geschichtswissenschaft davor gescheut, den „Mörder der Demokratie“[37] zum Gegenspieler der Nationalsozialisten aufzuwerten.

Sein Verhalten im Juli 1934 ist vor diesem Hintergrund nahezu ausschließlich negativ beurteilt worden; die Briefe, sofern sie auszugsweise zitiert wurden, schienen insbesondere ein moralisches Urteil zu rechtfertigen[38]. Eine einzige historiografische Stimme machte sich Papens Darstellung vor den Nürnberger Prozessen gänzlich zu Eigen; bezeichnender Weise kam sie nicht aus Deutschland. Den Beistand der Geschichtswissenschaft erhielt der Gestürzte zu Lebzeiten nur von Übersee. Eine ausführliche Biografie sollte – das war das explizit formulierte Ziel dieser Arbeit – „twenty years of propaganda“ korrigieren und der geschichtlichen Rolle Papens Gerechtigkeit widerfahren lassen. Henry M. Adams von der University of California nahm zu diesem Zweck Ende der 1950er Jahre Kontakte nach Deutschland auf. Bei seinen Rehabilitierungsbemühungen wurde er von der Familie Papen nach Kräften unterstützt[39]. Das schließlich entstandene Buch wurde 1987 unter dem Titel „Rebel Patriot“ publiziert. Der Autor versuchte gar nicht erst, die Sympathie für seinen Protagonisten zu verschleiern. Auch hier fanden

[36] Theodor Eschenburg, Franz von Papen, in: VfZ 1 (1953), S. 153–169, hier S. 167: „Solange Papen Vizekanzler war, hat er von allen Ministern trotz oder gerade wegen seiner schwindenden Macht am meisten Courage zum Widerstand gezeigt. Das beweist vor allem seine Marburger Rede […]. Dieser Widerstand war ehrenwert, aber politisch erfolglos.“ Ähnlich Werner Conze, Papens Memoiren, in: Historische Zeitschrift 175 (1953), S. 307–317, der auf S. 314 „Zivilcourage gegenüber Hitler“ konstatiert.

[37] Vgl. Karl Dietrich Bracher, Vom Mörder einer Demokratie, in: Der Spiegel vom 15. 4. 1968, S. 160–164.

[38] Gerade in den ersten Nachkriegsjahren boten die in Nürnberg bekannt gewordenen Auszüge Anlass für vernichtende Werturteile. Vgl. exemplarisch Karl Raddatz, Totengräber Deutschlands, Berlin 1952, S. 52 („In widerlicher Weise biederte er [Papen] sich [in diesen Briefen] erneut bei Hitler an und winselte um Gnade, ihn vom Verdacht einer Gegnerschaft zu befreien.“), oder ähnlich Hans Rudolf Berndorff, General zwischen Ost und West. Aus den Geheimnissen der Deutschen Republik, Hamburg 1951, S. 292 ff. Trotz mehrheitlicher Verdammung der Juli-Briefe (vgl. Petzold, Papen, S. 222–230, sowie die in dieser Sache ausdrücklich zustimmende Rezension seines Buches von Hans-Christoph Kraus, Zeitschrift für Politik 43 (1996), S. 127) ist auch das Argument geltend gemacht worden, dass Kontext, Entstehungssituation und Papens zu dieser Zeit gegebene Handlungsmöglichkeiten berücksichtigt werden müssten; Hans Rein, Franz von Papen im Zwielicht der Geschichte. Sein letzter Prozess, Baden-Baden 1979, S. 65, betont in seiner rechtswissenschaftlichen Studie, dass die Briefe nur „für sich allein [sic!] betrachtet, zum Teil devot wirken“.

[39] Vgl. Preface bei Henry M. Adams/Robin K. Adams, Rebel Patriot. A Biography of Franz von Papen, Santa Barbara 1987; Adams lernte Anfang der 1930er Jahre, während seiner Studienzeit in Berlin, den Sohn Papens kennen und nahm über diese Verbindung Kontakt zur Familie auf. Bezüglich seiner Intention schrieb Adams: „On 23 March this writer replied thanking Papen for his approval and, after citing Leopold von Ranke regarding objectivity, stated that a biography worthy of the name must be objective but that above all the writer must like his subject for without sympathy there would not be true understanding.”

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Briefe, wiederum selektiv zitiert, noch einmal an zentraler Stelle Verwendung. In seinen Schreiben habe der Vizekanzler beharrlich und kontinuierlich, in abwechselnd aggressiver und versöhnlicher Weise, die Freisetzung seiner inhaftierten Mitarbeiter, die öffentliche Untersuchung des Bose-Mordfalls sowie eine Rehabilitierung der zerschlagenen Vizekanzlei gefordert[40]. Angesichts bedrohlicher Isolation, insbesondere aufgrund der Unmöglichkeit, zu Hindenburg vorzudringen, war Papen in den Augen Adams zu einem „necessary touch of flattery and loyalty" geradezu genötigt[41]. Das war ziemlich genau dieselbe Argumentation, die Papen bereits während der Nürnberger Prozesse vertreten hatte. Die Schriftstücke stützten in allen Fällen primär ein moralisch begründetes Urteil über das Verhalten Papens im Sommer 1934; und es ist bezeichnend, dass ein und dieselben Dokumente so unterschiedliche Auslegungen ermöglichten. Aussagekräftig sind die Briefe aber nicht nur im Hinblick auf Papens Haltung, sie erlauben auch einen neuen Zugriff auf die historischen Ereignisse des 30. Juni. Über die Ziele und Aktivitäten der Vizekanzlei sind kaum stichhaltige Dokumente erhalten; das allermeiste ist Erinnerungsliteratur oder nachträgliche Aufzeichnung, mit all den Problemen, denen sich der Historiker bei dieser Quellengattung gegenübersieht. Dementsprechend sollten die Briefe zukünftig weniger unter dem Gesichtspunkt einer moralischen Bewertung Papens gelesen werden, obgleich das immer eine Aufgabe des Historikers sein wird. Viel interessanter ist die Frage, was sich durch sie über die verbliebenen Handlungsspielräume des politischen Konservatismus im Sommer 1934 erfahren lässt.

IV. Die Briefe im Kontext

Auffällig ist zuerst, dass Papen die Marburger Rede gegenüber Hitler als sein persönliches „politisches Glaubensbekenntnis" verteidigte. Über die Rede des Vizekanzlers waren die NS-Größen nachweislich erzürnt, insbesondere weil sie von der Vizekanzlei an die Auslandspresse weitergereicht worden war. Das wusste Papen, der mit Hitler am selben Tag gesprochen hatte, als er am 18. Juni den ersten Brief schrieb. Der intellektuelle Urheber der Rede, Edgar Jung, war bereits in das Visier der NS-Führung geraten[42]. Um dessen Lage nicht zu verschlimmern, erwähnte Papen seinen Redenschreiber nicht[43]. Der Vizekanzler unterstrich, dass er als

[40] Ebenda, S. 252 f.: „For the next ten days or so, a distraught Papen, with impatient persistence and conscientious concern, bombarded Hitler with aggressive but conciliatory letters, interspersed with meetings of similar tone with the Reichschancellor, seeking to gain the release of the imprisoned members of the vice chancellery, a public investigation of the Bose affair, an acceptance of the resignation from his posts as vice chancellor and Saar commissioner, and the public recognition that the vice chancellor and his staff were in no way connected with the conspiratorial revolt of Roehm."

[41] Ebenda, S. 254.

[42] Vgl. Hindenburg, Papen to confer on speech, in: The Journal of Commerce Nr. 12447 vom 21. 6. 1934.

[43] Dies hat ihm Petzold, Papen, S. 229, später zum Vorwurf gemacht, da der Vizekanzler in seinen Briefen immer nur vom Fall Bose sprach, nicht aber die Verhaftung und Ermordung seines Redenschreibers thematisierte. Für die Briefe vor dem 30. Juni ist einleuchtend, wa-

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wegbereiter Hitlers – diese Metapher verwandte er selbst – eine „größere Verantwortlichkeit" als der Rest der Minister beanspruchen müsse. Grundsätzlich, so Papen in seinem Brief, teilten die allermeisten seiner Ministerkollegen – womit aber allenfalls der politische Weggefährte Eltz-Rübenach, Seldte und Neurath gemeint sein konnten – die Botschaft der Marburger Rede; später erinnerte sich Papen anders, nämlich dass „die meisten meiner Ministerkollegen mich offenbar boykottierten"[44]. Obwohl die Verbreitung der Rede bereits untersagt war und Papen eine wirkungsvolle Handhabe gegen das Verbot fehlte, war der Vizekanzler noch selbstbewusst genug, mit einem „einsetzenden Kulturkampf" von katholischer Seite, der öffentlichen Meinung im In- und Ausland sowie dem vermeintlichen Rückhalt bei Hindenburg zu drohen. Tatsächlich planten die Protagonisten der Vizekanzlei, eine eingeplante Aussprache mit dem Reichspräsidenten am 30. Juni zu nutzen, um politischen Rückhalt zu gewinnen und eventuell sogar die Ausrufung des staatlichen Ausnahmezustands herbeizuführen. Für diesen Plan hatte die Vizekanzlei ein Papier ausgearbeitet, das Papen dem Reichspräsidenten überreichen sollte[45]. Auch als sich in der zweiten Junihälfte die Situation der Kanzlei zunehmend verschlechterte, Edgar Jung mittlerweile verhaftet worden war, die Attacken der NS-Presse an Intensität zunahmen und die Bitte nach einer frühzeitigeren Unterredung mit dem Reichspräsidenten aus Neudeck abschlägig beschieden wurde, bekannte sich Papen in seinem Schreiben vom 27. Juni, nun allerdings kleinlaut, zur Marburger Rede. Die Kanzlei hoffte immer noch, das Blatt könne sich, sobald sich die Reichswehrführung für eine Aktion gegen die SA entscheiden würde, zu ihren Gunsten wenden[46]. Offensichtlich glaubte der Vizekanzler, Hitler ließe sich bis dahin beschwichtigen.

Ende Juni spürte Papen allerdings, dass er politisch isoliert war. Davon zeugt der Brief vom 27. Juni ebenfalls eindrücklich. Eine Unterredung mit Hindenburg kam nicht zustande; aus Neudeck erhielt der Vizekanzler die Nachricht, der Reichspräsident sei gesundheitlich zu angeschlagen, um Besuch zu empfangen. Diese Begründung wurde ihm bis Ende Juli immer wieder von verschiedener Seite mitgeteilt[47]. Hitler hatte Papen eine gemeinsame Unterredung mit Hindenburg in Aussicht gestellt. Später gab Papen zu, diese „Verzögerungstaktik" nicht durchschaut zu haben[48]. Damit war die wichtige Rolle, die dem Vizekanzler von Seiten seiner Kanzlei zugedacht worden war, obsolet geworden; alle Hoffnungen

rum Jung nur ein einziges Mal erwähnt wurde: zuerst trug Papen selbst die politische Verantwortung für den Inhalt der Rede, zweitens hätte die Bezugnahme auf Jung dessen Situation weiter gefährdet. Dass Papen die Ermordung seines Redenschreibers nach dem 30. Juni nicht thematisiert, liegt primär in dem Umstand begründet, dass er seine taktischen Ziele im Hinblick auf eine Rehabilitierung der Vizekanzlei nicht gefährden wollte.

[44] Papen, Gasse, S. 351.

[45] Ein „Dossier", angefertigt von Bose, enthielt eine Sammlung von Argumenten, die eine Verhängung des Ausnahmezustands und eine übergangsweise Machtübernahme der Reichswehr stützen sollten. Das Dokument sollte beim Treffen mit dem Reichspräsidenten am 30. Juni überreicht werden; vgl. hierzu Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverräters, S. 176.

[46] Ebenda.

[47] Zuletzt von Ministerialdirektor Dr. Doehle, 24. 7. 1934; siehe Dokument 16.

[48] Papen, Gasse, S. 350.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

waren nämlich bis Ende Juni darauf konzentriert, dass Papen weiterhin das Vertrauen Hindenburgs genießen und dieser wiederum seinen Einfluss auf die Reichswehr zugunsten des konservativen Lagers geltend machen würde. Tatsächlich aber verfügte der Vizekanzler zu diesem Zeitpunkt über keinen politischen Spielraum mehr. Der Reichspräsident, über die Pläne von Papens Mitarbeitern zuvor ohnehin nicht in Kenntnis gesetzt, war inzwischen zu der Überzeugung gelangt, dass Hitler sein Anliegen einer „Regierung der nationalen Konzentration" würdig vertrat[49]. Das musste nun auch Papen dämmern. Sich bei Hitler über die Unmöglichkeit seiner Lage persönlich zu empören, war alles, was er Ende Juni noch tun konnte.

Mit der unerwarteten Zerschlagung der Vizekanzlei und seiner eigenen Arrestierung war Papen drei Tage praktisch ausgeschaltet. Am 2. Juli wurde er nur deshalb wieder auf freien Fuß gesetzt, weil sich Wilhelm von Ketteler dem Zugriff von SS und SD hatte entziehen und bis nach Neudeck durchschlagen können, wo er, vermittelt über Gutsnachbarn und Hindenburgs Adjutanten, den Reichspräsidenten von den Berliner Vorgängen in Kenntnis setzte[50]. Zwar verfügte Hindenburg die sofortige Aufhebung von Papens Hausarrest, aber die zu Beginn von Seiten der Vizekanzlei eingeplante Verhängung des Ausnahmezustands durch Hindenburg blieb aus. Weiterhin war es Papen unmöglich, beim Reichspräsidenten persönlich vorzusprechen; zunehmend misstrauisch, begann er zu zweifeln, ob Hindenburg tatsächlich erkrankt war oder man ihm eine Aussprache absichtlich verweigerte. Das Heft des Handelns war ihm jedenfalls endgültig entglitten.

Vor diesem Hintergrund wird Papens Kalkül verständlich. Nun gänzlich ohne politischen Einfluss, schien ihm der Kontakt zu Hitler die einzig verbliebene Handlungsmöglichkeit. Sein Vorhaben war relativ klar, wie auch in den Briefen vom 4., 10. und 12. Juli dokumentiert: Wenn sich Hitler davon überzeugen ließe, den Mordfall Bose durch ein ordentliches Gerichtsverfahren aufklären zu lassen, wäre Papens politische Reputation wiederhergestellt, die zerschlagene Vizekanzlei rehabilitiert und, in der logischen Konsequenz, der unrechtmäßig-verbrecherische Charakter des 30. Juni offengelegt worden. Um dieses Ziel zu erreichen, war Papen bereit, sich auf prekäre Weise anzubiedern. Sichtlich bemüht, den richtigen Ton zu treffen, bediente er sich versteckter Drohung und überzogener Schmeichelei. Seine Briefe kamen insbesondere nach dem 10. Juli einer Selbstdemontage gleich, da sie Hitler endgültig von der politischen Schwäche seines Stellvertreters überzeugen mussten. Der isolierte Vizekanzler hoffte, Hitler eine positive Stellungnahme zu seinen Forderungen in der Öffentlichkeit abringen zu können. Der zeigte sich reserviert, versprach aber immerhin, in seiner Erklärung vor dem Reichstag am 13. Juli die volle Verantwortung für sämtliche Vorgänge, also einschließlich des Falls Vizekanzlei, zu übernehmen.

Mit diesem Vorgehen stellte Papen einmal mehr seine Naivität unter Beweis. Schon Anfang 1933 hatte er den Machtwillen Hitlers unterschätzt; jetzt zeigte sich

[49] Vgl. Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München [2]2009, S. 860 ff.

[50] Vgl. Tschirschky, Erinnerungen eines Hochverräters, S. 205–209; Papen, Gasse, S. 352 f.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Papen erneut auf schwer nachvollziehbare Weise leichtgläubig. Noch dazu war er eine ganze Weile davon ausgegangen, das Verbot der Marburger Rede sei nicht auf Hitlers Weisung erfolgt, sondern allein auf das Betreiben Görings und Goebbels' zurückzuführen. Die Reichstagsrede Hitlers vom 13. Juli zerschlug Papens Hoffnungen endgültig. Er war auf der Reichstagssitzung nicht erschienen, um seinem Standpunkt sichtbaren Nachdruck zu verleihen. Zwar wurde er durch Hitler vom Verdacht einer Verstrickung in das angebliche Röhm-Komplott indirekt freigesprochen; das war ein kleines Zugeständnis, doch weit entfernt von Papens ursprünglichen Forderungen. Zugleich erteilte Hitler der Forderung nach einer gerichtlichen Aufarbeitung des 30. Juni eine unmissverständliche Absage: „Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr."[51] Der machtlose Vizekanzler durfte sich hier durchaus angesprochen fühlen. Was ihm nach dem 13. Juli blieb, war die lakonische Feststellung „bis heute unter einem Sonderregime zu stehen". Die beschlagnahmten Akten der Vizekanzlei waren ihm bis zuletzt nicht zurückerstattet worden; auch das Material, das Bose über die NS-Führung gesammelt hatte, blieb verschlossen.

Mit der Entscheidung, die Karriere in nationalsozialistischen Diensten auch nach dem 30. Juni im Kleinformat fortzusetzen, hat sich Papen ohne Zweifel diskreditiert; das Schreiben vom 14. Juli, aus dem sein rücksichtsloser Karrierismus hervorgeht, lässt kein anderes Urteil zu. Unter Papen im Auswärtigen Dienst zu arbeiten, galt bald als gefährlich; seine Mitarbeiter wurden auch jetzt verfolgt[52]. Die Briefe vom Sommer 1934 sind gewiss keine gute Grundlage, um das überwiegend negative Papen-Bild zu revidieren. Allerdings sollten die Schriftstücke als das gelesen werden, was sie sind: Dokumente, die das rasante Scheitern einer letzten konservativer Selbstbehauptung beleuchten. Papen stand bis zum 30. Juni

[51] Reichstagsrede Hitlers, 13. Juli 1934, zit. nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 1: Triumph/1. Halbband: 1932–1934, Wiesbaden 1973, S. 421.

[52] Vermerk, Nachtrag [geheim], Bericht wörtlich vom 26. 6. 1944, in: RGVA, Fond 500k (Reichssicherheitshauptamt), 1, Nr. 1152a, Bl. 51: „Ein neuer Legationssekretär wird im Auswärtigen Amt für die Botschaft in Ankara gesucht [...]. Drängen tut sich keiner nach dem Posten in Ankara. Im Auswärtigen Amt gilt der Posten als ungesund, da Sekretäre und persönliche Mitarbeiter Herrn v. Papens erfahrungsgemäss von der Gestapo verhaftet werden oder ins Ausland fliehen müssen. Von der Gestapo erschossen wurden Oberregierungsrat Bose, Dr. Jung am 30. 6. 1934, Dr. Kett[e]ler [tatsächlich besaß Ketteler keinen Doktorgrad] in Wien im März 1938 und Dr. Poppel im März 1941 in Istanbul. In das Ausland geflohen sind Herr v. Tschirschk[y] und seit Kriegsbeginn von der Botschaft in Ankara Dr. Vermehren, sowie die Botschaftssekretärin, Fräulein Kapp. Alle drei befinden sich jetzt bei den Feindmächten." Für Einzelheiten zur Verfolgung der Papen-Mitarbeiter nach dem 30. 6. 1934 vgl. insbesondere die Akten zum Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Braunschweig in den 1970er und 1980er Jahren zur Ermordung Wilhelm von Kettelers durch den SD in Wien 1938, in: Staatsarchiv Wolfenbüttel, 62 Nds. Fb. 2, Nr. 1726–1733, sowie die Korrespondenzen Papens mit Göring, Himmler, Hitler und Ribbentrop, in: RGVA, Fond 703k, Nr. 43. Vgl. auch die im Zusammenhang mit der Verfolgung Tschirschkys durch die Gestapo entstandenen Schriftwechsel von Hitler und Papen, in: BArch, NS 10/50, Bl. 47–60, und RGVA, Fond 703k, Nr. 24, sowie die Ermittlungsakte des Reichsjustizministeriums, in: BArch, R 3001/100290.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1934 für die Prinzipien der Marburger Rede ein, bis zur Reichstagsrede Hitlers auch für die konservativen Opponenten seines Büros. Hätten sich die Ideen der Marburger Rede durchgesetzt, wäre das freilich keiner Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie gleichgekommen; allenfalls wäre die möglicherweise weniger katastrophale Spielart eines bildungsbürgerlichen Autokratismus zur Macht gelangt. Dass der NS-Staat aus der „Nacht der langen Messer" gestärkt hervorging, liegt aber nicht in Papens Verantwortung. Bis zum Sommer 1934 hatte sich das nationalkonservative Lager den Nationalsozialisten mehr oder weniger bereitwillig gefügt; die Marburger Rede war der letzte, wenngleich wenig erfolgversprechende Versuch, aus einer allerdings bereits geschwächten Schlüsselposition heraus den politischen Konservatismus noch einmal zum Widerspruch zu mobilisieren. Doch der Reichspräsident, die politisch und mental gleichgeschaltete Reichswehrführung, seine konservativen Partner innerhalb des Kabinetts und nicht zuletzt die politische Bürokratie waren angesichts der Dynamik der NS-Bewegung entweder in tiefer Agonie versunken oder auf die neuen Verhältnisse willfährig eingeschwenkt. Papen war, auch das zeigen seine Briefe, angesichts der Schwäche des konservativen Lagers regelrecht brüskiert. Zum Schluss hat auch er sich dem Nationalsozialismus gefügt.

V. Die Dokumente

Die Schriftstücke aus dem Moskauer Sonderarchiv, Fond 703, Nr. 9, werden hier in ihrer ursprünglichen Fassung wiedergegeben. Handschriftliche Anmerkungen und eigenhändige Korrekturen Papens sind jeweils durch Kursivschrift gekennzeichnet; einzelne dieser Änderungen sind im Hinblick auf Papens Intentionen aussagekräftig. Tipp- oder Schreibfehler sind in eckigen Klammern korrigiert.

Dokument 1

Der Stellvertreter des Reichskanzlers

Berlin W9, den 18. Juni 1934,
Voßstraße 1
Fernspr.: A2 Flora 6941

Sehr verehrter Herr Reichskanzler !
Erlauben Sie mir, dass ich im Anschluss an unsere heutige Besprechung über ~~den~~ *die* zwischen uns entstandene~~n Zwist~~ *Meinungsverschiedenheit* aus Anlass meiner Marburger Rede und nach nochmaligem Überdenken der Lage folgendes ausführe:

Wie ich Ihnen sagte, habe ich diese Rede für Sie und für das Gelingen Ihres grossen Werkes gehalten. Sie wissen, dass mich in diesem Kabinett nichts anderes hält als der einzige Gedanke, Ihnen und Ihrem Werk zur Vollendung zu verhelfen – gerade durch Einflussnahme auf Kreise, die kein Parteibuch haben, die aber deshalb nicht weniger wertvoll sind für den Neubau Deutschlands und um deren geistige Einschaltung in das Werk ich mich in diesen 1 ½ Jahren in Wort und Schrift täglich und stündlich bemüht habe.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Diese Marburger Rede vor einem akademischen Hörerkreis enthält an Grundsätzlichem nichts anderes als das, was ich bei Beginn unserer Zusammenarbeit in der Rede vor der Berliner Universität klargelegt habe. Sie enthält mein politisches Glaubensbekenntnis, das ich damals niederlegte, und das ich gestern wiederholt habe, weil ich der inneren Überzeugung bin, dass Ihr grosses Werk – trotz Eid, trotz Treuversicherung und Bekenntnis zu Ihnen – von v*[V]*ielen sabotiert wird. Ich habe über diese meine Besorgnisse, besonders auf den konfessionellen Gebieten häufig mit Ihnen gesprochen. Ich habe die innere Lage mit vielen meiner Ministerkollegen in der allerjüngsten Zeit durchgesprochen und habe bei ihnen die gleiche Beurteilung vorgefunden; ich habe sie vorgestern noch mit grossem Ernst Ihrem Stellvertreter Rudolf Hess auseinandergesetzt und ihm gesagt, dass ich es für nützlich hielte, auf die Saboteure Ihrer Idee auch einmal in der öffentlichen Diskussion hinzuweisen.

Mein Verhältnis zu Ihnen, verehrter Herr Kanzler, ist ein anderes als das Ihrer Ressortminister. Es ist deshalb ein anderes, weil ich während meiner Kanzlerzeit erkannt hatte, dass die Wiedergeburt Deutschlands nur über Sie und Ihren Weg möglich sei, und weil ich deshalb Ihnen den Weg für die Zusammenfassung aller wirklich nationalen Kräfte gebahnt habe. Deshalb bin ich vor der Nation dem Gelingen Ihres Werkes besonders verpflichtet. Nur daraus erklärt sich meine Sorge, dass Ihr Werk*[,]* beispielsweise durch die Entfachung religiöser Kämpfe erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Ich glaube, Herr Kanzler, dass Sie mir in diesem Zusammenhang deshalb auch von sich aus eine grössere Verantwortlichkeit zubilligen werden*[,]* als sie die übrigen Minister betrifft.

Nachdem Sie mir auseinandersetzten, wie unerträglich Ihnen die freimütige Erörterung der Prinzipien der deutschen Revolution und die Aufzeigung der „Schlacken", von denen sie sich zu reinigen habe, in der breiten Öffentlichkeit ist, habe ich Ihnen sofort meine Demission angeboten – mit der wiederholten Versicherung, dass ich nicht Ihrer Arbeit im Wege zu stehen wünsche, und dass ich dann besser ausscheiden würde.

Wenn ich Ihnen diese Demission anbot, so aus der Überzeugung heraus, dass es für Ihre Regierung unerträglich sein müsse zwei Minister in ihren Reihen zu haben, von denen der eine [Franz Seldte] – was das Ausland und die deutsche Öffentlichkeit weiss – von der Hitlerjugend fast tätlich angegriffen wurde, und der andere, der ~~sich~~ „Stellvertreter des Reichskanzlers" ~~nennt~~ *ist*, dessen Rede aber in Deutschland nicht veröffentlicht werden darf. Für mich selbst wäre der Gedanke unerträglich auch nur eine Stunde einen Ministerposten zu bekleiden mit dem Gefühl, nicht mehr die volle Autorität zu besitzen, die dieser Stellung zukommen muss, wenn sie ihre Funktion staatspolitisch erfüllen soll. Wir müssen den Dingen gerade ins Gesicht sehen: ich bin der letzte, der an meiner Stellung klebt, ich habe keinen persönlichen Ehrgeiz, aber ich habe ein politisches Gesicht zu verlieren, und an diesem Punkte setzt die Verantwortlichkeit ein, die jeder im Rahmen des grossen Ganzen für sein[53] Lebenswerk übernimmt.

[53] Unterstreichungen handschriftlich.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sie haben mir darauf gesagt, dass das Wort „Demission" nicht in dem Wörterbuch Ihrer Bewegung verzeichnet wäre. Ich bin mein Leben lang Soldat gewesen und verstehe das; verstehe es besonders, dass man den Führer nicht im Stiche lassen darf in einer Lage, wie sie heute eben ist. Ich bin auch in meiner Treue für Sie und Ihr Werk durchaus bereit, diesem Grundsatz Rechnung zu tragen, aber wie in der Armee ein General nur dann noch einen Sinn hat und trotz Differenzen mit dem Oberkommandierenden nur dann auf seinem Posten bleiben kann, wenn seine Autorität nicht geschmälert, und das Vertrauen des Oberkommandierenden in ihn, trotz Meinungsverschiedenheiten, ungemindert ist, so ist es auch hier.

Ich habe von unserer Besprechung zurückkommend, meinem Büro den Befehl erteilt, Abdrucke dieser Rede, die von den verschiedensten Seiten angefordert wurde, nicht mehr zu verteilen. Ich bin einverstanden, dass diese Rede in der Presse nicht erscheint und nicht erörtert wird, weil ich mich Ihrer Auffassung füge, dass Sie dies nicht wünschen. Auf der anderen Seite aber – weil diese Rede von vielen Rundfunkhörern gehört, im Ausland und in den Redaktionen des Inlands bekannt ist, und ihre Tatsache deshalb überall diskutiert werden wird, zumal in der Pressekonferenz öffentlich erklärt wurde, Sie selbst[54] hätten den Abdruck verboten, – müssten Sie mir meinen Verbleib als einer Ihrer engsten Mitarbeiter mit einem Beweis Ihres Vertrauens ermöglichen, das Sie mir ja auch im Laufe unserer Unterredung aussprachen. Ich würde Sie bitten, Herr Kanzler, mir diesen äusserlich sichtbaren Vertrauensbeweis in einem Briefe auszudrücken, dessen Fassung ich – ohne Ihnen irgendwie vorgreifen zu wollen – mir etwa denke, wie er in der Anlage beigefügt ist. Ich glaube, dass ein solcher Brief in keiner Weise irgendein Prestigeverlust für Sie oder Ihr Werk sein könnte.

Des weiteren, Herr Kanzler, bewegt mich die Frage tief, wie Sie selbst eine Lösung der kulturpolitischen Streitigkeiten sehen und herbeiführen wollen. Sie wissen, wie sehr ich mich bemüht habe, den katholischen Volksteil Ihnen auch innerlich zuzuführen. Ich bin darin so weit gegangen, dass man mich in Rom bereits abgeschrieben hat. Aber die Dinge haben sich so zugespitzt, dass eine grundsätzliche Lösung, nur um eine solche kann es sich handeln, erfolgen muss. Der Kampf gegen den politischen Katholizismus, das Zentrum und seine Überbleibsel kann nur dann siegreich zu Ende geführt werden, wenn in die religiöse Sphäre staatliche Eingriffe oder parteiliche Eingriffe nicht mehr erfolgen. Auch in dieser Frage steht meine Mitverantwortung fest, und es wäre kurzsichtig gedacht, wollte ich heute im Kreise Ihrer engen Mitarbeiter verbleiben und müsste morgen wegen eines einsetzenden Kulturkampfes doch die Konsequenzen ziehen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, bevor wir unsere Angelegenheit abschliessen, noch einmal um eine offene Aussprache.

Der Reichspräsident wird sich ein Urteil in der ganzen Angelegenheit bilden wollen, und ich habe den selbstverständlichen Wunsch, ihm auseinanderzusetzen, in welchem Sinne, mit welcher Loyalität Ihnen gegenüber ich diese Rede gehalten habe. Da ich annehme, dass Sie zur Berichterstattung über Venedig den

[54] Unterstreichungen handschriftlich.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Reichspräsidenten aufsuchen werden, so wäre es mir das liebste, wenn wir diese Rücksprache dort gemeinsam haben könnten, damit nicht der Schatten eines Missverständnisses entsteht.

Mit der Bitte mich Ihre Entschliessungen baldigst wissen zu lassen, bleibe ich mit dem Ausdruck unveränderter Treue,

Ihr

Gez.

Dokument 2

Persönlich in RK. an Schaub abgegeben

27. Juni 1934.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Da meine Bemühungen, Sie heute zu sprechen, vergeblich gewesen sind, bitte ich, Ihnen schriftlich folgendes unterbreiten zu dürfen:

In unserer Aussprache am 18. und 19. Juni, in der ich Ihnen meine Demission anbot, die Sie zurückwiesen, haben Sie mir erklärt, dass die Angelegenheit der Marburger Rede zwischen uns endgültig erledigt sei. Diesem Ihrem Wunsche wird leider von dem Reichspropagandaministerium und untergeordneten Stellen, sowie der Geheimen Staatspolizei keinerlei Rechnung getragen. Wenn ich mich Ihrem Wunsche unterordnete und einstimmte, dass die weitere Verbreitung der Rede in der Presse unterbleibe, so doch unter der selbstverständlichen Voraussetzung, dass auch von der anderen Seite Angriffe gegen diese Rede, die nur einem kleinen Bruchteil von Personen bekannt geworden ist, nicht erfolgen würden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Behandlung der Rede in den Presseorganen der Partei lässt auf eine einheitliche Instruktion des Propagandaministeriums schliessen. Zur Illustration lege ich den „Angriff" von gestern und vorgestern bei. Ich habe auch andere Beweise zur Hand, die ich Ihnen vorlegen werde, wonach eine vertrauliche Instruktion herausgegangen ist, „den Vizekanzler nach Möglichkeit im In- und Ausland zu diffamieren".

Bereits am 18. Juni sind die Redakteure Lückenhaus und Koch des DNB und der Leiter des Reichssenders Frankfurt entlassen worden. Dies ist eine Unmöglichkeit, da sie alle gutgläubig der Ansicht gewesen sind, eine Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers könne verbreitet werden.

In einer Berliner Bank sind zwei Beamte in Schutzhaft genommen worden, von denen der eine eine Schweizer Zeitung mit einem Auszug meiner Rede dem anderen Kollegen übergab und dieser sie abschrieb.

Gleichgerichtete Fälle, wo Leute verhaftet werden, die einen Redeauszug in einer erlaubten ausländischen oder inländischen Zeitung weitergeben, werden mir aus der Provinz mehrfach gemeldet.

Ferner ist, wie ich höre, vorgestern Dr. Jung verhaftet worden, – wie ich selbstverständlich [selbstverständlich] annehmen muss – im Zusammenhang mit meiner Rede.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Meine amtlichen Telefonleitungen werden bereits seit etwa vier Wochen durch die Gestapa überwacht. Der Schreibtisch meines Büros ist zweimal gewaltsam eröffnet worden.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler, ich stelle nicht erneut die Frage der Demission, weil Sie mich gebeten haben zu bleiben, und weil ich als ein Ihnen und Ihrem Werk verpflichteter Soldat meine Pflicht kenne. Aber Sie werden keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, dass es für einen Mann vor Ehrauffassung unmöglich ist zu erdulden, dass seinetwegen andere Menschen ihre Stellung verlieren und ins Gefängnis geworfen werden. Wenn jemand für die Marburger Rede ins Gefängnis wandern soll, so stehe ich hierzu jederzeit zur Verfügung.

Da diese Lage nicht andauern kann, bitte ich Sie, Herr Reichskanzler, diesem beschämenden Zustand unverzüglich ein Ende zu machen.

Mit dem Ausdruck unverminderter Verehrung,

Ihr

P

Dokument 3

Nicht abgegeben. Dafür pers. Unterredung mit Kanzler vor Cabinett 10.15 Vor[mittags]

Stellvertreter des Reichskanzlers

Berlin W9, den 3. 7. 34.
Voßstraße 1
Fernspr.: A2 Flora 6941

Sehr geehrter Herr Reichskanzler,
Nachdem gestern Abend 9 Uhr der Ministerpraesident Goering meine Polizeihaft aufgehoben hat, bin ich erst jetzt in der Lage mich mit Ihnen in Verbindung zu setzen.

Mein erstes Wort sei ein Wort des Dankes Ihres bisherigen ersten Mitarbeiters, dass Sie mit soldatischer Entschlossenheit das Vaterland vor einer riesenhaften Gefahr gerettet, die bedrohte Staatsautoritaet und den geschwundenen Gehorsam wieder hergestellt haben. Niemand hat mit heisserem Herzen Sie auf diesem fuer die Nation so notwendigen, fuer Sie selbst so schmerzhaften Wege begleitet als ich – obwohl zur gleichen Stunde mir, dem Vicekanzler des Reichs, und meinen Beamten der unerhoerte Schimpf angetan wurde, uns in irgend einer Form der Mittaeterschs[schaft] an dieser gegen den Staat und Sie gerichteten Revolte zu bezichtigen.

Ein Teil meiner Mitarbeiter ist verhaftet, einer ist gefallen. Die Akten meines Ministeriums sind beschlagnahmt.

Ihre soldatische Ehrauffassung, Herr Kanzler, wird Ihnen sagen, dass mit der Ehre meiner Beamten untrennbar die meine verbunden ist – und dass ich vor der Oeffentlichkeit die Wiederher-[stellung] dieser meiner Ehre erwarte[55].

[55] Unterstreichungen handschriftlich.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mein Amt hatte ich Ihnen schon am 18. 6. zur Verfuegung gestellt. Heute kann ich diese Demission um so leichteren Herzens noch einmal fordern, da das von uns gemeinsam am 30. 1. 33 begonnene Werk nunmehr von Ihnen gegen neuen Aufruhr gesichert.

Ich bitte Sie daher dem Herrn Reichspraesidenten das Gesuch um Entlassung aus meinem Amte unverzueglich vorlegen zu wollen.

Ich bleibe Ihnen und Ihrem Werk fuer unser Deutschland bis ans Ende in Treue verbunden

Papen

Dokument 4

Von Kageneck 2° [...] *abgegeben.*
6° Begrüßung v. Lammers
9° Begr. beim Führer

Stellvertreter des Reichskanzlers

Berlin W9, den. 4. 7. 34
Voßstraße 1
Fernspr.: A 2 Flora

Sehr geehrter Herr Reichskanzler.
Gestern 10 Uhr vormittags hatte ich die Ehre, nachdem am 2. 7. 9 Uhr abends die Polizeihaft gegen mich aufgehoben wurde, Ihnen mündlich meinen Standpunkt zu den Ereignissen der letzten Tage darzulegen. Dabei führte ich aus, dass ich meinen Sitz im Kabinett unmöglich einnehmen könne, bevor nicht meine Ehre und die Ehre meiner Beamten wiederhergestellt sei.

Am 30. 6. sind fünf meiner Mitarbeiter verhaftet, einer davon erschossen worden. Meine Akten sind beschlagnahmt, mein Amtszimmer versiegelt, meine Privatsekretärin gleichfalls verhaftet. Dieser Zustand dauert zur Stunde noch an[56].

Ein solches Vorgehen gegen den zweithöchsten Beamten des Reiches könnte nur gerechtfertigt sein, wenn er und seine Beamten sich iener [einer] Mittäterschaft an dem Komplott gegen Führer und Volk schuldig gemacht hätten.

Es liegt nicht nur im Interesse des Schutzes meiner persönlichen Ehre, sondern mehr noch der Autorität und Sauberkeit des Staates, dass hier die Schuld unverzüglich festgestellt oder die Ehre wiederhergestellt werde.

Dem Auslande sind die Vorgänge in zum Teil entstellter Form bekannt geworden. Schon deshalb ist im Interesse des Staates und dem meinigen keine Stunde mehr zu verlieren, die Angelegenheit zu regeln.

Ihr soldatisches Ehrgefühl, Herr Kanzler, wird Ihnen sagen, dass der Vizekanzler, dem zwar vom Ministerpräsidenten Göring mehrfach versichert wurde, dass gegen seine Person nichts vorliege, unmöglich anders handeln kann, als sich vor die Ehre seiner Beamten zu stellen.

Folgender Weg scheint mir allein möglich:

[56] Unterstreichung handschriftlich.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1) Der Prozess gegen meine Beamten, einschliesslich des erschossenen Herrn von Bose, wird durch Ihre Anweisung sogleich dem Oberreichsanwalt überwiesen und durchgeführt, oder
2) es wird eine Erklärung veröffentlicht, dass die Untersuchung keinen Beweis für irgend eine Mittäterschaft an dem Komplott ergeben habe, und damit die Ehre meiner Beamten und die meine wiederhergestellt.

Falls Sie den letztgenannten Weg nicht beschreiten wollen, wäre mein weiteres Verbleiben im Kabinett unmöglich.

Mein Amt hatte ich Ihnen, Herr Kanzler, bereits am 18. und 19. 6. zur Verfügung gestellt. Ich kann diese Demission um so leichteren Herzens heute fordern, als das von uns am 30. 1. 33 gemeinsam begonnene Werk nunmehr gegen neuen Aufruhr gesichert scheint.

Gleichzeitig bitte ich um Entbindung von dem Amte als Saarkommissar.

Ich nehme an, dass Sie die Entscheidung über die Wiederherstellung meiner Ehre, um die ich Sie gestern bat, in den nächsten Stunden treffen werden[57].

Ich bleibe Ihnen und Ihrer Arbeit für unser Deutschland in Treue verbunden.

P

Dokument 5

10. Juli 1934
Lennéstr. 9

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Unsere Vereinbarung vom 4. Juli dahingehend, dass ich bis September in meiner Stellung als Vizekanzler verbleibe und sodann im auswärtigen Dienst Verwendung finden solle, war zwischen uns auf folgender Voraussetzung begründet: Sofortige völlige Wiederherstellung meiner Autorität und Ehre, die es mir ermöglichen würden, im Dienste des Reiches – in welcher Form auch immer – zu verbleiben.

Ich hatte Ihnen zu diesem Zweck am 5. Juli einen Vorschlag für eine amtlich zu erlassende Erklärung unterbreitet, welche die Gründe darlegte, weshalb zu der Verhaftung einer Anzahl von Mitgliedern meines Büros geschritten worden sei, auf welche Weise Herr von Bose ums Leben kam und worin die Nichtbeteiligung sämtlicher Mitglieder meines Büros an der SA-Revolte festgestellt wurde. Diese von mir erbetene Erklärung ist von Ihnen nur in einem Auszug genehmigt und veröffentlicht worden, nämlich insoweit die Enthaftung und die Nichtschuld von den Herren von Tschirschky, von Savigny und meiner Privatsekretärin Stotzingen bekannt gegeben wurden. Durch die veröffentlichte Erklärung ist, wie ich feststellen möchte, meine eigene Autorität keineswegs wieder hergestellt, denn: Seit dem 30. Juni unterhält sich die gesamte Weltpresse in stets wechselnden Versionen über meine eigene Inhaftsetzung, die Vorgänge auf meinem Büro, die Erschiessung Boses etc. Die Times vom 7. Juli schreibt beispielsweise: „Herr von Papen wird nach den Kabinettsferien nicht mehr als Vizekanzler zurückkehren. Die

[57] Unterstreichung handschriftlich.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

plötzliche Räumung der Vizekanzlei sei nur deshalb angeordnet, um zu einem „Safe" zu kommen, welches an jenem Sonnabend nicht geöffnet werden konnte, als die Mitglieder des Stabes verhaftet und Herr von Bose erschossen wurden." Die Times bringt auch die veröffentlichte amtliche Mitteilung von der Enthaftung obengenannter 3 Personen, fügt aber hinzu: „Die Mitteilung erwähnt nicht Herrn von Bose, der während der Arrestnahme dieser Herren in dem Büro erschossen wurde." Ähnliche Mitteilungen bringt eine Reihe anderer grosser ausländischer Zeitungen, wobei ab und zu behauptet wird, auch der Ministerialdirektor Klausener habe meinem Büro angehört.

Am Sonnabend, den 7. Juli, besprach ich meine Lage mit Ministerpräsident Göring, welcher anordnete, dass die Geheime Staatspolizei sofort auch das Mitglied meines Büros Hummelsheim enthaften und meine noch immer beschlagnahmten Privatakten herausgeben solle. Dieser Befehl ist bis heute nicht durchgeführt worden. Herr Göring gab mir recht in der Auffassung, dass, wenn meine Autorität nicht sofort wieder hergestellt werde, mein auch nur vorübergehendes Verbleiben im Kabinett eine Unmöglichkeit sei. Ich sagte ihm, ich wünschte nach Neudeck zu fahren, um den Herrn Reichspräsidenten zu bitten, mich sofort aus meinem Amte zu entlassen. Der Ministerpräsident stimmte diesem meinem Wunsche nicht nur zu, sondern ermunterte mich, möglichst bald zu fahren. Auf meine sofortige telefonische Bitte an den Staatssekretär Meissner, mich in Neudeck anzumelden, erwiderte mir dieser, dass der Herr Reichspräsident sehr ruhebedürftig sei und ich mit meinem Besuch noch einige Tage warten möchte. Inzwischen habe ich durch einen Bekannten mich erkundigen lassen, ob der Gesundheitszustand des Herrn Generalfeldmarschalls wirklich zu schlecht sei, um mich zur Abschiedsaudienz zu empfangen.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler, die Lage, in der ich mich befinde, ist vollkommen unerträglich. Wenn man auch in Deutschland allgemein noch nicht genau weiss, welche Behandlung mir und meinen Beamten im offensichtlichen Zusammenhang mit der Niederschlagung der SA-Revolte widerfahren ist, so wissen es doch sehr viele Leute, und so weiss es besonders das ganze Ausland, dadurch dass gerade ein grosser Kreis Pressevertreter während der Vorgänge in meinem Büro anwesend war. Es ist völlig unmöglich für mich, wie bisher, auch weiterhin der Öffentlichkeit gegenüber so zu tun, als ob nichts vorgefallen sei. Ausserdem würde keine fremde Regierung einen Vertreter des Deutschen Reiches bei sich akkreditiert sehen wollen, von dem sie weiss, dass ihm – mit oder ohne Wissen des Reichskanzlers – die vorgenannte Behandlung widerfahren ist.

Ich bitte also, sich einverstanden erklären zu wollen, dass der Herr Reichspräsident meine Demission unverzüglich vollzieht. Und wenn Sie glauben, Herr Kanzler, dass es im Interesse Deutschlands und Ihres Werkes, vielleicht auch im Interesse der Rückgewinnung der Saar, liegt, dass ich im auswärtigen Dienste verwandt werde (über die Voraussetzungen dazu müsste ich mich mit Ihnen noch mündlich unterhalten), so müssten zunächst die psychologischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Indem ich um eine möglichst sofortige Entscheidung bitte, bleibe ich mit der Versicherung unveränderter Anhänglichkeit an Sie

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ihr ergebener

P.S. Diesen Brief schreibe ich, weil die Reichskanzlei mir mitteilt, daß Sie mich heute nicht empfangen könnten

Dokument 6

12. Juli 1934
Lennéstr. 9

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!
Über unsere gestrige Aussprache habe ich lange nachgedacht, und die mir gemachten Ausführungen, speziell die mir von Ihnen mitgeteilten Absichten in Bezug auf ihre Reichstagsrede haben mich angesichts der ungeheuren Wichtigkeit der Rede und ihrer besonderen Wirkung auch auf Deutschlands aussenpolitische Stellung andauernd beschäftigt. Es drängt mich daher, ja ich fühle mich verpflichtet, Sie meine Ansicht wissen zu lassen, wie ich es auch des öfteren bei anderen Gelegenheiten früher tat.

Sie haben mir gestern auseinandergesetzt, dass Sie vor der Öffentlichkeit die ganze Verantwortung zu übernehmen beabsichtigen für alles, was auch neben der Niederschlagung der SA-Revolte geschehen sei. Wie männlich und menschlich gross ich das finde, gestatten Sie mir, Ihnen sagen zu dürfen. Die Niederschlagung der Revolte, Ihr tapferes und entschlossenes persönliches Eingreifen haben in der ganzen Welt ausnahmslos nur Anerkennung gefunden. Was im Augenblick jedoch erschwerend auf Deutschland lastet, sind lediglich die Geschehnisse, die ausserhalb Ihrer eigenen Initiative und nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Revolte stattfanden, wie Sie mir an Beispielen selbst erläuterten. Das ist *besonders* in der englischen und amerikanischen Presse zum Ausdruck gekommen. Sie wünschen als Staatschef auch dafür die Verantwortung zu übernehmen, was in einem Augenblick grosser innere Erregung und Auseinandersetzung ohne Ihre Kenntnis geschah. Aber es scheint mir im Interesse der Entspannung der Atmosphäre besonders dem Auslande gegenüber richtig zu sein, dass – wenn Sie schon die Autorität des Führers in die Wa[a]gschale werfen – Sie sich nicht mit einzelnen dieser Vorgänge identifizieren.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf den mir natürlich eindrucksvollsten Fall Bose zurück, den öffentlich klarzustellen Sie mir bei unserer Unterredung ablehnten. Sie haben mir gestern zugesichert, im Reichstag eine Darstellung der mich und das Vizekanzleramt betreffenden Vorgänge am 30. 6. geben zu wollen, durch die nicht nur meine eigene volle Autorität und Ehre, sondern auch die meiner Beamten wieder hergestellt würde, weil dies die Voraussetzung ist, unter der ich Ihnen und dem Lande noch weiter dienen könnte. Ihnen schien gestern, dass ich in Verfolg[ung] dieses Zieles meine persönlichen Interessen zu weit in den Vordergrund schiebe, wo es doch um Deutschlands Gesamtwohl gehe.

Lassen sie mich Ihnen noch einmal sagen, dass meine eigene Person oder mein Amt – abgesehen von der Wiederherstellung der persönlichen Ehre – keinerlei Rolle spielen und nur insofern zur Debatte stehen, als die Vorgänge in der

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vizekanzlei am 30. Juni in der Öffentlichkeit als Folge eines Bruches zwischen Ihnen und mir ausgewertet werden. Da ich bis heute keinerlei persönliche Erklärungen an die Presse abgeben konnte und wollte, ohne eventuell Ihren Wünschen vorzugreifen, erklären sich viele Gerüchte, die seit nun fast 14 Tagen in der Welt umherlaufen und die für die Autorität Ihrer Regierung, wie für mich selbst, unerträglich sind. Wenn ich daher in diesen Tagen immer wieder um eine Bereinigung des Falles „Vizekanzlei" bat, so geschah es zu allererst im allgemeinen staatlichen Interesse. Sie werden verstehen, dass kein Beamter mehr unter mir zu arbeiten bereit sein würde, wenn nicht der Fall Bose bis ins letzte aufgeklärt wird. Ich habe Ihnen neulich schon mündlich gesagt, dass die Ehre meiner Beamten meine Ehre ist. Ich sagt Ihnen auch, dass ich davon überzeugt bin, dass Herr von Bose sich keinesfalls staats- oder hochverräterische Handlungen hat zuschulden kommen lassen, bis mir das Gegenteil bewiesen wird. Ich weiss, dass gerade Sie, Herr Kanzler, diese meine Stellungnahme würdigen werden, denn auch Sie haben sich stets für Ihre Kameraden eingesetzt, ja sich vor ihre Kameraden gestellt.

Dass der Fall Bose besonderes Interesse erregt, ist in der Tatsache begründet, dass Herr von Bose aus seiner früheren Tätigkeit in der Reichspressestelle und als Leiter der Preussischen Pressestelle den meisten Journalisten, speziell auch den Auslandsjournalisten, bekannt war, abgesehen davon, dass während der Vorgänge in der Vizekanzlei eine grosse Anzahl Besucher anwesend war, die auch meine bis Montag andauernde strenge Haft feststellen mussten. Deshalb bat ich Sie, dass Sie wenigstens feststellen möchten, dass Herr von Bose keinen Anteil an den hochverräterischen Bestrebungen der SA-Revolte gehabt hat. Ich bitte Sie daher nochmals, den Fall Bose durch ein öffentliches Verfahren klarzustellen.

Die Welt erwartet mit grösster Spannung Ihre morgige Rede. Der einzige Wunsch dieser Ausführungen ist, dass der Erfolg Ihrer Darlegungen der Vollendung Ihrer Mühen um die Wiedergeburt Deutschlands dienen möge.

In unverbrüchlicher Verehrung und Treue
Ihr

Dokument 7

13. Juli 1934
Lennéstr. 9

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!
Ich hoffe, Sie haben meinen gestrigen Brief erhalten und so aufgenommen, wie er gemeint war.

Heute bitte ich Sie aus persönlichen Gründen, mich von der Teilnahme an der Reichstagssitzung zu dispensieren. Sie vertraten zwar gestern die Auffassung, mein Fernbleiben könne den Eindruck erwecken, als sei zwischen uns Unstimmigkeit. Dieser Eindruck wird aber sicherlich nicht bestehen können, wenn Sie in Ihren Ausführungen den Fall der Vizekanzlei in der von Ihnen mir zugesagten Form behandeln.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ich habe in all diesen Tagen grösste Zurückhaltung nach aussen geübt und mich so wenig als möglich gezeigt, und Sie werden es sicherlich verstehen, wenn ich erst dann wieder vor die Öffentlichkeit treten möchte, wenn jeder Schatten von mir genommen ist.

Den Fraktionsvorsitzenden habe ich gleichfalls gebeten, mein Fernbleiben zu entschuldigen.

Ihr aufrichtig ergebener

Dokument 8

13. Juli 1934
Lennéstr. 9

Lieber Herr Dr. Frick!
Ich hab den Herrn Reichskanzler gebeten, mich von der heutigen Reichstagssitzung zu dispensieren.

Seit den Vorkommnissen des 30. Juni habe ich grösste Zurückhaltung geübt und bin nicht in der Öffentlichkeit erschienen. Ich möchte das erst wieder tun, wenn die Angelegenheit, wie es der Herr Reichskanzler mir zugesagt hat, heute bereinigt worden ist.

Ich bitte Sie daher, von meinem Fernbleiben Kenntnis nehmen zu wollen und mich als entschuldigt dem Herrn Reichstagspräsidenten anzugeben.

Mit bestem Gruss und Heil Hitler!

Dokument 9

14. Juli 1934
Lennéstr. 9

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!
Nachdem Sie gestern abend der Nation und der Welt den grossen Rechenschaftsbericht der inneren Entwicklung, die zum 30. Juni führte, gegeben haben, habe ich das Bedürfnis, Ihnen, wie einst am 30. Januar 1933, die Hand zu drücken und zu danken für alles, was Sie durch die Niederschlagung der beabsichtigten zweiten Revolution und durch die Verkündigung unverrückbarer staatsmännischer Grundsätze dem deutschen Volke neu gegeben haben.

Schmerzvolle tragische Umstände haben verhindert, dass ich zum ersten Mal seit dem 30. Januar nicht an Ihrer Seite erscheinen konnte. Sie selbst haben mich dispensiert und haben Verständnis dafür gehabt, dass der Vizekanzler nicht auf der Ministerbank Platz nehmen kann, solange er sich unter einem Sonderregime befindet. (Meine beschlagnahmten Akten sind trotz Görings und Ihres eigenen Befehls mir auch bis heute noch nicht wieder zugestellt worden.)

Ihre Feststellungen legen es vor der Geschichte klar, dass jede Verdächtigung einer Verbindung meiner Person mit den hochverräterischen Umtrieben eine be-

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wusste Verleumdung und Ehrabschneidung gewesen ist. Ich danke Ihnen für diese Feststellung.

Ich bin aber nach wie vor wehrlos dagegen, wenn andere Menschen fortfahren, mich in einen Gegensatz zu Ihnen zu bringen und wenn jede mir etwa zum Ausdruck gebrachte Sympathiebezeugung als gegen die Person des Führers gerichtet, betrachtet und ausgelegt wird. Ich bin auch wehrlos dagegen, dass man mich wiederum neuer Konspirationen verdächtigen wird, wenn ich etwa im Kreise alter konservativer Freunde gesehen werde, möge deren Haltung Ihnen und dem neuen Deutschland gegenüber auch noch so einwandfrei sein. Die Versuche, mich unmöglich zu machen, werden fortgesetzt. Anliegend überreiche ich Ihnen einen mir heute zugegangenen englischen Brief eines offensichtlich anonymen Verbrechers, den ich bitte, der Gestapo weiterzugeben und der bereits heute den Versuch macht, mich als im Einverständnis mit Mordversuchen an Göring oder Goebbels handelnd, hinzustellen.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn Sie bald einmal Gelegenheit fänden, positiv festzustellen, dass ich bis heute in Loyalität für Sie, Ihre Führerschaft und Ihr Werk um Deutschland eingestanden bin und gekämpft habe.

Ich bitte Sie, einverstanden zu sein, dass ich jetzt sofort bis zur Abberufung von meinem Posten einen Urlaub antrete. Vorher muss ich indessen noch heute die Regelung der Saarfrage mit Ihnen besprechen und bitte daher um einen kurzen Empfang.

In unveränderter Treue

Ihr

Dokument 10

Vermerk.

Wegen Freigabe der Akten war Minister Kerrl heute nicht zu erreichen, da er sich in der Schorfheide befindet. (Rückkehr am 17./7. vormittags).

Reichsführer Himmler ist beurlaubt.

Gruppenführer Heiderich[58] liess mir durch seinen Adjutanten folgendes sagen:

Er hätte Anweisung erhalten, die Privatakten des Vizekanzlers schnellstens zurückzusenden. Wenn sie noch nicht eingetroffen wären, würde für Übersendung gesorgt werden. Die anderen Akten würden seit gestern durchgearbeitet. Auf Befehl des Führers müssten die Akten, die mit der „Aktion" in Zusammenhang ständen, bis zur Durcharbeitung zurückbehalten werden.

Berlin, den 16. Juli 1934.

Saba[59]

[58] Gemeint ist hier und auf den nächsten Seiten Reinhard Heydrich.

[59] Zeichnung von Papens Büroleiter Hermann Sabath.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokument 11

Vermerk Berlin, den 17. Juli 1934

Auf Grund meines gestrigen vergeblichen Versuches, Herrn Minister Kerrl zu sprechen, wurde ich heute vom Büro des Ministers Kerrl angerufen und mit ihm verbunden.

Ich teilte Herrn Minister Kerrl den Sachverhalt wie folgt mit:

Der Führer habe am Sonnabend Abend den Herrn Vizekanzler ersucht, sich wegen beschleunigter Freigabe der Akten mit Herrn Minister Kerrl in Verbindung zu setzen. Der Herr Vizekanzler hätte mich beauftragt, die Weisung des Führers an Herrn Minister Kerrl weiterzugeben. Da ich Herrn Minister Kerrl nicht erreicht hätte, hätte ich gestern nachmittag mit Gruppenführer Heiderich gesprochen. Dieser hätte mir folgenden Bescheid gegeben:

1.) Befehl zur Freigabe der Privatakten des Herrn Vizekanzlers wäre schon gegeben.
2.) Die übrigen Akten müssten, wenn sie mit der „Aktion" in Zusammenhang ständen, noch untersucht werden und zwar auf Weisung des Führers.

Diese Auskünfte hätte ich an den Herrn Vizekanzler weitergegeben. Ob der Herr Vizekanzler etwas veranlassen wolle und evtl. was, entzöge sich meiner Kenntnis.

Ich könnte dem Herrn Minister Kerrl lediglich auftragsgemäss den Sachverhalt schildern. Nach meinem Eindruck hätte der Herr Vizekanzler die Freigabe sämtlicher Akten als zugestanden angenommen, während beim Gruppenführer Heiderich offenbar eine andere Auffassung bestünde.

Für mich persönlich möchte ich zum Ausdruck bringen, dass es für einen Beamten natürlich ein peinliches Empfinden sei, dass seine Dienstakten im Zusammenhang mit einer hochverräterischen Handlung einer Untersuchung unterzogen würden. Überdies würden bestimmte Akten, z. B. die Personalakten für die Fortführung der Geschäfte benötigt. Es wäre ohne die Personalakten nicht möglich, notwendig gewordene Pensionsberechnungen anzustellen.

Minister Kerrl meinte, dass er mit der Angelegenheit wohl nichts zu tun hätte. Es wäre Sache des Ministerpräsidenten. Da er aber in anderer Angelegenheit sogleich den Führer aufsuche, wolle er auch die Frage der Rückgabe der Akten mit ihm besprechen.

Saba

Dokument 12

Der Stellvertreter des Reichskanzlers

Berlin W9, den 17. Juli 1934.
Voßstraße 1
Fernspr.: A2 Flora 6941

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

In unserer Besprechung Sonnabend nachmittag teilten Sie mir mit, dass Sie dem Minister Kerrl Befehl gegeben hätten, meine Akten unverzüglich, durch die Geheime Staatspolizei zurückgegeben zu lassen.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ich stelle fest, dass die Akten bis heute, Dienstag, den 17. Juli, nicht zurückgeliefert worden sind. Ministerialrat Sabath, der sich in meinem Auftrage – nach vergeblichen Versuchen, Reichsminister Kerrl zu erreichen, – mit dem Stellvertreter des Reichsführers Himmler, dem Gruppenführer Heidrich, in Verbindung gesetzt hat, erhielt gestern von seinem Adjutanten folgende Mitteilung:

Die „Privatakten" des Vizekanzlers würden schnellstens zurückgesandt werden, indessen müssten auf Befehl des Führers die Akten, die mit der „Aktion" in Zusammenhang ständen, bis zur Durcharbeitung zurückbehalten werden.

Falls Sie, Herr Reichskanzler, einen solchen Befehl gegeben haben sollten, darf ich feststellen, dass es Akten, die mit der Aktion gegen die SA-Revolte in Zusammenhang stehen, in meinem Büro nicht gibt.

Ich bitte, mich über Ihre tatsächlichen Absichten zu informieren oder aber diesem unwürdigen Spiel unverzüglich ein Ende zu machen. Dass ich, wie ich Ihnen Sonnabend darlegte, bis heute noch unter einem Sonderregime stehe, beweist die Ihnen hiermit gemachte Meldung wiederum. Die Tatsache, dass obige Mitteilung des Adjutanten des Herrn Heidrich telefonisch an meine Beamten gegeben wurde, macht es völlig unmöglich, die mit Ihnen am Sonnabend gemeinschaftlich getroffene Vereinbarung nach aussen hin weiter aufrecht zu erhalten.

Dokument 13

Der Stellvertreter des Reichskanzlers

Berlin W9, den 18. Juli 1934.
Voßstraße 1
Fernspr.: A2 Flora 6941

Hochverehrter Herr Reichskanzler![60]
Heute – Mittwoch, den 18. Juli, morgens 9^{30} Uhr – wurden vom Geheimen Staatspolizeiamt mit dem in Abschrift beigefügten Schreiben die Akten zurückerstattet. Eine Nachprüfung derselben hat ergeben, dass nicht alle Akten zurückgegeben worden sind.

Von der Reichskanzlei (Herrn Schaub) wurde heute vormittag angerufen, ob die Akten zurückerstattet worden seien. Auf die Auskunft hin, dass ein Teil der Akten fehle, hat Herr Schaub sofort Anweisung gegeben, auch den restlichen Teil der Akten zuzustellen.

Mit vielen Grüßen ein sehr ergebener
Wilhelm Ketteler

[60] Der Brief war an Papen gerichtet. Zur Marotte Papens, sich von seinem Umfeld auch nach seinem Ausscheiden im Dezember1932, also auch als Vizekanzler und sogar noch als Gesandter in Wien, als „Herr Reichskanzler" ansprechen zu lassen, vgl. diverse Briefe im Moskauer Nachlass (RGVA, Fond 703k); vgl. auch Alexander Stahlberg, Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945, Berlin 1994, S. 29 u. S. 57, sowie Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, NL Nostitz, Aufzeichnung über die deutsche Gesandtschaft in Wien, 1934–1938.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokument 14

Abschrift.

Geheimes Staatspolizeiamt. Berlin SW 11, den 17. 7. 1934
Prinz Albrecht-Str. 8.

An den
Herrn Vizekanzler von Papen,
Berlin.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Auf Befehl des Führers übermittle ich Ihnen hiermit die anlässlich der Aktion vom 30. 06. /1. 7. 34. sichergestellten Akten.

Da in dieser Zeit ein ungeheuerliches Material im Geheimen Staatspolizeiamt zusammengetragen wurde und die Aufbewahrung zusammenhängender Akten den Verhältnissen entsprechend oft in verschiedenen Räumen erfolgen musste, bestanden grössere Schwierigkeiten, die Akten in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit wieder zur Verfügung zu stellen.

Sollte Sie trotz alledem unter den jetzt zurückgestellten Stücken vielleicht noch ein oder den anderen der seinerzeit sichergestellten Akten vermissen – was ich dann mit der schon angeführten Überhäufung zu entschuldigen bäte – so ersuche ich mir das noch Fehlende umgehend mitteilen zu wollen, damit ich für schnellste Übermittlung Sorge tragen kann.

Heil Hitler!
gez. Heydrich
SS-Gruppenführer.

Dokument 15

Schloss Warmbrunn, den 22. 7. 34.

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Am 7. 7. hatte mir Herr Staatssekretär Meissner auf meine Bitte, vom Herrn Reichspräsidenten empfangen zu werden, bedeutet, dass das Befinden des Herrn Reichspräsidenten und die sachliche Lage ein Hinausschieben des Empfanges notwendig mache.

Inzwischen lese ich, dass der Herr Reichsaussenminister empfangen worden ist. Des weiteren hatte der Herr Reichskanzler mich wissen lassen, dass der Herr Reichspräsident mich noch zu sprechen wünschten [wünsche].

Ich bitte daher ergebenst, in Neudeck anzufragen, ob und wann dortseits ein Empfang noch gewünscht wird, zu dem ich zu Verfügung stehe.

Da ich ab Mittwoch wieder in Berlin bin und demnächst mich ins Saargebiet begebe, wäre mir eine baldige Entscheidung zeitlich sehr erwünscht.

Mit bestem Gruss
Ihr aufrichtig ergebener
gez. Papen.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokument 16

Abschrift.

Büro des Reichspräsidenten
Ministerialdirigent Dr. Doehle.

Berlin W. 8, Wilhelmstr. 73
den 24. Juli 1934.

Hochverehrter Herr Vizekanzler!
Auf Ihr sehr geehrtes Schreiben vom 22.d.Mts. habe ich unverzüglich in Neudeck angefragt, ob Ihr Besuch bei dem Herrn Reichspräsidenten nunmehr stattfinden kann.

Ich erhalte heute die Antwort, daß es dem Herrn Reichspräsidenten zu seinem lebhaften Bedauern in der nächsten Zeit aus Gründen der Gesundheit nicht möglich sein wird, Sie zu empfangen. Nach dem Gutachten des ständig in Neudeck stationierten Arztes bedarf der Herr Reichspräsident, dem die Empfänge der letzten Wochen etwas zugesetzt haben, jetzt zunächst einige Zeit völliger Ruhe und Schonung um die nötige Erholung zu finden. Der Herr Reichspräsident läßt Sie, hochverehrter Herr Vizekanzler, deshalb bitten, Ihren Besuch vorläufig noch etwas hinausschieben zu wollen.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich, hochverehrter Herr Vizekanzler,

Ihr aufrichtig ergebener
Doehle

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Neunte Aldersbacher Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (7. bis 11. September 2015)

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 7. September und dauert bis zum 11. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister-, Master- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 26. Mai 2015 an das Institut für Zeitgeschichte, Redaktion

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0015
Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Neu im VfZ-Forum:
Diskussionsbeiträge zu Tim B. Müllers Weimar-Aufsatz

Scharfe Kritik hat Claus-Dieter Krohn in einem Beitrag für das Forum der VfZ an Tim B. Müllers Aufsatz „Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik“ (VfZ 4/2014) geübt. Krohn, durch seine Habilitationsschrift „Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933“ (Frankfurt/New York 1981) und seine Forschungen zum Exil einschlägig ausgewiesen, wirft Müller u. a. vor, er weiche „nicht nur der für die Weimar-Forschung zentralen Frage aus, warum sich die Ideen und Visionen in den seit langem bekannten Texten nicht haben realisieren lassen“, sondern werte auch die Arbeiten exilierter Wirtschaftswissenschaftler ab, von denen viele zu den Urhebern jener Ideen gehört hätten.

Auf Krohns Beitrag hat Paul Köppen reagiert, der im Juli-Heft 2014 mit einem Beitrag hervorgetreten ist, welcher ebenfalls Widerspruch hervorgerufen hat (vgl. die Beiträge von Knut Borchardt und Roman Köster in diesem Heft). Köster plädiert für eine größere Offenheit bei der Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik, deren Scheitern als Folge spezifischer Entscheidungen und nicht als Zwangsläufigkeit verstanden werden solle. Das verstelle „den Blick auf die Absichten und Leistungen jener Kräfte und Akteure, die sich schon damals um den Versuch einer dauerhaften Friedensstiftung verdient gemacht haben und die deshalb [...] als Teil eines längerfristigen europäischen Integrationsprozesses gesehen werden sollten“.

Die Diskussionsbeiträge von Krohn und Köppen sind nachzulesen unter http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015-0016

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

… von der Redaktion betreut (Januar – März 2015)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal sehepunkte zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Thomas Ahbe / Michael Hofmann / Volker Stiehler (Hgg.), Redefreiheit. Öffentliche Debatten der Bevölkerung im Herbst 1989, Leipzig 2014.
Rezensiert von: Ilko-Sascha Kowalczuk (Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/26232.html

William Thomas Allison, The Gulf War, 1990–91, Basingstoke 2012.
Rezensiert von: Dieter H. Kollmer (Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/24693.html

Johann Christoph Allmayer-Beck, „Herr Oberleitnant, det lohnt doch nicht!". Kriegserinnerungen an die Jahre 1938 bis 1945. Herausgegeben von Erwin A. Schmidl, Wien 2013.
Rezensiert von: Richard Germann (Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Wien) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/23878.html

Frank Beer / Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hgg.), Nach dem Untergang. Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944–1947. Berichte der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission, Berlin 2014.
Rezensiert von: Grzegorz Rossoliński-Liebe (Freie Universität Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/26913.html

Matthias Berg, Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus, Göttingen 2014.
Rezensiert von: Willi Oberkrome (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/26006.html

Stephan Bierling, Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart, München 2014.
Rezensiert von: Agnes Bresselau von Bressensdorf (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25508.html

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015–0017

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Thomas Birkner, Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien, Bremen 2014.
Rezensiert von: Heiner Möllers (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/26206.html

Ralf Blank, Ruhrschlacht. Das Ruhrgebiet im Kriegsjahr 1943, Essen 2013.
Rezensiert von: Roman Töppel (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/26354.html

Angelo Bolaffi, Deutsches Herz. Das Modell Deutschland und die europäische Krise. Aus dem Italienischen von Christine Ammann und Antje Peter, Stuttgart 2014.
Rezensiert von: Hans Woller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25152.html

Detlev Brunner / Udo Grashoff / Andreas Kötzing (Hgg.), Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013.
Rezensiert von: Thomas Großbölting (Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/24362.html

Andrew F. Cooper / Jorge Heine / Ramesh Thakur (eds.), The Oxford Handbook of Modern Diplomacy, Oxford 2013.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25852.html

Matthias Damm, Die Rezeption des italienischen Faschismus in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2013.
Rezensiert von: Wolfgang Altgeld (Julius-Maximilians-Universität, Würzburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25333.html

Alexander Donges, Die Vereinigte Stahlwerke AG im Nationalsozialismus. Konzernpolitik zwischen Marktwirtschaft und Staatswirtschaft, Paderborn 2014.
Rezensiert von: Tobias Birken (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25758.html

Jan Eckel, Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/26103.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Alexander Emmerich / Philipp Gassert, Amerikas Kriege, Stuttgart 2014.
Rezensiert von: Martin Hinzmann (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25714.html

David Farber, The Rise and Fall of Modern American Conservatism. A short History, Princeton / Oxford 2010.
Rezensiert von: Britta Waldschmidt-Nelson (Deutsches Historisches Institut, Washington, DC) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25724.html

Edmund Fawcett, Liberalism. The Life of an Idea, Princeton / Oxford 2014.
Rezensiert von: Jürgen Frölich (Archiv des Liberalismus, Gummersbach) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25705.html

Julia Frohn, Literaturaustausch im geteilten Deutschland. 1945–1972, Berlin 2014.
Rezensiert von: Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/26160.html

Alexander Gallus (Hg.), Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption, Göttingen 2013.
Rezensiert von: Matthias Oppermann (Universität Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25725.html

Stefan Göbel, Die Ölpreiskrisen der 1970er Jahre. Auswirkungen auf die Wirtschaft von Industriestaaten am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten, Japans, Großbritanniens und Frankreichs, Berlin 2013.
Rezensiert von: Christian Marx (Universität Trier) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25737.html

Peter Gohle, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014.
Rezensiert von: Clemens Vollnhals (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität, Dresden) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25832.html

Evanthis Hatzivassiliou, NATO and Western Perceptions of the Soviet Bloc. Alliance Analysis and Reporting, 1951–69, London / New York 2014.
Rezensiert von: Andreas Lutsch (Julius-Maximilians-Universität, Würzburg) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/26075.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ralf Hoffrogge, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz 2014.
Rezensiert von: Anna Ullrich (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/26022.html

Laura Jockusch, Collect and Record! Jewish Holocaust Documentation in Early Postwar Europe, Oxford 2012.
Rezensiert von: Edith Raim (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25544.html

Matthias Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013.
Rezensiert von: Dierk Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/23231.html

Peter Keller, „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr". Die deutsche Armee 1918–1921, Paderborn 2014.
Rezensiert von: Jürgen Förster (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25745.html

Michael Kennedy / Art Magennis, Ireland, the United Nations and the Congo. A military and diplomatic history, 1960–1961, Dublin 2014.
Rezensiert von: Katrin Armborst (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25685.html

Anita Krätzner, Die Universitäten der DDR und der Mauerbau 1961, Leipzig 2014.
Rezensiert von: Andreas Malycha (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25337.html

Reinhild Kreis, Orte für Amerika. Deutsch-Amerikanische Institute und Amerikahäuser in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren, Stuttgart 2012.
Rezensiert von: Wilfried Mausbach (Heidelberg Center for American Studies) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/22183.html

James H. Lebovic, Flawed Logics. Strategic Nuclear Arms Control from Truman to Obama, Baltimore / London 2013.
Rezensiert von: Ralph Dietl (Queen's University, Belfast) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25710.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kerstin von Lingen, Allen Dulles, the OSS, and Nazi War Criminals. The Dynamics of Selective Prosecution, Cambridge 2013.
Rezensiert von: Edith Raim (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25544.html

Ignaz Lozo, Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion, Köln / Weimar / Wien 2014.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/24974.html

Christian Lütnant, „Im Kopf der Bestie". Die RAF und ihr internationalistisches Selbstverständnis, Marburg 2014.
Rezensiert von: Gisela Diewald-Kerkmann (Universität Bielefeld) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25569.html

Thomas W. Maulucci / Detlef Junker (eds.), GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural and Political History of the American Military Presence, Cambridge 2013.
Rezensiert von: Edith Raim (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25544.html

Robert J. McMahon (ed.), The Cold War in the Third World, Oxford 2013.
Rezensiert von: Oliver Bange (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25060.html

Daniel Morat (ed.), Sounds of Modern History. Auditory Cultures in 19th and 20th Century Europe, Oxford 2014.
Rezensiert von: Neil Gregor (University of Southampton) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25587.html

Şeyda Ozil / Michael Hofmann / Yasemin Dayıoğlu-Yücel (Hgg.), 51 Jahre türkische Gastarbeitermigration in Deutschland, Göttingen 2012.
Rezensiert von: Sakine Yildiz (Universität Osnabrück) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25113.html

Pavel Poljan, Svitki iz pepla. Evresjkaja „zonderkomando" v Aušvice-Birkenau i ee letopiscy. Rukopisi, najdennye v peple u pečej Osvencima (Z. Gradovskij, L. Langfus, Z. Levental', Ch. German, M. Nadžari i A. Levite). [Die Schriftrollen aus der Asche: Das jüdische „Sonderkommando" im KZ Auschwitz-Birkenau und ihre Chronisten. Die Handschriften, gefunden in der Asche vor den Auschwitz-Öfen], Moskau 2013.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rezensiert von: Peter Kaiser (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/26201.html

Hans-Gert Pöttering, Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg, Köln / Weimar / Wien 2014.
Rezensiert von: Michael Gehler (Stiftung Universität Hildesheim) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25813.html

Bettina Schaefer (Hg.), „Ich bleibe Optimist, trotz allem". Erinnerungen an Noach Flug. Mit einem Vorwort von Charlotte Knobloch und Stuart E. Eizenstat, Hamburg 2014.
Rezensiert von: Barbara Distel (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/26144.html

Felix Robin Schulz, Death in East Germany 1945–1990, Oxford 2013.
Rezensiert von: Udo Grashoff (School of Slavonic and East European Studies, University College London) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25074.html

Andrea Sinn, Jüdische Politik und Presse in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2014.
Rezensiert von: Edith Raim (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25651.html

Filip Slaveski, The Soviet Occupation of Germany. Hunger, Mass Violence, and the Struggle for Peace, 1945–1947, Cambridge 2013.
Rezensiert von: Edith Raim (München) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25544.html

Liat Steir-Livny, Let the Memorial Hill Remember. Holocaust Representation in Israeli Popular Culture, Tel Aviv 2014.
Rezensiert von: Tamar Amar-Dahl (Berlin / Greifswald) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/26585.html

Craig Stockings / Eleanor Hancock, Swastika over the Acropolis. Re-interpreting the Nazi Invasion of Greece in World War II, Leiden / Boston 2013.
Rezensiert von: Heinz A. Richter (Universität Mannheim) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/25900.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt/M. 2014.
Rezensiert von: Stephan Lehnstaedt (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/26218.html

Martin Thomas, Fight or Flight. Britain, France, and their Roads from Empire, Oxford 2014.
Rezensiert von: Anna Laiß (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/25530.html

Nikolai Wehrs, Protest der Professoren. Der „Bund der Freiheit der Wissenschaft" in den 1970er Jahren, Göttingen 2014.
Rezensiert von: Anna von der Goltz (Georgetown University, Washington, DC) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25279.html

Andrea Wienhaus, Bildungswege zu „1968". Eine Kollektivbiografie des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Bielefeld 2014.
Rezensiert von: Sebastian Voigt (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/26459.html

James Graham Wilson, The Triumph of Improvisation. Gorbachev's Adaptability, Reagan's Engagement, and the End of the Cold War, Ithaca / London 2014.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2015/01/25687.html

Mirjam Zadoff, Der rote Hiob. Das Leben des Werner Scholem, München 2014.
Rezensiert von: Anna Ullrich (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/26022.html

Agnieszka Zagańczyk-Neufeld, Die geglückte Revolution. Das Politische und der Umbruch in Polen 1976–1997, Paderborn 2014.
Rezensiert von: Florian Peters (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2015/03/26119.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Januar – März 2015):

Stefan Creuzberger / Dierk Hoffmann (Hgg.), „Geistige Gefahr" und „Immunisierung der Gesellschaft". Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, Berlin / München / Boston 2014.
Rezensiert von: Alexander Gallus (Technische Universität, Chemnitz) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/24888.html

Andreas Malycha, Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, Berlin / München / Boston 2014.
Rezensiert von: Siegfried Suckut (Berlin) in sehepunkte 15 (2015), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2015/02/26226.html

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Michael Epkenhans, **The First World War – The Centenary Commemorations, New Research and Debates One Hundred Years After Its Beginning**

The year 2014 was dominated by the commemoration of the outbreak of the Great War. By analyzing both public ceremonies commemorating this event and the debates about the origins of the war among historians as well as selected new publications, this article tries to describe the different forms of commemoration and of the messages politicians and historians tried to convey as well as the current state of research. The article, however, focusses on the analysis of the most important books published in 2014, namely those written by Christopher Clark and Jörn Leonhard, Herfried Münkler and Oliver Janz. These books have greatly enlarged our knowledge about the origins, the course and the consequences of the Great War. Though the public took a great interest in these new publications, historians should be very reluctant to intervene in present day political debates utilizing the content of their books.

Isabelle Davion, **The System of Collective Security in Practice: Poland and Czechoslovakia in the League of Nations**

After the First World War, the successor states of the fallen empires were at first suspicious about the new world order which was referred to as "Collective Security". Soon they learned to make use of it, and developed their own practice in this field. Searching for their status within European relations, Poland and Czechoslovakia happened to bring their mutual conflicts to Geneva, the very place where national interests were supposed to be set aside. Thus, following the paths of these two states inside the League of Nations allows us to highlight the ambiguities of this new international system, as well as its great flexibility.

Jens van Scherpenberg, **Hjalmar Schacht, Enrico Mattei and Bavaria's Entry into the Age of Oil**

When the first Bavarian refineries started to operate in the Ingolstadt region some 50 years ago, Bavaria received decisive impulses for its transformation from an agrarian region into a centre of modern industry. As is well known, the catalysts of this process were the plans to expand into Bavaria by the president of the Italian oil conglomerate ENI, Enrico Mattei, who in this matter relied on Hjalmar Schacht as an important intermediary. Up to now, this story has mostly been told from a Bavarian perspective. Both Mattei and Schacht were driven by the lofty ambitions of achieving the emancipation of Italy and Germany (the losers of the Second World War) from the domination of the Western powers as notably expressed in the preponderance of the large Anglo-American oil companies on the oil markets. This "strategic perspective" of Mattei and Schacht was the basis for their close business friendship of several years. At the same time it was also one of the reasons for ENI's economic disaster resulting from the foray into Bavaria, which Jens van Scherpenberg demonstrates using hitherto unprocessed files of Hjalmar Schacht's from 1957–1964.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Knut Borchardt, **An Alternative to Brüning's Austerity Policy? On Paul Köppen's Invention of French Loan Offers**

In the July 2014 issue of the VfZ, Paul Köppen claimed that Heinrich Brüning had rejected French loan offers in 1930 despite (indeed even: because) this would have allowed him to pursue a less restrictive course in fiscal policy. In a wide ranging manner, Köppen deals with the (in his opinion) decisive motives of the Chancellor in his supposed rejection of loans. Actually, there never were any such offers. Köppen's assertions are based on factual errors and surprising omissions in his account of his main source. Actually, the German government repeatedly expressed its interest in French loans for the Reich in 1930/31 – in all cases except one, without results. There is no proof that France was willing and able to enable Brüning to change his strategy in fiscal policy.

Roman Köster, **No Predicaments? Remarks on a New Debate on German Economic Policy during the Great Depression**

The article deals with the contributions by Paul Köppen and Tim B. Müller, which appeared in the last issues of the Vierteljahrshefte. They both deal critically with the economic policies of the Brüning government during the Great Depression. This period was already the subject of the so-called Borchardt Debate during the 1980s and 1990s, which dealt with the room for manoeuvre available to economic policy during the crisis. It is discussed, what new arguments the articles contribute to this debate and whether these seem viable. The results are, however, rather critical: The new contributions are not capable of rendering a revision of the theses of Knut Borchardt on the "predicaments" of economic policy.

André Postert/Rainer Orth, **Franz von Papen to Adolf Hitler. Letters in the Summer of 1934**

The documentation presents a number of letters, which the conservative politician and Vice Chancellor Franz von Papen wrote to Adolf Hitler in June and July 1934. The first documents of the collection were composed by Papen after his famous "Marburg Speech" of 17 June 1934. Further letters stem from the time immediately after the murder actions in the context of the so-called Röhm Coup. Vice Chancellor Papen had in the meantime been temporarily arrested, his ministry had been dismantled, and his closest employee had been murdered. The authors were able to locate the drafts of these writings, which hitherto had only been published in excerpts, in the Military Archive (so-called Special Archive) in Moscow. Here, Papen's letters to Hitler – which the dictator did not bother to answer – have been supplemented by other related documents. The presented collection of sources allows for direct insights into the dramatic events of the summer of 1934 and throws light on Papen's self-perception.

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Michael Epkenhans, seit 2009 Leitender Wissenschaftler am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam), sowie apl. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, veröffentlichte u. a. „Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration" (München 1991); als Herausgeber zusammen mit Stig Förster und Karen Hagemann „Militärische Erinnerungskultur. Soldaten im Spiegel von Biographien, Memoiren und Selbstzeugnissen" (Paderborn 2006); zusammen mit Gerhard P. Groß und Burkhard Köster, „Preußen. Aufstieg und Fall einer Großmacht" (Stuttgart 2011). Das Studienbuch „Der Erste Weltkrieg" erscheint im Sommer 2015.

Dr. Isabelle Davion, Dozentin für Zeitgeschichte an der Universität Paris-Sorbonne, History of East-Central Europe and German-speaking countries (1, rue Victor-Cousin F-75005 Paris); veröffentlichte u. a. „Mon voisin, cet ennemi. Les Relations polono-tchécoslovaques dans la politique de sécurité française entre les deux guerres" (Brüssel u. a. 2009); zusammen mit Éric Bussière, Olivier Forcade und Stanislas Jeannesson, „Penser le système international XIX^{e}-XXI^{e} siecles" (Paris 2013); zusammen mit Annette Wieviorka, „Le Rapport Pilecki. Déporté volontaire à Auschwitz 1943–1945" (Paris 2014).

Dr. Jens van Scherpenberg, Historiker und Volkswirt, zuletzt Lehrbeauftragter am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München (Steinhauserstr. 27, 81677 München); veröffentlichte u. a. „Öffentliche Finanzwirtschaft in Westdeutschland 1944–1948. Steuer- und Haushaltswesen in der Schlußphase des Krieges und den unmittelbaren Nachkriegsjahren" (Frankfurt a. M. 1984); „Die Rekonstruktion der öffentlichen Finanzwirtschaft", in: Joseph Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn, 1985, S. 213–244; „Ordnungspolitik im EG-Binnenmarkt: Auftrag für die Politische Union" (Baden-Baden 1992); „Trade is no Superglue: The Changing Political Economy of Transatlantic Relations", in: Jeffrey Anderson/G. John Ikenberry/Thomas Risse (Hrsg.), The End of the West? Crisis and Chance in the Atlantic Order (Ithaca/NY 2008), S. 127–156; „Währungsfragen sind Machtfragen – Wird Europa aus der Krise

VfZ 63 (2015) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2015 DOI 10.1515/vfzg-2015–0018
Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gestärkt hervorgehen?", in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 5 (2012), S. 367–377.

Dr. Knut Borchardt, Prof. i. R. für Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre an der LMU München (Zeller Weg 22 a, 82057 Icking); veröffentlichte u. a.: „Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der deutschen Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" (Göttingen 1982); „Perspectives on Modern German Economic History and Policy" (Cambridge 1991); „A Decade of Debate About Brüning's Economic Policy", in: Jürgen Baron von Kruedener (Hrsg.), Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924–1933 (New York u. a. 1990); „Globalisierung in historischer Perspektive" (München 2001).

Dr. Roman Köster, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte an der Universität der Bundeswehr in München (Werner-Heisenberg-Weg 39, 85577 Neubiberg); veröffentlichte u.a: „Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik" (Göttingen 2011); zusammen mit Raymond G. Stokes und Stephen C. Sambrook, „The Business of Waste. Great Britain and Germany, 1945 to the Present" (Cambridge 2013); zusammen mit Jan-Otmar Hesse und Werner Plumpe, „Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939" (Frankfurt a. M. 2014).

Dr. André Postert, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden (01062 Dresden), veröffentlichte u. a.: „Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Opposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus" (Baden-Baden 2014); „Jungkonservatismus, Konservative Revolution und deutscher Nationalismus in transnationaler Perspektive", in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hrsg.), Teilungen überwinden. Europäische und Internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth (München 2014); „‚Lieber fahre ich mit meinem Volk in die Hölle, als ohne mein Volk in Deinen Himmel.' Wolf Meyer-Erlach und der Antiintellektualismus", in: Manfred Gailus/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Völkische Theo-

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

logen im Nationalsozialismus. Biographische Skizzen (Göttingen 2015).

Rainer Orth, M.A., Doktorand am Lehrstuhl für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert an der Humboldt Universität zu Berlin (10099 Berlin); veröffentlichte u. a.: „Der SD-Mann Johannes Schmidt. Der Mörder des Reichskanzlers Kurt von Schleicher?“ (Marburg 2012); „‚Von einem verantwortungslosen Kameraden zum geistigen Krüppel geschlagen.‘ Der Fall des Hitler-Putschisten Heinrich Trambauer“, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 25 (2012), S. 208–236; „‚Der Amtssitz der Opposition‘? Politik- und Staatsumbaupläne im Büro des Stellvertreters des Reichskanzlers in den Jahren 1933/1934“ (Berlin 2015).

Jahrgang 63 (2015), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2015_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de